

Sitzungsunterlagen

STVV StVV - 12/2023-2027

30.01.2025, 14:30

Stadt Bremerhaven

Bremerhaven, 16.01.2025

Fragestunde - Nr. StVV - FS 1/2025 (§ 39 GStVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Maßnahmen gegen das Problem der Auto-Poser und Raser Wahnsinn, im Schaufenster Fischereihafen (Einzelabgeordneter Lichtenfeld)

Im Rahmen der Fragestunde gemäß § 39 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven möchte ich auf ein dringendes Problem aufmerksam machen, das uns und viele Bürgerinnen und Bürger Bremerhavens beschäftigt: die Lärmbelästigung durch Auto-Poser und Raser, im Schaufenster Fischereihafen.

Daher frage ich den Magistrat:

1. Ist der Magistrat tatsächlich der Meinung, daß das Problem gelöst wird, wenn die Parkplätze gegenüber vom Nordsee Hotel gebührenpflichtig gemacht werden?
2. Ist der Magistrat sich bewußt, daß Gäste vom Wohnmobilplatz und aus den Hotels aufgrund der Lärmbelästigung teilweise Bremerhaven verlassen? Dies führt dazu, daß unserer Stadt erhebliche Steuereinnahmen entgehen.

Mit freundlichen Grüßen

Sven Lichtenfeld
Einzelstadtverordneter

Vorlage Nr. StVV - V 5/2025		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Genehmigung der Niederschrift (10. öffentliche Sitzung)

Die Niederschrift der 10. Öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung – Sondersitzung - am 20.11.2024 ist gemäß § 37 Abs. 2 VerfBrhv zu genehmigen.

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Anlage: - Entwurf Niederschrift



SEESTADT BREMERHAVEN

Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift

**über die
10. öffentliche Sitzung
in der 21. Wahlperiode
- Sondersitzung -**

am 20.11.2024

Anwesenheitsliste:**Vorstand**

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)
 Frau Stadtverordnete von Twistern (CDU), Erste Beisitzerin – ab 16:50 Uhr anwesend
 Herr Stadtverordneter Dr. Hammann (SPD), Beisitzer
 Frau Stadtverordnete Schiller (Bündnis 90/ Die Grünen+P), Beisitzerin
 Frau Stadtverordnete Kargoscha (CDU), Beisitzerin
 Frau Stadtverordnete Ruser (SPD)

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers
 Frau Stadtverordnete Batz
 Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
 Frau Stadtverordnete Czak
 Herr Stadtverordneter Hoffmann
 Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
 Herr Stadtverordneter Ofcarek
 Herr Stadtverordneter Viebrok
 Frau Stadtverordnete Wittig

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
 Frau Stadtverordnete Hilck
 Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
 Frau Stadtverordnete Milch
 Herr Stadtverordneter Önal
 Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
 Frau Stadtverordnete Steinbach
 Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt
 Frau Stadtverordnete Coordes
 Herr Stadtverordneter Kaminiarz

BD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Brinkmann
 Herr Stadtverordneter Stark
 Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB
 Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Ax
 Frau Stadtverordnete Baltrusch
 Herr Stadtverordneter Schäfer

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann
 Herr Stadtverordneter Litau
 Herr Stadtverordneter Miholic

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz – abwesend von 19:00 Uhr bis 19:14 Uhr
 Herr Stadtverordneter Koch – ab 17:00 Uhr anwesend

Einzelstadtverordnete Marnie Knorr

Frau Stadtverordnete Knorr

Einzelstadtverordneter Sven Lichtenfeld

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB

Einzelstadtverordneter Class Schott

Herr Stadtverordneter Schott

Einzelstadtverordneter Sascha Schuster

Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Entschuldigt

Frau Stadtverordnete Brand (DIE LINKE)

Herr Stadtverordneter Caloglu (SPD)

Herr Stadtverordneter Schumacher (WfB)

Herr Stadtverordneter Secci (DIE LINKE)

Frau Stadtverordnete Zeeb (Grüne + P)

Magistrat:

Oberbürgermeister Grantz – bis 18:24 Uhr anwesend

Bürgermeister Neuhoff

Stadtrat Busch – bis 18:24 Uhr anwesend

Stadträtin Eulig

Stadtrat Günthner

Stadtrat Hilz

Stadtrat Holz

Stadträtin Kathe-Heppner

Stadtrat Parpart

Stadtrat Schomaker

Stadtrat Skusa

Stadträtin Toense

Entschuldigt:

Stadtrat Heinrich

Verwaltung:

Magistratsdirektor Polansky

Schröder (stellv. Pressesprecher)

Thiele (Rechnungsprüfungsamt)

Tagesordnung:

TOP	Bezeichnung	Vorlage - Nr.
1	Anträge	
1.1	Informationssuche im Sitzungsdienst auf Bremerhaven.de vereinfachen (Einzelstadtverordnete Marnie Knorr)	StVV - AT 32/2023
1.2	Aufwertung des Reinkenheider Forsts (GRÜNE)	StVV - AT 33/2023
1.3	Bremerhaven tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ bei (GRÜNE)	StVV - AT 34/2023
1.4	Piksen rettet Leben – Stadtverordnete gehen mit gutem Beispiel voran (BD)	StVV - AT 36/2023
1.5	Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD)	StVV - AT 37/2023
1.5.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 37/2023 - Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD) - Tischvorlage	StVV - Ä-AT 17/2024
1.6	Impuls für die Bremerhavener Innenstadt: Wochenmarkt Fair und Regional in der Innenstadt (Bündnis 90/ Die Grünen)	StVV - AT 2/2024
1.7	Theodor-Heuss-Platz zu Klimaplatz umbauen (Fraktion DIE LINKE)	StVV - AT 3/2024
1.8	Maßnahmen gegen den Klimawandel: Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven (Bündnis 90/Die Grünen)	StVV - AT 5/2024
1.9	Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle (Bündnis 90/DIE GRÜNEN)	StVV - AT 6/2024
1.10	Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 11/2024
1.11	Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion)	StVV - AT 12/2024
1.12	E-Scooter – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr (BD-Fraktion)	StVV - AT 13/2024
1.13	Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 14/2024

- | | | |
|--------|---|---------------------|
| 1.13.1 | Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland zu AT 14/2024 - Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (Grüne+P) | StVV - Ä-AT 18/2024 |
| 1.14 | Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) | StVV - AT 15/2024 |
| 1.14.1 | Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 15/2024 - Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) - Tischvorlage | StVV - Ä-AT 21/2024 |

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die 10. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung - Sondersitzung - in der 21. Wahlperiode um 16:30 Uhr.

Er begrüßt die Zuhörenden am Radio und vor dem TV sowie die Presse und bittet, die Handys abzuschalten.

Er begrüßt Alexander Litau, als Nachrücker für Prof. Dr. Hilz, als neues Mitglied in der Stadtverordnetenversammlung.

Er weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 11 der Verfassung der Stadt Bremerhaven hin und stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist und die Sitzungsunterlagen entsprechend der Geschäftsordnung übersandt wurden sind.

Er bittet darum, dass aufgrund des Livestreams keine personenbezogenen Daten Dritter genannt werden und dass eine Abmeldung bei der Schriftführung erfolgen möge, falls jemand die Sitzung vorzeitig verlässt und nicht wiederkommt.

Vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem nachträglich eingepflegt bzw. an die Mitglieder verteilt, die nicht am elektronischen Sitzungsdienst teilnehmen wurde der Änderungsantrag Nummer StVV - Ä-AT 21/2024 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 15/2024.

Weitere Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt einstimmig die geänderte Tagesordnung.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN ruft die Tagesordnung auf.

**TOP
1 Anträge**

**TOP
1.1 Informationssuche im Sitzungsdienst auf
Bremerhaven.de vereinfachen (Einzelstadtverordnete
Marnie Knorr)**

StVV - AT 32/2023

Stadtverordnete KNORR:

Ich wurde schon zweimal gefragt, ob ich den Antrag nicht zurückziehen möchte, wollte jetzt aber doch gerne noch mal erklären, wieso ich den gerne noch mal hier abgestimmt haben möchte. Nachdem ich den Antrag einreichte, wurde mir gesagt, dass der Magistrat die Idee gut findet und das Thema jetzt auch bearbeitet. Und ich wurde auch immer auf dem Laufenden gehalten, was da so passiert. Und das ist jetzt schon seit einem Jahr so. Und das Problem wurde immer noch nicht behoben. Mein letzter Stand war, dass es immer noch mehrere Minuten dauert, wenn man etwas sucht. Das heißt, wenn man recherchieren möchte über bestimmte Themen, dass man nicht unbedingt wissen muss, in welchem Jahr, in welchem Monat, an welchem Tag, in welcher Sitzung dieses Thema behandelt wurde, sondern einfach wie auf Bremen.de, also auf dem Informationsdienst in Bremen, einfach suchen kann nach Suchbefehlen und Suchbegriffen, um sich dann vielleicht auch mit Menschen, die an dem Thema schon mal an dem Thema gearbeitet haben, zu verbinden. Oder vielleicht auch an dem Thema weiterzuarbeiten oder da draufzusetzen. Daher finde ich das eigentlich ziemlich wichtig das Thema an sich selber. Und kann auch sehr wenig verstehen, warum es da so Verzögerungen gibt, weil es ist eigentlich ein älteres Gebiet der EDV. Man sieht aber, dass zum Beispiel in der Verwaltung auch für Bürgerdialoge und so weiter schon KI eingesetzt wird mit einer studentischen Firma. Und das wundert mich, dass das halt da noch so rückständig ist und da noch nicht behoben wurde. Und mir wurde auch gesagt, dass es vor zwölf Jahren schon mal ein Thema war und ein Antrag gestellt wurde, den kann ich aber nicht finden, weil dieses Netz von uns, es ist halt so schwer, zu durchsuchen. Und ich habe ein bisschen Angst, dass das Thema einfach wieder in Vergessenheit gerät, wenn das heute nicht beschlossen wird. Deswegen würde ich Sie gerne bitten, quasi dem Antrag heute zuzustimmen, sodass es dann halt auch wirklich als Arbeitsaufgabe weitergegeben wird, die nicht einfach wieder zur Seite gepackt werden kann.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Frau Knorr, Sie haben die Sondersitzung beantragt hier mit Unterstützung anderer. Ich bin schon etwas erstaunt, weil Sie nämlich festgestellt haben, dass wir mit den Anträgen nicht weiter vorankommen. Solche Anträge tragen übrigens dazu bei. Sie wissen seit mehreren Monaten, dass dieses Problem in der Verwaltung angegangen wird. Übrigens, wenn Sie die Systeme aufgreifen wollen, kurze Wege sind hier wirklich immer noch vorhanden. Einer Partei, der Sie mal sehr nahegestanden haben, stellt übrigens für dieses Thema den Stadtrat. Sie wurden durch die Verwaltung immer auf dem Laufenden gehalten. Das letzte Mal liegt jetzt, wenn es dazwischen nicht noch mal wieder Informationen gegeben hat, ja schon etwas zurück, August dieses Jahres. Das Problem ist erkannt, das Problem ist angegriffen. Ihnen ist immer laufend mitgeteilt worden, dass das Problem versucht wird, zu beseitigen. Ich kann nicht nachvollziehen, warum wir so einen Antrag hier heute auf der Tagesordnung haben. Er kostet wieder Zeit, wenn es vielleicht auch nur fünf bis zehn Minuten sind. Also von daher werden wir dem Antrag nicht zustimmen.

Stadtverordneter TIMKE:

Ich bin verwundert über die Schärfe des Stadtverordnetenvorstehers. Natürlich steht es Ihnen zu, den Ton in der Debatte zu setzen. Aber gerade als Stadtverordnetenvorsteher, der regelmäßig Mäßigung anmahnt, sollten Sie selbst auch diese Schärfe vermeiden.

Außerdem bin ich überrascht, Frau Knorr, dass es offenbar schon seit Monaten Gespräche zu diesem Thema gibt. Ich bin davon ausgegangen, dass der Antrag eingereicht wurde, weil wir ein ungelöstes Problem haben. Nun hören wir, dass die Verwaltung bereits daran arbeitet. Da stellt sich natürlich die Frage, welchen Zweck der Antrag in der Stadtverordnetenversammlung dann noch erfüllt.

Kommen wir zum Inhalt des Antrags: Es ist richtig, dass das Recherchesystem in Bremerhaven verbesserungswürdig ist – wie auch die gesamte Homepage. Andere Städte mit vergleichbarer Größe haben deutlich bessere Internetauftritte, die nutzerfreundlich gestaltet sind. In Bremerhaven hat man oft den Eindruck, da ist noch Luft nach oben. Allerdings, Frau Knorr, ist es nicht angemessen, Bremerhaven mit einem Landesparlament zu vergleichen. Dort stehen ganz andere finanzielle und technische Mittel zur Verfügung. Selbst das Recherchesystem des Landtags ist nicht besonders überzeugend. Ich habe mir das aufgrund Ihres Antrags genauer angesehen: Im Landtag Bremen werden nur drei Schlagwörter verwendet – für eine umfassende Recherche ist das kaum ausreichend. Dieses Beispiel ist daher wenig hilfreich.

Ein Blick auf Remscheid, eine vergleichbare Stadt in Nordrhein-Westfalen, zeigt, dass auch dort kein besseres System existiert. In mittelgroßen Städten fehlt häufig das Budget für solche Entwicklungen. Trotzdem sollten wir uns natürlich bemühen, uns zu verbessern, statt uns mit den Schlechtesten zu messen.

Daher schlage ich vor, den Antrag nicht abzulehnen, sondern in den Fachausschuss zu überweisen. Dort kann die Verwaltung erläutern, warum bestimmte Entwicklungen so lange dauern. Wenn wir den Antrag direkt ablehnen, wird das Problem womöglich nicht weiterverfolgt.

Zuletzt, Frau Knorr: Es ist nicht zielführend, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen. Sie fordern, dass die BIT Maßnahmen umsetzt, ohne zu prüfen, ob sie dazu überhaupt in der Lage ist. Wie lange würde das dauern? Wie hoch wären die Kosten? Diese Fragen müssen zunächst geklärt werden. Daher ist es sinnvoll, den Antrag im Fachausschuss zu behandeln. Dort kann die BIT darlegen, was machbar ist, ob zusätzliche Ressourcen nötig sind und welche Kosten entstehen würden.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ich bin erstaunt, wie dieser Antrag behandelt wird. Insgesamt würde ich den Antrag von Frau Knorr nicht ablehnen, sondern ihm zustimmen. Ich teile aber auch die Meinung von Herrn Timke, dass der im Fachausschuss besser aufgehoben ist. Zudem bin ich über die Worte des Stadtverordnetenvorstehers ein wenig verwundert, insbesondere über die Schärfe, die Herr Timke bereits angesprochen hat. Ich finde nicht, dass dem Stadtverordnetenvorsteher zusteht, so zu urteilen, wenn eine Einzelabgeordnete einen Antrag stellt. Das empfinde ich als diskriminierend. Natürlich kann man seine Meinung äußern, aber es gibt viele Anträge, die von der Koalition gestellt werden, die genauso in den Ausschüssen behandelt werden könnten. Dann hätten wir diese Sitzung gar nicht benötigt. Solches Verhalten finde ich immer schade.

Deshalb lehne ich den Antrag nicht ab. Frau Knorr, ich stimme dem zu. Aber auch ich werde der Überweisung in den Fachausschuss zustimmen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Der Stadtverordnetenvorsteher braucht nicht darüber nachzudenken, da er ebenfalls Mitglied der Stadtverordnetenversammlung ist. Wenn er einen Redebeitrag hat, sollte er diesen nicht von seiner Position als Stadtverordnetenvorsteher ausführen, um sich

klar von dieser Rolle abzuheben. Das habe ich getan. Daher bin ich in diesem Fall ein ganz normales Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Knorr, Sie hatten sich noch einmal gemeldet. Gemäß § 14 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung haben Einzelabgeordnete einmal das Rederecht, Gruppen zweimal und Fraktionen dreimal. Da Sie vorhin das Rederecht genutzt haben, steht Ihnen dies nun nicht erneut zu.

Stadtverordneter FREEMANN:

Frau Knorrs Antrag muss abgelehnt werden, da wir ihn momentan nicht umsetzen können. Dies wurde auch im Ausschuss besprochen. Neben der fehlenden Suchfunktion habe ich ein weiteres Problem aufgedeckt: Der Kalender gilt nur für die letzten 30 Tage, und ein Jahreskalender fehlt vollständig. Für eine langfristige Planung ist das nicht geeignet, da jeder Termin einzeln kopiert und eingefügt werden müsste.

In diesem Zusammenhang war die BIT tätig, die das Ratssystem entwickelt hat. Leider war diese Firma nicht zu erreichen, und die letzte Aussage war, dass sie sich momentan in den USA befinden und die Seite nicht mehr pflegen werden. Daher müssen wir uns auf ein neues System konzentrieren. Dieses wird etwas Zeit in Anspruch nehmen. Wir werden sicherlich einen (E-Kalender/I-Kalender) erhalten und auch eine bessere Suchfunktion. Allerdings wird dies nicht von heute auf morgen passieren und wird vermutlich auch gewisse Kosten verursachen, die im Haushalt berücksichtigt werden müssen. Die Verwaltung ist bereits daran, und wir sind uns der Situation bewusst. Daher brauchen wir den Antrag nicht, da wir bereits im Bilde sind.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:

Es freut mich zu hören, dass daran gearbeitet wird und eventuell ein neues System etabliert werden muss. Das bestehende Problem, das ich bereits letztes Jahr als neu gewählter Stadtverordneter angesprochen habe, besteht weiterhin. Viele interessierte Bürger:innen der Stadt haben Schwierigkeiten, sich im Ratsinformationssystem zu informieren – entweder ist es sehr zeitaufwendig oder in vielen Fällen gar nicht möglich.

Daher stimmen wir als Fraktion Bündnis 90/Die Grünen+ dem Antrag zu.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Einige Punkte müssen wir klarstellen. Erstens, Herr Vorsteher, es ist legitim, dass sowohl eine Partei als auch ein Parteimitglied gleichzeitig an der Debatte teilnehmen und ihre Meinung äußern. Kritiken am Vorstand sind berechtigt und haben ihre Grundlage.

Zweitens, Herr Allers, versuchen Sie ständig, dazwischenzureden. Wir sind hier, um die Anträge angemessen zu behandeln und zu diskutieren. Unser Recht, zu sprechen, möchten wir nutzen – nicht nur zuhören, sondern auch reden.

Drittens, Frau Knorr hatte fünf Minuten Redezeit. Ich glaube nicht, dass die Begründung ihres Antrags fünf Minuten gedauert hat. Daher hätte sie noch Zeit nutzen können, Herr Vorsteher. Vielleicht sollten Sie das berücksichtigen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Herr Kocaaga, das habe ich berücksichtigt. Ich verweise nochmals auf § 14 unserer Geschäftsordnung, Abs. 2. Dort steht klar, dass Einzelabgeordnete einmal fünf Minuten Redezeit haben. Genauso steht aber auch, dass, wenn sie die fünf Minuten nicht ausnutzen, die Restzeit verfällt. Ich habe mich also nur an die Geschäftsordnung gehalten – mehr nicht. Diese haben wir im Haus beschlossen, und ich habe sie nicht erfunden.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Ich habe mich jetzt noch einmal gemeldet, nicht weil ich inhaltlich zu diesem Antrag sprechen möchte, sondern weil ich mich tatsächlich in die Reihe der Kritiker einreihen muss, die das Verhalten des Stadtverordnetenvorstehers hier zu Recht als irritierend bezeichnet haben.

Herr Stadtverordnetenvorsteher, natürlich sind Sie auch Stadtverordneter wie wir alle. Sie sind Erster unter Gleichen, unser Vorsteher. Gleichwohl hat es schon ein besonderes Gewicht, wenn Sie sich bei einem ersten Antrag gleich als Erster melden und eine Stellungnahme abgeben. Was Sie gesagt haben, hat mich tatsächlich sehr verwundert – insbesondere Ihr Selbstverständnis. Wir sind hier ein politisches Gremium, und die Aufgabe der 48 gewählten Stadtverordneten ist die Kontrolle des Magistrats. Es reicht nicht, wenn Sie als Stadtverordnetenvorsteher der SPD sagen, dass es ausreicht, einmal mit der Verwaltung gesprochen zu haben. Damit wird der Antrag als unnötig abgetan.

Das ist vielleicht Ihr Selbstverständnis, aber das sollte nicht das Selbstverständnis aller Kolleginnen und Kollegen hier im Haus sein. Ein politischer Antrag gibt der Verwaltung einen klaren Auftrag, den sie umsetzen muss. Dieses Vorgehen halte ich für angemessen und nicht für vertrauensvoll darauf zu setzen, dass die Verwaltung irgendwann tätig wird, wenn sie sagt, dass sie bereits daran arbeitet.

Das ist eine Einstellung, die ich nicht nachvollziehen kann.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Antrag Timke – Überweisung in den P&O-Ausschuss):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 12 Ja-Stimmen (BD, WfB, AfD, Knorr, Schott, Schuster) und 1 Enthaltung (Lichtenfeld).

Beschluss (StVV - AT 32/2023):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 14 Ja-Stimmen (Grüne+P, WfB, LINKE, AfD, Knorr, Lichtenfeld, Schott, Schuster).

**TOP
1.2**

Aufwertung des Reinkenheider Forsts (GRÜNE)

StVV - AT 33/2023

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Wir beantragen mit diesem Antrag, dass die Stadtverordnetenversammlung beschließen möge, den Magistrat aufzufordern, ein Konzept vorzulegen, wie der Reinkenheider Forst langfristig mit Blick auf seine Bedeutung für das Stadtklima gesichert und erhalten werden kann. Voraussetzung für entsprechende Überlegungen für den Reinkenheider Forst ist, dass er in städtischem Eigentum verbleibt.

Dieser Antrag ist tatsächlich sehr alt. Er trägt ein Datum von vor einem Jahr und stammt noch aus der letzten Legislaturperiode. Damals gab es im Rahmen der Haushaltsberatungen einen Vorschlag der jetzigen Koalition, den Reinkenheider Forst zu privatisieren, sprich zu verkaufen, um Einnahmen für den Haushalt zu generieren. Wir halten das nach wie vor für falsch.

Ich verweise auf die Begründung, dass Wälder insgesamt für den Klimaschutz eine herausragende Bedeutung haben – insbesondere in Zeiten des Klimawandels. Sie speichern Wasser und sind insbesondere in dicht bebauten Regionen wichtige Zonen für die Entstehung kühler Luft. Die Wetternachrichten in den vergangenen Jahren, auch in den vergangenen Tagen, haben gezeigt, dass der Klimawandel sich deutlich beschleunigt hat. Das 1,5-Grad-Ziel wird aller Voraussicht nach nicht mehr zu halten sein. Die Zeiträume der Hitzeperioden werden auch hier in Bremerhaven zunehmen. Die Höchsttemperaturen werden voraussichtlich weiter deutlich steigen.

Mit dieser Forderung, den Wald zu erhalten, stehen wir übrigens nicht alleine. Auch der Naturschutzbeirat der Stadt Bremerhaven, bestehend aus Fachleuten, hat schon im März '23 die dauerhafte Sicherung des Reinkenheider Forstes gefordert: „Dieser übernehme“, ich zitiere, „als Waldfläche wichtige Funktionen für den Naturhaushalt, die naturbezogene Naherholung und das Stadtklima.“

Um eine dauerhafte Sicherung zu gewährleisten, dass der Wald nicht verkauft wird, ist dieser Beschluss erforderlich. Ich erinnere daran, dass wir wieder vor den kommenden Haushaltsberatungen stehen. Vertreter der Koalition haben bereits klar gemacht, dass diese Beratungen sehr schwierig werden. Wir haben eine Auflage aus Bremen für den laufenden Haushalt bekommen, und ich möchte verhindern, dass wieder solche Ideen aufkommen, Naturflächen – insbesondere den Reinkenheider Forst – schlicht zu verkaufen. Nein, das wird nicht ausreichen, Herr Kämmerer, aber wie ich Sie kenne, nehmen Sie ja alles, was geht.

Durch das zu erstellende Konzept soll ein langfristiger Umbau von einem Nadel- zu einem Mischwald möglich werden, der auf die Herausforderungen höherer Temperaturen und größerer Niederschläge durch den Klimawandel vorbereitet ist. Die Wichtigkeit von städtischen Wäldern und Grünflächen wurde beispielsweise gestern in einem Beitrag auf Tagesschau24.de betont. Alle Städte in Deutschland bereiten sich auf die Folgen des Klimawandels vor, indem sie verstärkt Grünflächen ausweisen und neue Grünflächen anlegen. Ob durch vertikale Gärten, wie in Frankfurt, oder durch die Entsiegelung großer Flächen und Anpflanzung von Grünflächen.

Dies ist ein sehr wichtiges Mittel, und wir hoffen, dass wir Ihre Unterstützung finden, nicht nur um das Klima in der Stadt zu verbessern, sondern insbesondere auch die Gesundheit. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass starke Hitzeperioden die Sterblichkeit in betroffenen Regionen stark erhöhen. Hitze ist einer der größten Gefahren. Unsere erste Aufgabe ist es, die Bevölkerung vor gesundheitlichen Gefahren zu schützen. Dazu gehört für uns eben auch der Erhalt von Grünflächen. Bitte stimmen Sie daher unserem Antrag zu.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Erlauben Sie mir, kurz zu erläutern, warum der Reinkenheider Forst für Bremerhaven ein bedeutendes Waldstück ist. Der Reinkenheider Forst ist ein einzigartiger Naturraum, der sowohl für die lokale Biodiversität als auch für das Klima von entscheidender Bedeutung ist. Als einer der wichtigen natürlichen Lebensräume in unserer Region beherbergt er eine Vielzahl von Pflanzen- und Tierarten und spielt eine wichtige Rolle im ökologischen Gleichgewicht. Der Forst bietet zahlreichen Arten ein Zuhause und trägt so zur Erhaltung der biologischen Vielfalt bei. Hier finden Tiere und Pflanzen Schutz, die woanders kaum noch existieren können.

Der Reinkenheider Forst ist ein Ort, an dem Natur in ihrer Vielfalt erlebbar ist. Bäume binden CO₂ und tragen aktiv zum Klimaschutz bei. Sie produzieren Sauerstoff und verbessern unsere Luftqualität in unserer Region. Dies ist besonders in Zeiten des Klimawandels von unschätzbarem Wert.

Die zunehmende Urbanisierung und die Veränderung der Landschaft gefährden den Forst und die darin lebenden Arten. Der Klimawandel verändert das Ökosystem und stellt die Artenvielfalt im Forst auf die Probe. Um den Reinkenheider Forst für zukünftige Generationen zu bewahren, sind umfassende Schutzmaßnahmen erforderlich, um den Forst zu erhalten. Dazu gehört die Schaffung von

Schutzgebieten und die Entwicklung nachhaltiger Konzepte für Freizeitaktivitäten, die im Einklang mit der Natur stehen.

Ich appelliere an die Stadtverordnetenversammlung, sich für den langfristigen Schutz des Reinkenheider Forsts einzusetzen. Der Reinkenheider Forst ist mehr als nur ein Wald – er ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Region, der sowohl als Lebensraum als auch für den Klimaschutz eine bedeutende Rolle spielt. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass der Reinkenheider Forst weiterhin als grüne Lunge unserer Region erhalten bleibt. Indem wir uns für seinen Schutz einsetzen, sorgen wir nicht nur für die Natur, sondern auch für eine lebenswerte Zukunft in Bremerhaven.

Stadtverordneter RASCHEN:

Ich will es relativ kurz machen. Wenn ich so die Begründungen, jetzt von den Grünen und von den Linken höre, dann ist der Reinkenheider Forst quasi das Lebensrettende im Moment hier in Bremerhaven. Ich glaube, hier in unserer Region, anders als in NRW haben wir mit Grün kein Problem. Und ich will auch noch mal mit der Mär aufräumen, dass wir den Wald verkaufen wollten, um da irgendwas Wirtschaftliches machen zu können, was also von Ihrer Sicht mit, ja, Versiegelung so was zu tun hat. Da sollte ein Friedwald entstehen. Und wenn ich so mit Unternehmen auch umgehe, dann muss ich mich auch nicht wundern, wenn Unternehmen in Bremerhaven nicht mehr investieren. Da gab es nämlich auch eine große Enttäuschung. Und zu Ihrer Information haben wir das Thema natürlich auch im Koalitionsvertrag mit dem Satz: „Für den städtischen Reinkenheider Forst wird ein waldwirtschaftliches Konzept entwickelt, um den Wald in ein attraktives Naherholungsgebiet zu verwandeln.“ Das heißt, wir brauchen nicht Ihren Nachhilfeunterricht und deswegen werden wir den Antrag auch ablehnen. Würde aber auch bei der Bebilderung, und jetzt nehme ich mal die Kita in der Weichselstraße, Kollege Kaminiaz, auf Instagram habe ich ein Foto gesehen, wo eine Riesenindustrieanlage steht und Kinder aus dem Fenster gucken und sie wollen das Grüne erhalten. Sorry, bleiben Sie ein bisschen bei der Realität und tragen Sie nicht ganz so dick auf. Das würde uns allen helfen.

Stadtverordneter ALLERS:

Vonseiten der SPD sind wir eigentlich davon ausgegangen, dass der Antrag zurückgezogen wird, weil er eigentlich schon behandelt worden ist im Bauausschuss genau mit der Thematik und auch mehrheitlich zugestimmt worden ist. Im Grunde wird jetzt eine Debatte geführt, die im Bauausschuss hätte man führen müssen. Die war aber sehr, sehr, sehr verhalten, wenn ich mich daran erinnere. Heißt also im Grunde, hier wird über einen Antrag abgestimmt, der im Bauausschuss schon längst beschlossen worden ist. Der von der Koalition eingebracht worden ist, außer dem einzigen Grunde, weil es ein Riesenstau an Anträgen gab in der Stadtverordnetenversammlung. Deswegen hatten wir damals einen großen Schwung an Anträgen, kann man nachgucken, am 23.11 überwiesen in den Bauausschuss, um voranzukommen. Dementsprechend ist heute eigentlich nur ein einziges Nachklappern, was wir hier erleben. Und dementsprechend hätte man ihn zurückziehen müssen, dann wären wir in der Tagesordnung schon durchaus weiter. Nur als kleiner redaktioneller Hinweis. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Herr Raschen, eben gerade, was Sie gesagt haben, das finde ich wirklich eine fatale Meinung für Bremerhaven. Wenn Investoren unbedingt für ein Waldstück sich interessieren, dann sollen sie bitte schön nicht nach Bremerhaven kommen. Das ist für uns wichtiger, als dass eine Investition nach Bremerhaven kommt. Ich finde auch respektlos, dass Sie während meiner Rede lachen.

Stadtverordneter KOCH:

Vielleicht erinnert sich der eine oder andere noch an die Begehung des Reinkenheider Forstes mit dem Diplom-Forstwirt Sönke Hofmann, die wir vor zweieinhalb Jahren hatten. Die Bewaldung an sich ist dort nicht weiter verbesserbar, da der Boden problematisch ist. Und die hier gepflanzten Bäume nicht tief wurzeln können wegen eines hoch liegenden Grundwasserspiegels. Eine Aufwertung des Reinkenheider Forstes kann also nur darin bestehen, dass dieses Waldgebiet überhaupt erhalten bleibt. Warum man nun ein Konzept braucht, um dieses Waldgebiet zu erhalten, ist mir nicht erkennbar. Angebracht wäre ein Beschluss, der der Stadtregierung verbietet, hier eine Nutzungsänderung vorzunehmen in den nächsten, sagen wir mal 100 Jahren. Und als nächstes Ziel pflanzen wir dann bitte Bäume, die mit dem hohen Grundwasserspiegel besser zurechtkommen, zum Beispiel Erlen.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Raschen, ich muss mich auf Ihren Beitrag tatsächlich noch mal eben kurz zu Wort melden. Sie haben gesagt, wir haben kein Problem mit Grünflächen in dieser Stadt. Doch, das haben Sie. Sie, ganz speziell diese Koalition hat ein Problem mit Grünflächen in dieser Stadt. Und Sie brauchen offensichtlich Nachhilfeunterricht. Jede grüne Fläche, die sich hier irgendwie bietet, wollen Sie überbauen und versiegeln. Neue Aue, Ackmann, Tarnowitzer Straße, Bogenstraße und jetzt Weichselstraße, in all diesen Gebieten hat sich Widerstand formiert durch Bürgerinnen und Bürger, die mit dieser Politik, Grünflächen sind nicht wichtig, genug haben. Verstehen Sie bitte, Sie haben ein Problem mit diesen Grünflächen, dass mindestens an fünf Stellen in dieser Stadt inzwischen dazu führt, dass Bürgerinnen und Bürger sich organisieren müssen und Widerstand gegen Ihre Haltung, was Grünflächen in der Stadt in Zeiten des Klimawandels betrifft, organisieren müssen. Nehmen Sie zur Kenntnis, das ist hier ernst. Der Klimawandel läuft. Und auch Bremerhaven ist keine Insel der Glückseligen. Wir werden in spätestens zehn Jahren hier andere Temperaturen haben. Und wir brauchen jede verdammte Grünfläche.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Ich verstehe jetzt ehrlich gesagt nicht, warum es hier in dieser Schärfe und in dieser Debatte so stark abdriftet. Ich möchte noch mal an die Worte von dem Kollegen Allers verweisen, auf die Bau- und Umweltausschusssitzung vom 23. November letzten Jahres. Dort haben wir als Koalition einen Antrag beschlossen, der vorgesehen hat, dass ein waldwirtschaftliches Konzept für den Reinkenheider Forst entwickelt wird. Dieses soll nachhaltig sein und zur Naherholung dienen. Und wir haben auch das Umweltdezernat dazu aufgefordert, das in einem Zeitrahmen von ungefähr einem Jahr zu machen. Dementsprechend bitte ich um ein wenig Entspannung, weil wir müssten demnächst von einem Sachstandsbericht ausgehen. Daher bitte ich darum, dass wir jetzt einfach in dieser Debatte ein bisschen zügiger vorankommen, damit wir auch die anderen Anträge behandeln können. Das Ding wird jetzt gerade heißer gekocht, als es eigentlich ist.

Stadtverordneter RASCHEN:

Lieber Kollege Kaminiarz, jetzt noch mal zum Reinkenheider Forst: Der sollte nur forstwirtschaftlich entwickelt werden und ein Friedwald entstehen. Der Wald war nie in Gefahr. Sie erzählen hier Geschichten. Ja, und es sammeln sich immer Anwohner um bestimmte Punkte, die dann demonstrieren, meistens an der Zahl so um die 70. In der Bogenstraße, da gebe ich Ihnen recht, da habe ich auch Bauchschmerzen, weil das sind wirklich ganz alte Bäume. Und da muss man andere Lösungen finden. Aber im Reinkenheider Forst hat nie einer irgendwas geplant, den Wald da wegzunehmen,

das ist einfach eine Geschichtenerzählung, die erfunden wurde und hat mit der Realität einfach nichts zu tun gehabt. Und wie gesagt, die Demonstrationen sind überschaubar. Und wenn sich 70 melden, haben sich irgendwie aber 115.000 nicht gemeldet, gehört auch zur Wahrheit dazu. Daher ist der Antrag überflüssig, Kollege Allers hat ja gesagt, wo wir schon beschlossen haben.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Raschen, dann erzählen Sie die Geschichte doch auch bitte richtig. Es war damals in der Koalition beschlossen worden, zur Haushaltssicherung. Ich hatte deswegen auch im Finanz- und Wirtschaftsausschuss mit dem Kämmerer gesprochen, wie dringend denn die Haushaltsprobleme damals gewesen sind. Die Idee, das Ganze später an einen Investor als Friedwald veräußern zu können, kam erst später. Ich habe mich noch einmal gemeldet, weil Sie vorhin, ich habe das nicht ganz verstanden, auf irgendein Bild abgehoben haben in diesem Zusammenhang mit der Weichselstraße. Ich kriege das auch nicht ganz zusammen. Aber ich wollte mich bedanken, wir haben ja eine Pressemitteilung rausgegeben, auch als Instagram-Post und die haben Sie, wenn ich das richtig gesehen habe, geliked.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Eigentlich wollte ich mich hier gar nicht mehr groß einlassen, aber nachdem Herr Kaminiarz hier so schöne Sätze gesagt hat, möchte ich dann doch noch mal auch zwei, drei schöne Sätze sagen. Herr Kaminiarz, es sind nicht die Betroffenen, die Grünen fordern hier in Bremerhaven und auch sonst wo, es ist Ihre Klientel, und zwar ausschließlich das. Nach Ihrer Auffassung liegt ja alles am Klimawandel. Alles Übel dieser Welt kommt vom Klimawandel. Ich könnte das jetzt mal so darstellen, wie Frau Göring-Eckardt das mal gesagt hat, in einer anderen Ausführung allerdings. Ich könnte jetzt sagen, weil Sie gesagt haben, in zehn Jahren haben wir es hier schön warm. Herr Kaminiarz, ich freue mich auf den Klimawandel, wenn wir das in zehn Jahren ein bisschen wärmer haben in Bremerhaven, kann das nicht schaden.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, LINKE, Knorr) und 10 Enthaltungen (BD, WfB, Lichtenfeld, Schott, Schuster).

TOP 1.3 Bremerhaven tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ bei (GRÜNE)

StVV - AT 34/2023

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Mit dem Antrag möchten wir, dass die Stadt Bremerhaven der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“ beitrifft. Diese Initiative ist vor dreieinhalb Jahren durch sieben Städte, darunter auch Hannover, gegründet worden. Ziel dieser Initiative ist es, Städte durch eine moderne Verkehrspolitik für die Menschen attraktiver zu machen. Grundsätzlich sind attraktive Städte wahrscheinlich im Interesse unser aller. Eine der Kernforderungen dabei ist eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen, nämlich die bessere Einrichtung von geringeren Tempogeswindigkeiten, als es bislang durch die Gesetze zulässig ist. Es gibt

zahlreiche Argumente für die Reduzierung der Geschwindigkeit innerhalb von Ortschaften. Der Verkehr wird sicherer, insbesondere für Menschen, die sich nicht so gut im Verkehr bewegen können, erzeugt weniger Stress, es wird leiser, die Luft wird sauberer. Insgesamt erhöht Tempo 30 die Attraktivität des Straßenraums als Aufenthaltsraum.

Inzwischen, wie gesagt, dreieinhalb Jahre her, sind der Initiative 1.120 Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik beigetreten, darunter 357 von einer CDU/CSU geführten Stadtregierung, 252 von der SPD geführten Stadtregierung und tatsächlich sogar 15 von der FDP geführten Stadtregierungen, also ein sehr überparteilich breites Bündnis. Die Initiative hat im Juni '24 eine Überarbeitung des straffen Verkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung durch den Bundestag erreichen können, in der unter anderem der Klimaschutz und der Städtebau als neue Ziele in die Gesetze aufgenommen wurden und damit die Sicherheit und Leichtigkeit des Straßenverkehrs gleichgestellt worden ist. Die Anordnung eines Tempolimits innerorts ist aber weiterhin nur in engen Einschränkungen möglich. Die Begründung für die verkehrsrechtliche Anordnung bleibt nach wie vor sehr hoch, soweit die Erkenntnis bislang.

Mit anderen Worten: Die Initiative hat sich noch nicht aufgelöst. Im Gegenteil, ein Beitritt ist nach wie vor sinnvoll und notwendig, da wir finden, dass es auch für Bremerhaven Zeit ist, für mehr Lebensqualität zu sorgen, insbesondere durch eine Entschleunigung des Verkehrs. Daher möchten wir den Beitritt Bremerhavens zu dieser Initiative erreichen.

Stadtverordneter FREEMANN:

Herr Kaminiarz, wenn Sie der Koalition vorwerfen, dass wir ein Problem mit Grünflächen haben, dann sage ich Ihnen hier mal ganz deutlich, Sie haben ein Problem mit Autofahrern. Sie haben Probleme mit Menschen, die ein Haus bauen wollen, und Sie haben im Moment ein Problem mit Kita-Neubauten, auch wenn Sie das bestreiten. Und eins vorweg, diese Koalition wird Ihren Antrag ablehnen. Ich will Ihnen auch sagen warum.

Sie haben ja selber gesagt, dass diese Initiative darauf abzielt, Tempo 30 innerorts zum Standard zu erklären und den Städten mehr Entscheidungsfreiheit zu geben. Doch genau, Herr Kaminiarz, diese Entscheidungsfreiheit ist durch die jüngsten Änderungen des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung bereits gewährleistet. Kommunen können Tempo 30 in sensiblen Bereichen wie Wohngebieten, Schulen und vor Kitas anordnen. Und Bremerhaven hat diese Möglichkeiten bereits genutzt, und zwar umfassend genutzt. Über 90 % unserer Straßen haben Geschwindigkeitsbeschränkungen und das auch auf Hauptverkehrsstraßen an sensiblen Bereichen. Sie können sich an der Schiffdorfer Chaussee angucken. Und da darf man auch nicht vergessen, welche Aufgaben eigentlich Hauptverkehrsstraßen haben. Sie erfüllen eine klare Funktion. Sie sorgen für den schnellen und effizienten Verkehrsfluss, entlasten Wohngebiete und sind wichtig für den öffentlichen Nahverkehr sowie für die Logistik. Eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 würde diese Funktion beeinträchtigen. Autofahrer könnten dann durch Wohngebiete ausweichen, was Lärm und Belastung für Anwohner erhöht. Und das ist doch genau das, Herr Kaminiarz, was Sie uns gerade gesagt haben, was verhindert werden soll.

Außerdem würden längere Fahrzeiten den öffentlichen Nahverkehr und die Wirtschaft belasten. Und das in einer Stadt, die als Hafen- und Logistikstandort auf fließenden Verkehr angewiesen ist. Darüber hinaus wäre der Umsatz einer solchen Regelung mit hohen Kosten für notwendige Anpassungen in der Technik verbunden.

Zusammengefasst, Bremerhaven hat bereits die nötigen Maßnahmen ergriffen, um Tempo 30 dort einzuführen, wo es sinnvoll ist. Ein Beitritt zur Initiative wäre daher nicht nur überflüssig, sondern könnte langfristig in eine Richtung führen, die wir nicht unterstützen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Viele Städte und Gemeinden engagieren sich grundsätzlich über die Bedeutung von Straßen für die Sozialökologie, das Stadtbild und die Lebensqualität nach dem Entwickeln umweltfreundlicher Verkehrskonzepte. Verkehrssicherheit, Lärmschutz, Luftreinhaltung, Förderung von Fuß- und Radverkehr sowie die Erhöhung der Aufenthaltsqualität sind Gründe für die Kommunen, Tempo 30 verstärkt auch an innerörtlichen Hauptstraßen anzuordnen.

Nach Stand 2023 engagieren sich 967 Städte und Gemeinden in der Initiative „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“. Das Umweltbundesamt hat die wichtigsten Erkenntnisse aus der Messung der Tempo-30-Wirkung in der Broschüre „Wirkung von Tempo 30 an Hauptverkehrsstraßen“ zusammengetragen. Fazit: Tempo 30 verbessert überwiegend Umwelt, Qualität, Sicherheit sowie Verkehrseinfluss. Anwohnende nehmen die Entlastung wahr. Nicht nur die CO₂-Emissionen werden durch eine Verringerung der Höchstgeschwindigkeit verringert, dies gilt auch insbesondere für Luftschadstoffe wie das Diesellabgasgift Stickstoffdioxid. Auch in Deutschland sind Stickstoffeinträge ein großes Problem. Gut zwei Drittel der Fläche empfindlicher Ökosysteme waren 2015 durch höhere Stickstoffeinträge bedroht. Dieser Wert soll bis 2030 70 % reduziert werden. Zusätzlich verpflichten EU-Vorgaben wie die nationale Emissionsminderungsverpflichtungen Deutschland, bis 2030 Ammoniak um 29 % und Stickstoffdioxide um 65 % zu reduzieren. Das Tempolimit wäre eine Maßnahme auf dem richtigen Weg.

Neben dem Schutz des Klimas hat das Tempolimit auch einen wichtigen Einfluss auf die Reduktion des Kraftstoffverbrauchs und damit auch den Bedarf an Rohölimporten.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Thema „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeiten“. Heute möchte ich Ihnen einige Argumente präsentieren, die gegen die Einführung von Tempolimits von 30 km/h in unseren Innenstädten sprechen. Während es unbestreitbar ist, dass Sicherheit und Umweltschutz wichtige Themen sind, müssen wir auch die praktischen Auswirkungen solcher Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den Verkehr, die Wirtschaft und das tägliche Leben der Bürger berücksichtigen. Erstens: Verkehrsfluss und Stauproblematik. Ein zentrales Argument gegen ein generelles Tempolimit von 30 km/h ist die Beeinträchtigung des Verkehrsflusses. In vielen Städten sind die Straßen bereits stark frequentiert, eine Reduzierung der Geschwindigkeit führt oft zu einem erhöhten Stauaufkommen. Wenn Fahrzeuge langsamer fahren, verlängert sich die Zeit, die sie benötigen, um ihre Ziele zu erreichen. Dies kann dazu führen, dass Pendler länger im Verkehr stecken bleiben. Was nicht nur frustrierend ist, sondern auch negative Auswirkungen auf die Produktivität hat.

Zweitens: wirtschaftliche Auswirkungen. Die Wirtschaft leidet unter langen Fahrzeiten und ineffizienten Verkehrsbedingungen. Lieferdienste und Gewerbetreibende sind auf schnelle Transportwege angewiesen. Ein Tempolimit von 30 km/h könnte die Lieferzeiten erheblich verlängern und somit zusätzliche Kosten verursachen, die letztendlich an den Verbraucher weitergegeben werden. Dies könnte insbesondere kleine Unternehmen in der Innenstadt treffen, die auf einen reibungslosen Verkehrsfluss angewiesen sind.

Drittens: Fahrzeugtechnologie und Sicherheit. Moderne Fahrzeuge sind mit fortschrittlichen Sicherheitssystemen ausgestattet, die eine sichere Fahrt bei höheren Geschwindigkeiten ermöglichen. Viele Studien zeigen, dass Unfälle nicht nur durch Geschwindigkeit verursacht werden, sondern durch andere Faktoren wie Ablenkung oder Fahrverhalten. Statt pauschale Geschwindigkeitsbegrenzung einzuführen, sollten wir uns darauf konzentrieren, das Fahrverhalten zu schulen und sichere Straßeninfrastrukturen zu schaffen.

Viertens: Alternative Lösung zur Verbesserung der Sicherheit: Anstatt ein generelles Tempolimit von 30 km/h könnten gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit ergriffen werden. Dazu gehören beispielsweise bessere Beschilderung, mehr Fußgängerüberwege oder verkehrsberuhigte Zonen in besonders gefährdeten Bereichen wie Schulen oder Wohngebieten. Solche Maßnahmen können effektiv sein, ohne den gesamten Verkehr unnötig zu verlangsamen.

Lebensqualität in der Stadt, ein weiteres Argument gegen Tempo 30 ist die Frage der Lebensqualität für alle Verkehrsteilnehmer. Langsame Geschwindigkeiten können dazu führen, dass Autofahrer frustriert werden und aggressiver fahren. Ein Phänomen, das als Stau- und Stop-and-go-Verhalten bekannt ist. Dies kann das Risiko von Unfällen erhöhen und das allgemeine Wohlbefinden beeinträchtigen. Mein Fazit: Zusammenfassend lässt sich sagen, ein generelles Tempolimit von 30 km/h in unserer Innenstadt mag auf den ersten Blick als sinnvolle Maßnahme erscheinen, doch bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass es viele negative Auswirkungen haben kann auf den Verkehrsfluss, auf unsere Wirtschaft und letztendlich auch auf unsere Lebensqualität. Lassen Sie uns stattdessen nach intelligenten Lösungen suchen, die sowohl Sicherheit als auch Effizienz fördern, ohne dabei den Verkehr unnötig zu behindern. Deswegen stimme ich heute gegen diesen sinnlosen ideologischen Antrag der Grünen.

Stadtverordneter STARK:

Flächendeckend Tempo 30-Zonen in der Innenstadt brauchen wir nicht beziehungsweise nicht noch mehr. In Wohngebieten mit vielen Familien, Schulen, Kitas, Krankenhäusern und Altenheimen machen Tempo-30-Zonen auf jeden Fall Sinn. Die Hauptstraßen sollten auf jeden Fall davon ausgeschlossen werden, um den Verkehrsfluss nicht zu beeinträchtigen.

Die Umweltbelastungen können bei einer Reduzierung der Geschwindigkeit nicht immer zu einer Verringerung von Lärm und Schadstoffemissionen führen. Die Lärmbelastung wird maximal um zwei bis drei Dezibel gesenkt beziehungsweise reduziert, der Verbrauch sogar steigern. Für den öffentlichen Nahverkehr könnten die Betriebskosten sogar steigen, eventuell auch mehr Personal und Fahrzeuge werden benötigt. Auch Lieferanten und Handwerker können länger zu Kunden brauchen. Es sollte zur Not dafür eine Bürgerbeteiligung angedacht werden.

Ich habe noch keinen weiteren kennengelernt, der Tempo 30 befürwortet, außer wenn ich das so hier höre von den Grünen. Wir lehnen die Maßnahme auf jeden Fall ab.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Noch ein gut abgehangener Antrag der führenden Orientierungspartei, wie Ricarda Lang so schön gesagt hat über ihre Partei. „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit“, meinen Sie Fahrräder oder meinen Sie E-Roller, die zum Teil wie irre auf Gehwegen und entgegengesetzt der Fahrtrichtung unterwegs sind? Da den Grünen in ihrer Endzeitphase nichts Neues mehr einfällt, wiederkauen sie ihre eigenen Anträge immer wieder. Und ich wiederhole mich dann auch hier gerne. Mit den Grünen zurück in die Steinzeit oder was den Bürgern droht, nämlich die Abschaffung der Demokratie durch die permanente Beförderung von Einzelinteressen zulasten des Allgemeinwohls.

Wir erinnern uns, Waldsterben, Ozonloch, Feinstaub, Veggieday, Fukushima, Tempo 100, Wackersdorf Anti-AKW, Startbahn West, Erderwärmung, CO2-Lüge, Fridays for Future, Klimakleber. Dinge, die nicht existieren oder völlig überflüssig sind, die Grünen aber als Existenzgrundlage ihrer Politik, letztlich ihres Einkommens brauchen. Nun also wieder das Tempo, jetzt Tempo 30 in den Städten. Alles Ideologie, grüne Ideologie, all das ist nichts als grüne Verschwörungstheorie. Grüne Verschwörungstheorie, die den Bürgern Angst machen, durch Angst gefügig machen.

Aber selbst die Grünen bleiben ihren Ideologien, Verschwörungstheorien nur so lange treu, wie es ihnen hilft.

Beim Thema Nachrüstung, Abschaffung der Bundeswehr gilt nun das Gegenteil der eigenen Weltanschauung im selbst ernannten Dritten Weltkrieg. Dann gern mit Taurus die Russen angreifen. Nun gut.

Oder dadurch also tote Städte, wie hier behauptet wird, ganz ohne Auto, denn das ist das eigentliche Ziel. Tote Innenstädte sind nicht lebenswert, sie werden gemieden oder von falscher Klientel besetzt, wie hier auch in Bremerhaven zum Beispiel die Hafenstraße, die Lloydstraße oder die Untere Bürger. Trotz null Geschwindigkeit in der Unteren Bürger ist diese Straße alles andere als lebens- oder lebenswert, trostlos, wie viele verkehrsberuhigte Straßen in ganz Deutschland durch angepasste Geschwindigkeit. Statt sich für einen fließenden Verkehr einzusetzen, Grünphasen auf den Hauptstraßen zum Beispiel oder sogar gerne mit 70 durch die Stadt - es gab in Bremerhaven schon mal die Möglichkeit, auf der Stresemannstraße abends 60 zu fahren, ich erinnere daran - wollen die Grünen dem Bürger gerne weitere Einschränkungen seiner Bewegungsfreiheit, seiner Freiheit insgesamt, seines Lebensspases nehmen.

Dazu, zum lieben Spaß, gehört in Deutschland immer noch das Auto, das freie Fahren, der Spaß am Auto, alles andere ist ideologischer Schwachsinn. Wir, die AfD, wir fordern eher fahrradfreie Grünanlagen. Das tut nämlich auch den Grünanlagen gut, statt autofreier Innenstädte. Freie Fahrt also für freie Bürger.

Stadtverordnete KNORR:

Ich habe in dieser Legislaturperiode bereits häufig auf Beiträge verzichtet, da ich nicht den gesamten Ablauf unnötig aufhalten wollte. Doch heute ist mir etwas eingefallen, das ich gerne hinzufügen möchte.

Ich finde es eher rückschrittlich, sich an alten Gewohnheiten festzuhalten. Wenn ich von mir selbst ausgehe, wäre es für mich auch eine Umstellung, auf Geschwindigkeiten von über 130 km/h zu verzichten und mich an niedrigere Geschwindigkeiten anzupassen. Allerdings gibt es viele Studien, die zeigen, dass eine langsame und bewusste Entschleunigung des Alltags die Menschen zufriedener macht. Wenn man sich im Urlaub oder in entspannten Situationen befindet, ist man ja auch viel entspannter unterwegs.

Eine Geschwindigkeitsreduzierung würde im Prinzip dazu führen, dass wir einen langsameren Alltag um uns herumhaben. Ich finde das zukunftsweisend und unterstütze solche Initiativen. Es ist wichtig, dass wir das Wohl der Bürger berücksichtigen und ihre Lebensqualität steigern.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ja, ich stimme Frau Knorr zu. Es wäre schön, wenn andere Redner und Rednerinnen sich beim Reden etwas zurückhalten könnten, damit der Rest im Raum besser zuhören kann. Das stört nämlich, insbesondere wenn man hinten sitzt und den Redebeitrag dann mitbekommt.

Zum Thema „Lebenswerte Städte durch angepasste Geschwindigkeit“ der Grünen muss ich ehrlich sagen, dass ich nicht Ihrer Meinung bin. Ich werde diesen Antrag ablehnen, da ich ihn für wirklich unangebracht halte. Wir sind eine Autofahrerstadt und eine Hafenstadt. Wir brauchen den reibungslosen Verkehrsfluss zu und von unserem Hafen.

Wie Herr Freemann vorhin bereits angesprochen hat, kann man viele Straßen beobachten, z.B. die Schiffdorfer Chaussee. Da stimme ich ihm zu. Wir haben auch in anderen Bereichen Tempo-30-Zonen, wie in der Mühle oder in der Georgstraße, wo der Verkehr bereits stark ausgebremst wird. Deshalb sehe ich keinen Bedarf für eine generelle Einführung von Tempo 30 in der gesamten Stadt.

Zudem haben die Grünen bereits versucht, die Innenstadt autofrei zu machen, und sind kläglich gescheitert. Mit diesem Antrag wird es ihnen ebenfalls nicht gelingen.

Unsere Stadt kann es sich nicht leisten, den Verkehr weiter zu bremsen, insbesondere nicht vor dem Hintergrund unserer Wirtschaft und den Bürgerinnen und Bürgern, die weiterhin für Bremerhaven gewonnen werden sollen.

Ich denke, dass solche Maßnahmen den Unmut einiger Bürgerinnen und Bürger verstärken könnten und daher sollten wir dies nicht unterstützen. Es ist auch zu bedenken, dass viele Bürgerinnen und Bürger Bremerhaven verlassen könnten, um ins niedersächsische Umland zu ziehen. Mit diesen Aspekten müssen wir uns ebenfalls auseinandersetzen.

Daher werde ich diesen Antrag ablehnen, da ich ihn für überflüssig halte.

Stadtverordneter STARK:

Wenn ich abends so gegen 21 Uhr von Geestemünde nach Hause fahre nach Leherheide, wenn ich da mit 55 durchgehend fahre, habe ich immer grüne Welle. Sollte ich das mit 30 tun, 30 km/h, stehe ich an jeder Ampel, fahre dauernd an, bremsen wieder dauernd. Verbrauche mehr Sprit, habe mehr Emissionen erzeugt. Wer hat denn dazu Lust? So gilt das auch für andere Straßen in Bremerhaven. Gut, es gibt einige Strecken, das sind wirklich Rennstrecken, da müsste man mal was tun, aber sonst fällt mir da zu nichts weiter ein zu Tempo 30.

Stadtverordneter KOCH:

Die Antragsteller schreiben, dass eine reduzierte Geschwindigkeit weniger Stress erzeugt, Tempo 30 die Attraktivität des Straßenraums erhöht und eine Regelgeschwindigkeit von 30 das Leben erleichtert. Dem muss ich hier widersprechen. Für mich persönlich erzeugt eine Geschwindigkeitsbegrenzung Stress. Eine attraktive Straße ist für mich eine, auf der ich zügig an mein Ziel gelange. Ich möchte nicht lange aufhalten oder aufgehalten werden.

Somit erleichtert eine Regelgeschwindigkeit von 30 das Leben für mich nicht, sondern erschwert es. Gerade auf der alten B 6, wie Elbestraße, Stresemannstraße oder Langener Landstraße, ist ohnehin bereits die Ampelschaltung für eine grüne Welle bei 60 km/h ausgelegt. Daher bitte ich darum, diese Straßen für eine angepasste Geschwindigkeit von 60 km/h freizugeben.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (Grüne+P, LINKE, Knorr).

**TOP
1.4**

Piksen rettet Leben – Stadtverordnete gehen mit gutem Beispiel voran (BD)

StVV - AT 36/2023

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Unser Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland betrifft das Thema Blutspende. Und es muss ganz klar gesagt werden: Unser Antrag hat das Potenzial, Leben zu retten. Durchschnittlich werden täglich 15.000 Blutkonserven benötigt. Das ist eine beträchtliche Menge, und 75 % dieser Blutkonserven werden von den sechs Blutspendediensten des DRK bereitgestellt. Leider ist die Anzahl der Vollblutspender rückläufig – teils aufgrund des Alters, teils aus Krankheitsgründen. Auch junge

Spender, die nachrücken könnten, sind bislang nur wenig vorhanden, denn das Durchschnittsalter der Spender liegt bei 42 Jahren und ist entsprechend hoch. Es sind sowohl neue als auch jüngere Spender dringend notwendig. Beide Gruppen werden benötigt, um die Versorgung mit Blutkonserven sicherzustellen. Blutkonserven retten Leben – und zwar vieler Menschen. Der ein oder andere hier im Saal wird vielleicht schon einmal auf eine Blutkonserve angewiesen gewesen sein. Ich selbst kenne jedenfalls jemanden. Und selbst wenn nicht, so kennt jeder von uns doch jemanden, der betroffen war.

Daher ist es umso wichtiger, dass ausreichend Blutkonserven zur Verfügung stehen – auch für die besonders seltenen Blutgruppen, die nicht mit jedem kompatibel sind. Daher beantragt die Fraktion Bündnis Deutschland heute, einen Blutspende-Aktionstag während der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu organisieren. Mitglieder dieses Gremiums, Mitarbeiter der Verwaltung und natürlich jeder Bürger soll die Möglichkeit erhalten, im Rahmen dieser Veranstaltung Blut zu spenden – ähnlich wie es bereits in anderen Parlamenten durchgeführt wurde. Durch die Bewerbung über Bremerhaven Bus und andere Kanäle soll dem Thema auch in der breiten Bevölkerung noch einmal gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden. Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen und ein Lebensretter sein. Stimmen Sie diesem Antrag zu.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:

Auch im Bereich der Blutspende besteht Handlungsbedarf. Allerdings greift aus unserer Sicht eine einmalige Werbeaktion ausschließlich für die Blutspende zu kurz. Seit Jahren besteht bundesweit ein Mangel an Personen mit Organ- und Stammzellen-Spendenbereitschaft. Der Altersdurchschnitt von Blutspendenden erhöht sich stetig, und jährlich fallen Tausende von Spendenden aus Gesundheitsgründen aus.

Besonders wichtig erscheint es uns, jüngere Zielgruppen – etwa die 18- bis 30-Jährigen – gezielt anzusprechen und für dieses Thema zu sensibilisieren. Für diese Zielgruppen sind herkömmliche Medien wie Zeitungen, Fernsehen oder Plakatwerbung weniger geeignet.

Deshalb hat unsere Fraktion in der Sitzung des Gesundheitsausschusses am 11.09.24 einen Antrag eingebracht, mit dem Ziel, eine Online-Informationskampagne für die Gewinnung von Blut-, Stammzellen- und Organspender:innen in Bremerhaven zu entwickeln und umzusetzen. Die Koalition aus SPD, CDU und FDP unterstützte unsere Initiative zur Erhöhung der Spendenbereitschaft in Bremerhaven. Der inhaltlich ergänzende Änderungsantrag der Koalition, der insbesondere auf eine professionalisierte, langfristige und evaluierte Informationskampagne abzielte, wurde mit einer großen Mehrheit – oder ich meine sogar einstimmig, einschließlich der Stimme von BD – angenommen.

Natürlich steht einer Initiative von einzelnen Fraktionen oder Abgeordneten nichts im Weg. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen+P überlegt dementsprechend, kleine Clips für Social Media zu produzieren, um die Kampagne zu unterstützen. Den Antrag der Fraktion Bündnis Deutschland lehnen wir ab.

Stadtverordnete DERTWINKEL:

Blutprodukte sind in der Medizin unverzichtbar. 80 % der Deutschen sind irgendwann einmal in ihrem Leben darauf angewiesen. Frau Tiedemann hat vollkommen recht. Es wird stets Blut benötigt, denn für diesen Lebenssaft gibt es keinen Ersatz. Deswegen muss Blut gespendet werden. Bis dahin sind wir absolut d'accord mit Ihnen.

Aber dass unser Parlament nun als Forum dazu dienen soll, ist inakzeptabel. Die Stadtverordnetenversammlung taugt nicht, mit Verlaub, als Showroom dafür. Dieses Parlament muss sich nicht zu spektakulären Aktionen hinreißen lassen – ganz

abgesehen vom Prozedere, ob dessen, denn mit einem kleinen Piks, wie Sie es benennen, ist es wohl nicht getan. Die Vor- beziehungsweise Nachbereitung einer Spende nimmt nämlich tatsächlich über eine Stunde in Anspruch mit Vitalcheck, Ruhepause und so weiter. Und wäre dementsprechend gar nicht durchführbar.

Ich komme auch noch einmal darauf zu sprechen, lieber Vorredner, dass wir im Gesundheitsausschuss am 11.09 den Antrag durchbekommen haben mit großer Mehrheit, gebe ich Ihnen auch wieder recht, dass es zu dieser Online- Informationskampagne kommt. Wir werden im Gesundheitsausschuss regelmäßig darüber informiert, inwieweit es Resonanzen von jungen Leuten gibt, die durch diese Kampagne zu einer erhöhten Spendenbereitschaft animiert werden sollen. Dabei soll ja auch für Werbung, die Sie ansprachen, und einem entsprechenden Logo gesorgt werden. Die Beratung dieser ganzen Kampagne wird wohl oder soll wohl durch Fachorganisationen wie zum Beispiel dem Deutschen Roten Kreuz erfolgen.

Das wollte ich noch einmal hervorheben. Daher ist Ihr Antrag überholt und verfehlt sein Ziel. Wir können von Ihrer Seite aus eigentlich nur reinen Aktivismus erkennen und lehnen ihn daher ab.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Thema „Piksen rettet Leben, Stadtverordnete gehen mit gutem Beispiel voran“ möchte ich heute meine Bedenken hinsichtlich des Antrags zur Organisation eines Blutspende-Aktionstags im Stadtparlament äußern. Während ich die Wichtigkeit der Blutspende und die Notwendigkeit, mehr Menschen für diese lebensrettenden Maßnahmen zu gewinnen, voll und ganz anerkenne, sehe ich in diesem Antrag einige problematische Aspekte.

Zunächst einmal ist es wichtig zu betonen, dass die Entscheidung, Blut zu spenden, eine persönliche und freiwillige Entscheidung sein sollte. Ich bin der Überzeugung, dass niemand durch einen Mehrheitsbeschluss oder durch politische Maßnahmen dazu verpflichtet oder unter Druck gesetzt werden sollte, Blut zu spenden. Diese Motivation zur Blutspende sollte aus dem eigenen Willen kommen und nicht aus einem Gefühl der Verpflichtung oder des Drucks.

Ein Aktionstag, der von der Stadtverwaltung organisiert wird und bei dem die Teilnahme möglicherweise als politisches Statement interpretiert werden könnte, könnte dazu führen, dass sich einige Personen unwohl fühlen und unter Druck gesetzt fühlen, teilzunehmen. Dies widerspricht dem Grundsatz der Freiwilligkeit, der für die Blutspende von entscheidender Bedeutung ist.

Darüber hinaus könnte ein solcher Aktionstag den Eindruck erwecken, dass wir als Stadtverordnete uns lediglich um das Thema kümmern wollen, ohne tatsächlich nachhaltige Lösungen zu entwickeln. Es wäre sinnvoller, langfristige Strategien zur Förderung der Blutspende zu erarbeiten, etwa durch Aufklärungskampagnen oder Kooperation mit Schulen und Universitäten, anstatt einen einmaligen Aktionstag ins Leben zu rufen.

Ich plädiere dafür, dass wir die Bürgerinnen und Bürger ermutigen und informieren sollten, anstatt sie in eine Situation zu bringen, in der sie sich verpflichtet fühlen könnten. Es gibt viele Wege, wie wir das Bewusstsein für die Bedeutung der Blutspende schärfen können – sei es durch Informationsveranstaltungen oder durch die Unterstützung bestehender Initiativen des DRK zum Beispiel.

Zusammenfassend lehne ich den Antrag ab, da ich nicht möchte, dass wir als Stadtverordnete den Eindruck erwecken, dass Blutspenden eine Pflicht ist. Lassen Sie uns stattdessen auf Freiwilligkeit setzen und Wege finden, um das Engagement für diese wichtige Sache auf eine positive und einladende Weise zu fördern.

Stadtverordneter STARK:

Ich möchte heute kurz meine Meinung zum Antrag von Bündnis Deutschland äußern. Persönlich musste ich in der Vergangenheit auch selbst auf Blutspenden angewiesen sein – mehr als ein Liter war notwendig. Daher kann ich nachvollziehen, wie wichtig diese Thematik ist. Was Bündnis Deutschland jetzt vorschlägt, ist aus meiner Sicht kein bloßer Aktionismus, sondern ein Ansatz, der langfristig und nachhaltig wirken kann.

Herr Lichtenfeld hat vollkommen recht – wir sollten über langfristige Strategien nachdenken. Vielleicht könnten wir beispielsweise alle Bürgerinnen und Bürger persönlich anschreiben und dazu ermutigen, an einem bestimmten Tag zur DRK-Kampagne zu kommen, um Blut zu spenden. Ähnliches gilt auch für Organspenden – die Notwendigkeit und Bedeutung sind unbestreitbar.

Niemand sollte verpflichtet werden, das ist klar, aber wir brauchen einen Schub, um das Thema weiter voranzubringen und das Engagement für Blut- und Organspenden wieder stärker zu fördern. Solche Initiativen können dazu beitragen, Bewusstsein zu schaffen und langfristig eine höhere Spendenbereitschaft zu erzielen.

Stadtverordneter HOFFMANN:

Blutspende ist von großer Bedeutung, das ist unbestritten. Wir können uns wirklich glücklich schätzen, dass in unserem Klinikum Reinkenheide eine gut funktionierende Blutspendedienst-Institution etabliert ist, die die Klinik unabhängig von Lieferengpässen macht. Allerdings sieht die Situation bei AMEOS ein wenig anders aus. Ich habe mich informiert und erfahren, dass die Kollegen bei AMEOS erst über Delmenhorst die entsprechenden Mengen an Blutkonserven beziehen müssen. Dieser Blutspendedienst ist besonders und es gilt, gemeinsam mit den Profis von DRK, DSO und DKMS neue Wege zur Gewinnung von Spendern zu entwickeln. Wir brauchen innovative Ansätze, um insbesondere jüngere Zielgruppen sowie Unternehmen für die Spendenbereitschaft zu gewinnen.

Der Gesundheitsausschuss hat in seiner letzten Sitzung einen Antrag, der auch Teil der Koalition ist, zu diesem Thema mehrheitlich beschlossen. Dieser Antrag geht in seiner langfristigen und umfassenden Kommunikationsstrategie über den Antrag von Bündnis Deutschland hinaus. Der Antrag von Bündnis Deutschland bewegt sich aus meiner Sicht in Richtung reinen Aktionismus und wird von uns abgelehnt.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Ehrlich gesagt schockiert es mich, was ich heute hier höre, denn die Ablehnung eines Aktionstags zur Blutspende zeigt mir, wie Sie politisch wirklich dastehen. Es zeigt, dass Ihnen nicht wirklich daran gelegen ist, dass Menschen geholfen wird – und das, meine Damen und Herren, ist ein Unding. Es zeigt, wie Sie wirklich denken.

Vielen Dank zunächst, dass Sie im Gesundheitsausschuss unser Thema aufgegriffen haben und sich Gedanken dazu gemacht haben. Herr Lichtenfeld, noch einmal zum Hinweis: Zwingen will hier niemand jemanden, Blut zu spenden. Falls Sie den Antrag noch einmal durchlesen möchten, könnten Sie ihn vielleicht besser verstehen.

Und das Argument, dass wir dieses Thema als Showthema benutzen würden, ist absoluter Schwachsinn. Wirklich unverständlich, was Sie sich dabei denken.

Wenn ich sehe, dass das Jugendparlament in der Stadt Bottrop einen solchen Aktionstag auf die Beine stellt oder dass der Bundestag ähnliche Veranstaltungen durchführt, dann sollten wir mindestens genauso gut sein wie diese Parlamente – wenn nicht sogar besser. Das sind nur einige Beispiele.

Deshalb appelliere ich nochmals an Sie: Bitte stimmen Sie einem Blutspende-Aktionstag zu. Die Stadtverordnetenversammlung hat eine Vorbildfunktion, und genau darum geht es hier – um eine Vorbildfunktion, nicht darum, irgendetwas auszuschlachten. Wir müssen als Stadtparlament zeigen, dass uns diese Thematik wirklich wichtig ist.

Stadtverordnete AX:

Was Bündnis Deutschland mit ihrem Antrag vorgelegt hat, finde ich persönlich sehr gut. Ich selbst habe vor einigen Jahren sechs Liter Blut gebraucht – und ansonsten würde ich heute hier nicht mehr stehen. Bündnis Deutschland zwingt niemandem auf, dass er oder sie Blut spenden muss.

Ich war selbst erst letzten Monat zur Blutspende, und auch dort hat mich niemand dazu gezwungen. Es ist traurig, dass wir hier im Parlament eine so - ich kann das gar nicht aussprechen - ablehnende Haltung gegenüber diesem Thema sehen.

Doch eines sollten Sie sich bewusst machen: Eines Tages werden auch Sie Blut brauchen. Und dann wird Ihnen bewusstwerden, wie wichtig es ist, dass genug Spender zur Verfügung stehen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Sehen Sie erst einmal hier vorne jemanden stehen, der über lange Jahre, Jahrzehnte einem Verein angehört, der genau dieses Thema abarbeitet. Von daher sehe Sie mich, was Blutspenden anbelangt, definitiv auf Ihrer Seite. Sehen Sie hier vorne jemanden, der sich unter anderem auch für die Knochenmarkspende registrieren ließ. Sehen Sie hier vorne jemanden, der sich hat registrieren lassen für Organspende.

Das ist das eine. Man kann Angebote unterbreiten. Man muss aber auch aufpassen, dass man nicht Überangebote schafft. Ich kann jedenfalls für den Magistrat sprechen. So hat das Mitarbeitermagazin des Magistrats im Dezember 23 berichtet, dass den Mitarbeitern eine Stunde gutgeschrieben wird, um Blut zu spenden.

Grundsätzlich ist es eine Verpflichtung jedes Einzelnen, sich in dem Bereich von Sofortmaßnahmen und Erste Hilfe weiterzubilden. Man erwartet, dass man für sich selbst Hilfe leisten kann – also darf auch ein anderer die Hilfe von uns erwarten. Das Gleiche gilt übrigens für die Themen, die ich eben angesprochen habe.

Wenn Sie aber immer wieder die Stadtverordnetenversammlung hervorheben, dann finde ich das immer etwas polemisch. Lassen Sie uns doch kurz einmal die Fraktionen durchgehen:

Da sehe ich bei der Linken maximal einen Spender, bei der SPD schließe ich schon einmal sechs aus. Bei der FDP mindestens einen oder zwei, während ich davon ausgehe, dass die Über-60-Jährigen hier nicht in Frage kommen. Das bedeutet, wir reden für 25 Stadtverordnete. Von denen erwarte ich tatsächlich auch eine gewisse Verpflichtung, wie ich gerade eben schon angedeutet habe.

Was den Magistrat anbelangt, habe ich gerade schon gesagt, gibt es bereits ein Programm. Ihr Ansinnen, ich habe es extra vorangestellt – Sie sehen da in mir schon jemanden, der diesem Thema mehr als zugeneigt ist – aber am Ende bleibt die Frage, ob ich eine Überregulierung habe und 1.000 Angebote mache. Nein, wir haben genug Angebote, wir müssen sie vielleicht nur mehr ins Bewusstsein der Menschen rücken. Da bin ich bei Ihnen, dass wir das machen müssen.

Es wurde das DRK erwähnt, die bieten übrigens ausreichend Spendenmöglichkeiten an. Sie können, ich hätte fast gesagt, täglich in unser eigenes Krankenhaus gehen. Ich glaube, dort bekommt man sogar 25 € und ein Essen – also bitteschön, gehen Sie hin. Wir haben übrigens lange für das Blutspendezentrum gekämpft, das immer wieder geschlossen werden sollte.

Ich kann nur alle Menschen, die mich jetzt hier hören, dazu auffordern: Gehen Sie Blut spenden, Knochenmark spenden, machen Sie eine Organspende, wenn Sie es mit sich selbst vereinbaren können.

Wie gesagt, das Ansinnen unterstütze ich grundsätzlich, aber Angebote haben wir genug.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ja, der Stadtverordnetenvorsteher hat es richtigerweise eben schon gesagt: Angebote haben wir genügend. Ich weiß auch nicht, dieser Antrag von Bündnis

Deutschland, ich hätte ihn lieber im Ausschuss, vielleicht im Gesundheitsausschuss oder an anderer Stelle, gesehen. Da hätte man das ja diskutieren können, da jede Partei ja auch untereinander spricht. Ich denke, dass dieser Antrag gar nicht in die Stadtverordnetenversammlung gehört. Ein Aktionstag, da stelle ich mir die Frage: Ist das für eine Stadtverordnetenversammlung ausreichend? Wir haben ja im Jahr einige Stadtverordnetenversammlungen mehr. Das heißt, dann müssten wir ja für jede Stadtverordnetenversammlung einen Aktionstag einplanen, wenn das überhaupt etwas bringen soll. Ich finde, einmal so ein Aktionstag ist ein bisschen wenig.

Jeder von uns weiß doch, worauf es ankommt. Der Stadtverordnetenvorsteher hat es eben richtigerweise schon gesagt: Zwischen 18 und 60 Jahren kann man Blut spenden. Genau. Da weiß doch jeder, dass man Blut spenden kann. Und man muss ganz ehrlich sagen, wer zur Schule gegangen ist, auch in der Schule – ich weiß das ja –, findet eine Aufklärung statt. Es finden ja auch gerade vom Deutschen Roten Kreuz an Schulen Blutspendetermine statt. Von daher kann jeder hingehen.

Der Stadtverordnetenvorsteher hat es ja schon erwähnt, dass er öfter oder schon mehrfach helfen musste, so habe ich ihn eben verstanden, und das ging mir genauso. Wer damals nicht zur Bundeswehr gegangen ist, wie ich aus verschiedenen Gründen, die es nicht zugelassen haben, der hat sieben Jahre Ersatzdienst geleistet und an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen – ob es Konzerte waren oder Sportveranstaltungen oder einfach mal ein Unfall gesehen hat und vielleicht auch helfen musste.

Wenn mancher viel Blut verliert, wie hier angesprochen wurde, braucht auch mancher Blut. Das ist richtig. Aber ich glaube, jeder weiß, wo er hingehen kann. Es gibt nicht nur das Rote Kreuz. Gott sei Dank gibt es auch unsere Krankenhäuser. Dort war ich auch schon. Es wurde auch schon gesagt, dass es dann sogar einen kleinen Beitrag oder ein Essen gibt.

Von daher denke ich, dass es gut ist, dass wir heute hier noch einmal darüber sprechen, zumindest. Jeder ist dazu aufgefordert oder sollte es sich überlegen, Blut zu spenden. Das ist sicherlich eine sinnvolle Sache. Aber einen Aktionstag brauchen wir deshalb nicht. Ich werde diesen Antrag ablehnen.

Stadtverordneter SCHOTT:

Wir reden jetzt so lange über das Thema Blutspenden. Wann haben Sie das letzte Mal Blut gespendet, die hier alle so positiv darüber sprechen? Und wie oft haben Sie schon Blut gespendet, Blutplasma? Nein, brauchen wir jetzt nicht, keine Antwort. Aber jeder sollte sich einmal im Spiegel anschauen, die hier so schön vortragen, wie gut das möglich ist.

Wir können es gerne machen: Wer weniger als 50-mal gespendet hat, zahlt einen entsprechenden Beitrag an die DRK oder wen auch immer als Einrichtung, um diese zu unterstützen.

Jetzt muss ich ein kleiner Klugscheißer sein, um das noch einmal zu verdeutlichen:

Ja, Erstspender müssen mindestens 18, maximal 60 Jahre alt sein. Wer jedoch bereits Blut gespendet hat, hat keine Altersbegrenzung mehr. Es gibt keine Altersbegrenzung für das Blutspenden. Ein weiteres Kriterium: Man muss mehr als 50 Kilo wiegen.

Bevor wir hier über den Antrag sprechen, Frau Tiedemann, und Sie darüber schockiert sind, wundert mich das ein wenig. Was haben Sie denn anderes erwartet? Ihr Antrag wird so oder so abgelehnt. Das ist kein großes Geheimnis.

Stattdessen hätte ich mir gewünscht, dass Sie mit einer der Einrichtungen vor einer Stadtverordnetenversammlung so eine Blutspende organisiert hätten – einfach mal machen statt nur reden. Das betrifft übrigens auch die eine oder andere Partei hier. Einfach machen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 7 Ja-Stimmen (BD, WfB) und 1 Enthaltung (Knorr).

TOP 1.5 Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD)

StVV - AT 37/2023

TOP 1.5.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 37/2023 - Zebrastreifen vor der Krippe in der Eisenbahnstraße (BD) - Tischvorlage

StVV - Ä-AT 17/2024

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Wir diskutieren in diesem Antrag die Notwendigkeit eines Zebrastreifens sowie einer Lichtsignalanlage an der Krippe in der Eisenbahnstraße. Im Jahr 2023 gab es in ganz Deutschland etwa 30.000 Unfälle mit Kindern unter 15 Jahren. Diese Zahl ist erschreckend, denn jedes einzelne Kind, das einem Unfall zum Opfer fällt, ist zu viel. Und jeder einzelne Unfall muss, soweit möglich, auch vermieden werden.

Wenn ich jedoch aktuell in die Eisenbahnstraße einbiege, egal aus welcher Richtung – sei es von der Lange Straße oder von der Hauptstraße –, ist es so, dass die Leute erst einmal auf das Gas treten, um durchzuziehen. Das können Sie wirklich selbst beobachten, keiner hat die Krippe dort im Hinterkopf. Ja, es ist Tempo 30, aber genau deswegen wollen wir keinen weiteren Spielraum für unsichere Situationen schaffen. Wir fordern daher einen Zebrastreifen mit Lichtsignalanlage, um den Autofahrern noch einmal zu verdeutlichen, dass dieser Bereich hochsensibel ist und besondere Beachtung benötigt – insbesondere, wenn es um die Sicherheit unserer Kinder geht. Unser Antrag zielt darauf ab, die bestehenden Gefahren zu minimieren und den Schutz für Kinder zu erhöhen. Jetzt liegt ein Änderungsantrag der Grünen vor, der vorsieht, eine Überprüfung aller Kindergärten und Krippen durchzuführen, bevor entsprechende Maßnahmen wie Zebrastreifen oder Lichtsignalanlagen umgesetzt werden. Während wir grundsätzlich zustimmen, dass eine Überprüfung aller Einrichtungen wichtig ist, darf dies den bereits identifizierten Bedarf in der Eisenbahnstraße nicht blockieren.

Deshalb beantragen wir, dass der Änderungsantrag der Grünen den Punkt 2 streicht – „Der bisherige Satz entfällt“. Denn aus unserer Sicht muss der Bedarf für die Eisenbahnstraße schnellstmöglich umgesetzt werden. Es geht um die Sicherheit unserer Kinder, und das darf nicht weiter aufgeschoben werden.

Bitte stimmen Sie daher unserem Antrag zu und unterstützen Sie die zügige Umsetzung eines Zebrastreifens mit Lichtsignalanlage.

Stadtverordneter BAUMANN-DUERSTAEDT:

Die Sicherheit unserer Kinder liegt uns sehr am Herzen. Wir schlagen deshalb vor, eine fachkundige Überprüfung und Einschätzung der Gefahrenlage an der besagten Stelle durchzuführen. Es gilt zu beurteilen, welche Maßnahmen an dieser und auch an anderen Stellen geeignet sind, um die Sicherheit von Krippen- und Kita-Kindern zu gewährleisten.

Dementsprechend haben wir einen Änderungsantrag formuliert, der Ihnen vorliegt. Es geht uns hauptsächlich um den Beschlusspunkt, dass der Satz eingefügt wird: „Der Magistrat wird aufgefordert, für alle Kitas und Krippen im Stadtgebiet zu prüfen, ob deren Umfeld ein Zebrastreifen mit einer zusätzlichen gelben Signalanlage eingerichtet werden sollte.“

Wie gesagt, in allen Bereichen, überall, wo Kitas und Krippen vorhanden sind.

Wir beantragen außerdem, dass der bisherige Satz entfällt.
Darüber hinaus möchte ich an dieser Stelle beantragen, dass beide Anträge in den Ausschuss für öffentliche Sicherheit überwiesen werden.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Vorab möchte ich auf den Bericht der Nordsee-Zeitung vom 19. Oktober 2007 verweisen. Dort habe ich mich zum ersten Mal politisch für einen Zebrastreifen engagiert, und das mit Erfolg, an der Ecke Nordstraße/Brookstraße. Damals war ich gerade erst zehn Jahre alt und hatte mehr Erfolg als die BD-Fraktion.

Darüber hinaus möchte ich Sie darauf hinweisen, dass Sie anscheinend nicht in die Richtlinie für die Anlage und Ausstattung von Fußgängerüberwegen geschaut haben. Diese Richtlinie ist öffentlich zugänglich und hätte Ihnen vielleicht geholfen, besser über das Thema informiert zu sein. Schaut man in diese Richtlinie, wüssten Sie, dass die maximale Fahrbahnbreite für Fußgängerüberwege bei 6,50 Metern liegt. Die Fahrbahnbreite an der Eisenbahnstraße beträgt jedoch knapp 8 Meter. Daher müssten erhebliche bauliche Veränderungen vorgenommen werden, um an dieser Stelle einen Zebrastreifen ordentlich herzustellen.

Zudem möchte ich Sie daran erinnern, dass für die Sichtachse mindestens 30 Meter Sichtweite gegeben sein müssen. Das würde bedeuten, dass Bäume gefällt werden müssten. Da bin ich optimistisch, dass die Grünen unserer Argumentation folgen werden, da wir schließlich keine Bäume fällen wollen, um einen Zebrastreifen zu bauen. Wo kämen wir denn sonst hin?

Aufgrund der Fahrbahnbreite müsste außerdem eine Einengung erfolgen. Die bestehenden Busbuchten und verschiedenen Abbiegespuren machen eine solche Einengung verkehrstechnisch äußerst ungünstig und könnten sogar den gegenteiligen Effekt erzeugen. Daher halte ich diesen Vorschlag von Ihnen in keiner Weise für durchdacht.

Abgesehen davon habe ich auch nachgeschaut, wie teuer Zebrastreifen in anderen Fällen waren, wenn bauliche Voraussetzungen gegeben waren. Zum Beispiel kostete der Fußgängerüberweg am Debstedter Weg im Jahr 2022 lediglich 37.235 €. Bei Twischlehe im Jahr 2023 waren es 50.941 €, und an der Spadener Straße, wo man bereits die Grenzen des Machbaren ausgereizt hat, betrugen die Kosten 81.525 €. Bei dem vorgeschlagenen Fußgängerüberweg an der Eisenbahnstraße wären wir jedoch schnell bei einem Betrag von 250.000 € und aufwärts.

Möchten Sie tatsächlich solche Kosten für diese Situation in einer 30er-Zone in Kauf nehmen? Ich halte das für absolut unangemessen und unverhältnismäßig.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen auch für den Zwischenruf der Grünen. Es scheint, dass für Sie die Sicherheit der Kinder zu teuer ist, genauso wie die Unterbringung von Kindern an der Weichselstraße.

Daher werden wir sowohl den Antrag als auch den Änderungsantrag ablehnen. Wir kümmern uns passgenau um die Bedarfe der Menschen in dieser Stadt und lassen uns nicht von politischen Spielchen ablenken.

Stadtverordnete KIRSCHSTEIN-KLINGNER:

Jetzt hat Herr Miholic bereits eine ganze Menge gesagt, worüber ich mir ebenfalls Gedanken gemacht habe. Eins wurde am Rande erwähnt, aber ich möchte es noch einmal betonen. In dem Antrag steht, dass eine Ankündigung eines Zebrastreifens gemacht wird. Das ist richtig, aber die Entwicklung in diesem Bereich hat etwas länger gedauert. Dennoch haben wir eine 30er-Zone, und wir haben bereits gehört, dass fast 60 % unserer Straßen in Bremerhaven mit Tempo 30 ausgestattet sind. Das ist ein deutlicher Beitrag zur Sicherheit für Fußgänger, Radfahrer, Kinder und Erwachsene.

Vor Kitas und Krippen ist es ebenfalls so, dass fast vor allen diesen Einrichtungen Tempo 30 gilt. Es gibt zwar einige Ausnahmen, wie etwa an der extrem frequentierten

Schiffdorfer Chaussee vor Schulen, aber auch dort sind Ampeln und Zebrastreifen vorhanden. Dennoch ist die generelle Sicherheit auf unseren Straßen gewährleistet. Die Straßen sind nach den aktuellen Verwaltungsvorschriften so eingerichtet, wie es notwendig ist. Bremerhaven hat in dieser Hinsicht keine Fehlbedarfe. Diese 30er-Zonen sind speziell dafür gedacht, Gefahrensituationen zu reduzieren. Zudem habe ich auch in der Unfallstatistik nachgelesen, und dieser Bereich an der Eisenbahnstraße fällt in Bezug auf besondere Gefährdungen nicht auf.

Wir haben auch an anderen Stellen Überwegungen mit Ampeln, wie beispielsweise an der Stresemannstraße oder der Lange Straße, wo gefahrlos die Straße überquert werden kann. Daher sehen wir aktuell keinen Handlungsbedarf in diesem Bereich. Es gibt zudem eine neue Straßenverkehrsordnung (StVO), und wir sollten abwarten, wie sich diese Vorschriften im nächsten Jahr weiterentwickeln. Momentan sind wir als Stadt jedoch gut aufgestellt und entsprechend sicher.

Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab, ebenso den Änderungsantrag, da besondere Bereiche wie Krippen, Kitas, Schulen, Altenheime und teilweise auch Sportstätten regelmäßig überprüft werden, um sicherzustellen, dass der Straßenraum den aktuellen Sicherheitsanforderungen entspricht.

Stadtverordneter TIMKE:

Frau Kirschstein-Klingner, das war jetzt ein richtig dickes Brett, das Sie hier gebohrt haben. Das muss ich Ihnen mal sagen. Sie schmücken sich nicht nur mit fremden Federn, sondern lassen sich auch dafür feiern, dass Sie nach acht Jahren Tätigkeit hier etwas erreicht haben. Ich möchte Sie daran erinnern – vielleicht haben Sie ein schlechtes Gedächtnis, ich hingegen habe noch ein gutes Gedächtnis. Es ist ungefähr acht Jahre her, da hat meine Fraktion im Ausschuss für öffentliche Sicherheit beantragt, dass wir in der Eisenbahnstraße eine Tempo-30-Zone einrichten wollen. Frau Kirschstein-Klingner hat damals die Gegenrede gehalten und gesagt: „Wir brauchen da keine Tempo-30-Zone“, Sie erinnern sich vielleicht, haben gesagt: „Aber vielleicht könnten wir dort einen Zebrastreifen bauen. Das werde ich mal mit meiner SPD besprechen.“ Das ist acht Jahre her, Frau Kirschstein-Klingner. So viel Mal zur Ehrlichkeit.

Nun stellen Sie sich hier hin und sagen: „Wir haben doch jetzt eine Tempo-30-Zone, was wollt ihr denn? Wir kümmern uns um die Sicherheit.“ Nein, Frau Kirschstein-Klingner, Sie haben den Antrag damals abgelehnt. Und als das zweite Gebäude mit der Kinderbetreuung dort entstanden ist, haben Sie gesagt: „Jetzt müssen wir mal über eine Tempo-30-Zone sprechen.“ Das gehört zur Wahrheit dazu. Sie haben gar nichts in dieser Stadt dafür getan. Jetzt sagen Sie: „Einen Zebrastreifen brauchen wir auch nicht mehr.“ Dabei war das Ihr eigener Vorschlag vor acht Jahren gewesen. Es geht hier doch um die Kinder, um ihre Sicherheit, um das sichere Abholen und Bringen zur Schule, damit sie eben nicht Gefahr laufen, in der Eisenbahnstraße Opfer von Unfällen zu werden. Und ich möchte auch noch etwas Grundsätzliches ansprechen. Was mich ärgert, ist, dass die Opposition hier sehr gute Anträge stellt. Und die Koalition entscheidet sich immer wieder dazu, diese Anträge abzulehnen. Bis jetzt ist kein einziger vernünftiger Vorschlag der Opposition durchgekommen.

Natürlich kann man das so machen, aber ich frage mich, ob das unserer Stadtgemeinde wirklich gut tut am Ende des Tages, wenn man gute Anträge, auch wenn sie aus der Opposition kommen, konsequent ablehnt. Und ich habe heute so viele krude Argumente gehört, warum man diese Anträge ablehnt – das ist ja schon fast fantasievoll, was hier vorgebracht wird.

Ich frage Sie allen Ernstes, was Ihnen als Erstes ausgehen wird: das Geld oder die Ausreden?

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Antrag Baumann-Duderstaedt – Überweisung in den Ausschuss für öffentliche Sicherheit):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 15 Ja-Stimmen (Grüne+P, BD, WfB, LINKE, Knorr, Schott, Schuster).

Beschluss (Änderungsantrag Tiedemann):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (BD, Schott) und 5 Enthaltungen (WfB, Knorr, Schuster).

Beschluss (StVV - Ä-AT 17/2024):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (Grüne+P, LINKE) und 2 Enthaltungen (Knorr, Schott).

Beschluss (StVV - AT 37/2023):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 7 Ja-Stimmen (BD, WfB) und 4 Enthaltungen (Knorr, Lichtenfeld, Schott, Schuster).

Pause von 18:24 Uhr bis 18:55 Uhr

TOP 1.6 Impuls für die Bremerhavener Innenstadt: Wochenmarkt Fair und Regional in der Innenstadt (Bündnis 90/ Die Grünen)

StVV - AT 2/2024

Stadtverordnete COORDES:

Wir haben bereits auf der letzten Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der Debatte zur städtebaulichen Entwicklung des Karstadt Areals intensiv darüber gesprochen, dass die Bremerhavener Innenstadt dringend neu aufgestellt werden muss. Die Corona-Krise hat tiefe Spuren hinterlassen. Zahlreiche Unternehmen haben aufgegeben und auch hier in Bremerhaven, nicht nur hier, sondern auch in anderen Städten, Leerstände hinterlassen, die zu einem erheblichen Attraktivitätsverlust der Innenstadt geführt haben. Wir brauchen dringend neue Impulse für die Bremerhavener Innenstadt. Dabei ist die Entwicklung des Karstadt Areals ein Baustein eines umfassenden Gesamtkonzepts.

Als ersten Schritt, die Innenstadt neu zu gestalten, hat der Bremerhavener Magistrat das Unternehmen Urbanista mit der Entwicklung eines Innenstadtkonzeptes unter Beteiligung der Bürger:innen beauftragt. Hier sind durchaus gute Ideen entstanden. Einige davon, das hatte ich beim letzten Mal bereits erwähnt, sind in die Entwicklung des Karstadt Areals eingeflossen – wie zum Beispiel die Begrünung und der geplante

Spielplatz, die Urbanista-Ideen, also Bürgerbeteiligungsideen. Es kann jedoch nicht nur um die Umsetzung von Einzelmaßnahmen gehen. Eine neu gestaltete Innenstadt braucht ein Profil, sie benötigt Impulse. Was meine ich damit? Ein Profil und Impulse ermöglichen es uns, gezielte Marketingmaßnahmen zu setzen und genau mit diesem Profil zu werben. Wir müssen unsere Innenstadt von anderen Städten im Umfeld unterscheiden, um Besucher:innen zu gewinnen und die Innenstadt neu zu beleben. Die Innenstadt ist ein wichtiges Aushängeschild für Bremerhaven. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, dass dieses Projekt gelingt, da sie als wichtiger Wirtschaftsfaktor fungiert.

Wie können wir nun zu einem Profil und zu diesen Impulsen kommen? Wir möchten die Themen Klimastadt und Fairtrade-Stadt nutzen und diese fest im Stadtbild verankern. Ein erster Schritt in Richtung dieses Profils könnte ein großer, regelmäßig stattfindender Wochenmarkt mit fair gehandelten und regionalen Produkten sein. Neben diesem Angebot stellen wir uns vor, dass dieser Markt auch Raum für Kultur, Kleinkunst, Chöre, Bands und Angebote für Kinder bietet. Als möglichen Standort könnten wir die Fläche des Karstadt Gebäudes nach dessen Abriss nutzen, falls sich eine Freifläche ergibt, oder alternativ den Heuss-Platz. Selbstverständlich wollen wir bei dieser Entwicklung die Händler:innen einbeziehen, die bereits jetzt in der Innenstadt Stände betreiben, und bestehende Angebote in der Stadt nicht gefährden. Daher ist dieser Antrag auch als Prüfauftrag formuliert.

Ich habe mir die Vorlage zum Karstadt Areal noch einmal genau angesehen und festgestellt, dass bereits im Bürgerhaus verschiedene Klimastadt-Projekte angedacht sind. Dazu gehören unter anderem die Stadtbibliothek, der Weltladen, das Klimahaus und die Integration der Wissenschaft, wie von Herrn Grantz angekündigt. Wenn man all dies zusammen denkt, passt das Thema Klimastadt nahtlos in die geplante Entwicklung. Eine Machbarkeitsstudie muss dies natürlich bestätigen, aber ich bin davon überzeugt, dass dieses Thema einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Abschließend möchte ich noch einmal betonen: Die Innenstadt ist das Aushängeschild Bremerhavens. Wirtschaft, und die müssen wir hier haben, wenn wir eine positive Entwicklung wünschen, ist zu 80 % Psychologie. Genau so müssen wir es betrachten.

Stadtverordnete MILCH:

Frau Coordes, Sie haben mir schon einige meiner Argumente vorweggenommen, das hat mich etwas erstaunt. Sie haben richtigerweise auf unsere letzte Stadtverordnetenversammlung und die Beschlüsse zur Innenstadtentwicklung eingegangen, denn genau dort haben wir bereits Prüfaufträge und Machbarkeitsstudien beschlossen. Sie haben auch die Veranstaltung für die Bürgerinnen und Bürger erwähnt, bei der nochmals darauf eingegangen wurde, wer sich an der neuen Stadtbibliothek, die unter anderem als Bürgerhaus geplant ist, beteiligen könnte. Dieses Bürgerhaus beinhaltet ja bereits die Berücksichtigung verschiedener kultureller und Veranstaltungsorte – ein Punkt, den Sie jetzt in Ihrem Antrag zusätzlich untersuchen lassen möchten.

Weiterhin haben wir in der letzten Stadtverordnetenversammlung den Antrag behandelt, zu prüfen, ob wir eine Kaufmarkthalle mit ähnlichen Inhalten wie von Ihnen angesprochen, eventuell umsetzen können oder nicht. Dies soll ebenfalls untersucht werden. Daher finde ich, dass wir ein wenig doppelt arbeiten, wenn wir Ihren Prüfauftrag nun zusätzlich laufen lassen.

Zu Ihrem Vorschlag bezüglich des Wochenmarktes – ja, dieser ist aktuell sehr klein, mit zwei bis manchmal drei verbliebenen Ständen. Aber niemand hindert Händler daran, weitere Produkte anzubieten. Leider beklagen sich die Wochenmärkte in der Stadt insgesamt darüber, dass es kaum noch Anbieter gibt, die ihre Waren dort präsentieren möchten. Fairtrade-Produkte, ganz klar, würden wir in der gesamten Stadt begrüßen – nicht nur in der Innenstadt, sondern an verschiedenen Standorten. Ihr Prüfauftrag zur Betrachtung von Kulturangeboten haben wir bereits mit den Kulturinseln umgesetzt. Leider ist mir der Name der Dame, die sich darum kümmert,

entfallen, aber es werden bereits vielfältige Veranstaltungen angeboten. Daher sehe ich hier ebenfalls keinen Bedarf für eine zusätzliche Überprüfung.

Auch die Barrierefreiheit ist bei unseren aktuellen Projekten ein festgelegter Standard. Niemand käme auf die Idee, vor eine Markthalle eine unüberwindbare Stufe zu bauen, ohne Alternativen wie Rampe oder Fahrstuhl. Somit ist auch dieser Punkt bereits gut abgedeckt.

Vielen Dank für Ihren Antrag und die Argumente, die Sie teilweise genutzt haben, um meine Ablehnung zu unterstützen. Wir lehnen den Antrag ab.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Der Antrag der Grünen zielt auf die Etablierung eines großen Wochenmarktes mit regionalen und fairen Produkten in der Innenstadt ab. „Wenn möglich in der Innenstadt“ steht in dem Antrag, was also nicht heißt, zwingend in der Innenstadt. Dabei muss man berücksichtigen, dass es bereits in Geestemünde einen großen Wochenmarkt gibt, der gut von der Innenstadt aus mit Bus, Fahrrad und Auto erreichbar ist. Dieser Markt ist bereits ein stark frequentierter Anziehungspunkt. Die anderen Wochenmärkte in Lehe, Leherheide und Wulsdorf sind hingegen leider nahezu ausgestorben – es gibt kaum noch Nachfrage. Ein weiterer voll ausgestatteter Wochenmarkt würde daher ebenfalls von einer hohen Nachfrage abhängen. Zudem, wenn das Konzept regional und fair eingeschränkt ist, würde das das Angebot an möglichen Ständen weiter begrenzen und die angebotenen Produkte womöglich nochmals teurer machen, als sie ohnehin schon auf Wochenmärkten zu finden sind. Ein Wochenmarkt ist von Grund auf nicht für jeden Geldbeutel gemacht.

Darüber hinaus wurde bereits die Idee einer Markthalle angesprochen, die sich ebenfalls nicht tragen würde. Der geforderte Wochenmarkt würde genau dieselbe Kundschaft ansprechen und würde daher wenig zielführend sein. Die Verkaufsstände, die bereits regelmäßig in der Innenstadt stehen, zeigen, dass nur ein begrenzter Bedarf vorhanden ist. Der Bedarf regelt sich in der Praxis selbst, wenn mehr Nachfrage besteht, werden auch mehr Stände aufgestellt. Ein umfangreicher regulärer Wochenmarkt ohne die Einschränkung auf regional und fair würde die Bevölkerung und deren Budget daher weitaus besser ansprechen.

Wir bei Bündnis Deutschland sehen die Entwicklung der Innenstadt als sehr wichtig an. Der Gedanke ist grundsätzlich nicht schlecht. Dennoch halten wir das geforderte Konzept für Bremerhaven für nicht umsetzbar, da ähnliche Projekte wie die Markthalle sich bereits finanziell nicht tragen können. Ein entsprechender Wochenmarkt würde ebenfalls Schwierigkeiten haben, sich zu tragen. Daher werden wir uns in dieser Abstimmung enthalten und den Antrag nicht ablehnen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (Grüne, LINKE) und 8 Enthaltungen (BD, WfB, Knorr).

Stadtverordneter KOCAAGA:

Der Klimawandel bringt extreme Wetterbedingungen mit sich, die einerseits enorme Hitze und Trockenheit, andererseits aber auch starke Niederschläge und Dauerregen zur Folge haben. Laut dem Deutschen Institut für Urbanistik sind die Themen Klimaanpassung, Klimaschutz, Mobilitätswende sowie sozialer Zusammenhalt und Gemeinwohlorientierung entscheidend für die Entwicklung unserer Innenstädte. Die Pandemie hat die Bedeutung von Grünflächen und Parkanlagen für die Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner verdeutlicht. Jede Stadt ist ein hybrides Ökosystem, in dem das Gleichgewicht zwischen den von Menschen geschaffenen Elementen wie Straßen und Gebäuden und den natürlichen Elementen wie Bäumen und Tieren gewahrt werden muss.

Grünflächen in der Innenstadt bieten zahlreiche ökologische Vorteile. Sie dienen als Lebensräume für Pflanzen und Tiere, verbessern die Luftqualität, reduzieren den Lärm und helfen, das Mikroklima zu stabilisieren. Diese Grünflächen sind unverzichtbar für eine nachhaltige Stadtentwicklung und tragen zur Lebensqualität der Menschen bei. Zudem fördern sie soziale Interaktionen und bieten Raum für Entspannung und Begegnungen.

Der Theodor-Heuss-Platz sollte zukünftig ausreichend mit Bäumen und weiterer Vegetation versehen werden, um das Mikroklima zu verbessern und als grüner Rückzugsort zu dienen. Die Schaffung einer Grünfläche, die das Versickern von Regenwasser ermöglicht, trägt zur ökologischen Verbesserung bei und kann das Wasser in speziell angelegten Sickerbecken speichern, um es in einer Trockenperiode nutzen zu können. Diese Maßnahmen tragen nicht nur zur ökologischen Verbesserung bei, sondern könnten den Theodor-Heuss-Platz zu einem Vorbild für andere Städte machen.

Als Teil der Klimastadt Bremerhaven stellt eine solche Entwicklung einen wichtigen Baustein dar, um unsere Städte Zukunft zu gestalten. Die Versiegelung von Boden ist ein erhebliches Problem, das wir nicht ignorieren dürfen. Im Sinne des Klimawandels ist es entscheidend, Verantwortung zu übernehmen und unsere Lebensräume so zu gestalten, dass sie auch für zukünftige Generationen lebenswert bleiben.

Die Mai-Veranstaltung 2024 hat uns noch einmal gezeigt, wie wichtig es ist, den Theodor-Heuss-Platz in den Fokus zu nehmen. Aufgrund der starken Hitze musste innerhalb von zwei Stunden viermal der Notarzt gerufen werden. Dieses Ereignis darf nicht länger ignoriert werden. Daher müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Die Entsiegelung des Theodor-Heuss-Platzes ist ein wichtiger Schritt in Richtung einer grünen, nachhaltigen Stadt. Sie schafft einen Raum für Ökologie, soziale und kulturelle Aktivitäten und bietet somit eine hohe Lebensqualität für alle.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Zwei Anträge nacheinander liegen vor, die den Theodor-Heuss-Platz grundsätzlich unterschiedlich nutzen möchten. Die Grünen haben in ihrem eben behandelten Antrag vorgeschlagen, die Fläche übergangsweise für einen Wochenmarkt zu nutzen. Die Linke hingegen möchte den Platz zum Klimaplatz umbauen.

Der Theodor-Heuss-Platz ist ein wichtiger Ort für das gesellschaftliche Leben unserer Stadt, und ich glaube, das wird von einigen Abgeordneten hier manchmal vergessen. Auf diesem Platz finden zahlreiche Veranstaltungen statt – das Street Food Festival, die Sommerbühne des Stadttheaters, der Stoffmarkt, das Weinfest, der Weihnachtsmarkt und viele mehr. Eine entsiegelte Fläche, insbesondere in einer parkähnlichen Gestaltung, wie sie hier von den Linken gefordert wird, würde solche Veranstaltungen unmöglich machen. Gerade bei starkem Regen würde der Untergrund nicht ausreichend Festigkeit bieten, um Stände zu tragen. Das Ergebnis wäre ein einziges Matschfest, das weder für Veranstalter noch für Besucher geeignet wäre.

Als gesellschaftlicher Ankerpunkt für Bremerhaven und als wichtiges Touristenziel ist dieser Platz in seinem jetzigen Charakter zu erhalten. Daher lehnen wir von der BD-Fraktion diesen Antrag ab.

Stadtverordneter BAUMANN-DUDERSTAEDT:

Als ich Anfang der 90er-Jahre nach Bremerhaven kam, war ich überrascht, wie stolz die Stadt damals auf den neuen und teuren Straßenbelag in der Fußgängerzone war. Vorher war ich einige Jahre Umweltbeauftragter einer Einrichtung im Landschaftsverband Westfalen-Lippe gewesen, und bereits damals war die Diskussion in vielen Kommunen und öffentlichen Einrichtungen in Richtung Entsiegelung gegangen. Die Notwendigkeit, verbaute Flächen zu entsiegeln, Entpflasterungen vorzunehmen oder versickerungsfähige Verkehrsflächen anzulegen, ist seit Jahrzehnten bekannt. Und unsere Fraktion setzt sich dafür ein.

Ja, jeder Baum, der in Bremerhaven gepflanzt oder erhalten werden kann, jede Naturhecke, die angelegt oder geschützt werden kann, jedes Schatten spendende Buschwerk, das wir in der Stadt integrieren oder schützen können, ist ein Gewinn für den Klima- und Umweltschutz und für die Entwicklung und Erhaltung von Artenvielfalt im urbanen Raum – und natürlich ganz besonders für die Menschen in unserer Stadt. Dafür tritt unsere Fraktion ein.

Der vorliegende Antrag hat daher wirklich großes Zustimmungspotenzial. Die Idee hat Charme – wir mögen das. Durch die besondere Untergrundbeschaffenheit – das ist ein massiver Marschboden – ist jedoch klar, dass die Bepflanzung standortgerecht abgestimmt werden und sowohl den Bodenbedingungen als auch den Anforderungen, die der Klimawandel an uns stellt, entsprechen müsste. Das wäre nicht einfach, jedoch – das sehen wir anders – durchaus lösbar.

Eine ganz andere Frage treibt uns jedoch um. Es handelt sich beim Theodor-Heuss-Platz um den einzigen Mehrzweckplatz in der Innenstadt, auf dem unter anderem der Weihnachtsmarkt, verschiedene andere Märkte, politische Kundgebungen und Feste ihren Platz haben. Hier stellt sich für uns als Fraktion die entscheidende Frage, ob wir auf dieses Areal verzichten wollen und können, ohne eine Alternative für eine Freifläche im Innenstadtbereich zu haben. Da wäre an einer Lösung zu arbeiten. Da müssten wir gemeinsam prüfen, wo solche Freiflächen möglich sind. Wir sind auf jeden Fall gesprächsbereit und arbeiten gerne daran.

Im Moment wird sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen+P bei diesem Antrag enthalten.

Stadtverordneter RASCHEN:

Bei diesem Antrag muss man sich wirklich fragen, ob man hier richtig ist oder ob es nicht besser gewesen wäre, heute in Bremen im Hafenausschuss und der Deputation für Wirtschaft teilzunehmen. Dort wurden wirklich wichtige Themen für Bremerhaven besprochen, wie zum Beispiel der Umbau der Kaje, um die Konverter-Stationen in Bremerhaven zu errichten.

Wir unterhalten uns hier jedoch in der Stadtverordnetenversammlung über einen wichtigen Innenstadtplatz, den Theodor-Heuss-Platz, und dessen Entsiegelung sowie die Diskussion über seine künftige Nutzung. Manchmal muss man auch Prioritäten setzen. Der Weihnachtsmarkt ist bereits mehrfach angesprochen worden. Der Weihnachtsmarkt und das Weihnachtsgeschäft sind für die Einzelhändler in der Innenstadt eines der wichtigsten Geschäfte im gesamten Jahr.

Im Jahr 2018 hat die Stadtgemeinde viel Geld investiert, um die Beleuchtung des Weihnachtsmarktes neu zu gestalten und den gesamten Weihnachtsmarkt neu aufzubauen. Seitdem ist dieser, der früher schlecht im Ruf stand, zu einem Highlight geworden. Die Menschen gehen gerne hin, er ist gut besucht, und das wollen wir nicht zurückbauen. Der Weihnachtsmarkt gehört zu jeder Innenstadt – und nicht nur ein Park. Und davon brauchen wir definitiv mehr.

Um auch gleich den Vorwurf zu entkräften, dass wir nichts unternehmen, möchte ich anmerken, dass aktuell an der großen Kirche in der Oberen Bürger bereits eine größere Grünfläche errichtet wird. Das stört niemanden. Aber den Theodor-Heuss-

Platz als Fläche, die dringend für Veranstaltungen und die Belebung der Innenstadt benötigt wird, aufzugeben und zu entsiegeln, halte ich für einen großen Fehler. Ich war vor der Stadtverordnetenversammlung rechtzeitig vor Ort und habe in der Unteren und Oberen Bürger einen Spaziergang gemacht. Dort gibt es nach wie vor viele Leerstände, die wir dringend angehen müssen. Es gilt, Leben in die Innenstadt zu bringen – nicht nur einen Park zu schaffen. Die Innenstadt soll belebt sein, aber mit Sicherheit nicht mit einem Park vor dem Stadttheater. Die Händler, die auf dem Weihnachtsmarkt Geschäfte machen wollen, und die Einzelhändler in der Innenstadt selbst wollen Geschäfte tätigen – und das kann in der jetzigen Form nur in der Innenstadt geschehen.

Daher werden wir Ihren Antrag selbstverständlich ablehnen.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Ich möchte mich bei meinem Vorredner, Herrn Raschen, herzlich bedanken. Er hat viele wichtige Punkte angesprochen. Besonders möchte ich die Bedeutung des Weihnachtsmarkts an dieser Stelle hervorheben. Es wäre sehr bedenklich, wenn wir zulasten des Weihnachtsmarktes solche Umgestaltungen vornehmen würden. Zusätzlich möchte ich noch auf das alte Finanzamtsgrundstück eingehen, wo wir ebenfalls einen Tiny-Park planen. Daher lehnen wir diesen Antrag ab, da wir an anderen Stellen bereits Begrünungsprojekte vorantreiben. Wir benötigen diesen Platz weiterhin für die zahlreichen Veranstaltungen, die von meinen Vorrednern bereits genannt wurden.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Herr Raschen, vielen Dank, dass Sie das so klar und prägnant dargestellt haben. Ich teile Ihre Einschätzung. Wenn man den Antrag liest und hört, lohnt es sich tatsächlich, darüber nachzudenken, Herr Kocaaga, was Sie hier vorschlagen. Andererseits, Herr Raschen, muss ich Ihnen auch sagen, wenn Sie ständig Zeit haben, spazieren zu gehen und dabei den Leerstand in der Innenstadt bemerken, dann kann ich nicht nachvollziehen, warum Sie nicht zum Hafenausschuss nach Bremen gekommen sind. Dort wurden wichtige Themen wie der Umbau der Kaje besprochen, um Konverter-Stationen in Bremerhaven zu errichten. Ich war dort, ebenso wie der Herr Lichtenfeld als Einzelabgeordneter und meine Wenigkeit. Sie waren nicht da, ebenso wie Herr Kocaaga, der sich ebenfalls durch Abwesenheit ausgezeichnet hat.

Bremerhaven von oben betrachtet, wie Sie es erwähnt haben, zeigt uns tatsächlich, wie viel Grün wir insgesamt in der Stadt haben. Es gibt viele grüne Oasen, die bereits bestehen – Orte zum Spaziergehen, Verweilen oder einen Kaffee zu genießen. Doch die Innenstadt als solche darf nicht zu einer weiteren grünen Fläche umgestaltet werden. Frau Tiedemann hat das bereits gut formuliert: Die Veranstaltungen auf dem Theodor-Heuss-Platz sind vielfältig und wichtig für die Innenstadt.

Wir tragen auch eine Verantwortung für den Einzelhandel und die Schausteller, die dort tätig sind. Zum Beispiel der Freimarkt, der durch den Bau des Obi-Baumarkts kürzer wurde oder andere Events, die aufgrund von Einschränkungen reduziert wurden. Dies wäre bei einer Entsiegelung des Platzes auf dem Theodor-Heuss-Platz nicht mehr möglich.

Wir möchten weiterhin eine lebendige Innenstadt haben, und dafür ist es essenziell, dass wir solche Veranstaltungen erhalten können. Ohne diese Plätze wird das Leben in der Innenstadt stark eingeschränkt. Daher ist dieser Antrag für uns schlicht und ergreifend nicht tragbar und wird abgelehnt.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ich bin der Meinung, natürlich ist, dass dieser Antrag ist auch wichtig, aber welche ist wichtiger? Das kann jeder selber entscheiden. Ich vertrete hier auch meine Partei.

Nicht wegen diesem Antrag bin ich hier, sondern ich vertrete auch meine Partei. Und in Bremen habe ich bereits meine Vertretung bereitgestellt. Deswegen bin ich auch froh.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 2 Ja-Stimmen (Linke, Knorr) und 4 Enthaltungen (Grüne+P).

**TOP
1.8**

Maßnahmen gegen den Klimawandel: Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven (Bündnis 90/Die Grünen)

StVV - AT 5/2024

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Wir beantragen hier, dass die Stadtverordnetenversammlung den Magistrat auffordert, schnellstmöglich ein Treibhausgas-Emissionskataster für die Stadt Bremerhaven aufzubauen und laufend zu pflegen.

Dazu soll zunächst ein Ausschreibungstext erstellt werden und verschiedene Angebote für die Erstellung des Katasters eingeholt werden. Darüber hinaus soll der Aufbau und die Pflege des Katasters im Rahmen der Aufstellung des Haushalts für das Jahr 2025 berücksichtigt und die Haushaltsstelle für die folgenden Haushaltsjahre inflationsangepasst fortgeschrieben werden.

Warum? Die Stadt Bremerhaven ist durch gesetzliche Vorgaben und Selbstverpflichtungen verpflichtet, wirksame Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen. Die Zeit, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur möglichst zu minimieren, wird immer knapper. Gleichzeitig steigen die drohenden Konsequenzen, wenn unzureichende Klimaanpassungsmaßnahmen getroffen werden.

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat in ihrem Klimabericht aus diesem Jahr eindrücklich vor schwerwiegenden Folgen des Klimawandels gewarnt. In den EU-Ländern müssen wir mit nie da gewesenen Katastrophen und Konsequenzen rechnen. Alle EU-Staaten sind aufgerufen, ihre CO₂-Emissionen drastisch zu reduzieren, um einen massiven Temperaturanstieg bis zum Ende des Jahrhunderts zu verhindern. In pessimistischen Szenarien wird für West- und Mitteleuropa immer noch eine Erwärmung von 3 bis 5 °C, im Durchschnitt bis zu 8 °C, befürchtet.

Um solche Entwicklungen zu verhindern, ist schnelles und umfassendes Handeln notwendig, so die EEA. Diese Forderung richtet sich dabei nicht nur an die einzelnen Staaten, sondern auch an Städte und Kommunen wie Bremerhaven.

Mit dem Aufbau eines Katasters allein haben wir noch keine direkten Maßnahmen gegen den CO₂-Ausstoß oder den gesamten Treibhausgasausstoß in der Hand.

Doch wir stellen uns vor, dass dieses Instrument zunächst zur Planung dient, um zu identifizieren, wer in Bremerhaven überhaupt Emittent von Treibhausgasen ist. Diese Erfassung kann dann als Maßstab für die Wirksamkeit städtischer Maßnahmen gegen den Klimawandel dienen.

Für uns ist der Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven, das den Treibhausgasausstoß der 30 größten Emittenten in der Stadt differenziert erfasst und laufend evaluiert, eine entscheidende Grundlage für den Klimaschutz.

Stadtverordneter ÖNAL:

Die Grüne-Fraktion fordert den Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven. Wir lehnen diesen Antrag aus mehreren Gründen ab, die ich im Folgenden darstellen möchte.

Erstens: Gemäß § 5 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes erstellt das Statistische Landesamt Bremen bereits jährlich Energie- und CO₂-Bilanzen für das Land Bremen sowie die Städte Bremen und Bremerhaven. Diese Berichterstattung umfasst Quellenbilanzen, Verursacherbilanzen und vieles mehr. Diese detaillierten Analysen ermöglichen eine differenzierte Betrachtung der Emissionen und geben Auskunft darüber, wie viel CO₂ in welchem Bereich emittiert wird. Ein zusätzlicher Aufbau eines städtischen Emissionskatasters wäre daher redundant.

Zweitens: gesetzlich geregelte Berichtspflichten. Nach § 5 Abs. 4 des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes ist der Senat verpflichtet, jährlich innerhalb von zwei Monaten nach Veröffentlichung der vorläufigen Energie- und CO₂-Bilanzen durch das Statistische Landesamt über die Entwicklung der CO₂-Emissionen zu berichten. Dies stellt sicher, dass bereits ein klarer Überblick über die CO₂-Entwicklung im gesamten Land, einschließlich Bremerhaven, vorhanden ist. Ein städtisches Kataster würde daher keine neuen Erkenntnisse bringen, sondern lediglich eine Doppelung der Datenerhebung und Darstellung verursachen.

Drittens: Die Schaffung eines eigenen städtischen Emissionskatasters würde erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen in Anspruch nehmen, ohne einen Mehrwert zu bieten. Parallelstrukturen sind ineffizient und sollten in Anbetracht der begrenzten Mittel unserer Stadt vermieden werden.

Herr Kaminiarz, nehmen Sie das bitte nicht als Kritik, aber ich würde Ihnen empfehlen, den Abschlussbericht der Enquete-Kommission noch einmal zu lesen, da die angesprochenen Punkte dort bereits behandelt wurden. Es läuft bereits einiges in diese Richtung.

Aus diesen Gründen lehnen wir diesen Antrag ab.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Thema Maßnahmen gegen den Klimawandel und den Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters für die Stadt Bremerhaven. Es gibt verschiedene Aspekte, die gegen die Einführung eines solchen Katasters sprechen könnten. Zunächst einmal sind die Kosten und Ressourcen, die für den Aufbau und die Pflege eines solchen Katasters erforderlich sind, als erheblich anzusehen. In Zeiten begrenzter Haushaltsmittel wäre es sinnvoller, diese Ressourcen in bereits bestehende Projekte oder in dringlichere soziale Bedürfnisse zu investieren.

Ein weiterer Punkt ist die mögliche Bürokratie und Komplexität, die mit der Implementierung eines Emissionskatasters einhergehen kann. Dies könnte zu einer erhöhten Bürokratie führen, die möglicherweise ineffizient ist und den Fokus auf administrative Aufgaben lenkt, anstatt klare Fortschritte im Klimaschutz zu erzielen. Zudem lässt sich argumentieren, dass ein Emissionskataster allein nicht ausreicht, um signifikante Veränderungen herbeizuführen. Ohne begleitende Maßnahmen zur tatsächlichen Reduzierung von Emissionen würde das Kataster lediglich als Symbolpolitik wahrgenommen werden.

Darüber hinaus wären alternative Ansätze effektiver. Statt eines Katasters sollten direkte Investitionen in erneuerbare Energien oder die Förderung nachhaltiger Verkehrskonzepte schnellere und greifbare Ergebnisse liefern. Diese Ansätze haben bereits bewiesen, dass sie positive Auswirkungen auf den Klimaschutz haben können.

Auch der Widerstand der Bevölkerung sollte nicht unterschätzt werden. Bürgerinnen und Bürger werden vermutlich gegen eine solche Maßnahme sein, insbesondere wenn sie als zusätzliche Belastung oder Einschränkung ihrer Freiheiten wahrgenommen werden. Eine breite Akzeptanz ist jedoch entscheidend für den Erfolg von Klimaschutzmaßnahmen.

Technologische Unsicherheiten stellen ebenfalls ein Risiko dar. Die Technologien zur Erfassung und Analyse von Emissionen sind oft teuer und komplex, was dazu führen kann, dass die gesammelten Daten ungenau oder schwer interpretierbar sind und somit zu falschen Schlussfolgerungen führen könnten.

Schließlich könnte auch der Fokus auf individuelle Verantwortung als wichtiger erachtet werden, da dies eine breitere Beteiligung der Gemeinschaft fördern würde. Dies könnte letztlich zu einer größeren Akzeptanz und einer effizienteren Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen führen.

Insgesamt gibt es also mehrere Argumente gegen den Aufbau eines Treibhausgas-Emissionskatasters in Bremerhaven, die im Kontext der spezifischen Gegebenheiten der Stadt sorgfältig abgewogen werden sollten.

Aus den genannten Gründen werde ich diesen Antrag der Grünen ablehnen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Zunächst einmal müssen wir eine wichtige Unterscheidung klarstellen. Ein Treibhausgas-Emissionskataster ist nicht gleichzusetzen mit einer CO₂-Bilanz. Während die CO₂-Bilanz auf der Landesebene für Bremen und Bremerhaven zur Verfügung gestellt wird und sich auf die Reduzierung von Kohlendioxid konzentriert, umfasst ein Treibhausgas-Emissionskataster auch andere Treibhausgase wie Methan, Lachgas und Stickstoffmonoxid sowie weitere Gase.

Die Festlegung von Klimazielen ohne eine genaue Kenntnis der aktuellen Treibhausgas-Emissionen und ohne den Fortschritt bei deren Reduzierung ist wie ein Blindflug. Wir können nicht erwarten, unsere Klimaziele zu erreichen, wenn wir nicht wissen, wo wir aktuell stehen und welche Maßnahmen erforderlich sind, um diese Ziele zu verwirklichen.

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Bremerhaven eine detaillierte Analyse der Treibhausgas-Emissionen sowie eine umfassende CO₂-Bilanz erstellt und diese regelmäßig aktualisiert, um den Fortschritt bei der Reduzierung der Emissionen zu überwachen. Nur auf dieser Grundlage können realistische und effektive Maßnahmen entwickelt werden, um die Klimaziele für das Jahr 2038 zu erreichen.

Darüber hinaus müssen die Klimaziele für das Jahr 2038 in Bremerhaven auf einer soliden Basis beruhen und regelmäßig überprüft sowie angepasst werden. Nur so können wir sicherstellen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Um diese Ziele zu erreichen, muss jeder von uns einen Beitrag leisten. Wir müssen unsere Energieeffizienz verbessern, erneuerbare Energien fördern und unsere Mobilität nachhaltiger gestalten.

Unser Ziel muss es sein, die CO₂-Bilanz konsequent zu reduzieren und alternative Lösungen zu finden, um unsere Umwelt zu schützen. Denn ohne ein Treibhausgas-Emissionskataster und eine umfassende CO₂-Bilanz ist es nicht möglich, das Klimaziel 2038 in Bremerhaven zu erreichen.

Ich fordere daher den Magistrat auf, eine detaillierte Analyse der Treibhausgas-Emissionen sowie eine spezielle CO₂-Bilanz zu erstellen und die Klimaziele für das Jahr 2038 kritisch zu überdenken.

Natürlich wird die CO₂-Bilanz auf Landesebene für Bremen und Bremerhaven dargestellt. Die neue CO₂-Bilanz für das Jahr 2022 ist mittlerweile veröffentlicht worden. Doch auch diese behandelt nicht alle Treibhausgase, sondern nur die CO₂-Bilanz. Und auch das, was von vielen möglicherweise nicht ausreichend berücksichtigt wird, ist, dass die CO₂-Bilanz in zwei verschiedene Kategorien aufgeteilt wird – einmal die verbrauchsbezogene Gesamtenergie und dann die fossile energiebezogene CO₂-Bilanz. Beide Bereiche spielen eine wichtige Rolle. Ein Treibhausgas-Emissionskataster hingegen ist umfassender und berücksichtigt zusätzliche Gase wie Methan, Lachgas und andere, die ebenfalls von großer Bedeutung sind – insbesondere auch im Verkehrswesen.

Stadtverordneter STARK:

Den Aufbau eines Emissionskatasters für Bremerhaven sehen wir kritisch. Es stellt sich die Frage nach dem Nutzen im Verhältnis zu den damit verbundenen Kosten. Diese finanziellen Mittel könnten für wichtigere Projekte genutzt werden.

Während die Stadt Bremen für einen CO₂-Ausstoß von über 80 %, genauer gesagt 83 %, verantwortlich ist, liegt die Seestadt Bremerhaven lediglich bei 13,4 %. Das ist eine gute Bilanz für die Seestadt. Andere Städte sollten uns in dieser Hinsicht erst einmal nachahmen.

Aus diesem Grund lehnen wir diesen Punkt ab.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Önal, vielen Dank, dass Sie sich inhaltlich mit dem Antrag auseinandergesetzt haben. Vielleicht einen sachlichen Fehler, nicht das Landesamt für Statistik in Bremen, sondern die Senatorin für Umwelt monitort den Landes-CO₂-Ausstoß. Es wird dann über das Landesstatistikamt bekannt gegeben. Wie der Kollege Kocaaga gerade schon gesagt hat, also soweit der gesamte CO₂-Ausstoß durch die Senatorin monitort wird, ist das eben nicht ausreichend. Zum einen wird eben nur CO₂ monitort. Das hat Kollege Kocaaga eben auch schon angeführt, deutlich stärkere Treibhausgase wie Methan, Lachgas und flüchtige Treibhausgase. Und zum anderen ist es immer nur eine stadtweite Betrachtung. Sie fragten nach einem Mehrwert, Herr Önal. Wissen Sie denn eigentlich, wer der größte Emittent von Treibhausgasen in der Stadt Bremerhaven ist? Also wie will diese Koalition den Treibhausgasausstoß in der Stadt herunterbringen, wenn sie nicht mal weiß, welchen Betrieb sie ansprechen muss? Verstehen Sie, da liegt das Problem. Es geht nicht darum, stadtweit zu wissen, wie viel wir ausstoßen, sondern wer in der Stadt wie viel ausstößt. Übrigens kleiner Spoiler, es gibt einen sehr großen Emittenten und viele, die dann weit dahinterkommen. Durch das Monitoring entsteht nebenbei auch die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Nutzung dieser Gase, die zum größten Teil auf Methan beruhen und zur Energieversorgung beitragen können. Wie bereits im Fischereihafen angedeutet, wo versucht wird, überschüssige Wärmequellen anderswo zu nutzen, können wir das natürlich im größeren Maßstab für die ganze Stadt umsetzen.

Bremerhavener Firmen könnten diese abgezweigten Methane zur Nutzung ihrer Wärmebedarfe sowie zur Senkung der Energiekosten verwenden. Derzeit gehen diese Gase noch weitgehend ungefiltert in die Umwelt. Das Ganze wäre daher auch wirtschaftlich darstellbar.

Da die Bepreisung von CO₂ als größter Treiber von Treibhausgasemissionen absehbar immer weiter ansteigen wird, wäre eine Synthese aus Ökologie und Ökonomie durchaus denkbar – wirtschaftlich und zum Nutzen aller.

Deswegen nochmals der Appell: Gehen Sie mit uns den ersten Schritt. Finden Sie heraus, wer der größte Emittent ist. Erst dann können wir richtige Maßnahmen einleiten. Andernfalls ist das, glaube ich, ein wenig unglaubwürdig, der Koalition zu sagen, wir tun ja schon so viel, aber wir wollen bloß nicht wissen, wer der größte Treibhausgas-Emittent ist.

Stadtverordneter ÖNAL:

Herr Kaminiarz, ich gebe Ihnen recht. Wir brauchen natürlich Grundlagen, um die CO₂-Emissionen oder auch die Treibhausgase zu monitoren und zu kontrollieren. Natürlich nehme ich mit, dass wir das alles nicht brauchen. Das ist alles Unfug. Wir brauchen das. Aber das gibt es ja schon. Es gibt eine Landesstrategie und es ist einfach nur redundant, wenn wir jetzt städtisch noch einmal etwas aufbauen möchten. Ich weiß wirklich nicht, was ich dazu sagen soll. Es gibt diese Daten bereits. Herr Kocaaga, Sie haben einen naturwissenschaftlichen Hintergrund. Ich habe das auch. Ich weiß ganz genau, dass 76 % der Treibhausgasemissionen CO₂ sind. Und dann kommt Methan. Sie haben recht. Aber dass Sie jetzt sagen, dass das Land Bremen oder dass Bremerhaven diese Daten nicht hat, ist nicht korrekt. Wir verfügen über

detaillierte Informationen als Land Bremen, und Bremerhaven gehört dazu. Die Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft berichtet regelmäßig zur Entwicklung der Emissionen im Land Bremen. Mehr kann man, glaube ich, da auch nicht tun

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Önal, können Sie mir denn aus dem Landesmonitoring sagen, wer der größte Emittent ist in der Stadt Bremerhaven?

Stadtverordneter ÖNAL:

Ich kann Ihnen das nicht zu hundertprozentig sagen, aber ich weiß ganz genau, dass Nordceram da ganz weit vorne ist.

Zwischenfrage Stadtverordneter KAMINIARZ:

Das ist richtig, aber trotzdem falsch. Also falsche Antwort.

Stadtverordneter ÖNAL:

Danke, aber ich würde Ihnen trotzdem empfehlen, die Enquete-Kommission zu lesen, weil da ist alles detailliert. Und da haben ihre Kollegen auch mitgearbeitet. Und ich würde Ihnen vielleicht empfehlen, Ihre Kollegen in Bremen mal zu motivieren, dass sie dann mal in die Puschen kommen und dass wir dann auch ein Monitoring dann haben am Ende, Landesstrategie.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Und auch in Bremen haben wir diese Herausforderungen. Wir haben im Land Bremen ein großes Handicap. Ich möchte Ihnen sagen, was das Handicap ist. Der größte Emittent in Bremen und Bremerhaven ist die Abfallindustrie. Gleichzeitig versuchen wir, diese Abwärme von Abfall, auch Fernwärme, zu nutzen. Das ist das Handicap, denn wir sind stark von fossiler Energie abhängig.

Auf der anderen Seite benötigen wir jedoch die Abwärme, um klimafreundliche Lösungen zu finden. Hier müssen wir uns so schnell wie möglich von diesem Handicap lösen. Wir müssen die Wärmewende anders gestalten, sodass sie nicht mehr auf Abfallverbrennung, Gas- und Abfallverbrennung angewiesen ist. Das ist das größte Problem in Bremen und Bremerhaven.

Und gleichzeitig in Bremerhaven haben wir auch, wie eben bereits erwähnt, den größten Emittenten, die Keramikhersteller mit CO₂-Emissionen und an zweiter Stelle die BEG Verbrennungsanlage. Dennoch ist es entscheidend, dass wir klare Ziele formulieren, wenn wir die Klimaziele für 2030 erreichen möchten. Dieses Thema müssen wir dringend bearbeiten. Deshalb haben wir auch den Energiekonsens in Bremerhaven zusammen mit der Hochschule organisiert, um über Alternativenenergien für Fernwärme zu sprechen. Vielleicht sollten wir uns verstärkt darauf konzentrieren, wie wir Geothermie oder andere gemeinschaftliche Luftwärmequellen schnell verfügbar machen können, um so von fossilen Energien abzurücken.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Vorab bedanke ich mich beim Kollegen Önal für die ausführliche Stellungnahme. Ich möchte auf das Gesagte vom Kollegen Kaminiarz eingehen.

Vorab: Es ist tatsächlich nicht der Senat, der das Emissionskataster erstellt, sondern es ist das Statistische Landesamt. In den Gesetzen steht ebenfalls klar, dass es eine Landesaufgabe ist. Sie haben meinem Kollegen Önal den Vorwurf gemacht, dass er hier mit dem Land Bremen argumentiert. Ihnen mache ich den Vorwurf, dass Sie mit diesem Antrag genau in das Landesrecht eingreifen und es gar nicht kommunale Aufgabe ist, worüber wir hier sprechen.

Aber gerne wünsche ich mir, dass unter Wahrung des sogenannten Konnexitätsprinzips das Land Bremen uns dazu verpflichtet, das zu tun und uns auskömmlich dafür finanziert. Dann können wir noch einmal darüber sprechen. Aber bis dahin hat dieser Antrag hier in Bremerhaven unter diesen Umständen nichts zu suchen.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Miholic, ich glaube, Sie haben das System noch nicht verstanden. Das ist zwar eine Landesaufgabe, CO₂ zu monitoren, aber wir verlangen hier was anderes. Ich weiß nicht, ob Sie das verstanden haben. Das Land monitort nicht alle Treibhausgase, sondern lediglich CO₂. Es ist auch nicht verboten, auf kommunaler Ebene etwas genauer hinzugucken als das, was das Land sich selber vorgeschrieben hat. Rein rechtlich ist das überhaupt kein Problem. Ich hatte ja schon gesagt, dass es deutlichen Mehrwert zum einen für Ihre koalitionären Maßnahmen gegen den Klimawandel bringt. Sie wissen nämlich, wo Sie angreifen müssen. Und zum anderen können wir das abgeschiedene CO₂ oder auch die anderen Treibhausgase benutzen, um hier die Energiewende voranzubringen. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Es ist schade, dass ich nicht zu Ihnen durchdringe, dass Sie sich hinter dem Land verstecken. Aber wenn das so die Haltung der Koalition ist, nehme ich das zur Kenntnis.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (Grüne, LINKE) und Enthaltung (Knorr).

**TOP
1.9**

**Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle (Bündnis
90/DIE GRÜNEN)**

StVV - AT 6/2024

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Ich möchte zunächst zwei Vertreter des Betriebsrats der Stadthalle begrüßen. Vielen Dank, dass Sie so lange durchgehalten haben. Das ist tatsächlich bemerkenswert. Wir haben hier einen Antrag eingebracht, der lautet: Bremerhaven braucht eine neue Stadthalle.

Wir bitten die Stadtverordnetenversammlung, sich grundsätzlich für den Neubau einer Stadthalle auszusprechen. Die Stadtverordnetenversammlung soll zudem den Magistrat auffordern, von der Stadthallen GmbH ein konkretes Konzept für den Bau und Betrieb einer neuen Stadthalle erarbeiten zu lassen und dies der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Dieses Konzept muss den Anforderungen an sportliche Großveranstaltungen, insbesondere der Eisbären Bremerhaven in den Basketball-Profiligen, sowie den Tanzveranstaltungen der TSG Bremerhaven gerecht werden. Das schließt auch internationale Turniere und Platzkapazitäten von mindestens 3.000 bis 4.500 Plätzen für zukünftige Anforderungen mit ein.

Bremerhaven ist Oberzentrum für die Region im Elbe-Weser-Dreieck, einschließlich der nördlichen Wesermarsch rund um Nordenham und Butjadingen. Die Stadthalle Bremerhaven ist seit 50 Jahren das städtische Veranstaltungszentrum mit bis zu 5.500 Plätzen. Wenn in der Region ein großes Event stattfindet, dann entweder hier oder gar nicht. Die Stadthalle ist ein Aushängeschild der Stadt mit deutlichen

wirtschaftlichen Auswirkungen, insbesondere in den Bereichen Gastronomie, Hotellerie und Einzelhandel.

Die Stadthalle ist zudem Spielstätte der Eisbären Bremerhaven, aktuell in der 2. Basketball-Bundesliga, sowie Veranstaltungsort für die Tänzerinnen und Tänzer der TSG und die Rollkünstler des ERC, um nur einige Beispiele zu nennen. Die Stadthalle hat in ihrer jetzigen Form das Ende ihrer Nutzungsdauer erreicht. Die Betriebsgenehmigung erlischt voraussichtlich zum 30. Juni nächsten Jahres.

Die Koalition hat sich lange Zeit für eine Entscheidung zur Zukunft der Stadthalle herumgedrückt. Das kann ich zum Teil nachvollziehen, denn wir sprechen hier über ein Thema, das erhebliche finanzielle Mittel erfordert. Bremerhaven ist jedoch keine reiche Kommune. Dennoch hat die Koalition am Ende entschieden, die Stadthalle im laufenden Betrieb zu sanieren. Diese Sanierung wird jedoch zu massiven betrieblichen Einschränkungen führen und sowohl zeitlich als auch finanziell deutlich länger und teurer ausfallen. Bereits vor Beginn der eigentlichen Arbeiten wurden Asbest und künstliche Mineralfasern gefunden, die ebenfalls zu einer weiteren Verteuerung und Verlängerung der Sanierung beitragen.

Die von der Koalition genannten Kosten von etwa 40 Millionen Euro sind, meiner Ansicht nach, lediglich eine Wunschzahl ohne sachliche Grundlage, da eine realistische Schätzung erst nach Abschluss der Sanierungsplanung im Frühjahr nächsten Jahres vorliegen wird. Die Planungsphase selbst verursacht erhebliche Kosten, die bereits jetzt einige Mitglieder hier im Raum ins Schwitzen bringen. Nach der koalitionsären Sanierung wird die Zuschauerkapazität auf rund 2.000 Plätze sinken. Dies ist deutlich zu wenig für die Eisbären, die mindestens 3.000 Plätze benötigen und ab 2032 sogar 4.500 Plätze anstreben. Es besteht die realistische Gefahr, dass die Basketballmannschaft abwandern oder den Betrieb einstellen muss. Ebenso werden die Tanzsportler der TSG, die sich für die Deutsche Meisterschaft bewerben wollten, sich aufgrund der Platzverhältnisse nicht mehr qualifizieren können. Diese Entwicklung wäre eine Katastrophe für die Stadt.

Stadtverordneter HOFFMANN:

Ich habe dies, was ich Ihnen jetzt vortrage, bestimmt schon seit anderthalb Jahren oder eineinviertel Jahr in der Tasche, weil wir uns schon so lange mit diesem Thema beschäftigen. Wenn Sie heute mal über Ihre Netzverbindung freundlich in buten und binnen reinschauen, gibt es wieder eine Fülle von Hinweisen von anscheinend ganz wichtigen Konzertveranstaltern, die ich persönlich nicht kenne, aber es ist auch nicht wichtig. Diese Dokumentationen zeigen, dass sie in Zukunft nicht mehr die Stadthalle Bremerhaven bedienen werden.

Eines können Sie mir glauben: Da, wo diese Veranstalter Geld machen können, da kommen sie, das ist nicht das Problem. Dennoch finde ich das alles etwas eigenartig, weil wir im Finanz- und Wirtschaftsausschuss eigentlich eine klare Beschlusslage getroffen haben. Auch bei dieser Sitzung war Claudius mit anwesend. Ich hätte mir gewünscht, dass wir inhaltlich stärker auf diesen heutigen Antrag eingehen könnten. Das war leider nicht der Fall. Daher werde ich Ihnen jetzt das präsentieren, was ich über die letzten Monate ausgearbeitet und ergänzt habe. Den Spaß gönnen Sie mir hoffentlich, schließlich habe ich mir die Arbeit gemacht, und wie gesagt, seit über einem Jahr trage ich das Thema mit mir.

Nicht nur durch die mediale Begleitung in den letzten Monaten, sondern vor allem durch die baulichen Notwendigkeiten haben die Koalitionspartner von SPD, CDU und FDP beschlossen, die erforderliche Instandsetzung der Stadthalle mit klaren Vorgaben auf den Weg zu bringen. Der Veranstaltungsmarkt hat sich stark verändert – sehr große Hallen oder Fußballstadien dienen zunehmend als Veranstaltungsräume für internationale Künstler. Kleinere Hallen müssen neue Märkte erschließen, um damit auch Rückschlüsse auf geeignete und finanzierbare Strukturen eines Neubaus ziehen zu können, so auch die Stadthalle Bremerhaven.

Bevor wir wild über einen Neubau diskutieren, muss klar sein, was dort gespielt werden soll. Ein reiner Verweis darauf, dass ein Neubau besser sei als eine

Sanierung, ist keine tragfähige Begründung. Es muss auch die Frage geklärt werden, ob die Stadthalle mit weniger als fast 5.000 Plätzen für Bremerhaven sinnvoller aufgestellt ist. Die Veranstaltungshäufigkeit wäre kürzer, die Eintrittspreise für die Besucher finanziell erschwinglicher und die Hallennutzungen sinnvoller ausgelastet. Die Stadthalle ist stark sanierungsbedürftig, und wir müssen jetzt handeln. Kurzfristig wurde über den Jahreswechsel die notwendige Brandmeldeanlage ertüchtigt, wodurch die Betriebserlaubnis durch das Bauordnungsamt, begleitet durch die Berufsfeuerwehr, verlängert wurde. Im Jahr 2019 beauftragte die Stadthalle eine Machbarkeitsstudie, die drei Szenarien beleuchtete: Umbau, Sanierung und Neubau. Durch eine Plausibilitätsprüfung der Kosten für einen Neubau konnte das Bauordnungsamt der Seestadt Bremerhaven im November 2023 Kosten von 75.000.000 Euro für den Neubau ermitteln. Fachleute gehen davon aus, dass bis zu einem eventuellen Baubeginn eines Neubaus die 100.000.000 Euro-Grenze erreicht wird.

Bei einer Grundsatzentscheidung für eine Sicherheitssanierung, wie vom Bauordnungsamt, begleitet durch die Feuerwehr gefordert, wurden circa 20.000.000 Euro durch den Gutachter Drees & Sommer ermittelt. Die kurzfristig entstehenden enormen Kosten für einen Neubau haben die Koalition zu der sinnvollen Beschlussfassung veranlasst, eine Sanierungslösung zu beschließen, damit der Betrieb über den 31. Juni hinaus ermöglicht werden kann. Dann kann später, unter Berücksichtigung der real erwarteten Besucherzahlen und Marktentwicklung, über einen angepassten Neubau neu entschieden werden.

Meine Damen und Herren, die Koalition hat sich bereits am 07. Mai 2024 durch den Beschluss im Finanz- und Wirtschaftsausschuss mehrheitlich für die Sanierung entschieden. Man will eine Stadthalle und steht dazu. Diese muss aber gegenwärtig finanzierbar sein, und daher ist die derzeitige Sanierung der Beginn. Weitere Schritte werden folgen. Bremerhaven soll weiterhin ein Veranstaltungszentrum haben. Herr Kaminiarz, zum Schluss möchte ich eine Frage stellen: Welcher Ansicht ist eigentlich Ihr Bremer Finanzsenator zu Ihrem Antrag? Und wie stellen Sie sich vor, der städtischen Wohnungsgesellschaft, wahrscheinlich eher der STÄGRUND, rund 100 Millionen Euro für einen Neubau zu besorgen? Wir lehnen den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen+P ab.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Wir sprechen hier erneut über die Zukunft der Stadthalle. Die Koalition besteht auf die Sanierung, während die Grünen eine neue Stadthalle fordern. Wir von Bündnis Deutschland können beiden Ansätzen etwas abgewinnen, aber der wirtschaftliche Aspekt spielt bei einer solchen Entscheidung eine tragende Rolle, und hier fehlt es an wesentlichen Informationen, meine Damen und Herren.

Wie teuer wird eine Sanierung und wie lange hält sie vor? Es wurden bereits verschiedene Zahlen genannt, aber wie lange reicht der Einsatz an Geld wirklich? Herr Kaminiarz hat eben erneut 40.000.000 Euro erwähnt – reicht das für zehn Jahre, für 15 Jahre oder welchen Zeitraum meinen wir hier? Wir müssen den Preis, den wir am Ende zahlen, auch in Relation zum Nutzen setzen. Wie teuer wird ein Neubau und wie lange wird es dauern, bis erneut größere Investitionen notwendig sind? Dies ist die andere Seite bei einem Neubau. Ein Neubau wird mit Sicherheit länger halten als eine Sanierung, und bis die nächsten größeren Investitionen anstehen, wird es wahrscheinlich auch in einem längerem Zeitraum sein.

Die Wirtschaftlichkeitsfrage wurde bisher nicht geklärt. Die Koalition argumentiert, der Neubau sei zu teuer. Das mag sein, aber ist die Sanierung wirtschaftlicher? Das wissen wir nicht. Die Grünen sagen, wir brauchen eine neue Stadthalle. Doch ist das wirtschaftlicher als eine Sanierung? Auch diese Frage bleibt unbeantwortet. Die Koalition denkt bis zur nächsten Wahl, Hauptsache, das Problem wird gefixt.

Pauschale Flickwerke wie an anderen Stellen auch. Faszinierend dabei ist, dass die Entscheidung, die Stadthalle nicht zu bauen, mit der Begründung, es sei finanziell nicht tragbar, getroffen wurde, bevor der letzte Investor für die Innenstadt

abgegangen ist. Wie kann es sein, dass wir die Innenstadt umgestalten können, aber die Stadthalle nicht finanzierbar ist, obwohl sie thematisch zuerst dran gewesen wäre? Faszinierend, meine Damen und Herren.

Wir können weder dem einen noch dem anderen Extrem folgen, insbesondere weil die Stadt buchstäblich zu viele Baustellen hat. Werftquartier, Innenstadt, Umbau des Tunnels bei der Eisarena, Schulneubauten – das sind nur einige Beispiele für die Millionenprojekte, die aktuell koordiniert werden und finanziert werden müssen. Wir hätten uns ebenfalls für eine neue Stadthalle als Investition erwärmen können, aber weder wurde die Opposition gefragt noch wurden entsprechende Kosten-Nutzen-Analysen kommuniziert. Auf dieser Basis ist es nicht möglich, eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen, meine Damen und Herren.

Ohne die Wirtschaftlichkeit und die Kosten-Nutzen-Relation können wir keine fundierte Entscheidung treffen. Daher lehnt die Fraktion Bündnis Deutschland diesen Antrag ab.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Die Frage nach der Zukunft der Stadthalle hat uns in der Stadt Bremerhaven in den vergangenen Monaten intensiv beschäftigt. Die Entscheidung zwischen einer Sanierung und einem Neubau war lange Zeit umstritten. Ich möchte Ihnen darstellen, warum ein Neubau für unsere Stadt die bessere Alternative gewesen wäre.

Die Stadthalle befindet sich in einem schlechten Zustand. Wir alle wissen, das Dach ist undicht und der Brandschutz entspricht nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Ebenso bekannt ist, dass die Kälteanlage, die beim Bau der Stadthalle 1974 installiert wurde, zwar stillgelegt wurde, jedoch nach wie vor schadstoffbelastete Überreste in der Halle vorhanden sind. Auch die Notfalldurchsage-Anlage und die Sicherheitsbeleuchtungsanlage sind nicht auf dem neuesten Stand. Diese veralteten Systeme gefährden nicht nur die Gesundheit der Besucher, sondern auch die Sicherheit der Mitarbeiter.

Ein Neubau bietet die Möglichkeit, innovative und energieeffiziente Technologien zu integrieren, wodurch langfristig Betriebskosten gesenkt werden könnten. Ein Neubau würde zudem die Attraktivität Bremerhavens erhöhen. Unser Ziel ist es, eine moderne und zeitgemäße Eventhalle zu schaffen, die sowohl neue Besucher anzieht als auch den Anforderungen der kommenden Jahrzehnte gerecht wird.

Obwohl die Kosten für eine Sanierung auf etwa 20 Millionen oder sogar 40 Millionen geschätzt werden – wobei die Koalition selbst nicht genau bekannt zu sein scheint, wie hoch die tatsächlichen Kosten ausfallen werden –, könnte ein Neubau so gestaltet werden, dass er flexibel und für verschiedene Veranstaltungen genutzt werden kann.

Es ist bedauerlich, dass die Koalition den ursprünglich geplanten Neubau, den sie vor der Wahl versprochen hatte, nun verworfen hat. Argumentiert wird, dass ein Neubau aufgrund rückläufiger Besucherzahlen in der Veranstaltungsbranche derzeit nicht wirtschaftlich sei. Dennoch möchte ich betonen, dass Bremerhaven eine moderne und attraktive Stadthalle benötigt. Wir sollten die Option eines Neubaus im Auge behalten, da diese langfristig die bessere Lösung für unsere Stadt darstellen könnte. Abschließend möchte ich einen Blick auf Braunschweig werfen. Wo die Kosten für eine Sanierung von ursprünglich 60.000.000 € auf 120.000.000 € gestiegen sind. Auch dort wäre ein Neubau langfristig die sinnvolle Wahl gewesen. Eine Sanierung unserer Stadthalle würde nur kurzfristige und oberflächliche Verbesserung mit sich bringen. Ein Neubau hingegen stellt eine nachhaltige, sichere und wirtschaftlich sinnvolle Lösung für die Zukunft Bremerhavens dar.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Lieber Kollege Hoffmann von der SPD, Sie dürfen sich heute freuen, dass Sie endlich Ihren Bericht vorlesen konnten. Die Gedanken, die Sie sich schon seit über einem

Jahr gemacht haben, konnten Sie heute loswerden. Aber mal ehrlich, das Ärgerliche ist doch, dass uns das Thema seit Jahren begleitet.

Seit Jahren wissen wir um die marode Stadthalle, und seit Jahren wurde nichts dagegen unternommen. Diese Stadtregierung hat in den vergangenen Jahren viele andere Projekte priorisiert und das Thema Stadthalle stets hintenangestellt. Nun stehen wir vor dem Problem und können es nur schwer lösen.

Zu Recht haben die Eisbären Bremerhaven und die TSG Bremerhaven auf die Dringlichkeit hingewiesen, dass etwas passieren muss. Sie sind Aushängeschilder unserer Stadt, und wir wollen weiterhin Sport und Veranstaltungen in einer funktionierenden Stadthalle erleben. Das sollte uns allen wichtig sein.

Es ist frustrierend zu sehen, dass trotz vieler schöner Veranstaltungen, die wir in der Vergangenheit hatten, die Stadthalle in ihrer jetzigen Form nicht mehr ausreicht. Die fehlenden Kapazitäten, der schlechte Zustand der Infrastruktur – all das schadet unserer Stadt. Wir verlieren Veranstaltungen, wir verlieren Besucher, und das schadet auch unserem wirtschaftlichen Umfeld. Touristen, die länger als nur einen Tag in Bremerhaven verweilen könnten, lassen sich zunehmend abschrecken.

Es ist an der Zeit, dass wir die Stadthalle endlich vorrangig behandeln und eine Lösung finden. Wir dürfen nicht länger zusehen, wie unsere Infrastruktur verfällt.

Erinnern wir uns an den Erfolg der Eisarena, die mittlerweile mit über 4.500 Zuschauern regelmäßig ausverkauft ist. Das zeigt uns, dass eine Investition in unsere städtischen Einrichtungen lohnenswert ist.

Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir Bremerhaven lebendig halten können.

Dazu gehört eine funktionierende Stadthalle, die ein kulturelles und sportliches Zentrum für unsere Stadt und die Region bleibt. Daher plädiere ich klar für einen Neubau der Stadthalle in Bremerhaven.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

In Zukunft wünsche ich Ausdrücke wie scheißegal oder solche Dinge in diesem Plenum nicht mehr. Das gilt aber jetzt an dieser Stelle nicht nur für Sie, - *Herr Schuster, Ordnungsruf von meiner Seite aus* - weil der Respekt gegenüber dem Stadtverordnetenvorsteher noch gewahrt werden darf. - *Herr Schuster, zweiter Ordnungsruf* - Beim nächsten Mal berate ich mich mit dem Vorstand, inwieweit wir Sie von dieser Sitzung komplett ausschließen oder auch von weiteren Sitzungen, das sind die Optionen. Man könnte vielleicht einfach den Hinweis hinnehmen, ruhig sein, das wäre vielleicht angebracht gewesen.

Stadtverordneter RASCHEN:

Es ist erstaunlich, wie oft Vorschläge ohne konkrete finanzielle Grundlage eingebracht werden – einfach ein großes Paket, in dem jeder etwas herausgreift, das ihm gefällt. Solche Diskussionen sind wenig zielführend und oft enttäuschend. Herr Kocaaga, Sie haben von der „Gesundheit“ gesprochen. Doch niemand ist gefährdet, weder Besucher noch Mitarbeiter. Würde die Halle tatsächlich ein so großes Risiko darstellen, wäre sie längst geschlossen worden.

Und bezüglich des Themas Asbest: Eine Halle, die in den Siebzigern erbaut wurde, wird natürlich solche Baustoffe enthalten. Das ist leider unvermeidbar. Zu Herrn Kaminiarz: Sie sind sonst bekannt für Ihren ökologischen Ansatz, doch nun argumentieren Sie gegen eine Sanierung, die durchaus ökologisch sinnvoller ist als ein Neubau. Eigentlich hätte dieser Antrag heute nicht beraten werden müssen. Die Beschlüsse sind längst gefallen, die Mehrheit hat sich für die Sanierung entschieden. Unser Ziel ist es, die Stadthalle im laufenden Betrieb zu sanieren. Die Ausschreibung für die Planungsaufträge steht unmittelbar bevor, und wir arbeiten mit Hochdruck daran, diese zu realisieren. Die Zuschauerzahl von 2.000 wurde in den letzten Diskussionen oft genannt. Sie stammt aus einer geschätzten Annahme, aber sobald die Halle umfassend saniert ist, wird die volle Kapazität wiederhergestellt. Dies bedeutet, dass es keinerlei Einschränkungen geben wird.

Wir sind bereits auf einem guten Weg und das Team der Stadthalle überlegt, wie man diese Übergangszeit überbrücken kann – durch Außenveranstaltungen und Open-Air-Konzerte, um weiterhin ein attraktives Angebot bieten zu können.

Unser erstes Ziel ist es, bis zum Sommer 1.500 Besucherinnen und Besucher in die Halle zu bekommen, um den ProA-Standard für Basketball zu erfüllen. Derzeit liegt die Genehmigung bei 1.000 Besuchern, also fehlen noch 500 Plätze. Ohne diese Erhöhung wird die ProA sich nicht auf weitere Spiele in der Stadthalle einlassen. Abschließend möchte ich betonen, dass wir uns in den vergangenen Jahren durch die Corona-Pandemie mit solchen Entscheidungen schwergetan haben. Von 2020 bis Anfang 2023 war der Veranstaltungsmarkt stark eingeschränkt. Die letzten Maßnahmen, die im April 2023 endeten, liegen noch nicht einmal ein Jahr zurück. Diese besondere Zeit sollte in die Betrachtung der Diskussionen einbezogen werden. In der Zwischenzeit haben wir uns für die Sanierung entschieden, und diese wird jetzt umgesetzt. Damit ist das Thema endgültig durchdiskutiert, und selbstverständlich lehnen wir den Antrag ab.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Herr Hoffmann, Sie sprachen den FiWi an. Der FiWi war im Mai, dieser Antrag stammt aus dem April, er ist somit zeitlich vorgelagert. Herr Raschen, Beschlüsse der Ausschüsse kann ich in der Stadtverordnetenversammlung jederzeit aufheben. Mein Appell, sich vielleicht doch noch einmal zu besinnen, ist durchaus nachvollziehbar. Ich werde den nun weiter begründen, mit Ihrer Erlaubnis.

Herr Hoffmann, Sie sagen, dass ein Neubau um die 100 Millionen Euro kostet und die Sanierung nur 20 Millionen. Woher haben Sie diese Zahlen? Diese sind nicht belastbar, sie sind durch keinerlei fundierte Planungen untermauert – denn die Sanierungsplanungen werden ja erst noch erstellt. Daher können wir erst am Ende des nächsten Jahres verlässliche Zahlen erwarten, ohne dass noch weitere versteckte Schadstoffe auftauchen.

Diese Zahlen scheinen Wunschvorstellungen der Koalition zu sein, und ich bin davon überzeugt, dass sie sich während der Planung ändern werden, sobald belastbare Daten vorliegen. Zurück zu Herrn Raschen: Sie sprachen von einem Ziel von 1.500 Plätzen. Doch in der Presse wurde von 2.000 Plätzen berichtet. Diese Zahl gefährdet nicht nur die Wirtschaftlichkeit des Sports, sondern auch anderer Veranstaltungen wie Seebeck am Markt, City-Marathon oder den Königsball der Schützen – um nur einige zu nennen. Solch eine reduzierte Platzanzahl würde dazu führen, dass diese beliebten Events zukünftig kaum noch stattfinden könnten.

Eine Sanierung droht den hallenbezogenen Sport und die publikumswirksamen Veranstaltungen ausbluten zu lassen. Das muss Ihnen klar sein.

Auf der anderen Seite hat die Stadtverordnetenversammlung bereits den Neubau von drei Schulen und einem Polizeirevier finanziert – mit vorfinanzierten Mitteln durch die STÄWOG und anschließend als Mietlösung durch die Stadt genehmigt. Im Vergleich dazu: Statt bestehende Gebäude wie das Friedrich-Schiller-Haus, welches früher eine Schule war, zu sanieren, haben Sie sich für den Neubau entschieden. Das ist auch richtig so, denn durch moderne Neubauten lassen sich Kapazitäten erweitern und vor allem neue, moderne Unterrichts- und Arbeitskonzepte integrieren, die in den alten Gebäuden unmöglich sind.

Eine ähnliche Vorgehensweise würde auch der Stadthalle zugutekommen. Ein Neubau durch die STÄWOG könnte die Stadthalle an die moderne Messe- und Veranstaltungstechnik anknüpfen lassen – von der Deckentragelast bis hin zur An- und Ablieferung an den Bühnenrand. Diese Standards sind heute schlicht nicht mit einer sanierten Halle zu erreichen.

Und ja, die Stadthalle ist ein Zuschussbetrieb – das ist seit jeher bekannt.

Wirtschaftlichkeit allein ist daher ohne die Berücksichtigung weiterer Faktoren kaum möglich. Schon jetzt äußern zahlreiche Veranstalter wie Oliver Mücke von Koopmann oder die Vorsitzenden der Eisbären, TSG und ERC Existenzängste und kritisieren die

Tatsache, dass ohne ausreichende Anpassungen und modernste Technik die Wettbewerbsfähigkeit der Stadthalle massiv gefährdet ist.

Es ist daher entscheidend, die Frage zu stellen: Was macht eine Stadt attraktiv? Veranstaltungen, Konzerte und Sport treiben die Anziehungskraft – nicht die Anzahl der Einfamilienhausgebiete oder ähnliches. Ein attraktives Veranstaltungsangebot ist es, das Menschen aus der Region anzieht und bestenfalls dazu bewegt, hierher zu ziehen.

Wir haben einen Vorschlag gemacht, die Finanzierung des Neubaus über die STÄWOG zu prüfen, was zwar Kosten mit sich bringen würde, jedoch langfristig eine größere Wirtschaftlichkeit und Attraktivität für die Stadt sichern könnte.

Daher appelliere ich erneut, sich diesen wichtigen Aspekten bewusst zu sein und den Neubau der Stadthalle zu unterstützen.

Stadtverordneter ALLERS:

ich bin schon sehr überrascht, wie schnell hier argumentiert wird: Lass uns doch einfach mal eben die Stadthalle neu bauen. Das erinnert mich etwas an Modellbau – wir erstellen ein neues Gebäude und haben dann auch gleich eine neue Stadthalle. Es glaubt doch wohl niemand hier, dass wir bei diesen Entscheidungen im luftleeren Raum operieren. Natürlich hat man sich intensiv mit den Thematiken auseinandergesetzt – sowohl für den Neubau als auch für eine mögliche Sanierung. Es war ein etwas längerer Weg.

Uns als SPD wurden vor etwa drei Jahren die ersten Neubaupläne vorgestellt. Meine erste Reaktion war: Wie wollen wir das überhaupt in irgendeiner Form umsetzen?

5.500 Zuschauer, eine Rundum-Halle, zusätzliche Ebenen für weitere Veranstaltungen, Kongresszentrum und so weiter – einschließlich Parkhaus und Bushaltestopp. Und dann noch eine Übungshalle. Nach und nach wurden diese Pläne jedoch auf den Stand reduziert, den wir hier in Bremerhaven tatsächlich haben.

Lassen Sie uns einmal die Fakten betrachten. Es wurde der Spitzensport angesprochen und wie oft Veranstaltungen in Bremerhaven tatsächlich stattfinden. Im Vorfeld haben wir eine Bedarfsanalyse in Auftrag gegeben, um zu prüfen, ob ein Neubau langfristig überhaupt sinnvoll ist. Wenn ich von langfristig spreche, dann möchte ich daran erinnern, dass wir in den frühen 90er-Jahren an der Stadthalle schon einmal Veränderungen vorgenommen haben, inklusive eines Anbaus. Jeder kennt den Anbau – eine Menge umbaute Luft, relativ zwecklos, aber es wurden Garderoben, Rolltreppen und andere Ergänzungen eingebaut. Die letzten zwei Tranchen der Kredite für diesen Anbau laufen Ende 2024 und 2025 aus – das bedeutet, 30 Jahre für eine solche Finanzierung.

Die Bedarfsanalyse hat klar und deutlich gezeigt, dass unser Einzugsgebiet begrenzt ist. Bremerhaven liegt in einer geografischen Lage, die nur wenige Ballungsräume umfasst – nach Norden gibt es Cuxhaven und Helgoland, nach Osten die Elbe und die Weser. Die Bevölkerungsstruktur reicht daher nicht aus, um eine Halle im Neubaubetrieb dauerhaft auszulasten. Es wurde uns auch mitgeteilt, dass der Zuschussbedarf einer Neubauhalle mit dem derzeitigen Zuschussniveau vergleichbar wäre. Das fand ich schon sehr bemerkenswert und durchaus herausfordernd.

Außerdem wurden die Konkurrenzsituation sowie die Marktanalysen detailliert untersucht. Wer sind unsere Konkurrenten? Das sind Hamburg und Bremen, die viele Veranstaltungen abziehen – nicht nur aus dem südlichen Bereich, sondern auch aus dem nördlichen Raum, einschließlich Ostfriesland und Oldenburg. Mit einem Neubau in Bremerhaven würde man diese Konkurrenz nicht einfach überbieten können. Das Veranstaltungsgewerbe hat sich zudem komplett verändert. Niemand kann ernsthaft glauben, dass eine Halle mit 5.000 Plätzen langfristig ausgelastet sein könnte, ohne massive Zuschüsse.

Daher müssen wir auch die Frage der Finanzierung und der Nachnutzung der alten Halle klären. Was passiert mit diesem Platz, wenn die neue Halle gebaut wird? Es wurden viele wichtige Aspekte einfach aus der Diskussion ausgeschlossen, wie zum

Beispiel der Platz für Schausteller und Heimatbetriebe – all diese Themen sind hier unter den Tisch gefallen.

Der Spitzensport wurde ebenfalls analysiert. Die Zuschauerzahlen im Spitzenfußball sind heute deutlich geringer als in der ersten Liga. Und es ist bezeichnend, dass nach der Entscheidung für eine Sanierung die erste Mannschaft der TSG sich aufgelöst hat. Nun wird wieder versucht, eine Mannschaft aufzubauen. Aber selbst bei fünf bis sechs Veranstaltungen im Jahr in der Bundesliga für beide Ligen bleibt die Nutzung begrenzt.

Daher können wir den Antrag auf Neubau nur ablehnen. Der Beschluss zur Sanierung ist bereits gefasst, und wir werden diesen umsetzen, innerhalb des gegebenen Rahmens, den wir haben.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Also der Fall Braunschweig habe ich eben gerade erwähnt. 60.000.000 haben die für die Sanierung geplant, und am Ende wurde es 120.000.000 €. Haben wir als Stadt Bremerhaven überhaupt konkret geprüft, wie viel eine Sanierungsmaßnahme wirklich kosten würde? Natürlich kann die Koalition sagen, dass wir mit 30 Millionen Euro Stadtteile sanieren, aber am Ende interessiert mich, wenn die Kosten für die Sanierung auf 50 Millionen oder 80 Millionen Euro steigen – wer würde sich dann als verantwortlich erklären? Wer würde sagen, das ist meine Verantwortung, da habe ich Fehler gemacht oder falsch gerechnet? Niemand. Stimmt's? Niemand. Genau deshalb fordern wir eine finanzielle und fachliche Recherche. Was würde ein Neubau tatsächlich kosten? Was würde eine Sanierung wirklich kosten?

Bevor wir nicht diese Zahlen haben, können wir 1.000 Beschlüsse fassen und über 1.000 andere Maßnahmen nachdenken. Aber die entscheidende Frage bleibt: Wenn die Sanierung am Ende den doppelten Preis des Neubaus erreicht, wer würde sich dafür verantwortlich zeigen? Ein passendes Beispiel dafür ist der Hafentunnel. Wer hat sich in diesem Fall verantwortlich erklärt? Keiner. Es wurden 200 Millionen Euro mehr bezahlt, und die Öffentlichkeit musste feststellen, dass Kosten massiv überschritten wurden.

Deshalb müssen wir wirklich ernsthaft überlegen: Was würde eine Sanierung kosten, wenn diese am Ende teurer wäre als ein Neubau? Das wäre eindeutig eine falsche Entscheidung, und falsche Entscheidungen können wir leider nur schwer rückgängig machen.

Stadtverordneter SCHOTT:

Die Stadthalle jetzt einfach nur neu zu bauen, ist für mich zu kurz gedacht. Die Koalition hat ja nicht umsonst abgewogen, womit wir anfangen. Nun spricht man über die Sanierung, hat sich darauf verständigt, und während der Vorbereitung auf die Sanierung tauchen immer neue Herausforderungen auf, die uns bewegen. Der Punkt des no return – ab wann macht man eine Renovierung oder wann ist es zu spät dafür – steht im Raum.

Herr Kocaaga, Sie können hier noch so genau eine Kostenkalkulation wünschen, wir wissen doch, dass jedes Projekt, das am Anfang festgeschrieben ist, nicht das Endergebnis erreicht. Es passiert so viel im Leben und in einem Jahr, dass die Realität häufig von den anfänglichen Planungen abweicht.

Und das ganze Konzept, das Herr Kaminiarz richtig angesprochen hat, ist: Wir sind Bremerhaven. Wir sind das Oberzentrum, mit dem wir werben. Ja, das Karstadt Gelände ist ein wichtiges Thema für die Innenstadt, aber auch das Gebiet um die Stadthalle ist von großer Bedeutung. Dazu gehört auch, dass es Diskussionen über eine zweite Eishalle gibt. Wir müssen den gesamten Veranstaltung- und Sportkomplex überdenken.

Herr Allers, Sie haben völlig recht – die Finanzierung scheint teilweise Träumereien zu sein, wenn man alles auf einmal umsetzen will. Aber wir dürfen nicht den Bedarf

aus den Augen verlieren. Auch die Eishalle ist schon jetzt überlastet. Gespräche mit Vereinen und Schulen zeigen, dass ein dringender Bedarf besteht.

Ich bin der Meinung, dass wir diesen Komplex ganzheitlich betrachten müssen. Nicht nur das Thema Sanierung oder Neubau sollte im Vordergrund stehen, sondern wie wir uns langfristig aufstellen, um sowohl eine moderne Veranstaltungs- als auch Sportinfrastruktur in Bremerhaven zu gewährleisten.

Ich wünsche mir, dass wir in dieser Angelegenheit etwas flexibler bleiben und nicht nur kurzfristige Entscheidungen treffen.

Stadtverordneter RASCHEN:

Herr Kocaaga, bevor falsche Zahlen im Raum bleiben, möchte ich klarstellen, dass Sie eben behauptet haben, der Hafentunnel würde 200.000.000 € mehr kosten. Das ist mitnichten der Fall. Wir befinden uns in einem unteren zweistelligen Bereich, und derzeit streiten sich noch die Gerichte darüber. Bitte setzen Sie keine falschen Märchen in die Welt.

Die Zuschauerkapazität wird nach einer endgültigen Sanierung wieder die alte sein. Mir hat bis heute niemand gesagt, dass, wenn wir alles umsetzen, was zur ursprünglichen Kapazität wiederherstellt, nicht ebenso viele Zuschauer rein dürfen wie früher. Derzeit dürfen aufgrund von Einschränkungen nur begrenzt Zuschauer in die Stadthalle.

Wenn jetzt Veranstalter in Bremen bei buten un binnen behaupten, sie kämen nicht mehr nach Bremerhaven, schauen wir mal, wie die Situation aussieht, sobald die Halle fertig ist. Sobald der erste Veranstalter wiederkommt, werden die anderen folgen, und wir werden wieder auf das Marktsegment zurückkommen, das wir einst hatten.

Leider ist es zurzeit so, dass Anfang des Jahres die Bundesliga der TSG hier in Bremerhaven spielte. Das Bild in der Nordsee-Zeitung war nicht sehr unterstützend für den Neubau der Halle, da man die Tänzer fotografierte. Es war alles leer, weil die Zuschauer auf der anderen Seite saßen, und es waren keine 1.000. Bei den Eisbären sind es derzeit ebenfalls nicht mehr.

Das heißt, es muss auch wieder aufgebaut werden für die Veranstaltungen, die wir jetzt haben, um zu gewährleisten, dass wir die notwendigen Kapazitäten für die nächste Saison erfüllen können. Unser Ziel ist, die ProA-Vorgaben zu erfüllen – 1.500 Plätze – und das muss jetzt unser Ziel sein.

Andernfalls gibt es keine Einschränkungen mehr, sobald die Halle saniert ist, und sie kann vollumfänglich genutzt werden. Daher werden wir weiterhin gegen den Neubau stimmen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Ich möchte kurz auf die Argumentation der Koalition eingehen, insbesondere auf die Ausführungen von Herrn Allers. Die Zuschauer sollten vielleicht nochmals verdeutlicht bekommen, wie widersprüchlich diese Argumentation ist.

Alle Argumente gegen einen Neubau der Stadthalle – Finanzierung, Umfang und Sinnhaftigkeit – werden bei Karstadt überhaupt nicht in Frage gestellt. Weder die Finanzierung, noch der Umfang noch die Sinnhaftigkeit sind Themen, die von der Koalition bei Karstadt aufgegriffen werden.

Bei einer Stadthalle, die thematisch bereits Jahre zuvor behandelt wurde, wird jetzt plötzlich gesagt, dass dies nicht möglich sei – weder die Finanzierung, noch der Umfang oder die Sinnhaftigkeit. Das macht doch alles überhaupt keinen Sinn.

Hier zeigt sich erneut, wie die Koalition ihre Argumente entsprechend ihrer eigenen Wünsche anpasst.

Stadtverordneter HOFFMANN:

Ich möchte noch einmal auf zwei wichtige Aspekte eingehen.

Zunächst einmal tauchen hier komische Summen auf. Als Mitglied des Aufsichtsrats der Stadthalle kann ich sagen, dass natürlich die Verschwiegenheit in Bezug auf bestimmte Informationen geregelt ist. Dennoch denke ich, dass man über die Verschwiegenheitsklausel hinweggehen kann, wenn es um Fakten geht. Ein Faktum ist, dass wir ein Gutachten von Drees & Sommer haben, das uns dargelegt hat, dass eine Sanierung für die Vorstellung, wie wir uns diese vorstellen, in der Größenordnung von 20.000.000 € realistisch ist. Diese Zahl ist natürlich über zwölf Monate alt, es mag sich gegebenenfalls noch leicht ändern, aber in dieser Größenordnung arbeiten wir zunächst einmal.

Zweitens ist das Datum Juni 2025 von Bedeutung. Hätten wir uns jetzt nicht für eine Sanierung entschieden, hätten wir im Juni nächsten Jahres die Halle schließen müssen. Das muss Ihnen klar sein. Wir hatten schlichtweg keine Alternative, um ein anderes Projekt oder einen anderen Weg zu gehen.

Drittens möchte ich hervorheben, dass Herr Raschen zu Recht das Thema Corona angesprochen hat. Die Geschäftsführung der Stadthalle hat in den vergangenen Jahren unter schwierigen Bedingungen gute Arbeit geleistet. Sie ist mit Hochdruck dabei, die Finanzierung und die zeitliche Situation so zu gestalten, dass eine reale Umsetzung einer Sanierung möglich ist. Es gab Vorschläge, wie zum Beispiel die Nutzung von Apollo oder anderen Lokalitäten, die ich als richtig empfinde.

Wäre ein Neubau zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Betracht gezogen worden, hätten wir die Halle schließen müssen – das wäre schlichtweg nicht finanzierbar gewesen. Zudem hat der Markt nach Corona einen gewaltigen Wandel durchgemacht. Es gibt jetzt einen unheimlichen Zulauf von Künstlern, insbesondere außerhalb Europas, auf den europäischen Markt. Die Stadien sind voll, die Events sind zahlreich. Die Zeiten, in denen wir nur die großen deutschen Bands wie Toten Hosen oder Die Ärzte gesehen haben, sind vorbei. Die Rahmenbedingungen haben sich verändert, und wir müssen uns diesen anpassen.

Die Finanzierung bleibt weiterhin eine Herausforderung, ebenso wie die Schließung durch das Bauordnungsamt und die Feuerwehr. Diese Herausforderungen mussten wir angehen, und das haben wir getan. Dennoch bleibt der Neubauspekt weiterhin bestehen. Es ist jetzt wichtig, den Betrieb wieder in Gang zu bringen, um später den nächsten Schritt zu gehen. Das kann durchaus zehn Jahre dauern, aber die Diskussion um den Neubau ist keineswegs beendet.

Stadtverordneter KOCAAGA:

So, Herr Raschen, ich möchte die Zahlen wieder richtigstellen. Ja, ich habe gesagt, insgesamt würden 270.000.000 € anfallen – 70.000.000 € mehr als ursprünglich geplant. Doch bei der Sanierung der Stadthalle gehen wir davon aus, dass, wie ich von Koalitionären verstanden habe, die Kosten für eine Sanierung weniger ausfallen würden als für einen Neubau. Aber wie stellen Sie sicher, dass dies der Fall ist? Woher kommt diese Information? Wie wissen Sie das?

Stadtverordnete AX:

Wie lange wollen wir eigentlich noch über die Stadthalle diskutieren, mal so nebenbei? Das ist hier eine Sondersitzung, und wir wollten alle Themen behandeln. Ich finde es mittlerweile schon etwas lächerlich.

Stadtverordneter KAMINIARZ:

Frau Ax, das müssen Sie aushalten. Wir müssen das Thema bis zum Ende besprechen. Ich wollte noch einmal ganz kurz darauf eingehen. Also es war nie so, dass die Toten Hosen, die Ärzte oder auch Herbert Grönemeyer zur Hoch-Zeit ihrer Karriere hier in Bremerhaven aufgetreten sind. Das ist vielleicht falsch übergekommen. Die Stärke dieser Stadthalle in der Vergangenheit war nämlich, junge, aufstrebende Künstler – auch internationale – hierher zu holen, als 4.000 bis

5.000 Zuschauer für diese aufwachsenden Stars eine geeignete Größenordnung war. Diese Möglichkeit haben wir damals genutzt. Später sind sie natürlich nicht mehr gekommen. Wir wollen uns auch nicht mit großen Stars vergleichen, die in München über Wochen hinweg die Messehallen füllen. Darum geht es nicht, sondern es geht darum, den Bremerhavenern und Bremerhavenerinnen sowie der Region weiterhin ein hochwertiges kulturelles und sportliches Angebot zu bieten, wie wir es gewohnt sind. Bei einer Sanierung verschlechtert sich jedoch dieses Angebot. Letzter Punkt, Herr Hoffmann, ich habe Sie nicht verstanden. Sie haben eben gesagt, die Neubauoption bleibt erhalten und haben auf einen Zeitraum von zehn Jahren geblickt. Heißt das jetzt, wir geben Millionen aus, um die Stadthalle zu sanieren, und in zehn oder zwölf Jahren reißen wir diese sanierte Halle ab und entscheiden uns dann doch für einen Neubau? Also die Idee jetzt zu sanieren und in zehn Jahren dann neu zu bauen, die schlägt dem Fass ja jetzt wirklich den Boden aus. Meine Damen und Herren, lassen Sie sich nichts vormachen. Das hier ist jetzt eine Grundsatzentscheidung und die trägt, und zwar für einen langen Zeitraum. Deswegen noch mal der Appell, stimmen Sie einem Neubau zu. Das ist die einzig vernünftige Lösung.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 10 Ja-Stimmen (Grüne+P, WfB, LINKE, Lichtenfeld, Schuster) und 1 Enthaltung (Knorr).

TOP 1.10	Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 11/2024
---------------------	--	--------------------------

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

TOP 1.11	Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion)	StVV - AT 12/2024
---------------------	--	--------------------------

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

TOP 1.12	E-Scooter – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr (BD-Fraktion)	StVV - AT 13/2024
---------------------	--	--------------------------

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

TOP 1.13	Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 14/2024
---------------------	---	--------------------------

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

- TOP** **Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland zu** **StVV - Ä-AT 18/2024**
1.13.1 **AT 14/2024 - Erhalt des Museums der 50er Jahre in**
 Bremerhaven (Grüne+P)

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird vertagt.

- TOP** **Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht** **StVV - AT 15/2024**
1.14 **durchführen und einen für Kleinkinder besser**
 geeigneten Standort wählen (WfB)

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

- TOP** **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE** **StVV - Ä-AT 21/2024**
1.14.1 **GRÜNEN + P zu AT 15/2024 - Kindergarten-Neubau an**
 der Weichselstr. nicht durchführen und einen für
 Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) -
 Tischvorlage

Beschluss:

Der Änderungsantrag wird vertagt.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 20:44 Uhr.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordnete:r

M. Jährling
Schriftführung

Vorlage Nr. StVV - V 6/2025		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Genehmigung der Niederschrift (11. öffentliche Sitzung)

Die Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2024 ist gemäß § 37 Abs. 2 VerfBrhv zu genehmigen.

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Anlage: - Entwurf Niederschrift



SEESTADT BREMERHAVEN

Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift

**über die
11. öffentliche Sitzung
in der 21. Wahlperiode**

am 05.12.2024

Anwesenheitsliste:**Vorstand**

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)
 Frau Stadtverordnete von Twistern (CDU), Erste Beisitzerin
 Frau Stadtverordnete Kargoscha (CDU), Beisitzerin
 Frau Stadtverordnete Ruser (SPD), Beisitzerin

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Allers
 Frau Stadtverordnete Batz – bis 19:26 Uhr anwesend
 Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
 Herr Stadtverordneter Caloglu – bis 18:53 Uhr anwesend
 Frau Stadtverordnete Czak
 Herr Stadtverordneter Hoffmann
 Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
 Herr Stadtverordneter Ofcarek
 Herr Stadtverordneter Viebrok
 Frau Stadtverordnete Wittig – bis 18:29 Uhr anwesend

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
 Frau Stadtverordnete Hilck – bis 17:05 Uhr anwesend
 Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
 Frau Stadtverordnete Milch
 Herr Stadtverordneter Önal
 Herr Stadtverordneter Raschen, MdBB
 Frau Stadtverordnete Steinbach
 Herr Stadtverordneter Ventzke

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Coordes
 Frau Stadtverordnete Zeeb

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Stark
 Frau Stadtverordnete Tiedemann, MdBB
 Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Ax
 Frau Stadtverordnete Baltrusch

Fraktion DIE LINKE

Herr Stadtverordneter Kocaaga, MdBB
 Herr Stadtverordneter Secci

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann
 Herr Stadtverordneter Litau
 Herr Stadtverordneter Miholic

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz
 Herr Stadtverordneter Koch

Einzelstadtverordnete Marnie Knorr

Frau Stadtverordnete Knorr

Einzelstadtverordneter Sven Lichtenfeld

Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB

Einzelstadtverordneter Class Schott

Herr Stadtverordneter Schott – bis 19:26 Uhr anwesend

Einzelstadtverordneter Sascha Schuster

Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Entschuldigt:

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt (B'90/Die Grünen+P)

Frau Stadtverordnete Brand (DIE LINKE)

Frau Stadtverordnete Brinkmann (BD)

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann (SPD)

Herr Stadtverordneter Kaminiarz (B'90/Die Grünen+P)

Herr Stadtverordneter Schäfer (WfB)

Frau Stadtverordnete Schiller (B'90/Die Grünen+P)

Herr Stadtverordneter Schumacher (WfB)

Magistrat:

Oberbürgermeister Grantz – von 15:43 Uhr bis 18:53 Uhr anwesend

Bürgermeister Neuhoff

Stadträtin Eulig – ab 15:04 Uhr anwesend

Stadtrat Günthner

Stadtrat Heinrich

Stadtrat Prof. Dr. Hilz

Stadtrat Holz

Stadträtin Kathe-Heppner

Stadtrat Parpart – bis 17:00 Uhr anwesend

Stadtrat Schomaker

Stadtrat Skusa

Stadträtin Toense

Entschuldigt:

Stadtrat Busch

Verwaltung:

Magistratsdirektor Polansky

Bohlmann (Pressesprecherin) – bis 16:52 Uhr anwesend

Schröder (stellv. Pressesprecher)

Grafelmann (Rechnungsprüfungsamt)

Emmerlich (Stadtkämmerei) – bis 19:26 Uhr anwesend

Recht (Rechts- und Versicherungsamt)

Hartmann, Ifang (Pressestelle) – bis 16:58 Uhr anwesend

Tagesordnung:

TOP	Bezeichnung	Vorlage - Nr.
1	Anfragen in der Fragestunde	
1.1	Virtual-Reality in der Innenstadt (BD-Fraktion)	StVV - FS 33/2024
1.1.1	Virtual-Reality in der Innenstadt (BD-Fraktion) - Tischvorlage	MIT-FS 33/2024
1.2	Nutzung des Ernst-Barlach-Hauses durch die SPD (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - FS 34/2024
1.2.1	Nutzung des Ernst-Barlach-Hauses durch die SPD (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage	MIT-FS 34/2024
1.3	Stromzählerwechsel in Kleingärten (DIE LINKE) - Tischvorlage	StVV - FS 35/2024
1.3.1	Stromzählerwechsel in Kleingärten (DIE LINKE) - Tischvorlage	MIT-FS 35/2024
1.4	Deutlich weniger geschlossene Spielhallen (DIE LINKE) - Tischvorlage	StVV - FS 36/2024
1.4.1	Deutlich weniger geschlossene Spielhallen (DIE LINKE) - Tischvorlage	MIT-FS 36/2024
1.5	Baumbepflanzungen durch das RE:SET-Programm (BD-Fraktion) - Tischvorlage	StVV - FS 37/2024
1.5.1	Baumbepflanzungen durch das RE:SET-Programm (BD-Fraktion) - Tischvorlage	MIT-FS 37/2024
1.6	Lieferengpässe bei Hundekotbeutel (BD-Fraktion) - Tischvorlage	StVV - FS 38/2024
1.6.1	Lieferengpässe bei Hundekotbeutel (BD-Fraktion) - Tischvorlage	MIT-FS 38/2024
1.7	Zustand Kita Columbuscenter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN+P) - Tischvorlage	StVV - FS 39/2024
1.7.1	Zustand Kita Columbuscenter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN+P) - Tischvorlage	MIT-FS 39/2024
1.8	Meldestelle bei BremerhavenBus für diskriminierende Vorfälle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN+P) - Tischvorlage	StVV - FS 40/2024
1.8.1	Meldestelle bei BremerhavenBus für diskriminierende Vorfälle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN+P) - Tischvorlage	MIT-FS 40/2024
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift (8. öffentliche Sitzung)	StVV - V 91/2024

2.2	Genehmigung der Niederschrift (9. öffentliche Sitzung)	StVV - V 92/2024
3	Vorlagen	
3.1	Wahl eines hauptamtlichen Magistratsmitglieds für das Baudezernat	StVV - V 90/2024
3.2	Beratung des 1. Nachtragshaushaltes 2024 hier: Anhebung des Höchstbetrags der Kassenverstärkungskredite	StVV - V 83/2024
3.3	Ortsgesetz zur Änderung des Ortsgesetzes über die Rechnungsprüfung in der Stadt Bremerhaven (Rechnungsprüfungsordnung)	StVV - V 88/2024
3.4	Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung zum Entwässerungsortsgesetz der Stadt Bremerhaven	StVV - V 79/2024
3.5	Änderung der Sondernutzungsgebührenordnung für Maßnahmen nach dem Bremischen Landesstraßengesetz	StVV - V 84/2024
3.6	Vorschlag für die Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und deren Stellvertreter/innen durch die Stadtverordnetenversammlung	StVV - V 81/2024
3.7	Satzung des Jugendparlaments der Stadt Bremerhaven	StVV - V 87/2024
3.8	Einstellung des Deponiebeirates „Grauer Wall“	StVV - V 82/2024
3.9	Änderung der Ausschussbesetzung (FDP)	StVV - V 76/2024
3.10	Entsendung von Mitgliedern in Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräte sowie in Betriebsausschüsse hier: Veränderungen FDP-Fraktion	StVV - V 77/2024
4	Anträge	
4.1	Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 11/2024
4.2	Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion)	StVV - AT 12/2024
4.3	ZURÜCKGEZOGEN - E-Scooter – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr (BD-Fraktion)	StVV - AT 13/2024
4.4	Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 14/2024
4.4.1	ZURÜCKGEZOGEN - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland zu AT 14/2024 - Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (Grüne+P)	StVV - Ä-AT 18/2024
4.5	Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB)	StVV - AT 15/2024

4.5.1	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 15/2024 - Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB)	StVV - Ä-AT 21/2024
4.5.2	Änderungsantrag der BD-Fraktion zu AT 15/2024 - Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) - Tischvorlage	StVV - Ä-AT 22/2024
4.6	Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Ärzt:innen verbessern (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 16/2024
4.7	Beratung und Versorgung von ungewollt Schwangeren verbessern! (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AT 17/2024
5	Anfragen	
5.1	Raumbedarfe der Fichteschule zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AF 35/2024
5.2	Diskriminierungs-Beschwerdestellen nach § 13 AGG in der Bremerhavener Verwaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	StVV - AF 36/2024
6	Mitteilungen	
6.1	Finanzielle Konsequenzen von Beschlüssen aus der Sitzung des Bauausschusses vom 23. November 2023 (BD-Fraktion)	MIT-AF 26/2024
6.2	Anfrage zur Personalentwicklung der Verwaltung (BD-Fraktion)	MIT-AF 27/2024
6.3	Drohender Notstand in der sozialpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)	MIT-AF 28/2024
6.4	Rentnerinnen und Rentner in Bremerhaven (WfB) - Tischvorlage	MIT-AF 33/2024

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die 11. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der 21. Wahlperiode um 14:30 Uhr.

Er begrüßt die Zuhörenden am Radio sowie vor dem TV und ganz besonders die Schulklasse der FOS 12 von der Beruflichen Schule für Technik. Weiter begrüßt er die Presse und bittet, die Handys abzuschalten.

Er weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 11 der Verfassung der Stadt Bremerhaven hin und stellt fest, dass die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist und die Sitzungsunterlagen entsprechend der Geschäftsordnung übersandt worden sind.

Er bittet darum, dass aufgrund des Livestreams keine personenbezogenen Daten Dritter genannt werden und dass eine Abmeldung bei der Schriftführung erfolgen möge, falls jemand die Sitzung vorzeitig verlässt und nicht wiederkommt.

Er wünscht allen Anwesenden ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

Weiter dankt er der FBG und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für eine fast 4-jährige gute und angenehme Zusammenarbeit. Ab Januar 2025 wird die Stadtverordnetenversammlung wieder im Ella Kappenberg Saal der Volkshochschule tagen.

Vor der Sitzung in das Ratsinformationssystem nachträglich eingepflegt bzw. an die Mitglieder verteilt, die nicht am elektronischen Sitzungsdienst teilnehmen:

	Öffentlich	TOP	Bezeichnung
6	Anfragen nach § 39 GOSTVV	1.3 1.4 1.5 1.6 1.7 1.8	FS 35/2024 FS 36/2024 FS 37/2024 FS 38/2024 FS 39/2024 FS 40/2024
8	Mitteilungen auf Anfragen nach § 39 GOSTVV	1.1.1 1.2.1 1.3.1 1.4.1 1.5.1 1.6.1 1.7.1 1.8.1	MIT-FS 33/2024 MIT-FS 34/2024 MIT-FS 35/2024 MIT-FS 36/2024 MIT-FS 37/2024 MIT-FS 38/2024 MIT-FS 39/2024 MIT-FS 40/2024
1	Mitteilung auf Anfragen nach § 38 GOSTVV	6.4	MIT-AF 33/2024
1	Änderungsantrag	4.5.2	Ä-AT 15/2024

2	Anfragen nach § 38 GOSTVV aus der heutigen Sitzung wurden noch nicht beantwortet		
Auf 0	Anfragen nach § 39 GOSTVV fehlt noch die endgültige Antwort		
Aus der vergangenen Sitzung sind alle Anfragen beantwortet.			

Der Antrag AT 13/2024 sowie der Änderungsantrag Ä-AT 18/2024 wurden von der BD-Fraktion zurückgenommen.

Beschluss (Einfügung Tischvorlagen in Tagesordnung):
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Gibt es von Ihrer Seite aus Anträge zur Tagesordnung?

Stadtverordnete COORDES:
Wir möchten darum bitten, dass der Punkt 4.7, das ist „Beratung und Versorgung von ungewollt Schwangeren verbessern“ von Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P verschoben wird. Sollten Sie da nicht mit einverstanden sein, würden wir ihn zurückziehen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Dann haben wir den Antrag, den TOP 4.7 zu verschieben auf die nächste Sitzung, das heißt also nicht zurückziehen, neu einbringen, sondern verschieben. Er wird dann entsprechend eingereiht in den Ablauf für die nächste Sitzung.

Beschluss (Antrag Coordes):
Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Beschluss (Tagesordnung):
Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die geänderte Tagesordnung.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:
Ich möchte Sie, wie es für die letzte Stadtverordnetenversammlung im Jahr üblich ist, bitten, sich zur Ehrung der Verstorbenen von Ihren Plätzen zu erheben.

Am 16. Januar 2024 verstarb Ralf Matheja. Ralf Matheja war von 2007 bis 2011 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung sowie in verschiedenen Ausschüssen. Herr Matheja hat sich dort für das Wohl unserer Stadt und ihrer Bürgerinnen und Bürger eingesetzt.

Am 25. Oktober 2024 verstarb Fred Mix. Fred Mix war von 1991 bis 1999 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung. Er war in mehreren Ausschüssen tätig und hat sich stets für das Wohl unserer Stadt und ihrer Einwohner engagiert.

Wir gedenken den Verstorbenen. Wir werden ihr verdienstvolles Wirken nicht vergessen und uns in Dankbarkeit erinnern.

- Gedenkminute –

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN ruft die Tagesordnung auf.

TOP 1 Anfragen in der Fragestunde

TOP 1.1 Virtual-Reality in der Innenstadt (BD-Fraktion)

StVV - FS 33/2024

**TOP 1.1.1 Virtual-Reality in der Innenstadt (BD-Fraktion) -
Tischvorlage**

MIT-FS 33/2024

Stadtverordnete TIEDEMANN fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Ich sehe, dass Herr Oberbürgermeister Grantz hier unterzeichnet hat, aber haben Sie das auch gelesen, Herr Bürgermeister, die E-Mail? Ist Ihnen die bekannt?

Bürgermeister NEUHOFF:

Ja, ich habe sie gelesen, der Inhalt ist mir bekannt.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Dann werden Sie feststellen, dass die Antworten nicht unbedingt mit dem übereinstimmen, was da in der E-Mail drinstand, richtig? Dass es da nicht passt?

Bürgermeister NEUHOFF:

Die Antworten erfüllen die Kriterien, die der Ideengeber vermittelt hat, nämlich sich damit auseinanderzusetzen, ob es gegebenenfalls bei den Projekten, die wir für die Innenstadt haben, nicht auch ein Activity-Programm geben kann, nämlich das Ganze unter der Zuhilfenahme von VR-Brillen zu gestalten.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Dann ist Ihnen sicherlich auch bekannt, dass die ursprüngliche Idee war, das Ganze im jetzigen Karstadt Gebäude umzusetzen. Deshalb stellt sich in Frage 2 auch die Alternative, da ja klar ist, dass das Gebäude nicht mehr existieren wird. Ihnen sollte ebenfalls klar sein, dass der Ideengeber nicht der Investor ist, wie Sie hier in Frage 2 darstellen, sondern lediglich eine Idee. Ob der Magistrat bereit ist, entsprechende Projekte zu unterstützen, sollte sich ein Investor finden.

Bürgermeister NEUHOFF:

Frau Tiedemann, der Magistrat ist stets offen für gute Ideen. Wenn wir jede Anregung, die uns von Bürgern der Stadt Bremerhaven herangetragen wird, durch Einwohnerfragen nach § 39 sofort beantworten müssten, hätten wir zukünftig wochenlange Stadtverordnetenversammlungen allein für die Beantwortung dieser Fragen. Inhaltlich sind wir dem Ideengeber nachgekommen. Wir haben nie gesagt, dass es keine Umsetzung geben kann, da es kein Karstadt Gebäude mehr gibt. Vielmehr haben wir uns der Sache angenommen und diese an die STÄWOG weitergeleitet mit der Bitte um eine wohlwollende Prüfung. Dass dies keine Phrasendrescherei ist, zeigt sich spätestens, wenn Sie sich mit dem Forum, einem der Vorbilder für unseren dritten Ort für die Stadtbibliothek, auseinandersetzen. Hier werden viele kleine Angebote integriert. Der Ideengeber hätte durchaus die Chance, seine Idee umzusetzen, sofern sie sich wirtschaftlich tragen lässt. Der Magistrat hat

inhaltlich genau auf dieses Prinzip geantwortet. Ich finde, das ist ein gutes Signal, dass wir solche Anregungen aufnehmen und ernst nehmen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Herr Bürgermeister, das habe ich gar nicht infrage gestellt, sondern lediglich, dass Sie die Antworten so formuliert haben, dass sie nicht dem entsprechen, was dem Inhalt der E-Mail entspricht. Sie sind vollkommen thematisch an dem Ganzen vorbeigegangen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Frau Tiedemann, wir befinden uns in keiner Diskussionsrunde, sondern in einer reinen Fragestunde.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Nehmen Sie dann bitte zur Kenntnis, Herr Bürgermeister, dass eine Beantwortung von Fragen bitte so zu erfolgen hat, dass sie der Frage und dem Thema auch gerecht wird. Was hier nicht der Fall ist?

Bürgermeister NEUHOFF:

Frau Tiedemann, der Magistrat, und ich an der Spitze neben dem Oberbürgermeister, wir werden jede Frage so beantworten, wenn Sie es wollen, wie sie gefragt wird. Dann kritisieren Sie uns bitte nicht in einem anderen Verfahren, dass wir möglicherweise die Frage ganz anders interpretieren. Wir können auch auf Fragen antworten, die schlecht gestellt sind. Das haben wir in der Vergangenheit bewiesen. Und da haben Sie uns kritisiert. Sie, Herr Timke namentlich, haben uns dafür kritisiert. Und jetzt gehen wir einen Schritt weiter und nehmen das Ganze ernst. Und jetzt stellen Sie das Ganze noch hier als lächerlich dar. Also ich nehme es zur Kenntnis, dass es Ihre Auffassung ist. Der Magistrat wird angemessen antworten. Das nehmen Sie zur Kenntnis, bitte schön, Frau Tiedemann.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Herr Bürgermeister, nehmen Sie dann bitte noch zur Kenntnis, dass Sie hier aber faktische Fehler vorgenommen haben.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Frau Tiedemann, wir befinden uns in einer Fragestunde, in keinem Austausch mit dem Magistrat. Da gibt es andere Möglichkeiten. Wenn Sie noch eine Frage haben, eine konkrete Frage, dann können Sie die gerne äußern. Aber Kenntnisnahmen lasse ich jetzt nicht mehr zu.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.2.1 Nutzung des Ernst-Barlach-Hauses durch die SPD (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) - Tischvorlage
Stadtverordnete COORDES fragt.

MIT-FS 34/2024

Stadtrat GÜNTNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.3 Stromzählerwechsel in Kleingärten (DIE LINKE) - Tischvorlage

StVV - FS 35/2024

TOP 1.3.1 Stromzählerwechsel in Kleingärten (DIE LINKE) - Tischvorlage

MIT-FS 35/2024

Stadtverordneter KOCAAGA fragt.

Stadträtin KATHE-HEPPNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ich habe das richtig verstanden, haben Sie gesagt, das wäre uns nicht bekannt?

Stadträtin KATHE-HEPPNER:

Nein, das hat uns keiner mitgeteilt.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Überrascht mich. Teilt der Magistrat die Auffassung, dass Kleingärten ein wichtiger Beitrag für die Nachversorgung insbesondere für einkommensschwache Haushalte sowie zur Integration und Inklusion leisten? Und daher die Kosten für die Nutzung von Kleingärten unbedingt verhältnismäßig sein sollten?

Stadträtin KATHE-HEPPNER:

Herr Kocaaga, wir haben keinen Einfluss auf das, was das Ganze kostet, der Austausch der Stromzähler. Und ja, die Kleingärten sind uns wichtig, aber da sind wir halt einfach raus.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ist dem Magistrat bekannt, dass die besonders einkommensschwachen Haushalte sowie Rentnerinnen und Rentner nicht die Kosten übernehmen können und die Parzellen kündigen werden?

Stadträtin KATHE-HEPPNER:

Dann müssen sich die jeweiligen Parzelleneigentümer an ihren Verein wenden. Und der kann sich an den Bezirksvorstand wenden, damit sie die Kosten beantragen können, wie gerade eben schon Ihnen mitgeteilt.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.4 Deutlich weniger geschlossene Spielhallen (DIE LINKE) StVV - FS 36/2024
- Tischvorlage

TOP 1.4.1 Deutlich weniger geschlossene Spielhallen (DIE LINKE) MIT-FS 36/2024
- Tischvorlage
 Stadtverordneter KOCAAGA fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Wie Sie eben gerade gesagt haben, 21 Spielhallen erhalten keine Erlaubnis. Wann würden Sie diese letztendlich schließen?

Bürgermeister NEUHOFF:

Herr Kocaaga, ein konkretes Schließungsdatum kann ich Ihnen nicht nennen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Können Sie nicht nennen?

Bürgermeister NEUHOFF:

Nein.

Stadtverordneter KOCAAGA:

So, eine Anfrage an den Bremer Senat in Bürgerschaft Linke-Fraktion, der Senat antwortete, deutlich weniger geschlossene Spielhallen und Wettbuden wendet der Magistrat das schärfste Landesgesetz in Bremerhaven anders an als der Senat in Bremen. So hat das in Bremen zuständige Wirtschaftsressort 70 von insgesamt 121 Spielhallen geschlossen, was 58 % entspricht. In Bremerhaven hingegen hat der zuständige Magistrat lediglich drei von 29 Spielhallen geschlossen, was 11 % der Spielhallen der Stadt ausmacht.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Herr Kocaaga, ich gehe davon aus, es endet jetzt in einer Frage, ja?

Stadtverordneter KOCAAGA:

Wie begründet der Magistrat diese unterschiedlichen Ergebnisse hier?

Bürgermeister NEUHOFF:

Herr Kocaaga, die Frage konnte durch den Magistrat beziehungsweise die Antwort konnte durch den Magistrat nicht legitimiert werden, weil sie heute erst als Zusatzfrage gestellt worden ist. Von daher darf ich oder kann ich nicht im Namen des Magistrats antworten. Wenn Sie die Behauptung aufstellen, von 29 Hallen sind drei geschlossen, dann müssen Sie sich die Antworten, die wir Ihnen zu den Fragen 1 und 2 mitgeteilt haben, möglicherweise mal wirken lassen. 21 Hallen, möglicherweise, ich bin nicht der Dezernent, ich stehe heute in Vertretung da, 21 Hallen haben keine Erlaubnis erhalten. Und wie sich die 21 zusammensetzen, habe ich Ihnen gerade aufgezeigt. So, und von daher erübrigt sich die Beantwortung Ihrer Frage.

Stadtverordneter KOCAAGA:
Wann werden Sie endlich die Spielhallen schließen?

Bürgermeister NEUHOFF:
Herr Kocaaga, nehmen Sie doch die Antworten einmal zur Kenntnis. Drei wurden geschlossen, für eine besteht noch eine Erlaubnis bis 2026, macht vier. Für eine gibt es im Verwaltungsverfahren eine Schließung zum 08. September 2026, macht fünf. Sechs Hallen erhielten unter Androhung der sofortigen Vollziehung eine Anhörung, macht elf. Und zehn Hallen sind im Berufungsverfahren, dessen Ausgang noch offen ist, macht 21. So, und jetzt haben Sie die Frage selbst beantwortet. Es gibt kein konkretes Schließdatum, was ich Ihnen mitteilen kann, sondern die Schließdaten sind von Verfahrensenden abhängig.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:
Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.5 Baumbepflanzungen durch das RE:SET-Programm (BD-Fraktion) - Tischvorlage StVV - FS 37/2024

TOP 1.5.1 Baumbepflanzungen durch das RE:SET-Programm (BD-Fraktion) - Tischvorlage MIT-FS 37/2024
Stadtverordnete TIEDEMANN fragt.

Stadträtin KATHE-HEPPNER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete TIEDEMANN:
Wie begründet der Magistrat das augenscheinlich zuerst und vornehmlich Baumpflanzungen zu Lasten von Parkplätzen vorgenommen werden, anstatt zunächst andere Flächen und Maßnahmen in den Fokus zu rücken?

Stadträtin KATHE-HEPPNER:
Weil unsere ersten Baumpflanzungen zum Großteil im Goethequartier stattgefunden haben und es da mit Begleitgrün sehr schwierig ist. Und gerade diese Gebiete sich im Sommer enormst aufheizen und man den Menschen da was Gutes tun wollte, indem man Bäume pflanzt, die zu einer Klimaregulierung führen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Warum wurden bisher keinerlei Verkehrsinseln bepflanzt, die ja auch entsprechend entsiegelt hätten werden können und bepflanzt werden können?

Stadträtin KATHE-HEPPNER:

Weil die meisten Verkehrsinseln aus technischen Gründen einsehbar sein müssen und deswegen schwer zu entsiegelt sind. Plus, die Pflege solcher Bauminself mit einem Baum da drauf führt zu einem großen Aufwand für die Mitarbeiter des Gartenbauamts. Da muss nämlich jedes Mal links und rechts die Straße abgesperrt werden, wenn was an diesem Baum passiert. Das ist alles sehr aufwendig, deswegen bepflanzt man gerade nicht mit Bäumen Bauminself, wenn es möglich ist. Es gibt ein paar Ausnahmen in der Stadt, wo wir es getan haben, aber das ist immer sehr aufwendig.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Sehen Sie denn nicht, dass diese gleichen Probleme auch in Einbahnstraßen und beidseitig beparkten Straßen mit sehr engen Fahrwegen auch bestehen?

Stadträtin KATHE-HEPPNER:

Das sind aber keine Durchgangsstraßen, da fahren Anwohner durch, das stimmt. Das ist aber einfach leichter abzusperren für die kurze Zeit der Maßnahme. Also die meisten Straßeninseln, die Sie meinen, sind ja in Hauptverkehrsstraßen und da haben wir ganz andere Sicherungsprobleme.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.6 Lieferengpässe bei Hundekotbeutel (BD-Fraktion) - Tischvorlage

StVV - FS 38/2024

TOP 1.6.1 Lieferengpässe bei Hundekotbeutel (BD-Fraktion) - Tischvorlage

MIT-FS 38/2024

Stadtverordnete TIEDEMANN fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Dann stellt sich aber mir die Frage beziehungsweise stelle ich Ihnen die Frage, wie kommt es denn dann, wenn entsprechende Ausgabestellen nachbestellen, dass eben halt dann die Lieferung teils drei, vier Wochen dauert? Zumindest ist das die Auskunft, die mir von einigen gegeben wurde.

Bürgermeister NEUHOFF:

Vermutlich hat das was mit den Bestellrhythmen zu tun. Auf der anderen Seite stelle ich aber die Frage, die praktische Frage, ob man Hundekot ausschließlich nur in

dafür ausgegebenen Schietbüdel der BEG einsammeln kann. Oder ob man sich bei Knappheiten bei Beuteln nicht möglicherweise auch mal ein Plastikbeutel oder eine Papiertüte in die Tasche stecken kann.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Dann sollten Sie vielleicht oder wäre es dann eine Option, bei den Hundesteuerbescheiden, die Hinweise auf die Ausgabestellen vielleicht dann zu streichen? Denn wenn nicht gewünscht ist, dass solche Kotbeutel verwendet werden, sondern die Personen in Eigenverantwortung das Ganze organisieren, ja, wäre das dann nicht eine Option?

Bürgermeister NEUHOFF:

Frau Tiedemann, Ihr Engagement für die Hundebesitzer ehrt Sie und insbesondere für die Aktion Saubere Stadt, die damit verbunden ist. Ich maße mir nicht an für den Magistrat, dass wir als Magistrat alles in dieser Stadt auch nur kontrollieren, respektive organisieren müssen. Ich glaube, dass wir den Aufschlag getan haben und ich glaube, wenn etwas nicht reicht, dann kann man es im Dialog auch der BEG melden. Ich werde veranlassen, dass der Magistrat prüft, ob wir möglicherweise bei den Nachbestellungen schneller agieren können, was ich ablehne. Was wir nicht machen werden, wir werden keine zentrale Bevorratungsstelle bei uns im Magistrat, in Anführungszeichen, einrichten mit zusätzlichem Personal, nur damit am Ende diese Beutel schneller fallen. Das wird es nicht geben.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.7	Zustand Kita Columbuscenter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN+P) - Tischvorlage	StVV - FS 39/2024
--------------------	---	--------------------------

TOP 1.7.1	Zustand Kita Columbuscenter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN+P) - Tischvorlage Stadtverordnete ZEEB fragt.	MIT-FS 39/2024
----------------------	--	-----------------------

Stadtrat SCHOMAKER antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 1.8	Meldestelle bei Bremerhaven Bus für diskriminierende Vorfälle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN+P) - Tischvorlage	StVV - FS 40/2024
--------------------	---	--------------------------

TOP 1.8.1	Meldestelle bei Bremerhaven Bus für diskriminierende Vorfälle (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN+P) - Tischvorlage	MIT-FS 40/2024
----------------------	---	-----------------------

Stadtverordnete ZEEB fragt.

Bürgermeister NEUHOFF antwortet entsprechend der Mitteilung des Magistrats.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die Anfrage in der Fragestunde und die Antwort des Magistrats zur Kenntnis.

TOP 2 Genehmigung der Niederschrift

TOP 2.1 Genehmigung der Niederschrift (8. öffentliche Sitzung) StVV - V 91/2024
Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Ich hatte in der letzten Sitzung bereits darauf hingewiesen, dass wir von der AfD-Fraktion gewisse Probleme mit den Niederschriften sehen, insbesondere in Bezug auf die Vorlage zur Genehmigung. Heute erhalten wir die Niederschriften der Sitzungen vom 29.08. und 29.10. zur Genehmigung und sollen darüber befinden. Wie bereits erwähnt, konnte ich beim letzten Mal nicht nachvollziehen, dass dies so lange dauert.

Im Gegensatz zu Herrn Vorsteher, der damals sagte, ich hätte die Mitarbeiter des Stadtbüros in Misskredit gebracht, tue ich das ausdrücklich nicht – auch heute nicht. Denn aus meiner Sicht ist der Stadtverordnetenvorsteher verantwortlich dafür, dass die Niederschriften rechtzeitig vorliegen. Er hat das Organisationsrecht und die Organisationspflicht.

Das Problem, wie gesagt, ist, dass wir am 29.08. eine Sitzung hatten und nun heute erst die Niederschrift vorliegen. Dies erschwert es uns, die Inhalte der Sitzung vollständig nachzuvollziehen und zu überprüfen, ob der Ablauf korrekt dargestellt wurde. Da die Nachprüfbarkeit aus unserer Sicht daher nicht zu 100 Prozent gegeben ist, können wir in Zukunft diesen Protokollen nicht mehr zustimmen. Das wollte ich hier noch einmal zu Protokoll geben.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Herr Jürgewitz, ich übernehme gerne die Verantwortung für die Niederschriften. Gleichzeitig möchte ich darauf hinweisen, dass ich nicht persönlich die Niederschriften verfasse – diese werden von anderen Personen erstellt. Daher empfinde ich Ihre Kritik weiterhin als einen indirekten Angriff auf das Büro und dessen Mitarbeitende.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unseres Büros sind stets bemüht, einen ordnungsgemäßen Ablauf sicherzustellen und die Sitzungsunterlagen korrekt und rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie den Prozess der Protokollerstellung nicht kennen, empfehle ich, sich zunächst darüber zu informieren, bevor Sie solche Urteile fällen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass es in früheren Perioden üblich war, Protokolle erst zwei bis drei Sitzungen später zu erhalten. Mittlerweile hat sich der Ablauf verbessert, sodass Sie die Protokolle in der Regel bereits in der darauffolgenden Sitzung vorliegen haben. Die derzeitige Verzögerung ist ein Einzelfall, und Ihre Reaktion darauf, gleich mit solch drastischen Maßnahmen zu drohen, erscheint mir daher überzogen.

Natürlich steht es Ihnen frei, sich der Stimme zu enthalten. Sofern es keine weiteren Wortbeiträge gibt, bringe ich die Genehmigung des Protokolls nun zur Abstimmung.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD) und 1 Enthaltung (Schott)

TOP 2.2 Genehmigung der Niederschrift (9. öffentliche Sitzung) StVV - V 92/2024
Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD).

TOP 3 Vorlagen

TOP 3.1 Wahl eines hauptamtlichen Magistratsmitglieds für das Baudezernat StVV - V 90/2024

Stadtverordneter RASCHEN:

Am 16. März 2025 endet die Amtszeit von Stadtrat Bernd Schomaker, und ab dem 17. März 2025 muss diese Position neu besetzt werden. Die Stelle wurde öffentlich ausgeschrieben, und es gingen 14 Bewerbungen ein. Die Bewerberinnen und Bewerber hatten am 18. und 27. November die Gelegenheit, sich in einer nicht öffentlichen Sitzung dem Ausschuss vorzustellen.

Von den ursprünglichen Bewerbungen zogen neun Personen ihre Bewerbung zurück, ein Bewerber reagierte trotz mehrfacher Kontaktversuche nicht. Somit stehen heute vier Kandidaten zur Wahl.

Es ist ein übliches Verfahren in Koalitionen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, dass Koalitionspartner sich auf die Besetzung von Positionen verständigen. In diesem Fall hat die CDU das Vorschlagsrecht für den Baustadtrat. Daher haben wir uns sowohl innerhalb der Partei als auch in der Fraktion intensiv mit den Kandidaten befasst und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass Maximilian Charlet unser Favorit ist.

Wir präsentieren Ihnen heute einen jungen, dynamischen Kandidaten, der erst seit kurzer Zeit in der Politik aktiv ist. Mit seiner offenen und frischen Präsentation hat er uns eindeutig überzeugt. Wir sind der Meinung, dass Maximilian Charlet einen neuen Wind in die Fährstraße bringen und vieles verändern wird.

Daher bitten wir Sie, unserem Vorschlag zu folgen und Maximilian Charlet in geheimer Wahl zum neuen Stadtrat zu wählen.

Stadtverordneter TIMKE:

Es wird Sie nicht überraschen, dass auch die Fraktion Bündnis Deutschland Herrn Charlet unterstützen wird. Er hat in der Vorstellungsrunde nicht nur mit einer beeindruckenden Vita überzeugt, sondern auch im Fachausschuss die aus unserer Sicht stärkste Präsentation geliefert. Daher gehe ich davon aus, dass die Wahl gleich keine Überraschung bringen wird.

Ich möchte jedoch auf einen Punkt zurückkommen, den Herr Raschen bereits angesprochen hat: Zu Beginn des Bewerbungsprozesses gab es 14 Kandidatinnen und Kandidaten. Am Ende stehen heute nur noch vier zur Wahl, da zehn ihre Bewerbung zurückgezogen haben. Dieser ungewöhnliche Vorgang wirft Fragen auf. Der Ausschuss hätte gerne alle Bewerber angehört, doch die Rückzüge sind auf andere Gründe zurückzuführen.

Ein wesentlicher Grund ist, dass die CDU, die das Vorschlagsrecht innehat, sich bereits während des laufenden Verfahrens klar für Herrn Charlet ausgesprochen hat. Politisch mag das legitim sein, doch es ist gegenüber den anderen Bewerberinnen und Bewerbern unfair, da sie ein Recht auf ein faires Verfahren haben.

Dieses Vorgehen unterschied sich deutlich von bisherigen Auswahlverfahren für Stadträte. Durch die frühe öffentliche Festlegung der CDU fühlten sich andere qualifizierte Bewerber entmutigt. Einige zogen ihre Bewerbung zurück, weil sie das Gefühl hatten, keine realistische Chance zu haben. Eine entsprechende E-Mail eines Bewerbers, der dies ausdrücklich anführte, liegt Ihnen allen vor.

Ich kritisiere dieses Vorgehen, da es nicht nur Herrn Charlet selbst schadet, sondern auch Bremerhaven die Möglichkeit nimmt, alle Kandidatinnen und Kandidaten in einem echten Wettbewerb zu beurteilen. Eine solche Festlegung hätte am Ende des Verfahrens erfolgen können, ohne das Auswahlverfahren zu beeinträchtigen.

Nun zurück zu Herrn Charlet. Er ist ein herausragender Kandidat und in vielerlei Hinsicht überqualifiziert. Wir freuen uns, dass er sich beworben hat und werden ihn wählen. Gleichzeitig ist diese Wahl mit der Hoffnung verbunden, dass er die volle Amtszeit hier in Bremerhaven bleibt. Wir wünschen uns Kontinuität in der Stadtverordnetenversammlung und im Magistrat.

Herr Charlet, sollte in ein oder zwei Jahren ein attraktives Angebot aus einer anderen Stadt kommen, hoffen wir, dass Sie sich für Bremerhaven entscheiden.

Stadtverordnete COORDES:

Im Vorfeld der heutigen Beschlussfassung zur Neubesetzung des Baustadtrats gab es in der Presse lebhaft Diskussionen. Dabei ging es, wie auch Herr Timke bereits erwähnt hat, vor allem um die fachliche Qualität, die wir im Magistrat dringend benötigen. Bremerhaven ist eine schwierige Kommune, die auf fachliche Expertise und Qualität im Magistrat angewiesen ist.

Ein Kritikpunkt, der in der Stadt diskutiert wurde, betrifft die Ausschreibung der Stelle. Es wurde bemängelt, dass die Anforderungen möglicherweise zu niedrig angesetzt wurden. Dies ist jedoch keine Kritik an Herrn Charlet als Person, sondern eine grundsätzliche Diskussion darüber, was Bremerhaven braucht: Qualität, Qualität, Qualität.

Die Politik im Magistrat wird durch ehrenamtliche Stadträte geprägt, während die hauptamtlichen Posten eine politische Besetzung darstellen. Leider zeigt die Erfahrung der vergangenen zwölf Monate, dass die Koalition aus SPD, CDU und FDP zusätzliche hauptamtliche Positionen geschaffen hat. Damit setzt sie die Praxis der letzten Legislaturen fort, bei der diese Posten vor allem an langjährige Parteigrößen vergeben wurden.

Aktuell sitzen die Parteivorsitzenden der Koalition im Magistrat: Herr Günthner, Herr Neuhoff und Herr Hilz. Ist das die fachliche Expertise, die wir dringend benötigen? Das kann man unterschiedlich bewerten. Bei Herrn Neuhoff möchte ich betonen, dass er ein guter Bürgermeister ist und wir uns gut vorstellen können, dass vor seinem Titel in Zukunft ein „Ober-“ steht. Herr Hilz hingegen benötigt noch etwas Zeit, um sich einzuarbeiten.

Mit der heutigen Wahl des Baudezernenten verstärkt sich jedoch der Eindruck einer „Versorgungsmentalität“. Dies wird vor allem daran deutlich, dass hochqualifizierte Bewerber aus Leitungspositionen unserer Fachämter im Vorfeld keine Chance erhalten haben. Einige dieser Bewerber hätten sogar über das „richtige Parteibuch“ verfügt. Trotzdem ließ die CDU sie abblitzen.

Was uns heute bleibt, ist aus unserer Sicht ein politischer Scherbenhaufen. Wir werben doch auch um das Vertrauen der Wähler, und diese müssen wir im Blick

behalten. Viele qualifizierte Bewerber haben ihre Kandidatur zurückgezogen, und wir kritisieren dieses Verfahren ausdrücklich.

Wir Grünen haben uns für Herrn Köpp entschieden, da er – wie ich in der Ausschusssitzung feststellen konnte – die fachliche Expertise mitbringt, die Bremerhaven dringend benötigt. Aus unserer Sicht ist dies die beste Wahl.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Ja, gut, dass wir heute nicht über den Bürgermeister sprechen, der vielleicht Oberbürgermeister werden möchte. Aber ich denke, das wird ohnehin nie geschehen – und das ist auch nicht unser Thema.

Zur heutigen Wahl: Es gab insgesamt 14 Bewerbungen, von denen wir acht als sehr gut geeignet eingestuft haben. Dass von diesen acht Kandidatinnen und Kandidaten am Ende nur wenige übrig geblieben sind, liegt unter anderem daran, dass die CDU sich bereits frühzeitig in der Öffentlichkeit auf einen Kandidaten festgelegt hat – und das sogar über die Presse.

Dieses Vorgehen, bei dem andere Bewerber quasi aus der Zeitung erfahren mussten, dass sie keine Chance haben, war für die Betroffenen sicherlich nicht angenehm. Andererseits hat die öffentliche Diskussion auch Vorteile gehabt: Sie hat verhindert, dass womöglich jemand aus unserem Plenum gewählt worden wäre, der nicht über die notwendigen Qualifikationen verfügt. Das war in der Vergangenheit bei anderen Stadträten leider teilweise der Fall – ich sage dies bewusst vorsichtig.

Die Entscheidungen innerhalb der Koalition erfolgen weiterhin strikt nach Parteibuch. Das ist eine Tatsache, die wir wohl nicht ändern können. Dennoch möchte ich betonen, dass Herr Charlet tatsächlich eine beeindruckende Vorstellung abgegeben hat – die beste, die ich in den letzten zehn Jahren hier erlebt habe.

Wir werden daher Herrn Charlet wählen, auch wenn ich, wie bereits andere vor mir, ihn für überqualifiziert halte. Meine Sorge ist, dass er entweder abgeworben wird, weil er zu gut ist, oder dass er sich im Amt nicht gegen die Koalition durchsetzen kann – insbesondere, wenn diese bei der nächsten Wahl wechselt.

Ich hoffe, dass Herr Charlet frischen Wind, ja sogar einen Sturm in den Magistrat, die Verwaltung und insbesondere in das Bauressort bringt. Es ist erfreulich, dass wir heute über einen wirklich qualifizierten Kandidaten abstimmen können.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Heute steht die Entscheidung über den neuen Baustadtrat an: Maximilian Charlet. Ich habe ihn bereits gesehen, er ist heute hier anwesend. Frau Coordes, Sie sprachen von einem „politischen Desaster“. So schlimm sehe ich die Situation nicht. Die CDU hat das Vorschlagsrecht, das ist ein übliches Verfahren, und ich werde die vorgeschlagene Person mittragen und wählen.

Insgesamt haben sich 14 Personen beworben, und am Ende blieben vier Kandidatinnen und Kandidaten übrig. Es stellt sich die Frage, warum von den ursprünglich 14 Bewerbungen nur vier verblieben sind. Sicherlich spielt die frühe Festlegung der CDU auf ihren Kandidaten eine Rolle, aber es gibt sicherlich auch andere Gründe. Dennoch sollten wir darüber nachdenken, ob es künftig sinnvoller wäre, solche Festlegungen erst zu einem späteren Zeitpunkt im Verfahren öffentlich zu machen.

Herr Jürgewitz, Sie haben die Vorstellung von Herrn Charlet als „perfekteste“ beschrieben. Ich halte es nicht für angemessen, andere Kandidaten, die sich für Ämter beworben haben, dadurch zu relativieren. Jeder, der sich hier vorgestellt hat, hat sich sicherlich Mühe gegeben und war qualifiziert. Von den vier verbliebenen Kandidaten hat Herr Charlet allerdings den besten Vortrag gehalten und den überzeugendsten Eindruck hinterlassen. Das macht ihn aus meiner Sicht zum geeignetsten Kandidaten.

Auch ich werde Herrn Charlet wählen und freue mich darauf, wenn er das Amt übernimmt. Ein kleiner Scherz sei mir erlaubt: Es fiel vorhin der Name „Oberbürgermeister“. Herr Charlet, vielleicht können Sie sich ja mit Herrn Neuhoff

darüber austauschen. Ich halte Herrn Neuhoﬀ durchaus für einen geeigneten Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters.

Abschließend möchte ich noch eine persönliche Anmerkung machen. Ende März wird Herr Schomaker, der das Amt derzeit innehat, uns verlassen. Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich Danke sagen für die Arbeit, die er bislang geleistet hat.

Stadtverordneter RASCHEN:

Frau Coordes, erlauben Sie mir, Ihr Gedächtnis ein wenig aufzufrischen. In der letzten Legislaturperiode hatten wir – SPD, FDP, CDU und Grüne – gemeinsam beschlossen, ab 2027 ein neues System einzuführen: hauptamtliche Dezernenten sollen dann wahlperiodenweise gewählt werden, ähnlich wie wir es bei den Staatsräten handhaben. Damals waren wir uns einig, dass das derzeitige System nicht ideal ist. Natürlich möchten Parteien und Fraktionen ihre Vertreter in der Regierung sehen – das ist Teil der politischen Realität. Übrigens, Frau Coordes, auch Sie haben damals zugestimmt, und ich erinnere nur ungern daran, welche Staatsrätin Sie eingesetzt haben. Über deren Qualifikation könnte man ebenfalls lange diskutieren – aber das nur zur Erinnerung.

Herr Timke, in Ihre Richtung möchte ich betonen: Wir sind nicht die ersten, die sich rechtzeitig auf einen Kandidaten festgelegt haben. Auch die anderen Partner haben dies in der Vergangenheit getan. Ich finde es gegenüber den anderen Bewerberinnen und Bewerbern nur fair, frühzeitig klarzustellen, wen man favorisiert. Das haben wir getan – rechtzeitig, transparent und im Rahmen eines demokratischen Verfahrens. Jede Bewerberin und jeder Bewerber hatte die Chance, auf den Stimmzettel zu gelangen. Heute entscheiden wir in geheimer Abstimmung, wie es sich gehört.

Frau Coordes, Sie erwähnten, dass Sie nur an einer Sitzung teilgenommen haben, in der nur ein Bewerber vorgestellt wurde. Wenn Sie jedoch Ihre Einschätzung auf diese eine Sitzung stützen, obwohl weitere Bewerber sich vorgestellt haben, entzieht das Ihrer Argumentation ein wenig die Grundlage. Sie hätten sich bei den anderen Sitzungen ebenso ein umfassendes Bild machen können.

Wir sind überzeugt, dass Maximilian Charlet der richtige Kandidat ist. Einige sprechen von Überqualifikation – das wird Herr Charlet in seiner Amtszeit unter Beweis stellen müssen. Ich bin zuversichtlich, dass er die sechs Jahre Amtszeit engagiert und erfolgreich absolvieren wird.

Wir werden Maximilian Charlet wählen und wünschen ihm viel Erfolg in seinem neuen Amt.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ich möchte auch an dieser Stelle die Vorgehensweise der CDU kritisieren, dass sie ihren Vorschlag vorab in der Presse veröffentlicht und den gesamten Prozess beeinflusst hat. Es ist jedem bekannt, dass wenn die Bremerhavener CDU einen Vorschlag macht, die Gegenwahl oft sehr niedrig ist. Daher haben viele Bewerber ihre Bewerbung zurückgezogen, was die Qualität der verbleibenden Bewerbungen leider stark gesenkt hat.

Natürlich ist das, was Sie, Herr Raschen, gerade gesagt haben, dass 2027 eine Reform angestrebt wird, um die Magistratsmitglieder für die Legislaturperiode zu wählen, ein guter Vorschlag. Dies könnten wir unterstützen. Aber der jetzige Zustand sieht vor, dass für sechs Jahre gewählt wird. Und hier sollte nicht das Parteibuch, sondern die Qualität der Bewerber im Vordergrund stehen.

In diesem Sinne – dass das Parteibuch oft über die Qualität gestellt wird – wird dies zu einem schlechten Ergebnis führen. Ich spreche hier nicht über die Qualität einzelner Bewerber, sondern über die Qualität des Verfahrens, wie es hier beeinflusst wird. Deswegen, da wir in diesem Zustand sind und für sechs Jahre wählen, obwohl eine Wahl nach zwei Jahren stattfinden könnte, wissen wir nicht, ob dann noch eine CDU-, SPD- oder FDP-Koalition existieren wird. Warum sollten wir jetzt schon für sechs Jahre wählen müssen? Wenn wir in der Lage sind zu gewinnen, müssen wir mit den gewählten Stadträten zusammenarbeiten. Das sollte ebenfalls in

Betracht gezogen werden. Das Parteibuch wird leider in Bremerhaven viel zu oft berücksichtigt. Das ist ein schlechtes Verfahren, und ich möchte auch hier unsere Meinung als Linke erläutern.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Ich will es mal vorwegnehmen, ich werde auch meine Stimme dem Maximilian Charlet geben. Ich will hoffen, dass Sie einen großen Besen mitgebracht haben, denn Sie können vielleicht mal ordentlich durchfegen. Und vielleicht wird dann auch mal ein Bau pünktlich fertig.

Stadtverordnete COORDES:

Sehr geehrter Herr Raschen, ich wollte Ihnen noch einmal antworten. Es ist nicht so, dass ich mir keinen Bericht habe erstatten lassen oder selbst nachgelesen habe, wie sich die anderen Bewerber präsentiert haben. Es ist jedoch so, und das wurde hier vielfach erwähnt, dass viele qualifizierte Bewerber ihre Bewerbung zurückgezogen haben. Und das ist etwas, was Frust erzeugt.

Sie haben sicherlich recht, wenn Sie sagen, wir wollten gemeinsam etwas ändern. Doch jetzt ist es, wie es ist. Dennoch können wir hier auf kommunaler Ebene das Beste tun, um diesen Frust zu vermeiden und letztendlich auch Politikverdrossenheit vorzubeugen. Das war mein Versuch, zu erklären, wo die Verantwortung liegt.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Wir kommen dann zur Wahl. Es wurde geheime Wahl beantragt. Sie erhalten einen Stimmzettel, auf dem alle vier Namen mit Option zur Wahl sowie die Optionen „Nein“ und „Enthaltung“ stehen. Sie haben die Möglichkeit, ein Kreuz zu setzen – entweder bei einem der vier Namen, bei „Nein“ oder bei „Enthaltung“. Sollte kein Kreuz gesetzt werden, ist der Wahlzettel ungültig.

Die Beisitzenden zu meiner Linken und zu meiner Rechten werden gleich die Namen aufrufen. Sie begeben sich dann in gewohnter Weise zur Urne und geben dort Ihre Stimme ab.

Wir benötigen noch zwei Stadtverordnete für die Auszählung. Ich hatte mir jetzt einige Namen notiert, aber hatte keine Gelegenheit, vorher mit den Personen zu sprechen. Deshalb blicke ich Sie jetzt direkt an. Frau Knorr, wären Sie bereit? Und Herr Litau, wären Sie ebenfalls bereit, gleich bei der Auszählung zu unterstützen? Gibt es dagegen Widerspruch? Das ist nicht der Fall. Dann gehe ich von einer Zustimmung aus. Dann könnten wir beginnen.

Wahl von 15:44 Uhr bis 15:54 Uhr

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

So, wenn ich Sie bitten dürfte, Ihre Plätze wieder einzunehmen. In der alphabetischen Reihenfolge des Stimmzettels entfielen auf Herrn Lars Bredemeier 0 Stimmen, auf Herrn Maximilian Charlet entfielen 35 Stimmen, auf Herrn Thomas Köpp entfielen 2 Stimmen, auf Herrn Frank Terlinden entfielen 0 Stimmen. Zudem gab es 3 Stimmen mit „Nein“ und keine Stimmen mit „Enthaltung“. Damit ist Herr Maximilian Charlet mit 35 Stimmen gewählt.

Herr Charlet, ich gehe davon aus, dass Sie die Wahl annehmen?

Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

Unterbrechung von 15:55 Uhr bis 16:03 Uhr

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt gemäß § 47 Abs. 1 VerfBrhV Maximilian Charlet zum Dezernenten für das Baudezernat.

**TOP 3.2 Beratung des 1. Nachtragshaushaltes 2024
hier: Anhebung des Höchstbetrags der
Kassenverstärkungskredite**

StVV - V 83/2024

Bürgermeister NEUHOFF:

Eigentlich hätten wir heute an dieser Stelle den Haushalt 2025 gemeinsam beraten und verabschieden wollen. Stattdessen steht nun ein Nachtrag für 2024 zur Debatte, der sich in erster Linie mit der Anhebung des Höchstbetrags der Kassenverstärkungskredite beschäftigt. Damit haben wir noch keinen Haushaltsvollzug für 2024 und auch noch keinen Haushaltsauftrag für 2025.

Warum ist das so? Am 13. Juni dieses Jahres hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven beschlossen, analog zu Bremen, den Haushalt 2025 abzukoppeln und nur den Haushalt 2024 zu beraten und zu beschließen. Am 13. Juni 2024 hat die Stadtverordnetenversammlung auch beschlossen, den Haushalt 2025 heute, am 05. Dezember, zu beraten und zu beschließen. Diese Entscheidung basiert auf der Prämisse, das Jahr 2024 in einem mittlerweile überschaubaren Umfeld zu bewirtschaften und die Entwicklung für das Jahr 2025 in einem insgesamt bewegten Umfeld zunächst zu sondieren.

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat der Stadtverordnetenversammlung für ihre heutige Sitzung jedoch keinen Haushalt 2025 zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt. Die Entwicklungen der letzten Monate haben die Stadt Bremerhaven vor besondere Herausforderungen gestellt: überdurchschnittlich steigende Sozial- und Personalausgaben, die mittlerweile fast drei Viertel der Gesamtausgaben ausmachen, sowie düstere Prognosen der Herbststeuerschätzung, die dazu führen, dass der positive Effekt aus dem Zensus 2022 für das kommende Jahr kaum spürbar sein wird. Es gibt ein sprunghaftes Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben.

Wenn man sich die Haushaltsentwicklung für 2024 anschaut, könnte man bis auf drei Parameter sagen, dass wir eine Punktlandung hinbekommen haben. Doch das geschieht aktuell nicht. Wir befinden uns weiterhin in den Bemühungen, dem Senat einen Haushaltsabschluss 2024 zu präsentieren, der von dem heutigen Defizit deutlich abweicht.

Unsere Herausforderungen sind nicht nur steigende Sozialausgaben, bedingt durch die aktuelle Bundespolitik, sondern auch durch Beschlüsse des Bundes, die auf die Länder und Kommunen übertragen werden müssen. Dies hat Bremerhaven in den letzten Jahren hervorragend gelöst – jedoch stets in der Prämisse, dass wir nicht auskömmlich finanziell ausgestattet sind. Dies ist keine alleinige Wahrnehmung des Kämmerers in Bremerhaven; es zieht sich wie ein roter Faden durch diese Republik. Nicht nur Bremerhaven, sondern selbst wohlhabendere Städte wie Tübingen, das zuletzt im Morgenmagazin Thema war, kämpfen unter der Last der Sozialausgaben. Wir stehen zudem vor der Herausforderung, eine Sparauflage zu erfüllen, die der Senat für die drei Gebietskörperschaften – das Land Bremen und die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven – auferlegt hat. Unser Ziel ist es, die Landeshaushaltsausgaben zu stabilisieren und finanziell nicht ausufern zu lassen. Es gibt jedoch weiterhin finanzielle Herausforderungen, wie die restlichen Kostensteigerungen beim Hafentunnel, die sich auch in 2024 haushälterisch ausgewirkt haben.

Die Personalkosten werden eingefroren, um einen weiteren Anstieg der Ausgaben zu verhindern. Zwar mag Bremen in einigen Bereichen weiter sein, jedoch hat auch Bremen in einem ersten Rettungspaket entschieden, die Personalkostenstruktur

stabil zu halten. Dies geschah jedoch mit Ausnahmen, die Bremerhaven in der Vergangenheit nicht zugestanden wurden. Ein eleganter Übertrag von Herausforderungen auf das Land Bremen, ohne dass wir unsere besonderen finanziellen Anforderungen hätten artikulieren können, hat uns nicht nur frustriert, sondern auch benachteiligt.

Das führt zu erheblichen finanziellen Auswirkungen, insbesondere in Bezug auf unsere Liquidität. Wir wissen, dass unsere Kassenverstärkungskredite stark belastet sind durch die Tätigkeiten des Wirtschaftsbetriebs Seestadt Immobilien sowie weiterer kommunaler Gesellschaften. Diese Gesellschaften haben nicht in ausreichendem Maße an der Anpassung ihrer Angebote gearbeitet, um Wirtschaftlichkeit zu erreichen. Stattdessen wurde versucht, die Lebenswertigkeit und Liebeshwürdigkeit dieser Stadt aufrechtzuerhalten. Dies wird uns zukünftig nicht mehr gelingen.

Ich will einer Haushaltsberatung für 2025 nicht vorgreifen, aber wir müssen bald mit der Kämmererei Maßnahmen ergreifen, um unsere finanziellen Spielräume realistisch zu gestalten. Der Senat muss seinerseits seiner Verpflichtung nachkommen, Bremerhaven nicht nur von oben herab zu behandeln, sondern uns in dieser kritischen Lage aktiv zu unterstützen.

Ich bitte Sie, heute dieser Vorlage zuzustimmen. Sie sichert unsere Liquidität für 2024 und legt die Basis für eine intensive Haushaltsberatung für 2025.

Stadtverordneter FREEMANN:

Wir treffen heute eine Entscheidung, die dringend notwendig ist, um die Zahlungsfähigkeit Bremerhavens zu sichern und den Handlungsspielraum der Stadt zu wahren. Es geht um die Erhöhung der Kassenverstärkungskredite um 40 Mio. €. Diese Maßnahme ist keine Wunschlösung, aber sie ist der richtige Schritt, um die Stabilität der Stadt zu gewährleisten. Die Herausforderungen sind bekannt: steigende Kosten, verzögerte Zuschüsse und notwendige Investitionen belasten die Haushaltslage erheblich. Der Bürgermeister hat dies in seiner Rede bereits ausgeführt.

Mit der heutigen Entscheidung sorgen wir dafür, dass Bremerhaven weiterhin verlässlich bleibt und die Bürgerinnen und Bürger auf ihre Stadt zählen können. Und genau das ist unser Auftrag. Es wird Sie nicht überraschen, dass die FDP-Fraktion diese Maßnahme unterstützt, da sie die Handlungsfähigkeit der Stadt sichert und wichtige Aufgaben ermöglicht, die für Bremerhavens Stabilität und Entwicklung notwendig sind. Gleichzeitig ist klar, dass weitere Schritte erforderlich sind. Einsparungen und klare Priorisierungen werden folgen, und diese Entscheidungen werden wir mit Augenmaß und Verantwortung treffen.

In der Öffentlichkeit wurde heute angedeutet, dass die Koalition Entscheidungen aufschiebt und keine Prioritäten setzt. Bemerkenswert ist jedoch, dass diese Kritik von einer Fraktion kommt, die selbst regelmäßig mehr Ausgaben und Personal fordert, ohne dabei die begrenzten Mittel der Stadt zu berücksichtigen. Diese Koalition handelt hingegen mit Verantwortung. Wir setzen Prioritäten und treffen Entscheidungen, die Bremerhaven Handlungsfähigkeit herstellt und der Stadt Stabilität gibt. Und genau das erwarten die Menschen von uns.

Doch Stabilität und Handlungsfähigkeit hängen nicht alleine von unseren Entscheidungen hier ab. Das möchte ich noch einmal betonen. Die Verteilung der Mittel zwischen Bremen und Bremerhaven ist ein zentraler Punkt, der maßgeblich von der Bremer Landesregierung und insbesondere vom Finanzsenator gestaltet wird. Hier hätten die Grünen als Teil der Regierung die Möglichkeit, sich stärker für Bremerhaven einzusetzen. Ich richte daher auch einen Appell an die Grünen: Unterstützen Sie uns bei einer fairen und gerechten Verteilung der Mittel, die den spezifischen Herausforderungen Bremerhavens Rechnung trägt. Verantwortung endet nicht an der Stadtgrenze.

Meine Damen und Herren, die Verstärkung der Kassenkredite ist ein wichtiger Schritt, um Bremerhaven auch in schwierigen Zeiten stark und verlässlich zu halten.

Ich bitte Sie, dieser Entscheidung zuzustimmen. Es geht nicht um Symbolik, sondern darum, die Grundlage unserer Handlungsfähigkeit zu sichern.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Sparen statt Dispokredit sollte eigentlich das Motto sein. Wir reden heute über die Erhöhung des Kassenverstärkungskredites von 90 auf 130 Mio. Euro. Für die Damen und Herren da draußen: Ein Kassenverstärkungskredit soll den finanziellen Spielraum erweitern und stellt das Pendant zum Dispokredit dar. In Niedrigzinszeiten sind solche Kassenverstärkungskredite wesentlich einfacher zu tolerieren. Doch in Zeiten steigender Zinsen ist das nicht mehr der Fall.

Kassenverstärkungskredite sind mittlerweile ein fester Bestandteil der Finanzierung laufender Ausgaben und somit auch fester Bestandteil des Haushaltes – allerdings in einem Ausmaß, wozu sie ursprünglich nicht gedacht waren. Denn anders als bei einem Investitionskredit gibt es keine Vermögensbildung wie zum Beispiel beim Bau von Straßen oder Gebäuden. Hier sprechen wir nun von einer Erhöhung des Kassenverstärkungskredites um knapp 45 %. Keiner leugnet, dass viele Kostenpunkte in den letzten Jahren gestiegen sind. Aber anstatt Ausgaben an anderer Stelle zu reduzieren, wird fleißig Steuergeld für On-Top-Projekte zum Fenster rausgeworfen.

Unsere Anfrage zur finanziellen Auswirkung der zweiten Bauausschusssitzung dieser Legislatur hat nämlich zutage gefördert, dass die 19 Anträge der Koalition massive Kosten verursachen. Ich möchte hier nur einige Beispiele zitieren:

30.000 Euro für Solarbänke, 250.000 Euro für eine Machbarkeitsstudie zur Dach- und Fassadenbegrünung, 450.000 Euro für die Fassadenrekonstruktion des alten Polizeireviers in Geestemünde, 800.000 Euro für historische Straßenlampen in Lehe. Das sind nur die bisher veranschlagten Beträge, wobei wir noch gar nicht wissen, wo die tatsächlichen Kosten am Ende landen werden. Größtenteils sind diese Projekte durchaus wünschenswert, allerdings müssen wir in Zeiten knapper Kassen verantwortungsvoll handeln und solche Projekte hintenanstellen. Meine Damen und Herren, das sind nur Auszüge aus der Antwort, die wir auf unsere Anfrage erhalten haben. Und das ist nur ein einziger Sitzungsauszug.

Diese Kosten müssen wir seit 2024 und in den Folgejahren, je nachdem wann sie wirksam werden, tragen. Herr Bürgermeister Neuhoff, Personalausgaben sind ebenfalls massiv gestiegen. Unsere weitere Anfrage zu diesen Kosten hat ergeben, dass viele dieser Stellen keine Pflichtaufgaben sind und viele davon sogar nicht notwendig sind, wie zum Beispiel zwei neue Garderoben. Die Stadthalle hat keinen Anbau erhalten – warum brauchen wir zwei neue Garderoben für je 50.000 Euro im Jahr? Ein weiteres Beispiel von vielen.

Dann wurde vorhin der Hafentunnel erwähnt. Doch das ist ein hausgemachtes Problem, da der Stadtrat Holm, damals CDU, auf den Bau dieses Objekts bestand. Das Fazit ist: Die Stadt ist blank und nun erhöhen wir den Dispokredit. Klar müssen wir in die Stadt investieren, aber nicht auf diese Weise. Wir müssen verantwortungsvoll mit den verfügbaren Mitteln umgehen und klare Priorisierungen treffen. Klar ist, dass wir in diese Stadt investieren müssen, aber jede Investition muss klug gewählt sein. Kassenverstärkungskredite sind keine Investitionen. Und wenn wir eine Investition tätigen, dann muss sie im Verhältnis zu unserem Haushalt stehen. Die Fraktion Bündnis Deutschland wird die Erhöhung der Kassenverstärkungskredite definitiv ablehnen und appelliert an eine moderate Ausgabenpolitik.

Stadtverordneter LICHTENFELD:

Zum Thema Anhebung des Höchstbetrags der Kassenverstärkungskredite. Ich möchte meine Meinung zur geplanten Erhöhung des Höchstbetrags der Kassenverstärkungskredite von 90 Mio. € auf 130 Mio. € äußern. Diese Entscheidung macht mir große Sorgen, denn ich sehe darin die Gefahr, dass wir als Stadt immer mehr Schulden machen. Für mich fühlt es sich an wie ein Freibrief für

den Magistrat, unüberlegte Kredite aufzunehmen, ohne wirklich darüber nachzudenken, was das für unsere Stadt bedeutet.

Zunächst einmal sollten wir uns bewusst machen, was Schulden eigentlich sind.

Wenn eine Stadt Kredite aufnimmt, bedeutet das, dass sie Geld leiht, das sie später zurückzahlen muss. Das klingt einfach, aber in Wirklichkeit kann es sehr kompliziert werden. Wenn wir jetzt mehr Schulden machen, müssen wir in Zukunft

möglicherweise höhere Steuern erheben oder wichtige Dienstleistungen einschränken, um diese Schulden zurückzuzahlen. Dies könnte dazu führen, dass unsere Bürgerinnen und Bürger unter finanziellen Belastungen leiden müssen.

Ein weiterer Aspekt ist die Frage der Generationengerechtigkeit. Wenn wir heute hohe Schulden anhäufen, belasten wir zukünftige Generationen mit der Rückzahlung dieser Kredite. Es ist nicht fair gegenüber unseren Kindern und Enkeln, ihnen eine finanzielle Last zu hinterlassen, die sie selbst nicht verursacht haben.

Ich finde es wichtig, dass wir verantwortungsvoll mit unserem Geld umgehen. Eine Erhöhung des Kreditrahmens könnte dazu führen, dass der Magistrat versucht, kurzfristige Probleme mit immer mehr Schulden zu lösen, anstatt nach nachhaltigen Lösungen zu suchen, wie zum Beispiel Einsparungen oder effiziente Ausgaben. Kurz gesagt: Wir nehmen einen Kredit. Das ist jedoch keine Lösung für die Zukunft und widerspricht dem Prinzip einer soliden Finanzpolitik.

Ein weiteres Problem ist die Gefahr einer Schuldenfalle. Wenn wir einmal anfangen, mehr Kredite aufzunehmen, kann es schnell passieren, dass wir uns daran gewöhnen und immer mehr Geld leihen wollen. Dies kann zu einer Spirale führen – wir nehmen einen Kredit auf, um einen anderen zurückzuzahlen oder um aktuelle Ausgaben zu decken. Irgendwann wird es sehr schwierig sein, aus dieser Situation herauszukommen. Stellen Sie sich vor, Sie haben einen Kredit für Ihr Auto aufgenommen und merken dann, dass Sie auch noch mehr Geld für andere Dinge brauchen. Um diese neuen Ausgaben zu decken, nehmen Sie einen weiteren Kredit auf. So kann es schnell passieren, dass man in einer finanziellen Notlage steckt und nicht mehr weiß, wie man die Schulden zurückzahlen soll. Genau das könnte auch unserer Stadt widerfahren.

Es ist wichtig zu bedenken, dass jede Entscheidung über Kredite langfristige Auswirkungen hat. Wenn wir jetzt mehr Schulden aufnehmen, müssen wir in Zukunft dafür sorgen, dass wir genug Geld haben, um diese Schulden zurückzuzahlen. Das bedeutet oft weniger Geld für wichtige Projekte oder Dienstleistungen unserer Stadt. Wir sollten uns fragen, was passiert mit unseren Schulen, was passiert mit unseren Straßen, was passiert mit der Unterstützung für bedürftige Bürger. Wenn wir ständig neue Schulden machen, bleibt weniger Geld für all die wichtigen Dinge.

Anstatt den Kreditrahmen zu erhöhen und damit eine gefährliche Abhängigkeit von Schulden zu schaffen, sollten wir nach nachhaltigen Lösungen suchen. Es gibt viele Möglichkeiten, wir könnten unsere Ausgaben überprüfen und sehen, wo wir sparen können. Vielleicht gibt es ineffiziente Prozesse in der Verwaltung oder Projekte, die nicht unbedingt notwendig sind. Außerdem könnten wir versuchen, neue Einnahmequellen zu finden. Vielleicht gibt es Möglichkeiten zur Förderung von lokalen Unternehmen oder zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Transparenz bei der Verwendung von Krediten.

Wenn der Magistrat mehr Spielraum hat und größere Beträge leihen kann, sollte auch klar sein, wofür dieses Geld verwendet wird. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu wissen, wie ihr Geld ausgegeben wird und welche Entscheidungen getroffen werden. Es sollte klare Regeln geben dafür, wie viel Geld geliehen werden darf und wofür es verwendet werden kann.

Zusammenfassend möchte ich sagen, dass die geplante Erhöhung des Höchstbetrags der Kassenverstärkungskredite von 90 Mio. € auf 130 Mio. € aus meiner Sicht keine verantwortungsvolle Entscheidung ist. Sie könnte dazu führen, dass unsere Stadt in eine gefährliche Abhängigkeit von Schulden gerät und langfristig finanzielle Probleme verursacht, sowie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Verwaltung untergräbt. Aus den eben genannten Gründen lehne ich diesen Antrag zur Erhöhung des Kassenverstärkungskredits ab.

Bürgermeister NEUHOFF:

Erlauben Sie mir noch einige klare Ausführungen. Es handelt sich hierbei nicht um eine reine Kreditaufnahme, Herr Lichtenfeld. Wir nehmen kein Darlehen auf, wir schaffen nichts an, das wir am Ende in regelmäßigen Ratenzahlungen zurückzahlen müssen. Vielmehr handelt es sich um den sogenannten Dispokredit, vereinfacht dargestellt, den wir benötigen, weil wir natürlich bei unseren Einnahmen von Bundes- und Landeszuweisungen sowie Zuweisungen Dritter abhängig sind. Diese Gelder kommen nicht immer so schnell, dass wir sie taggleich einnehmen und zwei Tage später wieder auszahlen können.

Wenn ich an Gehälter, Pensionen und Sozialausgaben denke, dann gibt es klare Fälligkeitstermine. Wenn die zugesagten Gelder nicht da sind, was soll ich tun? Soll ich diese Zahlungen nicht leisten? Nein, ich muss sie frist- und termingerecht ausführen. Dafür bedarf es eines sogenannten Kontokorrentkredits, also eines Dispokredits, den wir nutzen, um diese Ausgaben vorzufinanzieren und dann auszugleichen.

Wenn sich die Parameter ändern – und ich erinnere daran, dass ein Haushalt auf einer Steuerschätzung basiert. Wenn diese Steuerschätzung nicht eintritt, warum auch immer, dann hat dies Auswirkungen auf die Finanzierung unserer Ausgaben. Nur in diesem Fall habe ich die Berechtigung, Kredite aufzunehmen, die wir mit dem Land gemeinsam abgestimmt haben. Darüber hinaus bin ich nicht befugt, Kredite aufzunehmen.

Bremerhaven gehört übrigens zu den wenigen Kommunen in Deutschland, die der Schuldenbremse unterliegen. Keine andere Stadt oder Gemeinde in Deutschland ist diesermassen verpflichtet, lediglich 16 Bundesländer unterliegen dieser Regelung. Frau Linnert hat damals schon vorsorglich gehandelt und gesagt: „Dem traue ich nicht.“ Bremen hat diese Vorsicht mitgetragen. Worauf will ich hinaus? Es handelt sich hierbei nicht um ein Spiel, bei dem wir einfach 40 Mio. € aufnehmen und diese dann verschwinden. Nein, diese 40 Mio. € sind notwendig, um unsere Liquidität zu gewährleisten. Sie ermöglichen es uns, Sozialausgaben, Gehälter und Pensionen zu zahlen sowie sonstige vertragliche Verpflichtungen zu erfüllen.

Das ist keine kurzfristige Lösung, keine Finanzierung von Prestigemodellen, sondern schlichtweg notwendig. Diese Notwendigkeit war bereits vor Jahren gegeben, etwa in der Pandemie, als wir uns überlegten, wie wir Transformationsprozesse gestalten können. Damals war die Skepsis nicht so groß wie heute vorgetragen. Es ging um einen Notfall, um einen Ausnahmetatbestand. Damals waren wir bereit, diese Herausforderung anzunehmen.

Die Erhöhung des Kassenverstärkungskredites ist temporär und wird durch die Kassenaufsicht überprüft. Sie wird maximal für ein Jahr gewährt. Die Bemühungen, die damit verbunden sind, habe ich deutlich gemacht. Wir sind verpflichtet, zur Veränderung, zum Umdenken und zur Strukturierung unserer Abläufe. Dies ist eine Aufgabe, der sich der Magistrat stellt.

Selbst wenn wir Veränderungen herbeiführen, spürt man die finanziellen Auswirkungen nicht sofort. Wenn wir Verträge kündigen, Dienstleistungen reduzieren oder Prioritäten verschieben, hat dies Auswirkungen auf die Zukunft. Diese Herausforderung müssen wir bei der Haushaltsberatung gemeinsam angehen.

Der einzige Grund, warum ich Sie bitte, dieser Vorlage zuzustimmen, ist, dass wir handlungsfähig bleiben über das Jahresende hinaus. Die Hauptlast, die wir tragen müssen, werden wir in den kommenden Wochen und Monaten gemeinsam stemmen. Darauf wollte ich Sie aufmerksam machen.

Im Übrigen, warum stehen wir da, wo wir sind? Die Steuereinnahmen, das Wirtschaftswachstum des Bundeswirtschaftsministers, waren einst bei 2 %, mittlerweile sind wir negativ. Das juckt den Bund kaum. Herr Habeck und seine Mitstreiter haben die Gelder, die sie ausgeben wollten, auch ausgegeben. Wenn diese Gelder nun nicht wie geplant hereinkommen, kürzt man schlichtweg die Zuwendungen an die Länder – ohne Ankündigung. Dann haben wir eben Pech. Wir stehen vor der Aufgabe, sowohl auf Bundes- als auch Landesebene Zuwendungen zu sichern und gleichzeitig unsere eigenen Hausaufgaben zu machen.

Diese Verantwortung nimmt der Magistrat ernst. Ich kann Ihnen versichern, dass schlechtere Zeiten als die vergangenen bevorstehen.

Stadtverordneter ALLERS:

Der Kämmerer hat bereits ausführlich die Notwendigkeit dieser Vorlage heute dargelegt. Eine kleine redaktionelle Ergänzung, Frau Tiedemann: Es geht bei der Straßenlaternen-thematik um 50.000 €. Das Bauamt hat jedoch gleich hochgerechnet, dass, wenn man den gesamten Bereich bepflanzen würde, die Kosten auf 700.000 € steigen. Allerdings ist im Änderungsantrag, wenn Sie genau lesen, der Betrag auf 50.000 € festgelegt – wie im Sommer dieses Jahres bereits angemerkt.

Unser Haushalt wurde mit 911 Mio. € eingebracht, was eine beträchtliche Summe ist. Entsprechend wird der Haushalt natürlich im Herbst '23 durch die Dezernate vorbereitet, die die Eckwerte einbringen. Der Kämmerer hat bereits betont, dass es immer ein „Stochern im Nebel“ ist, wie sich die wirtschaftliche Lage und die Gesamtsituation für Bremerhaven entwickeln werden – insbesondere im Hinblick auf die Unsicherheiten.

Die 40 Mio. €, auf die der Kämmerer hingewiesen hat, sind dringend notwendig. Wir müssen diese Mittel ausschöpfen, da sie für uns essentiell sind. Dieser Haushalt ist bereits hart belastet und beinhaltet keine Wolkenkuckucksheim-Projekte. Vielmehr ist er äußerst inhaltlich ausgerichtet und berücksichtigt alle wesentlichen Aspekte der finanziellen Disziplin.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde auch über einen Neubau einer Stadthalle diskutiert, was scheinbar sehr locker in den Raum geworfen wurde. Gleichzeitig wird kritisiert, dass wir sparen, sparen, sparen müssen. Dies haben wir bei unseren finanziellen Entscheidungen entsprechend berücksichtigt und abgewogen.

Der Kämmerer hat ebenfalls darauf hingewiesen, dass andere Kommunen in Deutschland ebenfalls massiv belastet sind und wenige Entlastungen erfahren. Bremerhaven steht dabei nicht alleine. Hinzu kommt, dass Bremerhaven die einzige Kommune ist, die der Schuldenbremse unterliegt. Kein anderes Bundesland hat eine vergleichbare Verpflichtung.

Unsere Beiträge haben wir stets geleistet. Ein Beispiel ist die Haushaltsberatung 2016, unter der Finanzsenatorin Linnert, wo wir Maßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes beigetragen haben – insgesamt 38 Positionen, die keinesfalls einfach umzusetzen waren. Seit 2011, also seit 13 Jahren, habe ich keinen Haushalt erlebt, bei dem es nicht um „Spitz auf Knopf“ Entscheidungen ging.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Steuerung unseres Steueraufkommens. Es wandert größtenteils in den Landkreis ab, was wir nicht auffangen können. Wenn Investitionen des Landes erfolgen, betrifft dies oft Bremische Liegenschaften und nicht direkt die Stadt Bremerhaven. Dies ist eine Herausforderung, die wir angehen müssen.

Ich begrüße natürlich die Finanzhilfen des Landes, doch diese gehen nicht originär an die Stadt Bremerhaven, sondern überwiegend an die Landes- und städtischen Hafeneinrichtungen. Ein Großteil der Arbeitnehmer wohnt zudem im Landkreis auf beiden Seiten der Weser.

Ich möchte auf die Landesverfassung hinweisen, insbesondere Artikel 2, Abs. 1, der besagt: „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben das Recht auf gleiche wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsmöglichkeiten.“ Ebenso entscheidend ist Artikel 65, Abs. 3: „Die Freie Hansestadt Bremen bekennt sich zum Zusammenhalt der Gemeinden des Landes und wirkt auf gleichwertige Lebensverhältnisse hin.“ Dieser Zusammenhalt ist in Bremerhaven längst nicht mehr gegeben. Wir müssen sicherstellen, dass die Stadt eine faire Behandlung erfährt, unabhängig von politischen Farben und der jeweiligen Regierung.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Es ist richtig, dass wir uns in einer finanziell angespannten Lage befinden. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass wir uns in einem Ausnahmezustand befinden, der durch Klimaanpassung, Transformationsprozesse, Digitalisierung und die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verursacht wird. Diese Herausforderungen können nicht nur auf Landesebene verschoben werden, da wir auch dort die gleichen finanziellen Schwierigkeiten erleben.

Warum sind wir in diesem Zustand? Das müssen wir kritisch hinterfragen. Vielen Dank an die CDU, dass wir in diese prekäre Lage geraten sind. Auf Bundesebene hat die CDU jede Möglichkeit zur Reformierung der Schuldenbremse blockiert und versucht, diese weiterhin zu blockieren. Diese Frage muss beantwortet werden. Fragt doch mal Eure Fraktion in Bremen CDU, warum ihr die Reform der Schuldenbremse auf Landesebene nicht unterstützt.

Immer wieder haben wir betont, dass wir dringend eine Reform der Schuldenbremse benötigen – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene. Ohne diese Reform können wir mit unserem Regelhaushalt und den bestehenden finanziellen Mitteln nicht auskommen. Das ist uns allen bewusst. Besonders betroffen sind in diesem Zusammenhang soziale Projekte und Integrationsinitiativen – gerade für uns Migranten, die diese Probleme schmerzlich spüren.

Es ist jedoch nicht nur eine Frage des Mangels an finanziellen Mitteln, sondern eine dringende Notwendigkeit, eine Lösung zu finden. Wir können nicht immer nur auf die fehlenden Zuschüsse von der Landes- oder Bundesebene verweisen. Die Lösung liegt auf der Hand: die Reform der Schuldenbremse. Andernfalls stehen wir auch in den kommenden Jahren, 2025, 2026 oder gar 2027, vor den gleichen Problemen.

Interessant ist, dass nach der Umkipfung der Bundesregierung und der Unterstützung der Ukraine – was auch eine finanzielle Herausforderung darstellt – nun auch die CDU erkannt hat, dass eine Reform der Schuldenbremse unumgänglich ist. Diese Erkenntnis wird bereits seit zwei Wochen laut diskutiert, da auch die CDU selbst vor denselben Herausforderungen stehen würde.

Ein weiteres Beispiel für diese Problematik: Für die gesamte Hafenstruktur in Bremerhaven erhalten wir von der Landesebene lediglich 38 Mio. €. Das ist eine skandalöse Unterfinanzierung. Als Hafensenatorin müssen wir mit diesen Mitteln die notwendigen Investitionen für die Hafeninfrastruktur bewältigen. Daher ist klar, dass wir dringend eine Lösung finden müssen – und diese Lösung liegt in der Reform der Schuldenbremse.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

In diesen Diskussionen erhält man viele Inspirationen, und zu einigen Punkten möchte ich gerne Stellung nehmen.

Ich fange an mit Herrn Kocaaga, der sich für die Auflösung der Schuldenbremse einsetzt. Nun, Herr Kocaaga, ich denke, es ist gut, dass wir die Schuldenbremse haben, denn ohne sie gäbe es vermutlich noch mehr Migrations- und Migrantenprojekte. Davon gibt es aus meiner Sicht bereits genug.

„Knietief im Dispo“ – ein Song der Deutschen Welle aus den 80er-Jahren. Genau das beschreibt unsere aktuelle Situation. Unser Haushalt in Bremerhaven beträgt 911 Mio. €. Das sind etwa 200 Mio. mehr als noch vor wenigen Jahren – vor etwa vier Jahren. Die Frage, die sich stellt, ist, wo all dieses Geld geblieben ist, wenn es nun erneut an allen Ecken und Enden fehlt. Nur eine kurze Anmerkung: Vielleicht liegt es ja auch am Ausgabenmanagement. Einnahmen sind das eine, aber die Ausgaben ein anderes Thema.

Herr Neuhoff, der Stadtkämmerer, betont ständig, dass andere an der Misere schuld sind – aber nie er selbst. Ich würde mir von Herrn Neuhoff und der gesamten Koalition mehr Selbstkritik wünschen. Wie wurde mit den Finanzen in der Vergangenheit umgegangen? Anstatt die Fehler immer nur auf andere zu schieben, wäre es an der Zeit, eigene Sparvorschläge zu unterbreiten.

Wir wissen alle, dass in den letzten Jahren jedes Jahr über 100 neue Stellen in der Stadt Bremerhaven geschaffen wurden – teils sicherlich sinnvoll, aber oft auch aus unserer Sicht völlig unnötig. Es gibt Zuwendungsberichte, in denen Jahr für Jahr

Gelder freihändig verteilt werden. Die Frage stellt sich: Ist das wirklich notwendig? Ebenso gibt es ein Jugendparlament – sicherlich eine schöne Idee, aber ist es auch notwendig? Viele Projekte in Bremerhaven werden regelmäßig durch die Koalition durchgesetzt, egal, ob sie sinnvoll sind oder nicht. Beispiele hat Frau Tiedemann genannt, die ich hier nicht wiederholen möchte.

Die Benachteiligung Bremerhavens durch Bremen – das ist ein Thema, das auch von Herrn Allers zu Recht angesprochen wurde. Aber alles bereits bekannt, Herr Allers. Solange die SPD hier regiert – seit 75 Jahren –, wird trotz gleicher Regierungsbeteiligung in Bremen weiterhin Bremerhaven benachteiligt. Wenn Sie Artikel 65 Abs. 3 zitieren und darauf hinweisen, dass Bremerhaven gleichwertige Lebensbedingungen benötigt, dann frage ich Sie: Warum klagen Sie nicht? Klagen Sie doch die gleichen Lebensbedingungen ein – SPD Bremerhaven gegen SPD Bremen. Ich bin gespannt auf das Ergebnis.

Einsparungsmöglichkeiten gibt es genug. Man muss einfach damit anfangen. Denn Hobbys Dritter, die wir mit Steuermitteln finanzieren, müssen endlich hinterfragt und, wo nötig, gestrichen werden. Wenn selbst solche Hobbys reduziert werden, dann könnten wir sicherlich die benötigten 30 Mio. Euro für die heutigen Haushaltsfragen aufbringen.

Stadtverordneter RASCHEN:

Ich möchte den Faden von Herrn Allers aufnehmen und anschließend zu Herrn Kocaaga übergehen.

Es ist Ihre Aufgabe als Landtagsabgeordnete, dafür zu sorgen, dass wir gemeinsam mit allen Bremerhavenern den Bremern klar machen, wozu sie verpflichtet sind. Leider habe ich Ihre Stimme in keiner Weise gehört, als der Nachtragshaushalt in Bremen beschlossen wurde. Wie der Bürgermeister bereits erwähnt hat, wurden viele kommunale Projekte über das Land finanziert. Ursprünglich sollte die BVV 8 Mio. € erhalten – eine Summe, die angesichts der Ausgaben von Bremen lächerlich gering ist. Von den zugesagten 8 Mio. € sind konkret lediglich 4 Mio. € geflossen. Ich habe weder Vertreter Ihrer Fraktion, noch der Grünen oder der SPD gehört, die sich hier öffentlich für Bremerhaven stark gemacht haben.

Wir stehen in Bremerhaven vor einer schwierigen Situation, weil die Landesregierung uns quasi von oben herab behandelt, da es zwei verschiedene Koalitionen gibt. Das ist schlicht und ergreifend nicht akzeptabel. Der Bürgermeister verwendet oft das Wort „Steuerkraftausgleich“. Das Land Bremen zahlt der Stadt Bremen 100 %, der Stadt Bremerhaven jedoch nur 50 %. Würden wir ebenfalls 100 % erhalten, stünden uns 44 Mio. € mehr zur Verfügung. Hier erwarte ich von Ihnen, dass Sie als Landtagsabgeordnete endlich für Bremerhaven kämpfen und nicht nur kluge Sprüche klopfen.

Herr Lichtenfeld, wenn Sie von Transparenz im Haushalt sprechen, so ist dieser bereits von der ersten Minute an transparent. Der Haushalt ist öffentlich ausstellbar und wird im gesamten Prozess von jedem Bürger nachverfolgt. Es gibt keine größere Transparenz. Daher erwarte ich, dass solche Behauptungen, wir seien nicht transparent, nicht aufgestellt werden.

Darüber hinaus hat der Bürgermeister bereits erwähnt, dass wir drei Schulen gebaut haben, die den Haushalt belasten – allein diese drei Schulbauten kosten uns 20 Mio. €. Diese Gelder sind bereits verbraucht. Wir müssen Schulen und Kindergärten bauen, weil die gesetzliche Verpflichtung besteht und die Kinder nun einmal da sind. Aber mit dem Bau von Schulen und Kindergärten steigt der Bedarf an Personal. Auch das wurde bereits mehrfach thematisiert – unser Personalaufwuchs ist enorm gestiegen. Jetzt stellt das Land uns jedoch die Vorgabe, den Personalaufwuchs zu stoppen, was natürlich Einschränkungen zur Folge haben wird. Es gibt keinen freien Raum, keine überzähligen Stellen, und wenn ein Mitarbeiter nicht mehr da ist, fehlt diese Leistung.

Zum Thema Hafentunnel: Der Hafentunnel ist notwendig, darf jedoch nicht auf kommunaler Ebene bleiben. Dies ist ein schwerwiegender Fehler, den wir nicht zu verantworten haben. Bremen drückt uns diese Verantwortung auf, weil die Straße die

Bundesautobahn mit dem stadtbremischen Überseehafengebiet verbindet. In Bremen Stadt wäre das eine Landesstraße geworden, für die die Kommune nicht aufkommen müsste. In Bremerhaven jedoch wird diese Verantwortung uns aufgebürdet, obwohl diese Straße keinen unmittelbaren Nutzen für die Stadt hat – abgesehen von den Menschen in Weddewarden, die schneller von der Autobahn nach Hause gelangen.

Wir müssen den Tunnel daher in die Bundesverantwortung bringen, da die Investitionskosten unerschwinglich sind. Wenn wir finanziell besser ausgestattet wären, hätten wir in Bremerhaven keine Haushaltsprobleme. Es ist unsere Aufgabe, lautstark für diesen Ausgleich zu kämpfen, denn die Benachteiligung von Jahr zu Jahr wird nur noch schlimmer. In Bremen werden Probleme oft gelöst, für Bremerhaven jedoch bleibt vieles ungelöst. Diese unterschiedliche Behandlung ist leider immer wieder sichtbar.

Deshalb stimmen wir der Vorlage zu, da sie für die Finanzierung von Bremerhaven unabdingbar ist. Wir bitten daher um Zustimmung.

Stadtverordnete AX:

Wenn man kein Geld hat, muss man darauf achten, dass man irgendwo einspart. Was jedoch keinesfalls passieren darf, ist, an den sozial Schwachen zu sparen. Hier darf aus unserer Sicht überhaupt nicht gespart werden. Daher werden wir genau beobachten, wo die Stadt künftig den Rotstift ansetzt.

Wir, als WfB-Fraktion, werden der Vorlage zustimmen, jedoch erwarten wir, dass keinerlei Einsparungen auf Kosten sozial Schwacher vorgenommen werden. In Bremerhaven leben knapp 50 % der Menschen in Armut, und genau diese Menschen müssen umfassend unterstützt werden.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Ich beginne am besten mit Herrn Allers. Sehr geehrter Kollege Allers, Sie haben eben erwähnt, dass in Bezug auf die historischen Straßenlaternen in Lehe diese angeblich nur 50.000 Euro kosten sollten. Ich habe hier die Antwort des Magistrats, die vom 20.11. stammt, also aktueller ist als der Zeitraum, den Sie eben genannt haben. Und ich zitiere aus der Antwort des Magistrats: „Historische Straßenlampen in Stadtteilen mit umfangreichen historischen Gebäudefassaden. Sachstand: Angebot liegt vor. Frage 2: Kosten unter Berechnungen: 546.865,16 € netto für das Goethequartier. 249.260,89 € netto für die Klußmannstraße.“ Ich komme definitiv nicht auf 50.000 Euro, und auch die Antwort des Magistrats stützt diese Zahl nicht. Sie sollten Ihre Unterlagen nochmals genauer überprüfen.

Kommen wir zu den anderen Aussagen, die heute hier getätigt wurden. Herr Kocaaga, Sie messen sich häufig mit den Schlechtesten, aber das sollten wir in Bezug auf den Haushalt erst recht nicht tun. Ebenso Herr Raschen, Entschuldigen Sie die Verwechslung vorher. Wäre der Wunschtunnel Ihres Kollegen Stadtrat Holm nicht gebaut worden, hätte uns Bremen auch keine zusätzlichen Kosten aufdrücken können. Das ist die Realität. Das Ausgabeverhalten dieser Stadt muss definitiv angepasst werden.

Wenn ich heute zu einem Beratungstermin für eine Privatinsolvenz ginge – als Stadt – würde man uns sagen: „Ausgabenverhalten anpassen, Rotstift ansetzen.“ Natürlich wissen wir nicht, ob wir heute trotzdem stehen würden, selbst wenn wir maßvoll gewirtschaftet hätten. Aber wir könnten mit Stolz sagen, dass wir alles getan haben, was in unserer Macht stand, um die Kosten so gering wie möglich zu halten und damit den Haushalt so niedrig wie möglich zu halten.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Am 13. Juni 2024 war bei Radio Bremen zu lesen, dass Bremerhaven 50 Mio. neue Schulden machen möchte. Das heißt, der Haushalt für das Jahr 2024 würde dann insgesamt 911 Mio. Euro umfassen, inklusive neuer Schulden. Nun müssen wir uns

die Frage stellen: Bremerhaven, soweit ich mich erinnere, ist schon mehrfach entschuldet worden – nicht nur einmal, sondern sogar zweimal, und ich meine, sogar dreimal in den letzten 30 Jahren. Und jetzt haben wir erneut einen so hohen Schuldenberg.

Ich weiß, dass Bremerhaven das sogenannte fünfte Rad am Wagen des Landes Bremen ist. Das ist uns allen bekannt. Wir müssen um jeden Cent kämpfen. Dafür gibt es eine Regierung im Land Bremen, die aus SPD, Grünen und Linken besteht. Es wird Zeit, dass sich daran endlich etwas ändert.

Natürlich können wir trotzdem nicht alles nur auf das Land Bremen schieben. Wie gesagt, wir wurden beim letzten Mal bereits entschuldet, und nun haben wir wieder einen so hohen Schuldenberg. Viele Schulden werden auch gemacht, wenn wir uns den Personalhaushalt ansehen – auch wenn er nicht der größte Posten ist, so ist er doch ein bedeutender. In jedem Ausschuss werden die Stellen durchgewunken. Da sagt keiner, ob von der CDU, SPD oder FDP: „Wir sparen dort mal.“ Es wird immer fleißig durchgewunken.

Es ist eine Sache, die schon erstaunlich ist. Wir müssen auch überlegen, welche Projekte gegebenenfalls zurückgestellt werden müssen. Bremerhaven meint ja, wir müssten hier und dort ein bisschen investieren. Man schmückt sich mit dem, dass drei neue Schulen gebaut wurden – ja, das hat auch einige Millionen gekostet. Natürlich müssen neue Schulen und Kitas gebaut werden, aber dann müssen wir eben auch genau prüfen, wo wir woanders einsparen können, wenn dies die Priorität sein sollte.

Es ist traurig, dass wir beispielsweise für die Stadthalle keine Mittel mehr zur Verfügung haben. Für eine Stadt wie Bremerhaven ist das schon ein trauriges Zeichen, dass für solche wichtigen Projekte kein Geld da ist.

Wie Herr Raschen es bereits angesprochen hat, sehe ich den Hafentunnel ebenfalls kritisch. Meines Erachtens hätte der Hafentunnel nicht notwendig sein müssen. Man hätte nach einer anderen Lösung suchen können, etwa einer optimierten Verkehrsführung. Die Notwendigkeit des Hafentunnels ist für mich daher nicht gegeben. Aus diesen genannten Gründen werde ich mich bei dieser Vorlage enthalten.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Erhöhung des Kassenverstärkungskredits von 90 Mio. € auf 130 Mio. € im Rahmen eines 1. Nachtragshaushalts 2024 zu und beschließt das Ortsgesetz zur Änderung der Haushaltssatzung der Stadt Bremerhaven für das Haushaltsjahr 2024 (Anlage 1).

Der Beschluss ergeht bei 5 Nein-Stimmen (BD, AfD, Lichtenfeld) und 3 Enthaltungen (LINKE, Schuster).

Pause von 16:58 Uhr bis 17:45 Uhr

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der als Anlage 1 vorgelegte Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung des Ortsgesetzes über die Rechnungsprüfung in der Stadt Bremerhaven (Rechnungsprüfungsordnung) wird als Ortsgesetz beschlossen.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

TOP 3.4 Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung zum Entwässerungsortsgesetz der Stadt Bremerhaven
Keine Wortmeldungen

StVV - V 79/2024

Beschluss:

Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf des Ortsgesetzes zur Änderung der Gebührenordnung zum Entwässerungsortsgesetz der Stadt Bremerhaven wird als Ortsgesetz beschlossen.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD).

TOP 3.5 Änderung der Sondernutzungsgebührenordnung für Maßnahmen nach dem Bremischen Landesstraßengesetz

StVV - V 84/2024

Stadtverordneter TIMKE:

Wir haben vorhin eine flammende Rede unseres Bürgermeisters gehört, warum wir weitere Kredite aufnehmen müssen. In diesem Zusammenhang ist es natürlich nur folgerichtig, dass wir auch erst einmal prüfen sollten, ob die Gebühren, die wir erheben, noch zeitgemäß sind.

Ich kann für meine Fraktion erklären, dass wir diese Gebührenanhebung nicht in Gänze ablehnen werden, da wir natürlich auch sehen, dass die Gehälter der städtischen Angestellten steigen, die diese Gebührentatbestände umsetzen und die Bescheide versenden. Zudem sind die Lebenshaltungskosten insgesamt gestiegen, sodass Anpassungen in der Verwaltung erforderlich sind.

Allerdings gibt es hier eine Ausnahme, die wir gerne ansprechen möchten. Und zwar handelt es sich um die Ziffer 8, die Straßenfeste. Bei diesen Gebühren soll eine moderate Anhebung erfolgen. Unsere Fraktion ist jedoch der Ansicht, dass Straßenfeste ein fester Bestandteil der Kultur einer Stadt sind. Jede Stadt kann sich glücklich schätzen, wenn sie Bewohner hat, die Straßenfeste organisieren und durchführen, da dies ein Zeichen für eine lebendige Stadt und eine intakte Gesellschaft ist.

Auch wenn es hier nur um kleine Erhöhungen geht, nämlich um 5 € beziehungsweise um 10 €, so geht es hierbei weniger um die Höhe der Erhöhung, sondern vielmehr um das Signal und die Botschaft, die mit dieser Erhöhung verbunden ist.

Daher bitten wir darum, dass dieser Punkt, also die Ziffer 8, extra abgestimmt wird.

Wir werden den restlichen Gebührentatbeständen zustimmen, jedoch bei der Ziffer 8 sagen wir „Ja zur Kultur“ und „Nein zur Erhöhung“.

Deswegen lehnen wir diese Erhöhung ab.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss (Ziffer 8 vom Entwurf der Sondernutzungsgebührenverordnung - Gebührenverzeichnis):

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu.

Der Beschluss ergeht bei 6 Nein-Stimmen (BD, AfD, Lichtenfeld) und 2 Enthaltungen (WfB).

Beschluss (Ziffer 1-7 und 9-17 vom Entwurf der Sondernutzungsgebührenverordnung - Gebührenverzeichnis):

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt zu.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD).

Beschluss (Vorlage):

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die im Entwurf beigefügte Sondernutzungsgebührenordnung.

Der Beschluss ergeht bei 6 Nein-Stimmen (BD, AfD, Lichtenfeld).

**TOP
3.6**

Vorschlag für die Wahl der stimmberechtigten Mitglieder und deren Stellvertreter/innen durch die Stadtverordnetenversammlung

StVV - V 81/2024

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt nach Vorschlag des Ausschusses für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung die nachstehend aufgeführten Mitglieder des Inklusionsbeirates Bremerhaven sowie deren jeweiligen Vertreter:innen für die Dauer von vier Jahren:

Nr.	Vorschlagende/r Verband, Einrichtung oder Gruppe	stimmberechtigtes Mitglied (Name, Vorname)	Vertreter/in (Name, Vorname)
1	Bewohnerbeirat der Albert-Schweizer-Wohnstätten e. V	Pott, Jonathan	Nicht benannt
2	Blinden- und Sehbehindertenverband Niedersachsen e. V., Kreisgruppe Brhv.	Schubert, Maleike	Flegel, Wolfgang
3	Gehörlosenverein Brhv. von 1899	Nicht benannt	Nicht benannt
4	Verein Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung, Ortsvereinigung Brhv	Albert, Martina	Khalil, Alaa
5	Verein Selbsthilfe Bremerhavener Topf e. V	Kürschner-Busch, Christa	nicht benannt

6	Sozialverband Deutschland e. V., Kreisverband Brhv.	Bultmann, Alfred	Söhn, Traute
7	Sozialverband VDK, Kreisverband Brhv	Lutterbüse, Marcus	Kluth-Münch, Rosi
8	Kreis der Werkstattbeschäftigten der Elbe-Weser Werkstätten gGmbH	Reiners, Manfred	nicht benannt
9	Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen einzelner Betriebe in Brhv.	Schwarz-Grote, Heima Lebenshilfe Bremerhaven, SBV	nicht benannt
10	Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen einzelner Betriebe in Brhv.	Kaspar, Nadine (Magistrat, Amt für Jugend, Familie und Frauen, SBV)	nicht benannt
11	Vertrauenspersonen der schwerbehinderten Menschen einzelner Betriebe in Brhv.	Böttcher, Andreas (BLG Auto Terminal Bremerhaven, SBV)	nicht benannt

Der Beschluss ergeht bei 3 Enthaltungen (AfD, Knorr).

TOP 3.7

Satzung des Jugendparlaments der Stadt Bremerhaven

StVV - V 87/2024

Stadtverordnete ZEEB:

Ich habe vor der Pause noch mit dem Koordinator für das Jugendparlament und den beiden Jugendlichen gesprochen, die hier waren. Leider sind sie bereits gegangen. Dennoch möchte ich die Gelegenheit nutzen, um über diese besondere Situation zu sprechen.

Heute stimmen wir über die Satzung des Bremerhavener Jugendparlaments ab. Im Ausschuss waren diese Punkte unstrittig. Dabei geht es nicht darum, jetzt für etwas zu werben, sondern vielmehr darum, den Jugendlichen und den Mitarbeiter:innen des Magistrats zu danken, die diese Satzung erarbeitet haben.

Die Jugendlichen haben sich mit der oft trockenen und formalen Seite der Demokratie auseinandergesetzt. Dennoch hoffe ich, dass es für sie interessant war und vielleicht auch ein wenig Spaß gemacht hat. Denn es ist eine unglaublich wichtige Arbeit, sich selbst gute demokratische Regeln zu geben.

Diese Arbeit, die die jungen Menschen in die Satzung und Wahlordnung des Jugendparlaments investiert haben, verpflichtet uns, werte Kolleginnen und Kollegen hier in der Stadtverordnetenversammlung. Im § 10 Abs. 1 der Satzung, die wir jetzt beschließen werden, steht: „Das Jugendparlament hat das Recht, aber nicht die Pflicht, an Ausschusssitzungen der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bremerhaven teilzunehmen, sich mit Redebeiträgen an Themen, die die Belange junger Menschen betreffen, zu beteiligen und Beschlüsse des Jugendparlaments als Beschlussvorlage in die Fachausschüsse einzubringen.“

Das bedeutet für uns Stadtverordnete, dass wir zu bestimmten Fragen mit den Vertreter:innen des Jugendparlaments zusammenarbeiten werden. Sie werden uns Vorschläge machen, uns ansprechen und sicherlich auch kritisieren – und genau das müssen wir ernst nehmen.

Satzungen, Geschäftsordnungen und Wahlordnungen sind wie bereits erwähnt sehr wichtige Grundlagen unseres demokratischen Alltags. Sie sind jedoch wenig wert, wenn die politische Kultur nicht stimmt, wenn es keine ehrliche Debatte gibt und wir nicht auf die Argumente anderer hören.

Wenn wir als Stadtverordnete das Jugendparlament als eine wichtige demokratische Institution für die jungen Menschen in dieser Stadt loben, dann müssen wir ihnen auch im politischen Alltag mit Respekt und Offenheit begegnen.

Wenn wir der Satzung zustimmen, dann umfassen wir auch dieses Angebot an die Vertreter:innen des Jugendparlaments: Mischt euch ein, wir werden zuhören und mit euch diskutieren.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der als Anlage 1 vorgelegte Entwurf der Satzung für das Jugendparlament wird als Ortsgesetz beschlossen und der als Anlage 2 vorgelegte Entwurf der Wahlordnung wird zur Kenntnis genommen.

Der Beschluss ergeht bei 2 Nein-Stimmen (AfD) und 2 Enthaltungen (WfB).

TOP 3.8 Einstellung des Deponiebeirates „Grauer Wall“ StVV - V 82/2024
Stadträtin TOENSE:

Ich möchte heute noch einmal die Gelegenheit nutzen, Sie ein wenig in die Historie des Deponiebeirats mitzunehmen. Die Ängste und Befürchtungen, die seinerzeit geäußert wurden, wurden ernst genommen. Daher hat im Jahr 2015 die damalige Große Koalition hier in der Stadtverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, den Deponiebeirat einzurichten.

Ich möchte daran erinnern, dass alle Mitglieder der damaligen Stadtverordnetenversammlung diesem Antrag bis auf Die Linke zugestimmt haben. Die Linke hat sich zu diesem Zeitpunkt enthalten.

Lassen Sie mich auch noch einmal ausführen, welche politischen Vertreterinnen und Vertreter seit der Einrichtung des Deponiebeirats im Jahr 2016 bis 2024 für die Verantwortung zeichnete: Es begann mit Frau Dr. Benöhr-Laqueur von der SPD, übergangsweise war es Herr Neuhoff von der CDU, danach Herr Busch von der SPD, übergangsweise Herr Bödecker von der CDU, danach Frau Dr. Gatti, entsandt von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Übergangsweise war es dann Herr Dr. Eversberg, ebenfalls von Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Danach war es Herr Schomaker, von der FDP, und nun bin ich es.

Zur Erinnerung: In der dritten Sitzung des Deponiebeirats hat die BIKEG, die Bürgerinitiative, ihren Austritt erklärt. Sie kehrte erst in der sechsten Sitzung zurück. Der Magistrat hat in dieser Zeit ein Sondermessprogramm ins Leben gerufen und finanziert, das bis zum Jahr 2023 lief. Es konnte jedoch keinerlei Auffälligkeiten, insbesondere keine Überschreitungen von Emissionswerten, festgestellt werden. Die BIKEG hatte sogar die Möglichkeit, zwei Messstellen auszuwählen, die auch genutzt wurden.

Leider haben wir in den vergangenen acht Jahren im Deponiebeirat eine mangelnde Fokussierung auf Sachthemen erlebt. Es wurde von der BIKEG immer wieder externe Gutachten angezweifelt, und der Planfeststellungsbeschluss des Landes Bremen wurde fortlaufend infrage gestellt. Es hat somit über die letzten acht Jahre nicht funktioniert, eine vertrauensvolle Zusammenarbeit herzustellen.

Das zeigt, dass das Sondermessprogramm keinerlei Auffälligkeiten aufgewiesen hat. Vor diesem Hintergrund schlage ich vor, den Deponiebeirat einzustellen. Ich bitte Sie daher um Ihre Unterstützung für diese Vorlage.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Wie Stadträtin Frau Toense eben schon sagte, ist der Deponiebeirat vor über acht Jahren mit dem Ziel gegründet worden, unter anderem den bestehenden Argwohn gegenüber dem Deponiebetreiber abzubauen. Auch wir von Bündnis Deutschland, damals noch BIW, haben dem Antrag zugestimmt, mit den entsprechenden Hoffnungen, die damit verbunden waren.

Leider müssen wir feststellen, dass die Fronten über die Jahre verhärtet sind und keine konstruktiven Lösungen erreicht wurden. Der Informationsfluss wird immer wieder kritisch betrachtet und teilweise sogar geleugnet. Die Gutachten, die vorgelegt werden, finden nicht die nötige Akzeptanz.

Die Ziele des Beirates konnten in den vergangenen acht Jahren nicht realisiert werden. Daher ist die Einstellung dieses Beirates eine logische Konsequenz, der wir zustimmen werden. Eine Lösung wird auch in den nächsten Jahren vermutlich nicht kommen. Der Beirat verursacht nur zusätzliche Kosten und nimmt wertvolle Zeit in Anspruch – leider ohne die gewünschten Erfolge.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Frau Toense, dass DIE LINKE damals den Antrag abgelehnt hat, ist mir nicht bekannt. Auch dass sich Die Linke enthalten hat, kann ich nicht nachvollziehen, da ich in kurzer Zeit keine Möglichkeit hatte, dies zu recherchieren. Wenn Sie das so sagen, nehme ich es jedoch zur Kenntnis.

Der jetzige Zustand ist jedoch ein anderer. Die Abschaffung des Deponiebeirats für die Mülldeponie Grauer Wall in Bremerhaven wird als äußerst bedenklich angesehen, da sie die öffentliche Kontrolle verringern und abschaffen würde.

Ursprünglich wurde der Beirat gegründet, um eine transparente Plattform für den Dialog zwischen dem Deponiebetreiber und der Öffentlichkeit zu schaffen, um Misstrauen abzubauen und umfassende Informationen bereitzustellen. Der Deponiebeirat besteht aus verschiedenen Vertretern, wie Umweltschutzbehörden, Bürgerinitiativen und politischen Parteien.

Der Beirat hat unter anderem die Aufgabe, Gutachten zu erstellen, Empfehlungen auszusprechen und Informationen zu Betriebsproblemen sowie Investitionsvorhaben zu veröffentlichen. Der Beirat wurde von SPD und CDU ins Leben gerufen, um die Bürgerbeteiligung zu verbessern und die Anliegen der Anwohner zu berücksichtigen. Die geplante Erweiterung der Deponie stößt jedoch besonders in Bezug auf Umwelt- und Sicherheitsfragen auf erhebliche Kritik. Es ist problematisch, dass der Magistrat den Deponiebeirat abschaffen möchte, ohne die Forderungen der Bürger ernsthaft zu berücksichtigen. Es wird betont, dass unabhängige Gutachten notwendig sind, um die ökologischen Auswirkungen gründlich zu untersuchen und so das Vertrauen der Öffentlichkeit wiederherzustellen.

Beiräte sind entscheidende Gremien, die nicht nur strategische Beratung leisten, sondern auch im Risikomanagement unterstützend tätig sind, indem sie potenzielle Risiken identifizieren und Strategien entwickeln. Wir sind der Ansicht, dass diese Vorlage nicht den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger entspricht. Eine Abschaffung des Deponiebeirats wäre eine fatale Entscheidung.

Stadtverordneter RASCHEN:

Alles hat seine Zeit, wo etwas richtig ist. Und genauso hat alles seine Zeit, wo man sich von etwas verabschieden muss. Im Jahr 2015 gab es das sogenannte Gegengutachten der BIKEG, zu einer Zeit, als wir noch in der Opposition waren. Ich habe mir damals am Strand von Thailand dieses Gutachten durchgelesen und bin anschließend in die Fraktion gegangen. Ich habe gesagt, wir müssen uns diesem Thema ernsthaft annehmen. Das haben wir dann auch intensiv gemacht, unter anderem mit Maßnahmen zur Sicherung der Deponie.

Diese Maßnahmen umfassten weitere Untersuchungen, die Einrichtung von Messstationen, viele Gespräche mit der Geschäftsführung der BEG sowie eine strikte Überwachung, um Brände zu vermeiden. Dies führte letztendlich zur Einrichtung des Deponiebeirates. Seit seiner Gründung im Jahr 2015/2016 war die Entscheidung richtig. Frau Stadträtin Toense hat die Historie bereits ausführlich dargestellt.

Heute können wir feststellen, dass alle Untersuchungen, die wir durchgeführt haben, zu keinem Ergebnis geführt haben, das auf eine Gefahr hinweist. Es ist an der Zeit, dies zur Kenntnis zu nehmen und den Deponiebeirat zu beenden. Im Jahr 2016 war

die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger noch hoch, aber heute ist dies nicht mehr der Fall.

Deshalb müssen wir auch über die Überprüfung und ggf. Reduzierung von Ressourcen nachdenken. Eine kleine Gruppe der BIKEG und Ihre Fraktion setzen sich noch für den Erhalt des Deponiebeirats ein, aber ansonsten hat sich bei uns niemand gemeldet, der dieses Gremium weiterhin unbedingt aufrechterhalten möchte. Alle relevanten Aspekte sind untersucht worden, und es wurde keine Bedrohung festgestellt. Daher müssen wir das Ergebnis zur Kenntnis nehmen und konsequent handeln.

Herr Kocaaga, Sie sind Teil der Bremer Landesregierung, in der die Genehmigungsbehörde für Umweltfragen liegt – die Umweltsenatorin des Landes Bremen. Daher liegt die Verantwortung bei Ihnen, wenn es Fragen gibt, die in Ihrer Zuständigkeit liegen. Bremerhaven ist hierbei nur ein Teil, und die Hauptverantwortung liegt auf Landesebene.

Wir sehen keinen Bedarf mehr, den Deponiebeirat aufrechtzuerhalten. Es gab eine richtige Zeit für diese Institution, doch heute ist sie nicht mehr notwendig. Wir werden der Vorlage zustimmen.

Stadtverordneter MIHOLIC:

Wie meine Vorredner bereits ausführlich erläutert haben, tagte der Deponiebeirat in den letzten sieben Jahren nur neunmal. Es wurden verschiedene Untersuchungen durchgeführt, die in die Bewertung eingeflossen sind. Abschließend können keine Verstöße oder Grenzüberschreitungen festgestellt werden. Die zuständigen Ämter und Experten kamen zu dem Schluss, dass derzeit kein weiterer Handlungsbedarf besteht.

Das öffentliche Interesse war früher stärker ausgeprägt als heute. Auch wir verzeichnen keine verstärkten Anfragen oder Besorgnisse in diese Richtung. Daher halten wir es für angemessen, den Deponiebeirat einzustellen. Zudem möchte ich anmerken, dass wir heute auch über den Haushalt gesprochen haben. In der Vorlage ist vorgesehen, dass wir durch die Einstellung des Deponiebeirats jährlich ca. 6.000 € einsparen können. Vor dem Hintergrund dieser Einsparungen halten wir die Vorlage für sehr sinnvoll und unterstützen sie daher.

Stadtverordneter VIEBROK:

es wurden bereits viele wichtige Dinge gesagt, dennoch möchte ich meinen Beitrag leisten und einige Gedanken hinzufügen.

Zunächst möchte ich kurz über meine persönliche Beteiligung am Beirat berichten.

Die Anfänge dieser Arbeit reichen zurück in eine Sitzung während sommerlicher Hitze im Besprechungsraum der Müllverbrennungsanlage. Schon damals lagen die Ergebnisse vor, und es wurde heftig über deren Interpretation gestritten. Herr Adolphi versuchte, die Sitzung zu leiten und zu moderieren, aber da er selbst Fachmann ist, war sein Urteil von großer Bedeutung. Dennoch versuchte er, sich von keiner Seite vereinnahmen zu lassen. Seine Rolle war es, den Prozess zu begleiten, ohne zu einem abschließenden Urteil zu kommen.

In einem Pausengespräch mit ihm erinnerte ich mich an eine Bemerkung, die auch bereits mehrfach erwähnt wurde: Er hob hervor, wie außergewöhnlich positiv die Einrichtung eines Deponiebeirates sei. Solch ein Gremium könne man in keiner anderen Form wiederfinden.

In den folgenden Sitzungen war es jedoch oft so, dass die beiden Gruppen einander nicht wirklich zuhören konnten. Einerseits ging es um die Einhaltung von Umweltgesetzen und deren Grenzwerte, andererseits um die persönliche Betroffenheit und die Angst vor möglichen Gefährdungen durch Umweltgifte. Die einen wollten den rechtlichen Betrieb einer Deponie innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen gewährleisten, die anderen forderten eine Reduktion von Belastungen auf das absolute Minimum. Dabei darf jedoch nicht vergessen werden,

dass Gesetze im Allgemeinen eine Balance zwischen dem wirtschaftlichen Betrieb und dem Schutz der Umwelt schaffen.

Es ist unbestreitbar, dass der Senat die Einhaltung der rechtlichen Vorgaben bestätigt hat. Die Gesetze wurden eingehalten. Dennoch scheint es für die BIKEG schwer zu akzeptieren, dass keine rechtlichen Verstöße vorliegen.

Ein weiteres Thema war die Vorstellung der neuen Geschäftsordnung und Moderation durch Frau Heidhues. Die BIKEG lehnte die Erprobung neuer Arbeitsweisen ab und betonte, dass sie an einer „konkreten und wahrheitsgemäßen Klärung von Sachverhalten“ interessiert sei. Doch Wahrheit ist in der Tat subjektiv und basiert auf persönlichen Wahrnehmungen, die oft nicht zu einheitlichen Ergebnissen führen. Daher hat unsere Gesellschaft Gesetze, Grenzwerte und Messergebnisse eingeführt, um einheitliche und überprüfbare Standards zu schaffen. Letztendlich zeigt sich, dass die BIKEG ihre Taktik, die Unrechtmäßigkeit des Betriebs beweisen zu wollen, gescheitert ist. Stattdessen hätte eine Akzeptanz des rechtmäßigen Betriebes der Deponie eine Basis für konstruktive und übergesetzliche Verbesserungen schaffen können. Leider wurde dieser Weg nicht beschritten. Die SPD wird daher der Einstellung des Deponiebeirates zustimmen. Persönlich hoffe ich, dass die betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner für sich einen Frieden mit den Gegebenheiten finden können, wie sie jetzt bestehen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Eine Sache möchte ich zunächst klarstellen: Ich bin nicht Mitglied der BIKEG. Mein Argument bezieht sich nicht auf deren Standpunkte, sondern auf die demokratischen Prozesse an sich, die durch die Abschaffung des Deponiebeirates bedroht sind.

Diese Entwicklung halte ich für unangebracht.

Wie Sie bereits betont haben, sind die Grenzwerte eingehalten und nicht überschritten worden. Das mag stimmen, aber es bleibt dabei, dass eine Deponie in Betrieb ist und somit immer das Potenzial für Überschreitungen besteht. Niemand kann mit absoluter Sicherheit garantieren, dass dies in Zukunft nicht passieren könnte.

Es geht mir daher nicht nur um die aktuellen Ergebnisse, sondern um den demokratischen Prozess, die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und die transparente Auseinandersetzung in einem Beirat. Der Beirat ist nicht nur eine Kontrollinstanz, sondern auch ein Austauschforum, das den Dialog zwischen Bürgern, Fachleuten und der Stadt fördert.

Wenn wir den Beirat abschaffen, weil er möglicherweise kritische Fragen aufwirft oder „Kopfschmerzen“ bereitet, wie es teilweise dargestellt wird, dann gefährden wir einen wichtigen demokratischen Prozess. Das ist kein Vorgehen, dem wir zustimmen könnten.

Der Beirat dient dazu, die Deponie weiterhin zu überwachen und den Dialog über mögliche zukünftige Herausforderungen aufrechtzuerhalten. Daher plädiere ich dafür, den Beirat beizubehalten.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Frau Stadträtin Toense, Sie haben das treffend und prägnant vorgetragen – kurz und auf den Punkt gebracht. Herr Kocaaga, im Leben lernt man, dass man sich auch von Dingen trennen muss. Und wenn Sie von Demokratie sprechen, dann war die Einrichtung des Beirates tatsächlich ein demokratischer Prozess. Doch wenn etwas nicht mehr funktioniert oder nicht mehr benötigt wird, dann gehört es auch zum Leben, dass man sich davon trennt.

Wir haben gehört, dass der Beirat auch Kosten verursacht. Das ist einfach so. Und wir müssen uns die Frage stellen, ob diese Mittel in anderen Bereichen der Stadt vielleicht besser eingesetzt werden könnten. Deshalb werde ich der Vorlage zustimmen, denn sie bringt uns in die richtige Richtung.

Stadtverordneter RASCHEN:

Herr Kocaaga, bei den Ausführungen der damaligen Umweltdezernentin Dr. Benöhr-Laqueur und der Vorsitzenden der BIKEG in der Fragestunde konnte man sich tatsächlich zurücklehnen – es war ein halbstündiges, lebhaftes und kurzweiliges Spektakel. Der Deponiebeirat sollte aufklären, nicht überwachen. Das war nie seine Aufgabe.

Doch es bedarf auch einer Bereitschaft, sich mit den Dingen auseinanderzusetzen und aufeinander zuzugehen. Wenn eine Mauer aufgebaut wird, die kein Durchdringen zulässt, dann bringt ein Beirat irgendwann nichts mehr. Aus diesen Gründen sagen wir, dass der Beirat aufgelöst wird. Damit lösen wir jedoch nicht auf, dass weiterhin alles untersucht wird, um sicherzustellen, dass nichts passiert. Dieser Prozess bleibt bestehen und wird weiterhin in den Gremien diskutiert. Daher ist die Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt vollkommen richtig. Wir werden weiterhin zustimmen.

Stadtverordnete AX:

Was man aus den Diskussionen heraushören konnte, ist, dass viele Menschen alles anzweifeln. Messergebnisse werden bezweifelt, Gutachten in Frage gestellt – das zeigt deutlich, dass das Vertrauen der Bürger in die Politik mittlerweile stark erschüttert ist.

Umso wichtiger ist es, dass wir künftig wieder das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger gewinnen. Die Stadt hat ihre Verantwortung wahrgenommen und alles getan, um mögliche Unregelmäßigkeiten zu untersuchen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Zwei Aspekte möchte ich noch einmal ansprechen. Erstens: Die finanzielle Einsparung von 6.000 € als Argument für die Auflösung des Deponiebeirates sehe ich keinesfalls als ernsthafte Begründung. Das kann nicht das alleinige Kriterium sein.

Zweitens: Herr Raschen, Sie haben erwähnt, dass die Untersuchungen weiterhin durchgeführt werden. Darauf möchte ich betonen, dass ich keinerlei Zweifel daran habe, dass diese weiterhin notwendig sind. Ich komme selbst aus dem Bereich und weiß, dass diese Verantwortung besteht.

Jedoch geht es in dieser Diskussion darum, dass die Ergebnisse dieser Untersuchungen transparent mit den Anwohnerinnen und Anwohnern im Deponiebeirat geteilt und mit ihnen diskutiert werden. Eine solche Transparenz ist für die Betroffenen entscheidend.

Natürlich ist die Stadt verpflichtet, die Untersuchungen weiterhin durchzuführen, das steht außer Frage. Aber wenn die Anwohnerinnen und Anwohner und auch die Vertreter der Bürgerinitiativen konkrete Anliegen und Befürchtungen äußern, sehe ich es als meine Aufgabe, diese in die Stadtverordnetenversammlung zu bringen.

In diesem Sinne betone ich, dass der Deponiebeirat für uns als demokratisches Gremium erhalten bleiben sollte. Die Prozesse und die Struktur innerhalb des Beirates können jedoch stets überarbeitet und optimiert werden.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Der Stadtverordnetenversammlung beschließt die Einstellung des Deponiebeirates „Grauer Wall“ mit sofortiger Wirkung sowie die Aufhebung der Geschäftsordnung zum Deponiebeirat.

Der Beschluss ergeht bei 3 Nein-Stimmen (LINKE, Knorr).

TOP 3.9 Änderung der Ausschussbesetzung (FDP)
Keine Wortmeldungen

StVV - V 76/2024

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine Änderung der Ausschussbesetzung entsprechend des Vorschlages der FDP-Fraktion wie folgt:

2. Finanz- und Wirtschaftsausschuss

		Namen
FDP-Fraktion	bisher	Prof. Dr. Hilz
FDP-Fraktion	neu	Freemann

4. Ausschuss für Schule und Kultur

		Namen
FDP-Fraktion	bisher	Prof. Dr. Hilz
FDP-Fraktion	neu	Litau

6. Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung

		Namen
FDP-Fraktion	bisher	Freemann
FDP-Fraktion	neu	Litau

9. Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen*

		Namen
FDP-Fraktion	bisher	Prof. Dr. Hilz
FDP-Fraktion	neu	Litau

* gleichzeitig Betriebsausschuss Helene-Kaisen-Haus

Der Beschluss ergeht einstimmig.

TOP 3.10 Entsendung von Mitgliedern in Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräte sowie in Betriebsausschüsse
hier: Veränderungen FDP-Fraktion

StVV - V 77/2024

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Zu Beginn jeder Legislaturperiode werden die Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräte sowie die Betriebsausschüsse durch die Stadtverordnetenversammlung besetzt. Normalerweise war es üblich, dass die Koalition einen bestimmten Anteil der Plätze an die Opposition abgibt. Die jeweilige Koalition hat sich dabei oft gerühmt, wie großzügig und demokratisch man sei.

Doch wie wir bereits in dieser Legislaturperiode an vielen Stellen erleben mussten, sind diese gestellten Gesten zugunsten der Demokratie weitgehend Geschichte. In dieser Wahlperiode hat die Koalition sich den gesamten Kuchen selbst einverleibt. Da jedoch die guten Sitten in diesem Haus immer wieder hervorgehoben werden – vor allem dann, wenn es der Koalition gerade passt – werden wir weiterhin auf den

Bruch eben jener guten Sitte hinweisen und der Besetzung in dieser Form selbstverständlich nicht zustimmen.

Stadtverordnete COORDES:

Wir haben bereits zu Beginn dieser Legislaturperiode kritisiert, dass die Opposition nicht mehr an den Aufsichtsräten oder Beiräten beteiligt ist. Und Herr Freemann warf mir eben zu, als ich das Rednerpult betrat: „Das habt ihr genauso gemacht.“ Nein, das haben wir nicht. Wir waren beteiligt. Aktuell sind wir jedoch überhaupt nicht beteiligt.

Das Problem besteht darin, dass wir als Opposition mit Ihnen über wichtige Finanzthemen sprechen sollen, wie zum Beispiel den Kassenverstärkungskredit, der in der Vorlage angesprochen wurde. Herr Neuhoﬀ berichtete von den Schwierigkeiten bei der Inanspruchnahme von Kontokorrentkrediten durch Gesellschaften. Wie sollen wir das beurteilen, wenn uns die Einsicht fehlt? Wir bitten Sie daher, darüber nachzudenken, ob es nicht angemessener wäre, der Opposition Zugang zu gewähren, indem wir in den Aufsichtsräten vertreten sind. Nur so können wir sinnvoll mitarbeiten und die notwendigen Einblicke erhalten. Wir lehnen daher diese Vorlage ab, da es sich hierbei um eine ernsthafte Kritik handelt. Herr Freemann, wir haben es als Grüne in der Vergangenheit anders gemacht.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf Vorschlag der FDP-Fraktion eine Entsendung in die Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräte sowie in die Betriebsausschüsse wie folgt:

a) Aufsichtsräte

Bremerhavener Beschäftigungsgesellschaft "Unterweser" mbH (BBU)		
	bisher	neu
FDP-Fraktion	Freemann, Bernd	Litau, Alexander

Theater im Fischereihafen GmbH (TiF)		
	bisher	neu
FDP-Fraktion	Prof. Dr. Hilz, Hauke	Litau, Alexander

Zoo am Meer Bremerhaven GmbH		
	bisher	neu
FDP-Fraktion	Prof. Dr. Hilz, Hauke	Litau, Alexander

Der Beschluss ergeht bei 11 Nein-Stimmen (Grüne+P, LINKE, BD, AfD, Lichtenfeld) und 3 Enthaltungen (WfB, Knorr).

TOP 4 **Anträge**

TOP 4.1 **Benchmarking Personalkosten (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)**

StVV - AT 11/2024

Stadtverordnete COORDES:

Im Nachgang zur Verabschiedung des Bremerhavener Haushalts am 13. Juni 2024 in der Stadtverordnetenversammlung gab es eine Diskussion über die Personalkosten der Seestadt. Diese Diskussion wurde nicht in der Stadtverordnetenversammlung selbst und kaum in den Fachausschüssen geführt, sondern vorwiegend in der medialen Öffentlichkeit.

Personalkosten machen einen Großteil der kommunalen Ausgaben aus. Daher ist es die Aufgabe der Politik, den Bürger:innen der Stadt stets aufmerksam darauf zu achten. Das bedeutet nicht automatisch, dass Stellen gestrichen oder Personalkosten pauschal reduziert werden sollten. Allerdings sollten sowohl die Kämmerei als auch die Stadtverordneten in der Lage sein, die Bremerhavener Personalkosten zu überblicken und zu bewerten. Die Kämmerei kann dies möglicherweise, für die Stadtverordneten ist es jedoch herausfordernder.

In der öffentlichen Debatte im Juni wurde unter anderem darauf hingewiesen, dass vergleichbare große deutsche Städte wie Trier, Erlangen oder Cottbus weniger Geld für öffentliche Beschäftigte ausgeben. Diese Unterschiede wurden in der Öffentlichkeit nicht näher untersucht. Es blieb lediglich der Eindruck bestehen, dass Bremerhaven außergewöhnlich viel für diesen Bereich ausgibt.

Als jemand, der aus der freien Wirtschaft kommt, ist der Vergleich, der sogenannte Benchmark, üblich. In diesem Fall schlagen wir vor, einen professionell erstellten Benchmark der städtischen Personalkosten mit vergleichbaren Städten in Auftrag zu geben. Dabei sind natürlich die unterschiedlichen Parameter zu berücksichtigen. Der Beschlusspunkt 1 unseres Antrags fordert genau dies.

Teil dieses Benchmarkings sollte auch die Analyse des Finanzcontrollings sein. Aus meiner Erfahrung kann ich Ihnen sagen, dass solche Vergleiche oft wertvolle Einsichten bieten, wie andere Kommunen oder auch Unternehmen bestimmte Aufgabenbereiche organisieren. Wir stellen oft fest, dass wir hierauf selbst nicht gekommen sind – und das ist kein Problem. Es ist jedoch sehr sinnvoll, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage, wie sie heute vom Kämmerer dargestellt wurde, solche Vergleiche anzustreben.

Es geht dabei nicht nur um mögliche Einsparungen, sondern vor allem darum, wie wir die knappen Ressourcen bestmöglich einsetzen können. Herr Neuhoff hat in seiner Rede auf das Thema HzE, Hilfen zur Erziehung, sowie die Bedarfe bei unseren Kindern hingewiesen. Jede Möglichkeit, sinnvolle Ideen und Strategien aus anderen Städten zu übernehmen, wäre daher von großem Nutzen.

Stadtverordneter FREEMANN:

Frau Coordes, wenn ich Sie richtig verstanden habe, gehen Sie davon aus, dass ein Vergleich der Personalkosten zwischen Bremerhaven und Städten wie Trier oder Cottbus zu einer besseren Verwaltungspraxis führen könnte. Doch Bremerhaven unterscheidet sich in seiner sozialen Struktur und seinen Herausforderungen erheblich von diesen Vergleichsstädten. Solche Vergleiche können bestenfalls ungenaue Ergebnisse liefern oder schlimmstenfalls falsche Schlüsse ziehen lassen. Bremerhaven hat als Kommune mit besonderem Förderbedarf zwangsläufig höhere Personalkosten. Das sollte jedem klar sein, warum das so ist. Diese entstehen nämlich durch gezielte Investitionen in zentrale Bereiche wie die Jugendhilfe, Kitas oder Sozialarbeit – Tätigkeiten, die für die soziale Stabilität und die Lebensqualität in unserer Stadt unverzichtbar sind. Ein Vergleich mit Städten, die weniger soziale Verantwortung tragen oder andere Prioritäten setzen, wird dieser Realität nicht gerecht.

Darüber hinaus würde ein externes Benchmarking wertvolle finanzielle und personelle Ressourcen binden, die wir dringend für andere Aufgaben benötigen. Bremerhaven braucht keine teuren Studien, sondern pragmatische Lösungen, die direkt auf die besonderen Anforderungen unserer Stadt abgestimmt sind. Interne Überprüfung und gezielte Optimierung sind dafür der bessere Weg.

Zusammengefasst: Der vorliegende Antrag trägt nicht dazu bei, die tatsächlichen Herausforderungen unserer Stadt zu bewältigen, und deshalb lehnen wir ihn ab.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Der Antrag der Grünen+P fordert einen Vergleich mit anderen Städten, was das Personalmanagement angeht. Dafür soll unter anderem eine externe Firma beauftragt werden, die sehr wahrscheinlich sehr viel Geld kosten wird. Mal abgesehen von der Kostenfrage sind viele der Informationen für uns zugänglich. Und ich erkläre Ihnen auch gleich, wie.

Frau Coordes, kennen Sie dieses Buch? Wunderbar. Was halten Sie von den Informationen, die da drin sind? Das wäre das, was Sie aus anderen Städten wahrscheinlich auch gerne hätten – genau die Daten, die da drinstehen. Nicht nur, na ja, gut, das Buch ist sehr umfangreich. Da frage ich mich wirklich, was Sie gerne noch dazu hätten, denn alles, was nötig ist, um das zu beurteilen, die Fakten, die finden Sie hier für Bremerhaven.

Und wenn Sie die Informationen aus anderen Städten haben möchten, dann können Sie sich mal beim Deutschen Städtetag melden. Der hat nämlich 2019, ich weiß mit Sicherheit, dass sie genau diese Daten abgefragt haben. Und wir sind Mitglied des Deutschen Städtetages. Dementsprechend ist das, was Sie hier fordern – eine externe Firma dafür zu beauftragen –, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen. Denn die Informationen können Sie dort anfordern oder lassen Sie dort anfordern. Holen Sie sich die Informationen. Seitdem hat sich nicht viel verändert in den Städten. Und Sie können auch nachfragen, ob es noch eine aktuellere Information gibt als die Informationen, die mir zugegangen sind.

Aber es braucht keine externe Firma, sondern eine Arbeitsgruppe und einige Kopien eben dieser Erhebung des Deutschen Städtetages. Das wird wesentlich kostengünstiger, meine Damen und Herren.

Und zudem möchte ich noch einmal anmerken, Frau Coordes, ich bin Mitglied des Personal- und Organisationsausschusses, wie Sie auch. Und ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie je eine einzige Stelle in diesem Ausschuss abgelehnt hätten. Korrigieren Sie mich gerne. Aber das haben Sie nicht. Und warum? Weil Sie jeder Stelle am Ende dann doch recht unkritisch gegenüberstanden und alles mit durchgewunken haben.

Dementsprechend ist dieser Antrag reine Heuchelei. Wir von Bündnis Deutschland, meine Damen und Herren, machen eine vernünftige und verantwortungsvolle Personalplanung bzw. -bewilligung. Denn wir schauen uns jede Stelle einzeln an und bewerten sie individuell. Wir behalten uns auch vor, Stellen abzulehnen. Und das tun wir immer wieder.

Wir von Bündnis Deutschland werden diesem Antrag daher nicht zustimmen. Denn dessen Umsetzung ist bereits geschehen und kann damit einfach eingeholt werden.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ich kann auch über diesen Antrag sprechen, denn im Personal- und Organisationsausschuss habe ich fast jeder Stelle zugestimmt. Ich bin immer davon ausgegangen, dass der Magistrat Bedürfnisse hat und dass es auch richtig ist, diese zu unterstützen.

Aber gerade Sie, die öffentliche Diskussionen geführt haben, benötigen auch Transparenz. Dieser Antrag zielt genau darauf ab, eine Transparenz zu schaffen. Und jetzt kommen Sie hier und sagen, dass dieser Antrag nicht richtig ist. Sie wollten doch wissen, wie der Magistrat mit dem Personal umgeht – wie Stellen geplant werden, wie viel Geld ausgegeben wird und für welche Aufgaben bestimmte Stellen geschaffen werden.

Ich habe solche Fragen im Personalausschuss niemals gestellt. Ich habe immer davon ausgegangen, dass der Magistrat die Stellen korrekt entschieden hat, und deshalb habe ich zugestimmt und unterstützt. Aber Sie haben immer wieder nachgefragt: Warum, wieso?

In diesem Sinne ist dieser Antrag die Antwort auf Ihre Kritik. Er greift genau das auf, was Sie immer gefordert haben. Wahrscheinlich wissen Sie auch gar nicht genau,

was das Benchmarking bedeutet, worum es geht. Ich möchte es Ihnen kurz erklären: Die steigenden Personalkosten in Bremerhaven haben zunehmend Kritik ausgelöst und einen dringenden Bedarf nach Transparenz hervorgebracht. Transparenz in der Verwaltung trägt dazu bei, das Vertrauen der Bürger zu stärken und Unsicherheiten sowie Misstrauen zu verhindern, wie Sie es immer wieder beobachtet haben.

Der Antrag fordert eine systematische und gründliche Analyse der Personalkosten in der Stadtverwaltung. Ziel ist es, die Effizienz der Verwaltung nicht nur auf lokaler Ebene zu prüfen, sondern auch mit anderen vergleichbaren Städten zu vergleichen. Ein solch objektiver Blick ermöglicht es, strukturelle Schwächen zu identifizieren und herauszufinden, wo Optimierungspotenziale bestehen – ohne die Qualität der erbrachten Dienstleistungen zu beeinträchtigen.

Der Teil des Antrags umfasst die Erhebung einer Analyse von Personalkosten, Stellenbesetzungen und Zuständigkeitsbereichen der Verwaltung. Ein Benchmarking kann nicht nur bestehende Strukturen auf ihre Effizienz hin überprüfen, sondern auch bewährte Modelle aus anderen Städten übernehmen.

Die erhofften Effekte dieser Maßnahmen sind vielfältig. Zum einen lässt sich die Verwaltung besser gestalten, indem Ressourcen gezielter eingesetzt und unnötige Ausgaben vermieden werden.

Zwischenfrage Stadtverordneter SCHOTT:

Herr Kocaaga, Sie kämpfen hier gerade vehement für dieses Benchmarking. Ist Ihnen überhaupt bewusst, wie teuer so ein Benchmarking ist? Wie hoch sind die Kosten für so ein Benchmarking? Ich meine, Sie haben selbst gerade gesagt, dass Sie ja zu allem zugestimmt haben, ohne sich schlaugemacht zu haben, wofür die überhaupt sind, die Stellen und ja dem Magistrat vertraut haben. Dann sagen Sie uns doch bitte, wie teuer das Benchmarking sein soll. Wie teuer wird es sein?

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ja, ich versuche zu erklären. Nein, das Benchmarking ist eine Analysemethode und versucht, einen Vergleich darzustellen, ob wir...

Zwischenfrage Stadtverordneter SCHOTT:

Wie teuer wird es sein?

Stadtverordneter KOCAAGA:

Wie teuer wird es sein, mir ist konkret nicht bekannt. Aber wenn es Ihnen bekannt ist, können Sie sagen. Wissen Sie auch nicht. Wissen Sie das, wie teuer ist das? Sehen Sie mal, wissen Sie das auch nicht.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Ich lasse hier kein Zwiegespräch zu. Herr Kocaaga, Ihre Zeit läuft weiter.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Die Methode ist richtig, da können wir nicht davon ausgehen, dass das eine teure Methode ist. Aber letztendlich, mir geht es nicht darum, was das kostet. Das können wir immer noch diskutieren und debattieren. Mir geht es darum, Transparenz in dieser Stadt zu schaffen. Unsinnige Kritik über die Stellen abzuschaffen. Immer dem Magistrat vorwerfen, dass der die Stellen umsonst besetzt ist, umsonst eingestellt ist. Gehe ich nicht davon aus, deswegen habe ich immer jeder Stelle zugestimmt. Also deswegen, letztendlich trägt diese Debatte dazu, bei der Verwaltung in Bremer zu modernisieren. Und als Vorbild anderer Kommunen zu dienen.

Stadtverordnete COORDES:

Ich möchte nur noch kurz Stellung nehmen, um das richtigzustellen. Ein Benchmark, Frau Tiedemann, kann nicht so einfach hergestellt werden, indem man zwei dieser Berichte – einen Bremerhavener und einen aus einer anderen Kommune – nebeneinanderlegt und den Deutschen Städtetag bemüht. Das ist kein professionell erstelltes Benchmarking.

Ein professionelles Benchmarking nimmt vergleichbare Kommunen in den Fokus, wobei verschiedene Faktoren berücksichtigt werden wie Einwohnerzahl, Sozialstruktur und politische Gestaltungsmöglichkeiten. Eine Kommune kann nicht eins zu eins mit einem Unternehmen verglichen werden. Dennoch kann man feststellen, dass ein Benchmark niemals so gemacht wird, wie Sie es eben verstanden haben.

Wenn man sich politisch geeinigt hat, dass ein Benchmarking gemacht werden soll, muss dies systematisch und professionell durchgeführt werden. Mein Hinweis war, dass manchmal durch ein solches Benchmarking Strukturen erkannt werden, die sinnvoll und effizient sind.

Ein Benchmark sollte in der freien Wirtschaft von Controllern durchgeführt werden. Wenn wir ein solches Benchmarking auf den Weg bringen möchten, muss dies ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Stadtkämmerei erfolgen.

Haushaltspolitik lässt sich nicht einfach so handhaben, wie Sie es eben angedeutet haben – „dann stimmen wir eben allen Stellen nicht mehr zu“. Wir haben eine Verantwortung für die gesamte Kommune. Deshalb müssen wir auch die Grundstrukturen prüfen. Es ist doch nicht verkehrt, zu schauen, welche Organisationsstrukturen andere vergleichbare Städte haben.

Natürlich sollten wir dies nicht ohne eine Analyse und die genaue Diskussion im P&O-Ausschuss tun, ohne die Zusammenstellung der Kämmerei und der detaillierten Prüfung.

Ich finde es in Ordnung, wenn Sie nun sagen, dass dies zu teuer ist und lehnen den Antrag ab. Dennoch möchte ich Ihnen nochmals erklären, warum ein Benchmarking Sinn machen kann – als Ideengeber und zur Optimierung unserer Strukturen.

Stadtverordneter SCHOTT:

Das Mikrofon dort vorne ist ja zum Stellen von Fragen, nicht zum Diskutieren. Deshalb möchte ich mit Herrn Kocaaga ganz kurz klären, Herr Kocaaga, ich hoffe, Sie hören mir zu.

Ich habe diesen Antrag nicht gestellt. Sie kämpfen hier für diesen Antrag und scheinen nicht einmal zu wissen, über welche Kosten Sie sprechen. Wir haben vor nicht einmal einer Stunde darüber gesprochen, dass unsere Stadt kein Geld mehr hat und wir sparen müssen. Jetzt fangen Sie hier an, ein Benchmarking zu fordern und einen Auftrag zu vergeben, dessen Kosten Sie sich offensichtlich nicht bewusst sind.

Wir sollen Personalkosten vergleichen und dabei verlangen Sie eine externe Analyse. Sie haben ja bereits selbst zugegeben, dass Sie in den Ausschüssen, die eigentlich die Arbeit machen sollten, fröhlich zustimmen, ohne nachzufragen. Ohne zu prüfen, ob diese Stellen überhaupt sinnvoll sind oder ob es in der Verwaltung nicht bessere Möglichkeiten gibt.

Nein, Sie fordern nur ständig und stimmen ohne Weiteres zu. Man merkt, wir sind an der Küste, und Sie sind eine wahre Fahne im Wind – so schnell können Sie sich gar nicht umdrehen.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Ich habe den ganzen Stellen im P&O zugestimmt, das ist richtig. Ich werde auch weiterhin zustimmen, weil diejenigen, die das anfordern, gehe ich davon aus, dass die Bedürfnisse haben. Aber alle anderen, wenn die Kritik haben, wenn die Öffentlichkeit und Zeitung und Medien dafür starten, dann sollen die eigentlich so ein

Benchmarking anfordern, dass eine Transparenz geschaffen wird. Und was das kostet, habe ich eben gerade recherchiert. Das kostet 12 € für 500 Kontaktadressen. 12 € für 500 Kontaktadressen. Wenn das teuer ist, das ist ja auch, wie Frau Coordes eben gerade gesagt hat, das ist nur eine Empfehlung. Ob Sie das machen oder nicht machen – Herr Schott möchte mit mir diskutieren, aber das können wir zwischendurch machen.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Wenn er diskutiert, werde ich schon eingreifen. Aber ansonsten gehen wir davon aus, dass er eine Frage hat.

Zwischenfrage Stadtverordneter SCHOTT:

Sie wollen also jetzt uns erzählen, dass so ein Benchmarking-Auftrag, diese Arbeit 12 € kostet?

Stadtverordneter KOCAAGA:

Nein. 12 € für 500 Online-Kontakte, steht da im Internet. Können Sie auch gucken. Ich habe eben gerade geguckt. Das interessiert mich nicht, was das kostet. Herr Schott, bitte, wir fordern diese Maßnahme, Magistrat kann das recherchieren. Wenn das zu teuer ist, dann können die sagen: „Das ist zu teuer, machen wir nicht.“ Sie wissen auch nicht, was das kostet. Ich weiß auch nicht. Aber ich habe eben gerade im Internet geguckt, da steht 12 € für 500 Kontakte. So steht das. Also dann können Sie selber gucken. Also hier geht es darum, wie viel das kostet, interessiert mich nicht, mir geht es darum, eine Transparenz in dieser Ebene zu schaffen. Dafür mache ich mir keine Kopfschmerzen. Diejenigen, die Kopfschmerzen machen, die sollen so was anfordern, dass da Transparenz geschaffen wird.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Herr Kocaaga, Ihre Ausführungen eben waren wirklich faszinierend. Sie gehen davon aus, dass eine Stelle, die im Personal- und Organisationsausschuss landet, auch automatisch berechtigt ist und hat daher Ihren Segen.

Ich möchte einmal kurz erklären, für diejenigen, die es nicht wissen: Stellen werden im Fachausschuss besprochen und dort entweder bewilligt oder abgelehnt.

Anschließend kommen sie in den Personal- und Organisationsausschuss. Fast alle Stellen, die im Fachausschuss zur Diskussion stehen, werden auch im P&O-Ausschuss behandelt.

Die Opposition hat es besonders schwer, da die meisten Stellen die Zustimmung der Koalition erhalten und somit im Fachausschuss bereits durchgewunken werden.

Wenn Herr Kocaaga oder ein anderes Mitglied der Linken also im Fachausschuss Nein zu einer Stelle sagt, diese aber dann dennoch im P&O-Ausschuss durchkommt, warum sollte Die Linke dann im P&O-Ausschuss zustimmen, wenn sie die Stelle bereits im Fachausschuss abgelehnt hat?

Das macht doch keinen Sinn, meine Damen und Herren. Entweder sind Sie konsequent gegen eine Stelle und lehnen sie sowohl im Fachausschuss als auch im Personal- und Organisationsausschuss ab, oder Sie stimmen einer Stelle in beiden Ausschüssen zu.

Daher, sehr geehrter Herr Kollege Kocaaga, strafen Sie sich hier selbst mit Ihren Ausführungen Lügen. Indem Sie meinen, Sie wären kritisch, obwohl eine Stelle durchgewunken wird, müssen Sie dem automatisch zustimmen. Das macht keinen Sinn. Entweder sind Sie gegen eine Stelle und das sollte sich in beiden Ausschüssen widerspiegeln. Bitte stellen Sie sich nicht so hin, als ob Sie ein Opfer des Ausschusses wären.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Also, wir als Fraktion Die Linke sind grundsätzlich immer dafür gewesen, wenn der Magistrat eine Arbeitsstelle benötigt, haben wir zugestimmt – sowohl im Fachausschuss als auch im Personal- und Organisationsausschuss.

Wenn Sie ein konkretes Beispiel hätten, dann würde ich sagen, Sie haben recht. Aber im Fachausschuss stimmen wir zu und im Personal- und Orga-Ausschuss ebenso. Das ist unsere politische Stellungnahme.

Wenn Sie jedoch etwas anderes behaupten oder interpretieren, dann müssen Sie beweisen, dass wir im Fachausschuss abgelehnt und im P&O-Ausschuss zugestimmt haben. Andernfalls brauchen Sie hier keine komischen politischen Äußerungen zu machen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 4 Ja-Stimmen.

**TOP
4.2**

Gleichbehandlung für Opfer von Gewalt (BD-Fraktion)

StVV - AT 12/2024

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Es darf keine Ungleichbehandlung von Opfern von Gewalt geben. Doch genau das geschieht in Bremerhaven. Weibliche Opfer haben einen leichteren und umfangreicheren Zugang zu Hilfen als Männer. Daher unser Antrag, der einen Schritt in Richtung einer gleichberechtigten Opferhilfe ist.

Auslöser für diesen Antrag war eine Mitteilung des Senats im Landtag, die sich mit weiblichen Opfern häuslicher Gewalt beschäftigte. Diese Mitteilung enthielt eine Übersicht über die Hilfestellungen, die Opfer in Bremen und Bremerhaven sowie nach Geschlecht erwarten konnten. Mein Hinweis auf dieses Defizit wurde nicht etwa mit Erstaunen, sondern mit Entrüstung auf die weiblichen Opfer honoriert. Dies hat uns entsetzt, denn Opfer von Gewalt sollten die gleichen Rechte und die gleiche Unterstützung erhalten. Auch Männer können Opfer von Gewalt werden – zum Beispiel durch ihre Partnerin. Und nein, meine Damen und Herren, Männer sollen sich nicht „so anstellen“. Es ist nicht tolerierbar, mit Tellern beschmissen zu werden oder eine Zigarette auf der Haut ausgedrückt zu bekommen – genauso wie jede andere Form von Gewalt. Auch Männer können emotional an ihre Partner gebunden sein. Was Frauen oft erleben, kann auch Männern passieren – dass sie in toxischen Beziehungen gefangen sind und nicht alleine herausfinden. Dies geschieht ebenfalls Männern, meine Damen und Herren. Oft in Kombination mit einem Verlust sozialer Kontakte. Sie fühlen sich dann genauso einsam und wissen nicht, wohin sie sich wenden können. Hier braucht es schnelle und niederschwellige Hilfe.

Ein weiteres Beispiel: In Gesprächen mit meinem besten Freund erzählte er mir, dass auch in homosexuellen Beziehungen die sanfteren Männer Opfer ihrer dominanteren Partner werden können. Und das ist keine Verallgemeinerung homosexueller Beziehungen, sondern soll noch einmal verdeutlichen, dass sowohl schwule als auch heterosexuelle Paare die gleichen Herausforderungen haben und daher ernst genommen werden müssen.

Ein drittes Beispiel: Ein 17-Jähriger, der von seinem Vater verprügelt wird, könnte zum Jugendamt gehen. Aber das ist oft ein endgültiger Schritt. Viele junge Menschen schrecken davor zurück, weil sie wissen, dass ihre Eltern davon erfahren könnten. Auch für diese Jungen muss es niedrigschwellige Hilfsangebote geben. Doch genau diese sind oft überlagert von Angeboten für weibliche Opfer. Jungen und Männer können sich zwar auch an die Frauenberatungsstelle in Bremerhaven wenden, aber welches männliche Opfer fühlt sich dort angesprochen? Wenn sie überhaupt auf den

Link klicken, wird irgendwo im Text der Hinweis darauf zu finden sein, dass auch Männer Hilfe erhalten können. Aber jeder kleine Impuls, sich Hilfe zu suchen, sollte direkt zu einem Ergebnis führen. Es muss ein niedrigschwelliges Angebot für alle Opfer von Gewalt geben.

Deshalb beantragt die BD-Fraktion, die Frauenberatungsstelle in Gewaltschutzberatungsstelle umzubenennen. Zudem soll die Suchoptimierung und der Eingangstext der Frauenberatungsstelle so angepasst werden, dass alle Gruppen von Gewaltopfern bereits in der Suchmaschine angezeigt werden. Zudem soll die Polizei gebeten werden, ihre Selbstbehauptungsangebote auch für Jugendliche ab 14 sowie für Männer zu erweitern.

Meine Damen und Herren, es darf kein Opfer zweiter Klasse geben. Lassen Sie uns gemeinsam diesen Missstand beheben.

Stadtverordnete BATZ:

Bündnis Deutschland bringt hier einen Antrag ein, der zumindest der Überschrift nach die Gleichbehandlung von Opfern von Gewalt fördern soll. Und anfangs scheint es auch recht optimistisch zu sein. Der Antragsteller erkennt an, dass es in Deutschland ein Problem mit Gewalt gegen Frauen gibt. Das ist korrekt.

Doch dann folgt die Conclusio – und jetzt wird es interessant, meine Damen und Herren. Um das Problem an der Wurzel zu packen, soll die Frauenberatungsstelle in Gewaltschutzambulanz umbenannt werden. Weiterhin wird gefordert, dass die Suchmaschinen so optimiert werden, dass Hilfsangebote für Männer direkt ersichtlich sind.

Nun, Frau Tiedemann, ich weiß nicht, nach welchen Begriffen Sie gegoogelt haben. Mein erster Impuls war es, den Antrag auszuprobieren. Also habe ich „Hilfsangebote Gewalt Männer Bremerhaven“ gegoogelt. Der zweite Treffer führt mich direkt zur Website der Diakonie Bremerhaven, wo ich ziemlich klar und unmissverständlich das Angebot der Beratungsstelle für Menschen in gewaltgeprägten Lebensumständen sowie wohnungslosen Frauen finde.

Ich lasse jetzt keine Zwischenfragen zu, sondern komme direkt zum entscheidenden Punkt: Das Angebot richtet sich bereits an Frauen und Männer. Die Beratungsstelle bietet bereits vertrauliche, kostenlose und zeitnahe Unterstützung – unabhängig vom Geschlecht. Der Link zur Frauenberatungsstelle verweist übrigens auf ein ähnliches Angebot. In der ersten Zeile steht: „Die Beratungsstelle gegen häusliche Gewalt bietet Ihnen vertrauliche, kostenlose und zeitnahe Unterstützung, wenn Sie von Gewalt bedroht oder betroffen sind. Das Angebot richtet sich an Frauen und Männer.“

Also die Frage stellt sich: Warum ist eine Umbenennung der Beratungsstelle in Gewaltschutzberatungsstelle erforderlich? Was soll diese kosmetische Änderung eigentlich bewirken? Kein Opfer wird schneller oder besser Hilfe erhalten, nur weil der Name der Beratungsstelle geändert wird. Die bestehenden Beratungsangebote für Frauen und Männer sind relativ einfach auffindbar, wenn man weiß, wie Suchmaschinen funktionieren.

Was mich stört, ist, dass Sie den Eindruck erwecken wollen, als ginge es Ihnen tatsächlich um die Gleichstellung von Gewaltopfern. Dabei wird in der Sache nichts getan. Stattdessen wird eine neue Konfliktsituation geschaffen, indem Sie eine Versorgungslücke implizieren, die in Wirklichkeit nicht existiert.

Lassen Sie mich klarstellen: Gewaltopfer verdienen unsere volle Aufmerksamkeit – unabhängig vom Geschlecht, vom Alter oder von der Lebenssituation. Doch dieser Antrag trägt nichts dazu bei, ihre Situation zu verbessern. Vielmehr sorgt er für weitere Spaltung und offene Konflikte. Aus diesem Grund werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Die Worte meiner Vorrednerin sind ein Schlag ins Gesicht für jedes männliche Opfer von Gewalt. Doch Sie können gerne den Kopf schütteln und die Hände vor das

Gesicht halten – Sie sind Teil des Problems. Sie sind das Problem, dass männliche Opfer nicht ernst genommen werden in dieser Gesellschaft. Und das ist wirklich traurig.

Eine moderne Gesellschaft sollte solche Ungerechtigkeiten nicht dulden oder akzeptieren. Wenn ich nach Hilfe suche, schreibe ich nicht „Frau“ dazu. Ich gebe ein, wonach ich suche, ohne Bezug auf mein Geschlecht, weil ich davon ausgehe, dass grundsätzlich alle Angebote für mich da sind. Und genauso sollte es auch für männliche Opfer von Gewalt gelten – dass ihnen ohne Einschränkung und Diskriminierung geholfen wird.

Seien wir doch mal ehrlich: Wenn die Bezeichnung „Männerschutzzambulanz“ oder „Männerschutzberatungsstelle“ wäre, würden wir genau diese Diskussion führen – und Sie wären die ersten, die fordern würden, dass das auf „Frauenberatungsstelle“ oder „Gewaltschutzberatungsstelle“ geändert wird. Denn Sie würden das Wort „Mann“ ablehnen, um alle gleichermaßen anzusprechen.

Daher, meine Damen und Herren, hoffe ich inständig, dass Sie weiser sind als meine Vorrednerin, denn ein solches Verhalten ist in einer modernen Gesellschaft nicht nur untragbar, sondern sollte scharf verurteilt werden.

Stadtverordnete MILCH:

Liebe Frau Tiedemann, ich dachte, Frau Batz hätte das schon ausreichend formuliert, aber ich möchte das noch einmal klarstellen. Besonders für Bremerhaven: Wenn man nach Gewaltprävention sucht – ohne gezielt nach Geschlecht zu differenzieren – findet man auf der Bremerhaven.de-Seite in der Hilfe- und Beratungslandschaft Bremerhaven eine Vielzahl von Informationen und Ansprechpartnern. Ich nenne Ihnen einige Beispiele, weil Ihre Aussage teilweise zutrifft, dass die Frauenberatungsstelle erwähnt wird. Allerdings finden Sie auch das Jungentelefon, das sich an Jungs und junge Männer bis 27 Jahre richtet.

Wenn Sie auf diese Seite gehen, sehen Sie, dass es keine geschlechtsspezifische Trennung gibt, sondern viele verschiedene Beratungsangebote. Es gibt intertranssexuelle Beratung, Angebote für Frauen, Männer und sogar für Kinder ab drei Jahren. Auf dieser Seite finden Sie viele unterschiedliche Angebote, zum Beispiel den Weißen Ring, die Fachstelle für Gewaltprävention, oder das ReBUZ für Schüler – ohne Unterscheidung zwischen Jungen und Mädchen.

Wenn wir nun eine einzige Beratungsstelle umbenennen wollen, wie Sie es vorschlagen, was machen wir dann mit den anderen Stellen? Soll das Jungentelefon jetzt auch nicht mehr Jungentelefon heißen, sondern Jungen- und Mädchentelefon, um die Gleichbehandlung dort zu gewährleisten?

Wir haben bereits Beratungsangebote für jede Gruppe, jedes Alter und jedes Geschlecht. Daher erkennen wir keinen Bedarf, eine einzelne Stelle umbenennen zu müssen. Wir können Ihnen in diesem Punkt nicht zustimmen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 7 Ja-Stimmen (BD, WfB, AfD) und 2 Enthaltungen (Lichtenfeld, Schuster).

TOP 4.3 ZURÜCKGEZOGEN - E-Scooter – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr (BD-Fraktion)

StVV - AT 13/2024

Beschluss:

Der Antrag wurde von den Antragsstellern zurückgezogen.

**TOP 4.4 Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven StVV - AT 14/2024
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)**

**TOP 4.4.1 ZURÜCKGEZOGEN - Änderungsantrag der Fraktion StVV - Ä-AT 18/2024
Bündnis Deutschland zu AT 14/2024 - Erhalt des
Museums der 50er Jahre in Bremerhaven (Grüne+P)**

Stadtverordnete ZEEB:

Seitdem wir diesen, unseren Antrag zum Erhalt des Museums der 50er Jahre als Dringlichkeitsantrag im August eingebracht haben, ist einige Zeit vergangen. Umso mehr freue ich mich, dass wir heute endlich über diesen Antrag debattieren können. Ich war zuletzt am 11. August 2024 im Museum der 50er Jahre. Das Museum war gut besucht, unterschiedlichste Menschen waren vor Ort – Menschen aus Bremerhaven, dem Cuxland und darüber hinaus. Eine Familie mit drei Generationen war beispielsweise da und tauchte gemeinsam in die Welt der 50er Jahre in Bremerhaven ein. Die Großeltern erzählten ihren Kindern und Enkelkindern von ihren eigenen Erinnerungen.

Durch diese mit viel privatem Engagement und Ressourcen zusammengetragene und beeindruckend umfangreiche Ausstellung wird Geschichte lebendig. Die liebevoll aufbereiteten Exponate geben einen spannenden Einblick in die 50er Jahre unserer Stadt.

Doch es geht gerade nicht nur darum, nostalgische Erinnerungen zu teilen, sondern – und das möchte ich gerne zitieren – aus der Homepage des Museums: „Eine Stätte der Erinnerung an eine Zeit zu schaffen, in der viele Deutsche sich mit der unmittelbaren deutschen Vergangenheit aus vielerlei Gründen nur ungern beschäftigten und sich stattdessen mit großem Elan und Zukunftsoptimismus auf den Wirtschaftswunderweg begaben.“ Vieles, was damals verdrängt wurde, taucht jetzt wieder auf.

Gerade in der heutigen Zeit des Rechtsrucks und dem Erstarken autoritärer Kräfte ist es uns von Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P wichtig, dass wir uns als Gesellschaft mit dem auseinandersetzen, was in den 50er Jahren verdrängt wurde. Deshalb setzen wir uns für den dauerhaften Erhalt des Museums der 50er Jahre in Bremerhaven ein. Ich sagte eingangs, es sei einige Zeit vergangen, seitdem wir diesen Antrag eingereicht haben. Doch nicht nur das – es hat sich auch zeitweise etwas bewegt. So konnten wir feststellen, dass der Magistrat auf unseren vorliegenden Antrag und auch auf unseren Änderungsantrag im Petitionsausschuss reagiert hat, sich um den Erhalt des Museums der 50er Jahre bemüht hat. Zum Beispiel hat der ehemalige Stadtrat Michael Frost am 27.09.2024 mit den Betreiber:innen und weiteren Akteur:innen gesprochen. Kurz darauf hat er uns Mitglieder des Ausschusses für Schule und Kultur schriftlich über die Ergebnisse des Gesprächs informiert.

Doch seither ist die Angelegenheit ins Stocken geraten und das muss sich ändern. Bei den Bemühungen des Magistrats sehen wir noch nicht, dass er die primäre Verantwortung für den Erhalt des Museums übernimmt. Das ist auch wenig überraschend, da wir als Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat bisher noch keinen entsprechenden Auftrag gegeben haben. Genau das beantragen wir unter Punkt 2: „Der Magistrat wird aufgefordert, umgehend einen Vorschlag für den dauerhaften Erhalt des Museums der 50er Jahre zu erarbeiten.“

Werte Kolleginnen und Kollegen, dieser Antrag ist die Gelegenheit, dem Magistrat nicht nur den Auftrag, sondern auch den nötigen Handlungsspielraum zur Verfügung zu stellen, damit dieses Museum für Bremerhaven dauerhaft erhalten bleibt. Stellen Sie heute die Weichen dafür und stimmen Sie unserem Antrag zu.

Stadtverordnete RUSER:

Die Koalition wird dem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P nicht zustimmen. Zu den im Antrag geforderten Punkten ist der Magistrat bereits federführend durch das

Dezernat Schule und Kultur und das Kulturamt seit längerem im Prozess. Gespräche mit der Betreiberin des Museums laufen bereits seit Jahren, und durch die aktuellen Entwicklungen rund um die Immobilie des Carl-Schurz-Geländes, in der das Museum seit 2019 von Seiten der BIS geduldet wird, wurden diese Gespräche weiter intensiviert.

Zuletzt fand hierzu am 27.09.2024 ein intensives Gespräch mit der Betreiberin, dem Kulturdezernenten, der Leiterin des Kulturamts, dem Museumsverband Niedersachsen-Bremen, dem Direktor des Historischen Museums, sowie Vertretern von Seestadt Immobilien und des Bauordnungsamts statt. In diesem Gespräch wurden die aktuellen Sachlagen festgestellt und verschiedene Angebote für eine gemeinsame Lösung unterbreitet. Die Mitglieder des Ausschusses Schule und Kultur wurden am 08.10.2024 ausführlich über die Ergebnisse des Gesprächs informiert. Die Betreiberin hat im Nachgang dieses Gesprächs die ausgearbeiteten Angebote abgelehnt. Der Dezernent für Schule und Kultur hat trotz dieser ablehnenden Haltung der Betreiberin betont, dass die in der Runde am 27.09.2024 erarbeiteten Angebote weiterhin Bestand haben. Es liegt nun an der Betreiberin, die Gespräche zum Erhalt ihres privaten Museums wieder aufzunehmen.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Die Rettung des 50er Jahre Museums ist nur gemeinsam mit der Betreiberin möglich. Doch genau das, was dafür erforderlich ist – Einsatz, Kompromissbereitschaft und lösungsorientiertes Handeln – wird von der Betreiberin leider nicht gezeigt. Aus diesem Grund haben wir als Bündnis Deutschland unseren Einsatz für die Rettung des Museums in Form eines Antrages heute schweren Herzens zurückgezogen. Eine kurze Erinnerung an die Ereignisse der letzten Monate: Der Mietvertrag für das Museum wurde aufgekündigt – ein üblicher Vorgang bei vermieteten Objekten. Das Museum hatte das Glück, eine symbolische Miete zahlen zu können. Dennoch dauerte es Monate bis zum Auslaufen der Kündigungsfrist, bevor der mediale Aufschrei erfolgte. Hilfen wurden von vielen Seiten angeboten, auch wir haben Gespräche mit der Betreiberin geführt. Doch alle diese Gespräche verliefen ohne greifbares Ergebnis. Alle Angebote wurden ausgeschlagen, die Kündigungsfrist verlief ereignislos.

Umzug und Rettung können jedoch nur gemeinsam mit der Betreiberin gelingen. Unterstützung wie die Bereitstellung von Hilfe beim Umzug, das Einlagern der Exponate oder die Unterstützung bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten sowie die Bewerbung des Museums standen im Raum. Diese Hilfestellungen wurden jedoch nicht angenommen. Natürlich waren auch Bedingungen daran geknüpft – wie etwa die Notwendigkeit eines effektiveren Betriebs des Museums durch großzügigere Öffnungszeiten oder eine bessere Konzepterstellung zur Übersicht und besseren Hilfeleistungen.

Das Museum ist ein wertvolles und liebevoll eingerichtetes Privatmuseum, das definitiv erhalten bleiben sollte. Es ist jedoch nicht möglich, ohne das Zutun der Inhaberin erfolgreich zu handeln. Selbst jüngste Gespräche haben keine Einsicht in gemeinschaftliches Handeln gezeigt. Damit ist die Rettung des Museums derzeit leider aussichtslos.

Sollte es jedoch zu einer Kehrtwende in der Haltung der Betreiberin kommen, werden wir sehr gerne wieder den Erhalt des Museums unterstützen. Doch aktuell sehen wir keine Möglichkeit, dass das Museum gerettet werden kann. Wir werden den Antrag der Grünen ablehnen. Denn es ist wichtig, dass nicht nur von der Stadt Forderungen gestellt werden, sondern auch Eigenleistungen von der Betreiberin erbracht werden. Die Stadt kann kein Privatmuseum übernehmen und finanzieren, insbesondere in der jetzigen Haushaltslage, noch für die jetzige Betreiberin.

Wir hoffen jedoch, dass dieser kleine Schatz der Stadt langfristig erhalten bleibt.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Ich möchte einige Worte zum Engagement der Stadt und des Landes für das Museum der 50er Jahre in den letzten 20 Jahren sagen. Seit 2004 befindet sich das Museum in der Kirche zu einem sehr geringen Mietpreis. 2018 ist der Mietvertrag ausgelaufen. Seitdem duldet das Land das Museum weiterhin zu einem niedrigen Mietpreis in dieser Kirche.

Im Jahr 2022 hat der Magistrat, genauer gesagt das Kulturamt, die Betreiberin aufgefordert, ein Museumskonzept vorzulegen. Dieses Konzept sollte uns bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten und Ausstellungsformaten für die Zukunft des Museums unterstützen. Das Konzept wurde schließlich erst am 25.09.2024, also zwei Tage vor dem Runden Tisch, in Auftrag gegeben. Der Magistrat wandte sich in diesem Zusammenhang auch an den Museumsverband Bremen-Niedersachsen, um fachliche Unterstützung zu erhalten.

Beim Runden Tisch, an dem ich als designierter Kulturdezernent teilnahm, machte der Magistrat nochmals deutlich, dass wir Möglichkeiten zur Sichtbarkeit des Museums über Leerstände in der Innenstadt sehen. Zudem boten wir an, den Aufbau eines Fördervereins zu einem echten Trägerverein zu unterstützen, um eine tragfähige Basis für die Erweiterung der Öffnungszeiten zu schaffen. Leider blieb dies größtenteils unbeachtet.

Das letzte Angebot, das tatsächlich von Anwälten miteinander ausgehandelt wurde, stammt vom 11. November 2024. Dieses Angebot wurde weitestgehend stillschweigend vereinbart. Die Rückmeldefrist für das Angebot war der 25.

November, und bis heute gibt es keinerlei Rückmeldung von der Betreiberin dazu. Der 5. Dezember liegt bereits hinter uns.

Die Möglichkeiten des Magistrats sind somit begrenzt. Auch das Wirtschaftsressort, als Eigentümer der besagten Kirche, kann nicht ewig warten. Die ursprünglich für den 30. September geplante Räumung wurde immer wieder hinausgezögert. Leider befürchte ich, dass wir in den kommenden Wochen zu einer tatsächlichen Räumung gezwungen sein werden, da Verträge für diese Kirche bereits abgeschlossen sind. Der Magistrat hat sich jedoch über die letzten 20 Jahre hinweg stets bemüht, eine Zukunft für das 50er Jahre Museum in unserer Stadt zu schaffen. Aber ohne ein Entgegenkommen der Betreiberin wird dies nicht möglich sein.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ich werde dem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P zustimmen, und zwar aus folgendem Grund: Die Überschrift des Antrags lautet „Erhalt des Museums der 50er Jahre“. Frau Zeeb, Sie haben es eben bereits erwähnt – und ich kann dem nur zustimmen –, dass man nur mitreden kann, wenn man sich das Museum auch einmal angesehen hat. Ich habe das Museum im Herbst dieses Jahres besucht und war beeindruckt von dem, was dort gezeigt wurde. Es war eine sehr gelungene und ansprechende Ausstellung, die viele nicht nur optisch, sondern auch inhaltlich berührt hat. Ich kannte es vorher auch nicht in dieser Form.

Es geht jetzt darum, dieses Museum dauerhaft zu erhalten. Herr Prof. Dr. Hauke Hilz, in der Vergangenheit ist es leider nicht immer so glatt gelaufen, wie Sie es darstellen. Es gab Zeiten, in denen sich die Situation nicht wirklich zum Besten gewandt hat. Es ist erst nach dem Bekanntwerden der Kündigung der Mietverträge so richtig ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Ob sich in den Jahren davor wirklich ausreichend darum gekümmert wurde, kann man durchaus kritisch hinterfragen.

Mir ist wichtig, dass wir uns für den Erhalt dieses Museums einsetzen. Entweder wir wollen es in Bremerhaven erhalten oder eben nicht. Es mag sein, dass die Zusammenarbeit mit den Betreibern nicht immer reibungslos verlief, aber noch ist es nicht zu spät. Es gibt weiterhin eine Möglichkeit, die Weichen zu stellen, um das Museum langfristig zu sichern. Insbesondere auch im Hinblick auf den Tourismus in unserer Stadt ist es wichtig, dass wir solche kulturellen Angebote wie das Museum der 50er Jahre erhalten. Ich weiß aus Gesprächen, dass Touristen, die in dieser Stadt ankommen, auch Interesse an einem solchen Museum zeigen. Sie möchten nicht nur das Schifffahrtsmuseum oder das Auswandererhaus besuchen, sondern

suchen auch nach etwas Einzigartigem wie einem Museum, das den Alltag der 50er Jahre widerspiegelt.

Deshalb fordere ich Sie, Herr Prof. Dr. Hilz, auf: Setzen Sie sich dafür ein, dass das Museum erhalten bleibt. Bringen Sie die Beteiligten wieder an einen Tisch – sei es durch Gespräche oder schriftliche Kontakte – und zeigen Sie erneut die Ernsthaftigkeit der Situation auf. Auch wenn die Frist mittlerweile verstrichen ist, bleibt ein letzter Versuch wichtig. Falls dies nicht fruchtet, können wir immer noch neu bewerten, aber der Wille, noch einmal alles zu versuchen, sollte bestehen bleiben.

Deshalb stimme ich dem Antrag von Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P zu. Und ja, Herr Allers, ich weiß, dass für Sie immer alles egal ist – aber das ist nun einmal meine persönliche Haltung.

Stadtverordneter KOCAAGA:

Wir würden auch als Fraktion Die Linke diesen Antrag unterstützen. Wir sind auch dafür, dass das Museum erhalten bleibt. Kulturelle Entwicklung und Verbreitung in der Stadt Bremerhaven ist wichtig.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Herr Schuster, wir würden auch gerne das 50er Jahre Museum erhalten, aber wir wären wirklich froh, wenn die Betreiberin gesprächsbereit wäre. Frau Brinkmann hat heute Morgen bereits mehrfach Kontakt zu der Betreiberin gehabt und sie hatte heute Morgen erneut versucht, mit ihr zu sprechen. Die Betreiberin jedoch hat daraufhin erklärt, dass sie von der Politik keine Unterstützung erhalten habe, keine Angebote gemacht worden seien und auch nie ein Politiker vor Ort gewesen sei. Diese Aussage hat sie heute Morgen gegenüber Frau Brinkmann am Telefon getätigt.

In diesem Moment haben wir gesagt, Herr Schuster, es reicht. Wenn jemand keine Hilfe möchte und diese auch nicht annimmt, kann man diese nicht aufzwingen.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ:

Zwei Punkte möchte ich nochmals hervorheben, um die Situation klarzustellen.

Erstens: Die Stadt und der Magistrat können dieses Museum nicht einfach retten. Die Exponate befinden sich im Eigentum der Betreiberin. Sie gehören nicht der Stadt oder einer gemeinnützigen Vereinigung, die der Stadt unterstellt ist. Ohne Zustimmung der Betreiberin kann der Magistrat daher nichts unternehmen. Zweitens: Die Räumlichkeiten gehören nicht der Stadt, sondern dem Land. Das Land hat die Räumlichkeiten neu vergeben und zwingt damit zu einer Räumung, um das Gebäude für neue Nutzungen freizugeben. Die Stadt hat darauf keinen Einfluss.

Herr Schuster, die Stadt kann nicht ohne die Zustimmung der Betreiberin agieren. Ohne Kooperation der Betreiberin ist der Magistrat handlungsunfähig – weder kann er die Exponate beschlagnahmen, noch das Gebäude. Daher sind wir auf ein gemeinsames Handeln angewiesen.

Ich weise außerdem zurück, dass mein Vorgänger sich nicht um das Museum gekümmert hätte. 2022 wurde eine Aufforderung an die Betreiberin gerichtet, ein Museumskonzept vorzulegen, woraufhin sich das Kulturamt bereits intensiv mit dem Museum auseinandergesetzt hat. Dies ist kein kurzfristiger Prozess, sondern ein längerer, kontinuierlicher.

Letztendlich bleibt festzuhalten: Ohne die Kooperation der Betreiberin sind die Handlungsoptionen des Magistrats begrenzt. Sollte es zu harten Konsequenzen kommen, so sind diese leider unvermeidbar.

Keine weiteren Wortmeldungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 11 Ja-Stimmen (LINKE, GRÜNE+P, WfB, AfD, Lichtenfeld, Schuster).

Pause von 19:26 Uhr – 19:45 Uhr

- | | | |
|----------------------|---|----------------------------|
| TOP
4.5 | Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) | StVV - AT 15/2024 |
| TOP
4.5.1 | Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P zu AT 15/2024 - Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) | StVV - Ä-AT 21/2024 |
| TOP
4.5.2 | Änderungsantrag der BD-Fraktion zu AT 15/2024 - Kindergarten-Neubau an der Weichselstr. nicht durchführen und einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort wählen (WfB) - Tischvorlage | StVV - Ä-AT 22/2024 |
- Stadtverordnete AX:
- Wie Sie wissen, haben wir einen Antrag gestellt, den Neubau an der Weichselstraße nicht durchzuführen und stattdessen einen für Kleinkinder besser geeigneten Standort zu wählen. Ich komme gleich zu meiner Rede.
- In den letzten Tagen konnten wir feststellen, dass der Kindergartenneubau ein wichtiges Thema in unserer Stadt geworden ist. Durch viele persönliche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern wissen wir, dass nicht jeder mit dem Standort an der Weichselstraße einverstanden ist. Viele Menschen reagieren mit Unverständnis darüber, dass man einen so großen Kindergarten direkt neben dem Rotlichtmilieu bauen möchte. Viele sind zu Recht sehr verärgert darüber, dass ein Stück der grünen Lunge unserer Stadt unwiederbringlich zerstört werden soll.
- Auf der CDU-Facebook-Seite konnte man in einer Antwort lesen, dass angeblich nur exakt sieben Bäume für das Großprojekt gefällt werden müssen. Auf dem Petitionsausschuss hieß es, dass man nicht genau weiß, wie viele Bäume letztendlich gefällt werden müssen. Auf welche Informationen stützt sich also die Aussage auf Facebook der CDU, dass es sich um sieben Bäume handelt? Wie kann es sein, dass die CDU auf Facebook einer Bürgerin im öffentlichen Raum für alle sichtbar sieben Bäume nennt, obwohl scheinbar noch keine genaue Anzahl feststeht? Wie kommt diese Abweichung zustande?
- Wir haben aber auch festgestellt, dass es scheinbar weitere Missstände gibt. Da ich Ihnen, Herr Sönke Allers von der SPD, und Ihnen, Frau Claudia Köhler-Treschok von der CDU, keine Absicht unterstellen möchte, gebe ich Ihnen hier und heute die Gelegenheit, durch Zuhören etwas zu lernen. Anhand Ihrer öffentlichen Statements mussten wir leider feststellen, dass Sie sich scheinbar bis zum heutigen Tag nicht die Mühe gemacht haben, sich unsere Position und Forderungen einmal genauer anzuschauen. Denn wenn Sie dies getan hätten, dann wüssten Sie, dass wir von der WfB in keiner Weise auch nur annähernd kinderfeindlich eingestellt sind. Dann wüssten Sie auch, dass wir von der WfB in keiner Weise rechtspopulistisch agieren und keine einzige rechte Position vertreten. Sie vermitteln öffentlich ein falsches Bild über uns – dass wir gegen den Kindergartenneubau und gegen Kinder sind, und zudem auch noch rechts seien.

Dazu möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Wir fordern einen anderen Standort und die Schonung der Umwelt. Was ist daran rechtspopulistisch? Wir befürworten zu 100 Prozent einen neuen Kindergarten, allerdings nicht an diesem Standort. Unsere 20 Positionen und Forderungen sind allesamt für soziale Anliegen, für sozial Schwache unserer Gesellschaft, ohne jegliche Ausgrenzung. Unsere sozialen Forderungen gelten für alle, besonders für Kinder aus sozial schwachen Familien, ganz egal welcher Herkunft. Haben Sie das verstanden, oder soll ich es Ihnen noch einmal wiederholen?

Jetzt, Herr Sönke Allers, benennen Sie mir vor der Stadtverordnetenversammlung aus unseren 20 Punkten ein Beispiel dafür, was Ihnen das Recht gibt, uns als Rechtspopulisten zu bezeichnen. Zitieren Sie eine Aussage von mir, die belegt, dass es einen rechtspopulistischen Inhalt hat.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Sie kommen bitte zurück zum Thema Kindergartenneubau in der Weichselstraße. Und erzählen uns nicht ständig etwas darüber, ob andere Leute Sie als rechtspopulistisch bezeichnen oder nicht. Bleiben Sie bitte beim Thema Kita Weichselstraße. Ansonsten werde ich Sie weiterhin unterbrechen. Und dieses Recht, Frau Ax, das nehme ich mir raus.

Stadtverordnete AX:

Ich bin bei dem Thema. Falls Sie jetzt damit kommen, dass wir jemanden aus der AfD aufgenommen haben, dann fragen Sie doch mal Ihre Kollegen aus der CDU, wie viele AfD-Abgeordnete die CDU insgesamt in Deutschland aufgenommen hat?

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN:

Wir haben das Thema Kindertagesstätte Neubau Weichselstraße. Und irgendwelche AfD-Dinge, Rechtspopulisten, beziehungsweise man bezeichnet uns so, möchte ich an dieser Stelle jetzt nicht mehr hören. Ansonsten entziehe ich Ihnen hier gleich das Wort.

Stadtverordnete AX:

Sie können mir gerne das Wort entziehen, weil es den Tatsachen ja nun mal entspricht. Es steht ja in allen Medien auch drin, und wir werden hier als rechtspopulistisch und kinderfeindlich dargestellt. Und das möchte ich mal klarstellen, das ist nicht so. Wir fördern den Kindergartenneubau sehr wohl, und wir sind auch nicht gegen den Neubau.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, sehr geehrte Stadtverordnete, liebe Zuschauer. Wir brauchen Kita-Plätze, aber nicht auf Kosten des Jugendschutzes. Wir haben insbesondere in Lehe einen ganz großen Mangel an Kita-Plätzen. Und diese Unterversorgung muss definitiv aufgelöst werden. Und das unterstützen wir auch ausdrücklich. Auch gegen den Bauplatz spricht sich im Grunde nichts. Also auch gegen diesen Bauplatz spricht an sich im Grunde nichts. Aber die Lessingstraße mit der offenen Prostitution und den Freiern, die gerne auch mal alkoholisiert sind oder unter Einfluss von Drogen stehen, können keine Umgebung sein für Kinder. Und diese Personen schauen auch nicht auf die Uhrzeit.

Zwischenfrage Stadtverordneter RASCHEN:

Können Sie ungefähr in Metern sagen, wie weit der alte Kindergarten zum neuen Kindergarten entfernt ist? Ungefähre Meteranzahl.

Stadtverordnete TIEDEMANN:

Sehr geehrter Herr Raschen, dazu komme ich gleich noch. Ich nehme den Punkt gleich noch auf. Keine Sorge, der ist hier mit drin. Die Prostitution und auch die Freier, die im Zweifelsfall auch unter Einfluss von Drogen oder Alkohol stehen, sind sichtbar für die Kinder. Auch die Hinterlassenschaften wie Drogenbesteck und Glasflaschen im direkten Umfeld der Kita sind untragbar. Eine Kita mit direktem Zugang zum Rotlichtviertel, mit dem Kindergartenweg von und zur Kita durch eine Prostitutionsstraße, wo die Damen in den Fenstern stehen, ist nicht akzeptabel. Würde offenes Prostitutionsgewerbe neu in dieser Entfernung zur neuen Kita entfernt entstehen und mit dieser Verkehrsanbindung weiterhin bestehen, dann würde das Prostitutionsgewerbe abgelehnt werden. Warum also geht es umgekehrt? Doch das andere Problem der mangelnden Kitaplätze bleibt bestehen. Was also machen? Aus unserer Sicht ist die Lösung denkbar einfach. Der aktuelle Zugang Lessingstraße/Weichselstraße muss verschlossen werden. Und zwar so, dass auch Radfahrer und Fußgänger nicht durchkommen. Damit wird dem Jugendschutz Rechnung getragen. Denn Freier, egal in welcher Konstitution, können die Kita nicht erreichen. Der Weg von und zur Kita wird auch für unbedarftere Eltern unattraktiver bis überflüssig. Die Weichselstraße wäre somit nur noch für Besucher der Kita und der Anwohner interessant. Das Resultat wäre ein ruhiges, kinderfreundlicheres Umfeld in der Kita. Und Herr Raschen, jetzt komme ich dazu. Sicherlich, wie das jetzt auch geschehen ist, wird angemerkt werden, dass es ja schon in der Weichselstraße eine Kita gibt. Aber diese Kita ist ein ganzes Stück entfernt. Bis zur Kita gibt es mehrere Möglichkeiten, auch aus der Straße rauszukommen. Unter anderem beim Penny entlang, was auch ein sehr beliebter Weg ist. Dann geht es ja auch darum, dass die Kita auch insgesamt anders auch angelegt ist. Die Personen, die Kinder, die haben einen anderen Weg zur Kita. Sie müssen, ja, sie sind am anderen Ende der Weichselstraße. Warum soll ich durch die Lessingstraße gehen, wenn die anderen Wege nahezu gleich sind? Bitte stimmen Sie dieser kleinen Änderung zu. Und tun Sie etwas für die Sicherheit unserer Kinder.

Stadtverordnete KÖHLER-TRESCHOK:

599 Unterschriften für den Bau der Kita Weichselstraße – für den Bau, nicht gegen den Bau – wurden von Eltern und Erziehern gesammelt. Dies spricht eine deutliche Sprache. Auch der ZEV, die Arbeitnehmerkammer Bremen und die Wohlfahrtsverbände haben sich in einer Pressemitteilung klar für den Bau der Kita Weichselstraße ausgesprochen. Was brauchen unsere Kinder in Lehe am dringendsten? Jedenfalls nicht Ihre flapsigen Kommentare. Bildung, Chancengleichheit und Perspektive sind das Ziel – und genau darum geht es heute. Der Neubau der Kita an der Weichselstraße ist keine abstrakte Diskussion. Er ist eine notwendige Antwort auf die Herausforderungen, vor denen Familien in Lehe stehen. Doch anstatt konstruktiver Vorschläge und klarer Unterstützung sehen wir uns heute mit Anträgen konfrontiert, die einzig eines tun: verzögern, blockieren, gefährden. Und das auf Kosten der Kleinsten in unserer Gesellschaft. Die WfB argumentiert mit der Nähe zur Prostitution und einer angeblichen Gefährdung von Kindern. Lassen Sie uns die Fakten sprechen lassen. Bring- und Abholzeiten in einer Kita von 8 bis 9 Uhr sowie 14 bis 16 Uhr sind zu diesen Zeiten, liebe WfB, schlichtweg nicht gegeben. Weiter spricht die WfB von der Zerstörung einer grünen Lunge. Doch auch hier irren Sie erneut. Der Großteil der Bäume bleibt erhalten, wie der Magistrat klar kommuniziert hat. Es wird nicht gerodet, sondern verantwortungsvoll geplant. Viele dieser Freier, die Sie als alkoholisiert betrachten, sind zu diesen Zeiten ebenfalls nicht vor Ort. Solche pauschalen Behauptungen entbehren jeder Grundlage. Sie dienen lediglich dazu, Ängste zu schüren. Doch lassen Sie uns nicht von diesen Ängsten leiten. Lassen Sie uns von den Fakten leiten – und die sprechen eindeutig für den Kita-Bau. Bündnis Deutschland unterstützt den Kita-Bau zwar, fordert jedoch eine Änderung des Zugangs, wie

gerade erwähnt wurde. Der Standort ist zu 90 % ein reines Wohngebiet. Den Zugang, den Sie sperren wollen, wissen Sie, welche Konsequenzen das hat? Die Eltern werden genau diesen Weg nutzen, sie gehen nicht nur durch die Penny-Ecke. Weiter zum Umweltschutz der Grünen: Diese behaupten, den Natur- und Umweltschutz zu verteidigen, ignorieren jedoch, dass der Großteil der Bäume auf dem Gelände stehen bleibt. Gleichzeitig bleibt die Frage offen, wie Sie den Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze ohne Kita-Bauten erfüllen wollen. Die Wohlfahrtsverbände haben es erneut treffend formuliert: Der Neubau ist eine Chance, moderne, kindgerechte und barrierefreie Strukturen zu schaffen. Liebe Damen und Herren, wir lehnen alle Anträge ab.

Stadtverordnete COORDES:

Wir haben einen Änderungsantrag zu dem Antrag von der WfB gestellt, weil wir einen etwas anderen Ansatz zum Thema Kita-Neubau im Fokus haben, im Blick haben. Vielleicht lassen Sie mich eingangs sagen, es geht nicht, dass wir Kita gegen Stadtklima ausspielen. Wir müssen beides denken. Wir haben eine Stadtklimaanalyse. Und in dieser Stadtklimaanalyse, die ist hier beschlossen worden, in der StVV, ist genau beschrieben, welche Kaltluftzonen wir erhalten müssen, um den Klimawandel, das ist, glaube ich, unbestritten, der kommt, der auch Bremerhaven irgendwann sehr viel mehr erwischen wird, als es jetzt vielleicht noch der Fall ist, um unsere Stadt zu erhalten und zu schützen und damit auch unsere Kinder zu schützen. In dieser Stadtklimaanalyse sind die Kaltluftzonen drin, das habe ich eben gesagt. So, und wenn Sie jetzt aber sagen, und das kann ich nicht verstehen, wenn Sie jetzt aber sagen, die meisten Bäume bleiben ja erhalten, dann ist das nicht der Punkt. Der Punkt ist aber doch, dass das, was erhalten werden muss, einmal dort beschrieben ist. Und dann auch, bevor man solche Bauten macht, verstehe ich nicht, warum Sie nicht vorher sich diese Stadtklimaanalyse ansehen. Da sehen Sie genau die Kaltluftzonen drin. Und das haben wir hier alle gemeinsam beschlossen. Und warum Sie dann nicht mit dem Experten, die haben wir im Gartenbauamt, die das sehr wohl können, analysieren und gucken, was könnten wir machen. Das ist einfach nicht passiert, aber das ist nur ein Kern unseres Anliegens. Ich will Ihnen das noch mal erklären, wo die Kritik ist. Natürlich brauchen wir Kita-Plätze, aber die Art des Vorgehens ist nicht richtig aus unserer Sicht. Das habe ich versucht zu begründen. Also unsere Hauptkritik liegt darin, was ich Ihnen eben gesagt habe. Und im Änderungsantrag kritisieren wir, dass der Magistrat möchte ein städtisches Grundstück an der Weichselstraße in Bremerhaven-Lehe an einen privaten Investor verkaufen, damit dieser eine Kita baut, die die Stadt wiederum für 30 Jahre anmieten würde. Diesem Projekt würde nicht nur ein Wald zum Opfer fallen, der für das Stadtklima im extrem eng bebauten, habe ich Ihnen eben erklärt, und hochversiegelten Lehe sehr wichtig ist. Es scheint darüber hinaus auch in rechtlicher, finanzieller sowie städteplanerischer Hinsicht einiges gegen dieses Vorhaben zu sprechen. Darum sollte der Bau der neuen Kita, der dringend erforderlich ist, das sehen wir auch so, und den wir, Bündnis 90/DIE GRÜNEN+P, ausdrücklich befürworten, unbedingt schnell für einen anderen Standort und unter erneut geprüften Rahmenbedingungen geplant werden. So, wir haben dann die Bitte, dass der Beschlussvorschlag in Punkt 1 wie folgt geändert wird: „Der Beschlusspunkt stellt den Antrag, den geplanten Kindergartenneubau an der Weichselstraße nicht durchzuführen und nach einem für Kleinkinder besser geeigneten Standort zu wählen“, wird ergänzt um den Satz, „in die Prüfung alternativer Standorte sind auch Grundstücke einzubeziehen, die nicht im städtischen Besitz sind.“ In Punkt 2, der Beschlusspunkt: „Hierzu ist die Meinung von Kinderpsychologen einzuholen und auszuwerten“, wird gestrichen. Also das sehen wir auch nicht so. In Punkt 3, der Beschlusspunkt: „Des Weiteren ist zu prüfen, ob dieses Vorhaben im Einklang mit allen Gesetzen ist“, wird ersetzt durch die Sätze, „bei der Planung eines Kita-Baus an einer anderen Stelle ist vorab zu prüfen, wie dieser genau auf die besonderen Erfordernisse der Stadt Bremerhaven zugeschnittene Kita-Bau durch einen Investor und die anschließende Anmietung durch die Stadt Bremerhaven rechtssicher

durchzuführen ist. Dabei ist insbesondere auf die Vorgaben des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, GWB, zu achten. Zudem sind mindestens drei Angebote von Investoren für die Anmietung einer Kita einzuholen.“

Stadtrat GÜNTHER:

Wir haben jetzt eine ganze Menge über Rotlicht und Kaltluft gehört. Ich möchte noch einmal bei der grundsätzlichen Frage ansetzen, da wir feststellen müssen, dass eine bestehende Kita an diesem Ort wegfällt, wodurch 76 Plätze entfallen, die dringend ersetzt werden müssen. Der Träger, die IJB, hat ebenfalls angekündigt, einen Ersatz schaffen zu wollen. Diese Kita befindet sich an der Bütteler Straße, Ecke Weichselstraße. Zudem gibt es an der Batteriestraße, Ecke Weichselstraße, eine weitere Krippe, für die ebenfalls Übergänge organisiert werden müssen. Die geplante Kita hat eine Kapazität von 120 Plätzen, sodass in diesem Quartier, wo ein hoher Bedarf besteht, neue Plätze geschaffen werden. Dies ist dringend notwendig, da wir in Lehe eine Versorgungsquote von 84 % im Kita-Bereich haben, während die Stadt Bremerhaven insgesamt eine Versorgungsquote von 95,5 % aufweist. Niemand in diesem Haus muss mir erklären, wie wichtig es gerade in der problematischen sozialen Lage in Teilen Lehes ist, weitere Kita- und Krippenplätze zu schaffen. Wir wollen für die Kinder und Familien in diesem Stadtteil mehr Kita-Plätze und frühkindliche Bildung, die nicht nur in Sonntagsreden vorkommt, sondern auch in die Praxis umgesetzt wird. Wir haben einen Rechtsanspruch zu erfüllen, und dazu müssen wir uns rechtzeitig Gedanken machen, wie wir die Kita an der Bütteler Straße ersetzen können. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde die spitzfindige Frage gestellt, ob man eine standortunabhängige Standortuntersuchung durchgeführt hätte. Dabei wurde angedeutet, dass es möglicherweise auch in Wulsdorf oder Leherheide noch andere Plätze gäbe, um eine Kita zu bauen. Es geht jedoch darum, im belasteten Quartier weitere Kita-Plätze für die Familien zu schaffen, die hier leben. Neben der Lessingstraße wird der Weg durch die Weichselstraße von vielen bereits genutzt. Daher muss der Standort auch in dieser räumlichen Nähe betrachtet werden. Ein weiterer Punkt, der für den Standort an der Weichselstraße spricht, ist, dass wir Baurecht haben. Bei den meisten alternativen Standorten, die von Herrn Kaminiarz und der Bürgerinitiative genannt wurden, stehen wir vor dem Problem, dass Bauleitverfahren erst durchgeführt werden müssen, die teilweise zwei Jahre dauern, oder die Flächen zu klein sind oder im Besitz anderer Eigentümer stehen. Viele dieser Flächen müssen zudem noch umgewandelt oder umfangreiche Abwägungen vorgenommen werden. Daher gibt es keine kurzfristig umsetzbaren Alternativen. Es gibt Widerstand gegen den Standort von Anwohnerinnen und Anwohnern. Das ist aus ihrer Sicht legitim, da etwas in ihrer Nähe gebaut wird. Für die Stadtpolitik jedoch stellt sich die Abwägungsfrage in diesem Zielkonflikt, Kita-Plätze zu schaffen und den Rechtsanspruch umzusetzen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es nicht nur Befürworter gibt, wie Erzieherinnen, Eltern und die vielen Unterstützer, die Unterschriften für den Bau der Kita gesammelt haben. Auch die Arbeitnehmerkammer und die Wohlfahrtsverbände unterstützen den Bau an diesem Standort. Ich möchte, da auch über den Wald gesprochen wurde, klarstellen, dass die Behauptung, 4.000 Quadratmeter Wald würden vernichtet, schlichtweg falsch ist. Es wird geprüft, welche Teile des Waldes erhalten bleiben können und wie mögliche Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Das Umweltamt stellt sicher, dass diese Abwägung vorgenommen wird, um so wenig wie möglich Bäume fallen zu lassen. Unser Ziel ist es, den Kindern eine Einrichtung im Grünen zu bieten, die von den vorhandenen Waldbestandteilen profitieren kann. Daher ist die Behauptung, dass 4.000 Quadratmeter Wald vernichtet werden, nicht zutreffend. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir uns ernsthaft die Frage stellen müssen, ob wir Kita-Plätze in dieser Stadt bauen wollen. Aufgrund der räumlichen Begrenzung in Bremerhaven werden wir solche Diskussionen immer wieder führen müssen. Die Stadtkultur und politische Kultur dieser Stadt beinhalten solche Auseinandersetzungen. Dennoch appelliere ich an Sie, sich nach diesen

Argumenten inhaltlich auseinanderzusetzen und zu überlegen, ob Sie den Bau der Kita an diesem Standort unterstützen können.

Stadtverordnete AX:

Zu dem Punkt, dass Unterschriften gesammelt wurden, ist das natürlich positiv und unterstützen wir. Wir von der Wählervereinigung und der WfB-Fraktion haben ebenfalls viele Unterschriften gesammelt. Mein Kollege sitzt hier vorne. Zum Änderungsantrag von Bündnis Deutschland stimmen wir zu. Dass wir dringend neue Kindergartenplätze benötigen, ist unumstritten. Auch wir unterstützen neue Kita-Plätze. Die Bedenken von Bündnis Deutschland hinsichtlich der rechtlichen Aspekte haben wir in unserer Anfrage bereits formuliert, insbesondere ob das Bauvorhaben auch mit allen relevanten Gesetzen im Einklang steht. Vor allem die Sicherheit der Eltern steht für uns nach wie vor an erster Stelle. Die Idee, den Zugang zur Lessingstraße zu schließen, um eine komplette Trennung zwischen Rotlicht und Kindergarten zu erreichen, halten wir ebenfalls für sinnvoll und umsetzbar. Daher unterstützen wir den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis Deutschland.

Was den Änderungsantrag der Grünen betrifft, werden wir diesem ebenfalls zustimmen. Dass wir neue Kindergartenplätze benötigen, bestreiten wir keineswegs, auch wenn dies oftmals anders dargestellt wird. Darüber hinaus sind wir der Ansicht, dass, falls größere Bäume für das Bauvorhaben weichen müssen, geprüft werden sollte, ob ein Umpflanzen der Bäume eine mögliche Alternative darstellt. Da wir das Bauvorhaben nicht isoliert kritisieren, sollten auch die Änderungsvorschläge anderer Parteien berücksichtigt werden, um das bestmögliche Ergebnis zu erzielen – sowohl im Sinne der Kinder als auch im Hinblick auf den Umweltschutz und die Natur. Ziel ist es, einen Kompromiss zu finden, mit dem wir alle leben können.

Stadtverordneter JÜRGEWITZ:

Der Baum ist tot, das haben wir bereits in der Vergangenheit mit den Grünen diskutiert, sogar im Schlagabtausch. Frau Coordes, wir haben ein gutes Klima in Bremerhaven. Gehen Sie mal an den Deich, dort werden Sie es feststellen. Ihre Klimafantasien, die dem widersprechen, was Sie behaupten – dass man das nicht gegeneinander ausspielen soll – machen genau das Gegenteil. Sie spielen das gegeneinander aus. Es werden gerade 180 neue Bäume gepflanzt, wie wir vorhin schon gehört haben. Wenn einige Bäume gefällt werden müssen, dann ist das manchmal unumgänglich, und dafür werden eben neue gepflanzt. Wo ist das Problem?

Lehe ist ein Stadtteil mit Herausforderungen, das wissen wir alle, einer der wahrscheinlich problematischsten in ganz Deutschland. Wenn wir also die Argumente der Gegner des Kita-Baus für bare Münzen nehmen, müssten wir eigentlich zu dem Schluss kommen, dass wir in Lehe gar keine Einrichtungen errichten können, die irgendwie mit Kindern zu tun haben. Doch wir freuen uns über Bürgerbeteiligung. Genau das haben wir hier mit einer Bürgerinitiative, die für diese Kita ist. 599 Unterschriften soll es geben. Ich habe mich ebenfalls mit den betroffenen Eltern und Erziehern unterhalten, die hinter dieser Initiative stehen. Und um diese Menschen geht es – diejenigen, die mit der Bürgerbeteiligung eigentlich die maßgebliche Rolle spielen sollten. Diese Eltern haben eindringlich erörtert, warum sie für den Kita-Bau an der Weichselstraße sind. Sie haben klargemacht, dass die bestehenden Probleme in der Umgebung der alten Kita und des Bereichs zwischen Lessingstraße und Penny-Markt bereits seit langem bestehen und sich kaum verändern werden – unabhängig davon, ob die neue Kita dort entsteht oder an einem anderen Standort.

Wenn also Wohlfahrtsverbände und die Bürgerinitiative der betroffenen Eltern für den Kita-Bau sind, frage ich mich, worüber wir hier eigentlich noch diskutieren. Die Argumente dagegen erscheinen mir dann doch eher als Polemik. Was wollen Sie mehr, als das, was die Eltern der betroffenen Kinder wollen – nämlich den

Kindergarten an der Weichselstraße? Insofern erkennen wir, dass die Argumentationslinie der bisherigen Koalition die richtige ist. Daher werden wir diese Anträge ablehnen und den Bau der Kita an der Weichselstraße ausdrücklich unterstützen.

Stadtverordneter SCHUSTER:

Ja, wenn man auf die Unterschriftenliste schaut, auf der 599 Unterschriften oder wie viele auch immer stehen, muss man sagen, dass man ja vorher auch schon eine Meinung hatte. So, und wenn ich mich selbst betrachte, hatte ich vorher auch eine Meinung, als das Thema aufkam. Zu dieser Zeit gab es diese Unterschriftenliste noch nicht. Herr Stadtrat Günthner, ich stimme Ihnen voll und ganz zu, ja, mit den meisten Themen. Ich weiß, worum es geht. Es geht um ein Problem in Bremerhaven-Lehe. Das ist ein Brennpunkt, und wir müssen unsere Auflagen erfüllen. Das haben Sie auch richtigerweise gesagt. Es wird ein Platz für 120 Kinder entstehen, soweit ich informiert bin. Das ist notwendig und es braucht auch der Stadtteil Lehe. Niemand von uns ist hier, der sagt, wir benötigen keine Kita. Wir sind uns, glaube ich, alle einig, dass wir neue Schulen und Kindergärten bauen müssen. Die Frage ist nur, wo wir ihn bauen. Und ich weiß, dass die Plätze rar sind, aber es ist eben auch nicht der ideale Ort, diesen Kindergarten dort hinzubauen. Das ist der Punkt, worum es geht. Wenn die Wählervereinigung für Wir für Bremerhaven hier einen Antrag stellt, ist das demokratisch und das ist gut so. Wir tauschen uns aus und letztendlich wird darüber entschieden. So ist es nun mal. Ich werde dem Antrag zustimmen und auch dem Änderungsantrag vom Bündnis Deutschland.

Liebe Frau Coordes, da habe ich jedoch ein Problem mit Ihrem Änderungsantrag. Als Sie hier eben standen, dachte ich mir, was will sie uns wohl jetzt sagen? Aber das Erste, was ich gehört habe, war Klima. Wissen Sie, mir fehlte der Bezug darauf, dass eigentlich die Kinder im Vordergrund stehen sollten. Bei Ihnen scheinen die Bäume wichtiger zu sein als die Kinder, und das finde ich schade, obwohl Sie genau wissen, worum es geht. Da hätte ich von Ihnen ein bisschen mehr erwartet, ehrlich gesagt. Es geht hier wirklich um Kinder, um 120 Kinder. Der Stadtrat hat es richtigerweise erwähnt. Da kann man nicht auf einen Baum oder sieben Bäume oder 50 oder 500 Bäume eingehen. Das gehört nun mal dazu. Und eine Baumverpflanzung bei dieser Größe der Bäume ist sowieso kaum möglich. Es wird jedoch genug für das Klima und den Umweltschutz getan.

Der Stadtrat hat es ebenfalls erwähnt, dass wir solche Herausforderungen auch an anderen Stellen haben werden. Es wird immer mal wieder notwendig sein, dass ein Baum weichen muss. Damit müssen Sie als Grüne auch leben. Wir brauchen die Kindergartenplätze. Das steht an erster Stelle. Diese Plätze müssen gebaut werden. Ob an dieser Stelle oder an einer anderen, ich finde, man sollte noch einmal prüfen. Ich weiß, dass es schwerfällt, aber den idealen Platz gibt es vermutlich nicht. Dennoch werde ich dem Antrag zustimmen.

Stadtverordnete CZAK:

Wir nehmen es ernst, Kita-Plätze zu bauen. Wir möchten die 44 Plätze mehr schaffen. Wir möchten den Kindern, die jetzt ihren Standort in der Bütteler Straße verlieren, ein neues Zuhause geben, einen Ort, wo sie lernen können, wo sie ihre Erfahrungen machen können, und einen besseren Platz. Denn im Moment befinden sie sich an einem Ort, der früher einmal dem Einzelhandel gewidmet war, mit einem Außengelände, das einst ein Parkplatz war und sehr klein ist. 50 Meter weiter gibt es einen Ort, den wir nun gemeinsam gestalten wollen – einen Ort, der geplant ist, eine grüne kleine Oase zu werden, in der auch Naturerziehung stattfinden kann.

Ich möchte zudem klarstellen, dass es in der Argumentation bisher fehlt, dass der Zugang der neuen Kita über die Jahnstraße erfolgen soll. Die Weichselstraße wird durch den Neubau praktisch abgegrenzt. Das Gebiet, in dem die Kinder spielen, liegt in Richtung Jahnstraße. Der Zugang, wo die Eltern ihre Kinder hinbringen, wird über die Jahnstraße erfolgen, die von der Rickmersstraße abgetrennt ist. Das ist baulich

eine ganz andere Situation. Daher ist dort dafür gesorgt, dass die Kinder, die gebracht und abgeholt werden, in einem geschützten Bereich bleiben. Außerdem wird das neue Gelände durch einen Zaun gesichert.

Weiterhin wird in anderen Ausschüssen häufig über Verschattungsmöglichkeiten für bestehende Einrichtungen, wie Schulhöfe und Kindertagesstätten, diskutiert. Hier ist geplant, das neue Gebäude am Rand der Weichselstraße zu errichten. Dafür müssen einzelne Bäume fallen, ja, aber der verbleibende Baumbestand wird sinnvoll in das Außengelände integriert. Das bedeutet, dass bestehende Strukturen Schatten für die Kinder spenden werden, die dort spielen. Das ist ein großer Vorteil.

Mich hat in der ganzen Diskussion gewundert, dass Änderungsanträgen zugestimmt wird, obwohl man eigentlich gegen den Standort ist. Wenn ich einem Änderungsantrag zustimme, der eine Absperrung verlangt, dann bin ich ja implizit auch für den Standort, oder? (Zwischenruf) Danke, dass Sie das jetzt noch einmal bestätigen, Frau Ax. Das freut mich. Wir sind definitiv für den Standort und werden alle drei Anträge, die hier gestellt sind, ablehnen.

Als Diplompsychologin mit dem Schwerpunkt Kinderpsychologie und klinischer Kinderpsychologie möchte ich auch betonen, dass keine akute Gefahr für die Kinder besteht, wenn sie in diese Einrichtung gehen. Dies haben bereits viele Fachleute mehrfach bestätigt. Der Wunsch der betroffenen Kinder, die jetzt ihren Standort verlieren, ist klar. Die Eltern möchten ihre Kinder an diesem neuen Standort unterbringen. Sie vertrauen darauf, dass dort gut für ihre Kinder gesorgt wird. Auch alle anderen Träger und Fachmeinungen, wie die der AG Wohlfahrt, die in dieser Stadt Kindertagesstätten betreiben – AWO, Caritas, Paritätischer, DRK, Diakonie – haben gesagt, dass der Standort in Ordnung ist. Warum sollten wir diesen Fachleuten nicht vertrauen? Ich tue es. Ich freue mich darauf, dass wir bald eine neue, schöne Kita mit einem Außenbereich haben, an dem wir auch gerne wieder teilnehmen werden. Als Mitglied des Grünen Kreises unterstütze ich Kindergartenwettbewerbe und Naturerziehung. Mit einem neuen Standort haben wir wieder die Möglichkeit, solche Initiativen vor Ort durchzuführen.

Stadtverordneter LITAU:

Wir stehen heute vor einer Entscheidung, die weitreichende Folgen für die Familien und Kinder in Lehe haben wird. Es geht nicht nur um den Bau einer neuen Kita, sondern darum, ob wir den drängenden Bedürfnissen der Menschen in Lehe gerecht werden oder ob wir uns in endlosen Diskussionen und ideologischen Auseinandersetzungen verlieren.

Zunächst zum ursprünglichen Antrag der WfB-Fraktion. Der Antrag ignoriert die drängende Realität in Lehe. Der Bedarf an Kita-Plätzen ist enorm, und der geplante Neubau bietet eine klare, schnelle und realistische Lösung. Die Kritik an der Nähe zum Rotlichtbezirk und der Drogenszene wirkt geradezu absurd, wenn man bedenkt, dass der alte Standort nur 50 Meter entfernt liegt. Dieser Standort hat jahrelang funktioniert, ohne dass diese Probleme auch nur einmal ernsthaft zur Sprache kamen. Es ist also offensichtlich, dass hier mehr Stimmungsmache als Substanz hinter den Argumenten steckt. Hinzu kommt, dass die Argumente der WfB nicht nur unsachlich, sondern auch gefährlich sind. Wer Familien mit solchen Szenarien verunsichert, untergräbt das Vertrauen in politische Entscheidungen und spielt mit den Sorgen der Menschen. Doch was noch schlimmer ist, dieser Antrag blockiert ein Projekt, das längst überfällig ist. Er schafft keine Lösungen, sondern nur Hindernisse. Zum Änderungsantrag der Grünen. Auch hier müssen wir differenzieren. Ich erkenne an, dass die Grünen wichtige Aspekte wie Rechtssicherheit und wirtschaftliche Transparenz ansprechen. Es ist zweifellos richtig, dass solche Projekte sauber und effizient umgesetzt werden müssen. Doch der Änderungsantrag fordert, dass wir alternative Standorte erneut prüfen, und zwar auch auf privaten Grundstücken. Das klingt nach einem vernünftigen Vorschlag, aber ist das tatsächlich praktikabel? Nein, der Bedarf an Kita-Plätzen ist nicht irgendwann, sondern jetzt. Eine erneute Suche nach Alternativen würde das Projekt um Monate, wenn nicht Jahre zurückwerfen. Und warum? Weil wir genau wissen, dass es in Lehe kaum freie Flächen gibt, die

diese Anforderungen erfüllen. Die vorgeschlagenen Alternativen wurden geprüft und aus guten Gründen verworfen. Sollten wir wirklich zulassen, dass die Familien in Lehe noch länger warten müssen, weil wir uns in Diskussionen über theoretische Alternativen verlieren? Ich sage Nein. Dieser Standort wurde sorgfältig geprüft und liegt zudem nahe am bisherigen Standort. Für die Familien bedeutet das Kontinuität, Verlässlichkeit und eine schnelle Lösung. Der Änderungsantrag der Grünen, so gut gemeint er sein mag, trägt in der aktuellen Situation nicht dazu bei, das drängende Problem zu lösen. Er führt uns zurück an den Start, und das können wir den Familien in Lehe nicht zumuten.

599 Unterschriften von Eltern, Erzieherinnen und Kindern sprechen eine klare Sprache. Die Gemeinschaft will und braucht diese Kita an der Weichselstraße. Dieses Projekt bedeutet nicht nur Betreuungsplätze, sondern auch eine echte Unterstützung für Familien, die täglich alles geben, um Beruf und Familie zu vereinbaren. Jede Verzögerung trifft genau diese Familien, und das ist schlichtweg unverantwortlich. Wir als Stadt müssen zeigen, dass wir handlungsfähig sind, dass wir in der Lage sind, pragmatische Entscheidungen zu treffen, die den Menschen helfen, und zwar jetzt, nicht irgendwann. Lassen Sie uns heute ein Zeichen setzen – ein Zeichen für Pragmatismus, für die Bedürfnisse der Familien und für die Zukunft der Kinder in Lehe. Stimmen Sie gegen den WfB-Antrag, nehmen Sie den Änderungsantrag der Grünen zur Kenntnis, aber lassen Sie uns vor allem das tun, was dringend notwendig ist: den Neubau der Kita in der Weichselstraße endlich auf den Weg bringen.

Stadtrat GÜNTHER:

Ich möchte auf einige Argumente eingehen, die in der Debatte erwähnt wurden. Zunächst zum Thema Kinderschutz und Jugendschutz, das von Frau Tiedemann angesprochen wurde. Das Landesjugendamt hat den Standort geprüft und ihn als geeignet eingestuft. Wenn es Bedenken hinsichtlich der Umgebung gäbe, hätte das Landesjugendamt diesen Standort nicht als geeignet bewertet.

Zweitens, zum Vorschlag, die Weichselstraße von der Seite Lessingstraße zu schließen, um sozusagen eine direkte Zuwegung in Richtung der Kita zu verhindern. Dieser Gedanke mag zunächst nachvollziehbar erscheinen, aber er führt gleichzeitig dazu, dass Eltern, die möglicherweise in der Nähe wohnen und von dort aus die Kita nutzen, keinen direkten Weg mehr finden werden. Außerdem gibt es von unserer Seite keine Bestrebungen, die Jahnstraße, wo viele Wohngebäude vorhanden sind, zur Lessingstraße zu öffnen. Der Vorschlag, die Weichselstraße auf diese Weise zu schließen, ist somit schwer umzusetzen.

Drittens, Herr Schuster sprach davon, dass er für Kinder und Kita-Plätze sei, der Standort jedoch nicht ideal sei. Das ist ein Widerspruch in sich. Wenn man einerseits sagt, man unterstützt Kinder und Kita-Plätze, andererseits aber den Standort ablehnt, ohne ernsthafte Alternativen anzubieten, funktioniert das am Ende nicht. Die Bürgerinitiative und der grüne Stadtverordnete Kaminarz haben zahlreiche Alternativen ins Spiel gebracht, darunter auch die Hansastraße. Doch selbst die Hansastraße, die für viele Belastungen bekannt ist, wird als potenzieller Kita-Standort vorgeschlagen. Wie soll das funktionieren? Das zeigt die Qualität der sogenannten Alternativvorschläge.

Es wird zudem unterstellt, dass die Verwaltung, Stadtplanung, Bauamt und Gartenbauamt keine ernsthaften Überlegungen angestellt haben. Doch das Gegenteil ist der Fall. Wir haben in der Magistratsverwaltung die Standorte sehr genau geprüft. Alle relevanten Themen, wie Kinderschutz, Jugendschutz und Umweltschutz, wurden dabei berücksichtigt. Und dennoch gibt es keine bessere Alternative, wenn wir die Kriterien wie eigenen Besitz, vorhandenes Baurecht, schnelle Umsetzbarkeit und die notwendige Platzzahl anlegen.

Der derzeitige Standort der Weichselstraße ist daher in der Abwägung ideal.

Stadtverordnete AX:

Zunächst einmal haben wir niemals behauptet, dass wir gegen Kindergartenplätze in Lehe sind. Das ist absolut falsch und unbegründet. Sie wissen ganz genau, dass wir in Lehe ein großes Problem mit Drogensüchtigen, Alkoholsüchtigen und Müll haben. Den Zugang in Bremen und Hamburg konnte man dort schließen. Warum soll das hier in Bremerhaven nicht möglich sein? Diese Frage müssen wir uns stellen. Wir haben zwei Wochen lang mit unserer Fraktion täglich Fotos gemacht. Dort stehen genug Drogensüchtige, Alkoholsüchtige, mit Flaschen und Müll, der sich ohne Ende ansammelt. Können Sie das abstreiten? Ich glaube nicht. Unsere Unterschriftenliste hat übrigens bereits über 400 Unterstützer gegen diesen Standort. Wenn sich die Situation nicht ändert, dann müssen Sie dafür sorgen, dass die Drogensüchtigen und Alkoholsüchtigen einen anderen Platz bekommen. Die Kinder sollten von dieser Problematik getrennt werden. Denn diese Problematik besteht nicht erst seit gestern – sie existiert bereits seit Jahren. Es gab wiederholt Berichte in der Zeitung, dass Bürger sich darüber beschwerten, dass sie belästigt werden. Wir lassen uns auch nicht unterstellen, dass wir kinderfeindlich sind – das sind wir nicht. Das sollten Sie sich mal ganz klar ins Gesicht schauen und sich das bewusst machen. Denn wir engagieren uns stark für Kinder.

Stadtrat SCHOMAKER:

Es wird Sie vielleicht wundern, dass ich zu diesem Thema auch noch spreche, aber es hält mich einfach nicht mehr auf dem Stuhl. Es sind nun wirklich alle Argumente für genau diesen Standort mehrfach dargelegt worden. Kein einziges davon war jemals falsch. Ich habe bis heute, und werde auch künftig niemandem unterstellen, gegen Kinder zu sein. Kaum nachdem über diesen Standort öffentlich gesprochen wurde und bekannt wurde, dass dort eine Kita errichtet werden soll, haben wir uns mit viel Mühe in den zuständigen Ämtern diesem Thema gewidmet. Alles abgewogen, alles überlegt und sorgfältig geprüft. Wir haben gesagt: Jawohl, das müssen wir tun, weil wir es auch tun müssen.

Inzwischen habe ich drei Anfragen von anderen möglichen Investoren erhalten, die aufmerksam geworden sind auf diese Fläche. Sie haben Interesse an dieser Fläche bekundet, um dort zwei Mehrfamilienhäuser zu bauen. Als ich ihnen gesagt habe: „Da kommt ihr ein bisschen spät. Diese Fläche brauchen wir für andere Zwecke“, stelle ich mir heute vor, was passiert, wenn an dieser Stelle Mehrfamilienhäuser errichtet werden. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass dort kein Grün mehr vorhanden ist. Alles wird weichen.

Ich hätte dann die Aufgabe, im Baugenehmigungsverfahren den Bauwilligen zu sagen: „Ist okay, ihr könnt da bauen, Baurecht besteht. Nun errichtet eure Mehrfamilienhäuser. Aber ihr müsst euch verpflichten, diese Wohnungen nicht an Menschen zu vermieten oder zu verkaufen, die möglicherweise kleine Kinder haben, die dann mit ihrer Mutter durch die Lessingstraße zum Einkaufen fahren.“ Denken Sie doch mal ein bisschen mehr nach.

Beschluss (StVV - Ä-AT 21/2024):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 5 Ja-Stimmen (GRÜNE+P, WfB, Knorr) und 3 Enthaltungen (LINKE, Schuster).

Beschluss (StVV - Ä-AT 22/2024):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Änderungsantrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 6 Ja-Stimmen (BD, WfB, Schuster).

Beschluss (StVV - AT 15/2024):

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt den Antrag ab.

Der Beschluss ergeht bei 4 Nein-Stimmen (Grüne+P, LINKE) und 1 Enthaltung (Knorr).

- TOP 4.6 Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Ärzt:innen verbessern (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - AT 16/2024**
Beschluss:

Der Antrag wird vertagt.

- TOP 4.7 Beratung und Versorgung von ungewollt Schwangeren verbessern! (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - AT 17/2024**
Beschluss:
 Der Antrag wird vertagt.

- TOP 5 Anfragen**
 Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN: Wir kommen damit zum TOP 5, Anfrage.
 Wir nehmen die Anfragen zur Kenntnis.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgenden Anfragen zur Kenntnis.

- TOP 5.1 Raumbedarfe der Fichteschule zur Umsetzung des Rechtsanspruches auf Ganztagsbetreuung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - AF 35/2024**

- TOP 5.2 Diskriminierungs-Beschwerdestellen nach § 13 AGG in der Bremerhavener Verwaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) StVV - AF 36/2024**

- TOP 6 Mitteilungen**
Beschluss:
 Die Stadtverordnetenversammlung nimmt die folgenden Mitteilungen zur Kenntnis.

- TOP 6.1 Finanzielle Konsequenzen von Beschlüssen aus der Sitzung des Bauausschusses vom 23. November 2023 (BD-Fraktion) MIT-AF 26/2024**

- TOP 6.2 Anfrage zur Personalentwicklung der Verwaltung (BD-Fraktion) MIT-AF 27/2024**

- TOP 6.3 Drohender Notstand in der sozialpsychiatrischen Versorgung von Kindern und Jugendlichen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P) MIT-AF 28/2024**

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 20:43 Uhr.

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Stadtverordnete:r

M. Jährling
Schriftführung

Entwurf

Vorlage Nr. V 93/2024		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Neuwahl einer Vertretung im Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen

A Problem

Nach § 2 des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Land Bremen (BremAGKJHG) gehören dem Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen in Bremerhaven 15 stimmberechtigte Mitglieder einschließlich Vertreter:innen an.

Darunter sind 9 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung oder von ihr gewählte Frauen und Männer, die in der Jugendhilfe erfahren sind und sechs Vertreter oder Vertreterinnen der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe, die in Bremerhaven wirken.

Die Initiative Jugendhilfe Bremerhaven e.V. hat mitgeteilt, dass Frau Elke Diedrichsen nicht mehr als Vertreterin für Herrn Michael Baucks im Jugendhilfeausschuss zur Verfügung steht. Als neue Vertreterin Mitglied wird Frau Beeke Koop vorgeschlagen.

B Lösung

Die von der Initiative Jugendhilfe Bremerhaven e.V. vorgeschlagene Frau Beeke Koop wird als Vertreterin für Herrn Michael Baucks im Jugendhilfeausschusses beim Amt für Jugend, Familie und Frauen in Bremerhaven durch die Stadtverordnetenversammlung gewählt.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Es liegen keine personellen oder finanziellen Auswirkungen vor. Auch sind keine weiteren Auswirkungen nach § 35 Abs. 2 GStVV ersichtlich.

E Beteiligung / Abstimmung

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 04.12.2024 mit der Vorlage III/37/2024 zugestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Für eine Veröffentlichung geeignet. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Wahl von Frau Beeke Koop als Vertreterin von Herrn Michael Baucks im Jugendhilfeausschuss beim Amt für Jugend, Familie und Frauen zu.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Vorlage Nr. StVV – V 2/2025		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Entlastung des Magistrats aus der Haushaltsrechnung 2022

A Problem

Aufgrund der Ergebnisse der Prüfungen der Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 2022 durch das Rechnungsprüfungsamt und die Präsidentin des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen - Gemeindeprüfung - hat der Finanz- und Wirtschaftsausschuss in seiner Sitzung am 09.12.2024 (Vorlage 47/2024) festgestellt, dass der Stadtverordnetenversammlung die Entlastung des Magistrats aus der Haushaltsrechnung 2022 empfohlen werden kann.¹

B Lösung

Nach § 70 Abs. 2 VerfBrhV berichtet in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, in der über die Entlastung des Magistrats entschieden werden soll, „ein Mitglied des Finanzausschusses über das Ergebnis der Prüfungen“. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat hierfür den **Stadtverordneten Herrn Thomas Ventzke** von der CDU-Fraktion benannt.

C Alternativen

Keine.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die Vorlage hat keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder Klimaschutzzielrelevanten Auswirkungen. Die Geschlechtergerechtigkeit, besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung sowie von Kindern, Jugendlichen und jüngeren Erwachsenen oder des Sports sind nicht betroffen. Eine besondere örtliche Betroffenheit eines Stadtteils ist nicht gegeben.

E Beteiligung / Abstimmung

Finanz- und Wirtschaftsausschuss

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Der Bericht ist für die Öffentlichkeitsarbeit geeignet. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG kann erfolgen.

¹ Die Vorlage für den Finanz- und Wirtschaftsausschuss mit der Haushaltsrechnung und den Berichten kann im kommunalen Sitzungsdienst der Stadt Bremerhaven über den Link <https://sitzungsapp.bremerhaven.de/ris/bremerhaven/agendaitem/details/32688> eingesehen werden (TOP 4).

Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung entlastet den Magistrat gemäß § 70 VerfBrhV aus der Haushaltsrechnung 2022.

Neuhoff
Bürgermeister

Vorlage Nr. V 3/2025		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 2

Vierzehntes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung)

A Problem

Die letzte Gebührenfestsetzung der Kostenpositionen des Rettungsdienstes erfolgte zum 01.03.2024.

Eine Anpassung von Kosten der Feuerwehr zum 01.03.2025 ist nunmehr zwingend erforderlich, um die Kostendeckung im Rettungsdienst sowie eine Kontinuität der Gebührenentwicklung sicherzustellen. Die neue Kalkulation berücksichtigt die veränderten Einsatzzahlen sowie veränderte Rahmenbedingungen im Rettungsdienst der Stadt Bremerhaven.

Weiterhin wird mit der beabsichtigten Gebührenanpassung das veränderte Preisniveau im Rettungsdienstbereich aufgefangen. Darüber hinaus werden die veränderten Einsatzzahlen im Rettungsdienst berücksichtigt.

Die Gebührendeckung im Rettungsdienst ist mit einer erneuten Gebührenanpassung zum 01.03.2025 grundsätzlich gesichert. Ebenso trägt diese Maßnahme zur Kontinuität der Gebührenentwicklung unter weitestgehender Vermeidung von Über- bzw. Unterdeckungen im Rettungsdienst bei.

Ebenso soll durch Festlegung bzw. Einführung eines kostendeckenden Pauschalbetrages für erforderliche Tragehilfen der Feuerwehr Bremerhaven für den Rettungsdienst dessen Abrechnung mit den Kostenträgern vereinfacht werden.

B Lösung

Der anliegende Entwurf eines Ortsgesetzes zur Änderung der Feuerwehrkostenordnung berücksichtigt die vorstehend genannten Änderungsnotwendigkeiten.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Begründung zum Entwurf des Änderungsortsgesetzes verwiesen.

C Alternative

Keine, die eine Kostendeckung des Rettungsdienstes erreichen würde.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Die Veränderung der Gebühren des Rettungsdienstes trägt der vollständigen Kostendeckung des Rettungsdienstes Rechnung.

Für personalwirtschaftliche Auswirkungen bzw. eine Gleichstellungsrelevanz gibt es keine Anhaltspunkte.

Es ergeben sich gegenwärtig keine Anhaltspunkte für Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen. Eine Genderrelevanz ist nicht festzustellen.

Besondere Belange von ausländischen Mitbürgern und Mitbürgerinnen, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen.

E Beteiligung/Abstimmung

Diese Vorlage basiert auf einem Entwurf der Feuerwehr und ist mit dieser abgestimmt.

Der Magistrat hat sich in seiner Sitzung vom 15.01.2025 mit der Angelegenheit befasst und beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung zu empfehlen, den anliegenden Entwurf des Dreizehnten Ortsgesetzes zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung) als Ortsgesetz zu beschließen.

Die Krankenkassenverbände wurden im Rahmen des Beteiligungsverfahrens bei der Veränderung der Gebühren des Rettungsdienstes angehört. Es wurde ein Konsens auf der Arbeitsebene hergestellt.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Zu gegebener Zeit erfolgt eine Verkündung des Ortsgesetzes im Gesetzblatt der Freien Hansestadt Bremen. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird damit erreicht.

G. Beschlussvorschlag

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

Der als Anlage 1 beigefügte Entwurf des Vierzehnten Ortsgesetzes zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung) wird als Ortsgesetz beschlossen.

Torsten Neuhoff
Bürgermeister

Anlage 1: Entwurf des Vierzehnten Ortsgesetzes zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung)

Anlage 2: Begründung

Entwurf**Vierzehntes Ortsgesetz zur Änderung der Kostenordnung für die Feuerwehr
der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung)**

Vom xx.xx.xx

Der Magistrat verkündet das nachstehende, von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Ortsgesetz:

Artikel 1

Die Kostenordnung für die Feuerwehr der Stadt Bremerhaven (Feuerwehrkostenordnung) vom 16. Dezember 2003 (Brem.GBl. S. 394), die zuletzt durch Ortsgesetz vom 8. Februar 2024 (Brem.GBl. S. 31) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

Die Anlage zu § 1 Absatz 1 und § 3 Absatz 1 der Feuerwehrkostenordnung wird wie folgt geändert:

1. Die Gebührencyffern 3 bis 400 erhalten folgende Fassung:

		„Euro je Einsatz
3	Rettungsdienst (Notarzteinsatzfahrzeug mit ärztlichem Personal einschließlich aller Leistungen der medizinischen Erstversorgung)	
300	Pauschalgebühr	992,00
4	Rettungsdienst (Notfall- und Krankentransport)	
400	Notfallrettung Pauschalgebühr je Fahrt innerhalb des Stadtgebietes einschließlich der stadtbremischen Häfen und des AMEOS Klinikums Seepark, Geestland	671,00"

2. Nach der Gebührencyffer 504 wird folgende Gebührencyffer 505 eingefügt:

„505	Tragehilfe für den Rettungsdienst (ausschließliche Leistung körperlicher Unterstützung durch Bedienstete der Feuerwehr Bremerhaven; Bei dem Einsatz technischer Großgeräte bzw. -fahrzeuge bleibt es bei der Abrechnung nach Aufwand gemäß § 3 Absatz 1)	130,00“
------	--	---------

Artikel 2

Dieses Ortsgesetz tritt am 1. März 2025 in Kraft.

Bremerhaven, den XX.XX.2025

M a g i s t r a t
der Stadt Bremerhaven

G r a n t z
Oberbürgermeister

Begründung

Zu Artikel 1

Die letzte Gebührenfestsetzung der Kostenpositionen des Rettungsdienstes erfolgte zum 01.03.2024

Eine Anpassung von Kosten der Feuerwehr zum 01.03.2025 ist nunmehr zwingend erforderlich, um die Kostendeckung im Rettungsdienst sowie eine Kontinuität der Gebührenentwicklung sicherzustellen. Die neue Kalkulation berücksichtigt die veränderten Einsatzzahlen sowie veränderte Rahmenbedingungen im Rettungsdienst der Stadt Bremerhaven.

Mit den Kostenträgern (Krankenkassenverbänden) wurde im Rahmen des Beteiligungsverfahrens auf der Arbeitsebene Einvernehmen erzielt.

Die Gebührendeckung im Rettungsdienst ist mit einer erneuten Gebührenanpassung zum 01.03.2025 grundsätzlich gesichert. Ebenso trägt diese Maßnahme zur Kontinuität der Gebührenentwicklung unter weitest gehender Vermeidung von Über- bzw. Unterdeckungen im Rettungsdienst bei.

Es ergeben sich folgende Veränderungen:

Gebührenposition	Bezeichnung	jetziger Gebührensatz	künftiger Gebührensatz
3	Rettungsdienst (Notarzteininsatzfahrzeug mit ärztlichem Personal einschließlich aller Leistungen der medizinischen Erstversorgung)		
300	Pauschalgebühr	735,00 €	992,00 €
4	Rettungsdienst (Notfall- und Krankentransport)		
400	Notfallrettung Pauschalgebühr je Fahrt innerhalb des Stadtgebietes einschl. der stadtbremischen Häfen und des AMEOS Klinikums Seepark Geestland	530,00 €	671,00 €
5	Besondere Leistungen (Pauschalgebühren)		
505	Tragehilfe für den Rettungsdienst (ausschließliche Leistung körperlicher Unterstützung durch Bedienstete der Feuerwehr Bremerhaven; Bei dem Einsatz technischer Großgeräte bzw. -fahrzeuge findet die Abrechnung gemäß § 3 Abs. 1 Anwendung)	neu	130,00 €

Zu Artikel 2

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten.

Vorlage Nr. StVV - V 7/2025		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 30.01.2025		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 1

Änderung der Ausschussbesetzung (CDU, DIE MÖWEN, Einzelstadtverordneter DIE LINKE)

Gemäß § 41 Abs. 3 VerfBrhv werden die Ausschüsse in der Weise gebildet, dass die Sitze auf die Vorschläge der Fraktionen und Gruppen der Stadtverordnetenversammlung nach der Reihenfolge der Höchstzahlen (d'Hondt) verteilt werden. Die sich hiernach ergebende Sitzverteilung stellt die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluss fest. Ausschüsse können jederzeit von der Stadtverordnetenversammlung aufgelöst und neu gebildet werden. Sie müssen neu gebildet werden, wenn ihre Zusammensetzung nicht mehr dem Verhältnis der Stärke der Fraktionen und Gruppen der Stadtverordnetenversammlung entspricht und ein Antrag auf Neubildung gestellt wird.

1. Mit Datum vom 11. Januar 2025 haben die Stadtverordneten Petra Brand und Francesco Hellmut Secci die Fraktion „DIE LINKE“ verlassen und sich mit der Stadtverordneten Marnie Knorr zur neuen Fraktion „Die Möwen“ zusammengeschlossen. Gleichzeitig ist damit der Fraktionsstatus der bisherigen Fraktion „DIE LINKE“ erloschen. Der Stadtverordnete Kocaaga gehört keiner Fraktion oder Gruppe an, somit kann er verlangen, in bis zu vier Ausschüssen seiner Wahl beratendes Mitglied zu werden.

Die Fraktion DIE MÖWEN hat die Neubildung der Ausschüsse beantragt, da sich die Stärke der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung geändert hat.

Nach § 41 Abs. 2 GOSTVV bestehen die Ausschüsse aus zehn Stadtverordneten. Zusätzlich erhalten die Fraktionen oder Gruppen, die nach der Reihenfolge der Höchstzahlen (d'Hondt) gemäß § 41 Absatz 3 der Stadtverfassung nicht in Ausschüssen vertreten sind, in jedem Ausschuss einen Sitz.

Er ergibt sich daher folgende neue Sitzverteilung (Gelbe Markierung = Veränderung):

Fraktion	neu	bisher
SPD-Fraktion	4 Sitze	4 Sitze
CDU-Fraktion	3 Sitze	3 Sitze
Fraktion B'90/Die Grünen + P	1 Sitz	1 Sitz
BD-Fraktion	1 Sitz	1 Sitz
WfB-Fraktion	1 Sitz	1 Sitz
FDP-Fraktion	1 Sitz	1 Sitz
Fraktion DIE MÖWEN	1 Sitz	0 Sitze
AfD-Gruppe	1 Sitz	1 Sitz

Darüber hinaus erhalten die Stadtverordneten Kocaaga, Lichtenfeld und Schuster gemäß § 41 Abs. 2 Satz 4 GOSTVV einen Sitz als beratendes Mitglied in bis zu vier Ausschüssen.

2. Claas Schott ist mit Datum vom 1. Januar 2025 in die CDU-Fraktion eingetreten. Außerdem möchte die CDU-Fraktion personelle Veränderungen in zwei Ausschüssen herbeiführen.

Zur besseren Übersicht ist - vorbehaltlich der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung - eine Gesamtliste der aktuellen Ausschussbesetzungen beigelegt.

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den Antrag der Fraktion DIE MÖWEN auf Neubildung der Ausschüsse zur Kenntnis.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit sofortiger Wirkung die Sitzverteilung der 10 ordentlichen Mitglieder in den Ausschüssen, unter Berücksichtigung von § 41 Abs. 2 Satz 3 GOSTVV, wie folgt:

Fraktion	neu
SPD-Fraktion	4 Sitze
CDU-Fraktion	3 Sitze
Fraktion B'90/Die Grünen + P	1 Sitz
BD-Fraktion	1 Sitz
WfB-Fraktion	1 Sitz
FDP-Fraktion	1 Sitz
Fraktion DIE MÖWEN	1 Sitz
AfD-Gruppe	1 Sitz

Die Stadtverordneten Kocaaga, Lichtenfeld und Schuster erhalten gemäß § 41 Abs. 2 Satz 4 GOSTVV in bis zu vier Ausschüssen je einen Sitz als beratendes Mitglied.

3. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mit sofortiger Wirkung eine Änderung in der Besetzung der Ausschüsse entsprechend der zur Sitzung vorgelegten Liste (Anlage).

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Anlage: Gesamtliste Ausschüsse

**Mitglieder der Ausschüsse
der Stadtverordnetenversammlung
Wahlperiode 2023 – 2027**

Stand: 30.01.2025

(Sprecher/in jeweils in Fettschrift hervorgehoben)

**1. Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und
Bürgerbeteiligung**

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	von Haaren, Dr. Hammann , Ruser, Viebrok
CDU-Fraktion	3	Dertwinkel, Kargoscha , von Twistern
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Schiller
BD-Fraktion	1	Timke
WfB-Fraktion	1	Ax
FDP-Fraktion	1	Miholic
Fraktion DIE MÖWEN	1	Brand
Gruppe AfD	1	Jürgewitz

**Beratend und ohne
Stimmrecht**

Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	1	Lichtenfeld
Einzelstadtverordneter Schuster	1	Schuster

2. Finanz- und Wirtschaftsausschuss

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Allers , Böttger-Türk, Caloglu, Hoffmann
CDU-Fraktion	3	Milch, Raschen, Ventzke
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Kaminiarz
BD-Fraktion	1	Tiedemann
WfB-Fraktion	1	Schumacher
FDP-Fraktion	1	Freemann
Fraktion DIE MÖWEN	1	Secci
Gruppe AfD	1	Koch

Beratend und ohne Stimmrecht

Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	1	Lichtenfeld
---------------------------------------	---	-------------

3. Personal- und Organisationsausschuss*

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Dr. Hammann, Kirschstein-Klingner , Ruser, Viebrok
CDU-Fraktion	3	Kargoscha, Ventzke , von Twistern
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Coordes
BD-Fraktion	1	Tiedemann
WfB-Fraktion	1	Schäfer
FDP-Fraktion	1	Freemann
Fraktion DIE MÖWEN	1	Knorr
Gruppe AfD	1	Jürgewitz

* gleichzeitig BIT Betriebsausschuss

4. Ausschuss für Schule und Kultur

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Batz, Böttger-Türk, Czak (Schule), Ruser (Kultur)
CDU-Fraktion	3	Hilck, Kargoscha, von Twistern
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Zeeb
BD-Fraktion	1	Brinkmann
WfB-Fraktion	1	Schäfer
FDP-Fraktion	1	Litau
Fraktion DIE MÖWEN	1	Knorr
Gruppe AfD	1	Jürgewitz

Beratend und ohne Stimmrecht

Einzelstadtverordneter DIE LINKE	1	Kocaaga
Einzelstadtverordneter Schuster	1	Schuster

5. Bau- und Umweltausschuss

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Allers , Dr. Hammann, Kirschstein-Klingner, Ofcarek
CDU-Fraktion	3	Önal, Raschen , Schott
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Kaminiarz
BD-Fraktion	1	Stark
WfB-Fraktion	1	Schäfer
FDP-Fraktion	1	Miholic
Fraktion DIE MÖWEN	1	Knorr
Gruppe AfD	1	Koch

Beratend und ohne Stimmrecht

Einzelstadtverordneter DIE LINKE	1	Kocaaga
-------------------------------------	---	---------

6. Ausschuss für Arbeit, Soziales, Seniorinnen und Senioren, Migrantinnen und Migranten und Menschen mit Behinderung

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Batz , Caloglu, Ruser, Wittig
CDU-Fraktion	3	Hilck, Köhler-Treschok, Önal
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Coordes
BD-Fraktion	1	Tiedemann
WfB-Fraktion	1	Ax
FDP-Fraktion	1	Litau
Fraktion DIE MÖWEN	1	Secci
Gruppe AfD	1	Koch

**Beratend und ohne
Stimmrecht**

Einzelstadtverordneter DIE LINKE	1	Kocaaga
Einzelstadtverordneter Schuster	1	Schuster

7. Gesundheitsausschuss

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Batz, Caloglu, Hoffmann , Wittig
CDU-Fraktion	3	Dertwinkel , Schott, Steinbach
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Baumann-Duderstaedt
BD-Fraktion	1	Stark
WfB-Fraktion	1	Schumacher
FDP-Fraktion	1	Freemann
Fraktion DIE MÖWEN	1	Brand
Gruppe AfD	1	Koch

8. Ausschuss für öffentliche Sicherheit*

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Batz, Hoffmann, Kirschstein-Klingner , Ofcarek
CDU-Fraktion	3	Köhler-Treschok, Milch , Steinbach
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Baumann-Duderstaedt
BD-Fraktion	1	Timke
WfB-Fraktion	1	Baltrusch
FDP-Fraktion	1	Freemann
Fraktion DIE MÖWEN	1	Secci
Gruppe AfD	1	Jürgewitz

* gleichzeitig Betriebsausschuss „Rettungsdienst Bremerhaven“

9. Ausschuss für Jugend, Familie und Frauen*

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Czak , Ofcarek, Viebrok, Wittig
CDU-Fraktion	3	Hilck, Köhler-Treschok , Ventzke
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Schiller
BD-Fraktion	1	Brinkmann
WfB-Fraktion	1	Ax
FDP-Fraktion	1	Litau
Fraktion DIE MÖWEN	1	Knorr
Gruppe AfD	1	Koch

* gleichzeitig Betriebsausschuss Helene-Kaisen-Haus

10. Ausschuss für Sport und Freizeit

	Sitze	Namen
SPD-Fraktion	4	Böttger-Türk, von Haaren, Ofcarek , Viebrok
CDU-Fraktion	3	Dertwinkel, Önal, Steinbach
Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN + P	1	Zeeb
BD-Fraktion	1	Tiedemann
WfB-Fraktion	1	Baltrusch
FDP-Fraktion	1	Miholic
Fraktion DIE MÖWEN	1	Brand
Gruppe AfD	1	Jürgewitz

Beratend und ohne Stimmrecht

Einzelstadtverordneter Lichtenfeld	1	Lichtenfeld
Einzelstadtverordneter Schuster	1	Schuster

Antrag - Nr. StVV - AT 16/2024 (§ 36 GStVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

**Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Ärzt:innen verbessern
(BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN + P)**

Laut Bericht der Kassenärztlichen Vereinigung Bremen im Gesundheitsausschuss am 28.03.2023 wird der bisherige Rückbau an Studienplätzen zukünftig zu einem erheblichen Mangel an Ärzt:innen führen. In der benannten Ausschusssitzung wurde eine Projektion für die Bundesebene, bezogen auf das Jahr 2035, vorgestellt und ausgeführt, dass unter Berücksichtigung der Zuwanderung von Mediziner:innen ein Absinken des Versorgungsgrades auf 71% des heutigen Niveaus erwartet werden kann. Für das Bundesland Bremen wurde ein im Vergleich zur Bundesebene noch größerer Einbruch bei der Versorgung mit Mediziner:innen prognostiziert.

In der weiteren Berichterstattung zu der Thematik hat die Kassenärztliche Vereinigung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich das absehbare Defizit nur durch Zuwanderung von Ärzt:innen kompensieren lässt.

Aufgrund dieser Entwicklung ist es notwendig, möglichst viele Ärzt:innen und andere Angehörige von akademischen Heilberufen mit Wohnsitz in Bremerhaven für eine Ausübung ihres Berufes in Bremerhaven zu gewinnen. Dies gilt auch für diejenigen, die hierher geflüchtet sind. Wir sehen es daher als wichtig an, eine Art „Willkommenssystem“ zu schaffen, das letzteren möglichst frühzeitig nach ihrer Ankunft in unserer Stadt Unterstützungsangebote macht. Hierzu zählen sowohl die Feststellung besonderer beruflicher Qualifikationen im medizinischen Bereich als auch die Vermittlung von fachspezifischen Sprachkursen sowie weiteren zum Beispiel für die Approbation notwendigen Fortbildungen.

Aus diesen Gründen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert,

1. dafür Sorge zu tragen, dass die berufliche Qualifikation geflüchteter Ärzt:innen sowie weiterer Angehöriger von akademischen Heilberufen im SGB-II-Bezug statistisch vom Jobcenter erfasst und dabei die fachlichen Ausrichtungen dokumentiert werden. Hierzu ist im Gesundheitsausschuss regelmäßig Bericht zu erstatten.
2. zu prüfen, ob eine angemessene Verteilung geflüchteter Ärzt:innen sowie weiterer Angehöriger von akademischen Heilberufen auf die Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven sichergestellt werden kann. Gespräche über einen Verteilungsmodus sind mit der Landesebene aufzunehmen. Über die Ergebnisse ist dem Gesundheitsausschuss bis Ende Juni 2025 Bericht zu erstatten.
3. zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, geflüchteten Ärzt:innen und weiteren Angehörigen von akademischen Heilberufen, unabhängig vom Sprachniveau, Sprachkurse bei einem in Bremerhaven ansässigen Träger zu vermitteln, der auch Berufssprachkurse für akademische Heilberufe anbietet.

Petra Coordes, Carsten Baumann-Duderstadt
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P

Bremerhaven, 22.11.2024

Antrag - Nr. StVV - AT 17/2024 (§ 36 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 05.12.2024		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

**Beratung und Versorgung von ungewollt Schwangeren verbessern!
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P)**

Durch den §219a StGB war der Zugang zu Informationen über Schwangerschaftsabbrüche über Jahrzehnte hinweg in Deutschland massiv beschränkt. Diese Kriminalisierung von gesundheitlicher Aufklärung hat unzählige Frauen in einer für sie sehr bedeutsamen Gewissensentscheidung von wesentlichen Informationsquellen und Beratungsmöglichkeiten abgeschnitten. Erst im Sommer 2022 hat der Bundestag gegen die Stimmen der CDU den § 219a abgeschafft und damit Frauen in der Frage von Schwangerschaftsabbrüchen ein gesundes und selbstbestimmtes Leben deutlich erleichtert.

Da vor allem Ärzt:innen lange Zeit eine offene und unterstützende Information von Frauen verboten war, sind in der Bevölkerung und unter medizinischem Personal Wissenslücken entstanden, die nun möglichst zügig geschlossen werden müssen.

Trotz der verbesserten Möglichkeiten für Frauen, sich über Schwangerschaftsabbrüche sachkundig informieren zu lassen, bleibt ein Schwangerschaftsabbruch nur unter bestimmten Bedingungen straffrei und ist im Grunde nach § 218 StGB eine Straftat. Solange diese für die betroffenen Frauen sehr belastende Lage fortbesteht, müssen zumindest die Beratungsangebote, die Frauen bei so genannten Schwangerschaftskonflikten in Anspruch nehmen können und zum Teil müssen, umfassend, barrierefrei und vor allem möglichst allen Frauen bekannt sein.

Aus diesen Gründen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:
Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat dazu auf,

1. die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie die Kassenärztliche Vereinigung Bremen auf die drohende Unterversorgung von Frauen in Bremerhaven mit Schwangerschaftsabbrüchen hinzuweisen und sich dabei dafür einzusetzen, die Möglichkeiten für Frauen, Schwangerschaftsabbrüche weiterhin wohnortnah in Bremerhaven vornehmen zu lassen, zu verbessern. ,
2. gemeinsam mit profamilia eine Lösung zu entwickeln, wie das Beratungsangebot nach dem *Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten* (Abschnitt 2) in Bremerhaven vor allem hinsichtlich von Wohnortnähe und Erwerbstätigkeit und familiärer Sorgeverantwortung der betroffenen Frauen verbessert werden kann,
3. die Überlegungen von Pro Familia, ein Medizinisches Zentrum in Bremerhaven zu eröffnen, aufzugreifen und umzusetzen (Siehe Antwort des Senats vom 23.02.2021 auf die Anfrage der SPD „Schwangerschaftsabbrüche in Bremerhaven endlich wieder ermöglichen“ in der Bremischen Bürgerschaft.)
4. medizinisches Personal in Bremerhaven über das Fortbildungsangebot der Senatorin für Gesundheit zum Thema Schwangerschaftsabbruch und zu Rechtssicherheit bei der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen zu informieren und im Umgang mit Hass, Hetze, Bedrohung und Einschüchterung durch Personen und Organisationen, die die medizinische Versorgung von Frauen mit Schwangerschaftsabbrüchen aus ideologischen Gründen ablehnen, zu beraten,

5. eine Informationskampagne umzusetzen, die umfassend über die Möglichkeiten und Rechte aufklärt, die das Gesetz zur Vermeidung und Bewältigung von Schwangerschaftskonflikten allen Personen gewährt.
6. über die Entwicklungsprozesse wird dem Gesundheitsausschuss regelmäßig Bericht erstattet.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Elena Schiller, Carsten Baumann-Duderstaedt
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + P

Mitteilung Nr. MIT-AF 36/2024		
zur Anfrage Nr. nach § 38 GOSTVV der Stadtverordneten der Fraktion vom Thema:	AF - 36/2024 Elena Schiller Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P 21.11.2024 Diskriminierungs-Beschwerdestellen nach § 13 AGG in der Bremerhavener Verwaltung	
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

I. Die Anfrage lautet:

Diskriminierung am Arbeitsplatz beeinträchtigt das Wohlbefinden und die Gesundheit der Betroffenen und beschädigt ihr Vertrauen in ihren Arbeitgeber. Diskriminierung verschlechtert außerdem das Betriebsklima, beeinträchtigt Kommunikation und gegenseitiges Vertrauen zwischen Mitarbeitenden und reduziert somit die Leistungsfähigkeit von Teams.

Auch in Bremerhaven herrscht in vielen Bereichen Fachkräftemangel. Um ausreichend qualifiziertes und motiviertes Personal zu gewinnen und langfristig halten zu können, muss die Stadt Bremerhaven ihre Attraktivität als Arbeitgeberin erhöhen. Ein wirksamer Schutz der Beschäftigten vor Diskriminierung ist hierbei eine zentrale Maßnahme.

Ein wirksamer Schutz vor Diskriminierung am Arbeitsplatz fördert außerdem Vielfalt im Team. Vielfalt ermöglicht, komplexe Herausforderungen effizient zu meistern, da verschiedene Menschen, die aus verschiedenen Perspektiven auf ein Problem schauen, gemeinsam die besten Lösungen finden.

Seit 2006 verbietet das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) Diskriminierung am Arbeitsplatz. Seitdem sind Arbeitgeber in Deutschland verpflichtet, ihre Beschäftigten über das AGG und das Diskriminierungsverbot zu informieren und geeignete Maßnahmen zu ergreifen (§12 AGG), um ihre Beschäftigten vor Diskriminierung am Arbeitsplatz zu schützen. Zudem müssen Beschwerdestellen eingerichtet werden, an die sich die Beschäftigten wenden können, wenn sie sich diskriminiert sehen (§13 AGG).

Wir fragen den Magistrat:

1. Welche Beschwerdestellen nach 13 AGG stehen Mitarbeitenden der Bremerhavener Verwaltung und der Eigenbetriebe der Stadt aktuell zur Verfügung? Für welche Bereiche der Verwaltung bzw. Eigenbetriebe sind diese Stellen jeweils zuständig?
2. Inwiefern sind die Personen, die Beschwerden nach § 13 AGG entgegennehmen, geschult zu folgenden Themen:
 - strukturelle und individuelle Diskriminierung sowie deren intersektionaler Verschränkungen
 - rechtliche Grundlagen der Antidiskriminierungsarbeit in der Verwaltung
 - Betroffenen gerechte Fall-Analyse und -Management

- Datenschutz

- weiterführende Beratungs- und Unterstützungsangebote (z.B. Rechtsberatung) für Betroffene

3. Welches Fortbildungsprogramm zu oben genannten Themen wird den Personen, die Beschwerden nach § 13 AGG entgegennehmen, angeboten?
4. In welcher Regelmäßigkeit und mit welchen Schwerpunkten wird dies in Anspruch genommen?
5. In welchem Umfang sind diese Personen für die Tätigkeit in der Beschwerdestelle nach § 13 AGG freigestellt?
6. Über welche Maßnahmen und Kommunikationswege werden die Beschwerdestellen nach §13 AGG den Mitarbeitenden der Bremerhavener Verwaltung bekannt gemacht (§ 12 Abs. 5 AGG)?
7. Wie viele Berichte von Diskriminierung wurden bei den Beschwerdestellen nach § 13 AGG in der Bremerhavener Verwaltung in den Jahren 2020-2024 eingereicht? Bitte aufschlüsseln nach Jahr und Diskriminierungs-Merkmal nach § 1 AGG.
8. In wie vielen Fällen wurde Diskriminierung aufgrund eines Merkmals berichtet, das nicht in § 1 AGG gelistet ist (z.B. Nationalität, familiäre Sorgeverantwortung)? Wie wurde in diesen Fällen mit dem Bericht verfahren?
9. Wie viele der Berichte beinhalteten sexuelle Belästigung? Bitte aufschlüsseln nach Jahr.
10. Welche Schwerpunkte können aus den bisherigen Diskriminierungs-Berichten abgeleitet werden (z.B. allgemeine diskriminierende Atmosphäre am Arbeitsplatz, Beleidigungen, diskriminierende Zuschreibung von Charaktereigenschaften oder Kompetenzen, Berücksichtigung bei Bewerbungs- oder Beförderungs-Verfahren)? Bitte aufschlüsseln nach Diskriminierungs-Merkmal.
11. Wie lange dauerte in den Jahren 2020-2024 im Schnitt die Bearbeitung von Beschwerden (gemessen vom Tag der Eingang der Beschwerde bis zum Tag des Versands des Abschlussberichts)?
12. Welche Schwerpunkte beinhalteten Maßnahmen, die infolge von AGG-Beschwerden in den Jahren 2020-2024 in der Bremerhavener Verwaltung und den Eigenbetrieben angeordnet wurden? Bitte aufschlüsseln nach Jahr.
13. Welche Handlungsbedarfe leitet der Magistrat aus den bisherigen Beschwerden ab?
14. Wie bewertet der Magistrat aktuell die Sicherheit der Beschäftigten vor Diskriminierung am Arbeitsplatz?

II. Der Magistrat hat am 15.01.2025 beschlossen, die obige Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu 1.

Der Magistrat verfügt über eine Beschwerdestelle. Die Ideen- und Beschwerde-Stelle ist auch Beschwerdestelle für Beschwerden nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG). Ausführliche Informationen stehen allen Mitarbeitenden des Magistrats auch im Intranet zur Verfügung.

Zu 2.

Im Jahr 2007 – mit Einführung der Beschwerdestelle - fand eine ausführliche Schulung des Kommunalen Arbeitgeberverbandes (KAV) zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) statt. Ziel war es, das Bewusstsein für Diskriminierung zu stärken und den Mitarbeitenden das notwendige Wissen sowie geeignete Handlungsstrategien an die Hand zu geben. Eine Mitarbeiterin der Ideen- und Beschwerdestelle nimmt seitdem eine zentrale Rolle ein. Sie dient als Anlaufstelle für Anliegen und trägt dazu bei, Diskriminierungsfreiheit am Arbeitsplatz zu gewährleisten.

Zu 3. und 4.

Im Magistrat gibt es ein internes Fortbildungsprogramm, über das eine Vielzahl von Schulungsthemen abgebildet wird. Auch Antidiskriminierung und Sensibilisierung spielen hier eine zentrale Rolle. Darüber hinaus steht den Beschäftigten der Bremerhavener Verwaltung auch das Fortbildungsprogramm des Senators für Finanzen offen. Auch hier gibt es diverse Angebote im Bereich Diversity Management und Antidiskriminierung. Bei Bedarf können auch Fortbildungen anderer Anbieter in Anspruch genommen werden. Die Inanspruchnahme von Fortbildungen variiert.

Zu 5.

Die Mitarbeiterin widmet sich der verantwortungsvollen Aufgabe, mögliche Diskriminierungsbeschwerden zu bearbeiten, im Rahmen ihrer regulären Tätigkeit in der Ideen- und Beschwerdestelle.

Zu 6.

Der Magistrat wendet sich gegen jedwede Form der Diskriminierung und Ausgrenzung. Seit 2003 gilt bereits eine entsprechende Dienstvereinbarung ‚Partnerschaftliches Verhalten am Arbeitsplatz‘. Weitere Informationen stehen den Mitarbeitenden im Intranet und im Mitarbeiter:innen-Handbuch zur Verfügung. Diese Ressourcen vermitteln nicht nur praktische Richtlinien, sondern auch die Werte des Magistrats, die auf Respekt, Gleichheit und Offenheit basieren.

Zu 7.

Seit der Einführung der Beschwerdestelle im Jahr 2007 wurde keine einzige Beschwerde nach § 13 AGG eingereicht.

Zu 8. bis 13.

Da bislang keine Beschwerde eingereicht wurde, können hierzu keine Angaben gemacht werden.

Zu 14.

Dem Magistrat der Stadt Bremerhaven ist die Sicherheit aller Beschäftigten vor Diskriminierung am Arbeitsplatz äußerst wichtig. Der Magistrat als Arbeitgeber wendet sich gegen jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung. Seit 2007 gab es keine Beschwerden in diesem Bereich, was zeigt, dass Vielfalt, Toleranz und ein respektvolles Miteinander als Werte fest im Arbeitsalltag der Bremerhavener Verwaltung verankert sind.

Neuhoff
Bürgermeister